



15. Juli 1929

LUDWIG QUESSEL · KRIEGSGEWINNE UND REPARATIONEN



ALS im Reichstag am 24. Juni der Reichsaußenminister Gustav Stresemann in seiner Polemik gegen die deutschnationale Presse, die die Befürchtung ausgesprochen hatte, Deutschland könne durch seine Politik auf den Weg gebracht werden »eine politische Kolonie der Franzosen und Engländer zu werden«, anzudeuten wagte, daß nicht die Abhängigkeit der europäischen Staaten von einander das beunruhigende Element in dem gegenwärtigen Abschnitt der europäischen Geschichte sei, sondern die wachsende Abhängigkeit unseres Erdteils von Amerika, fand er mit dieser Bemerkung zwar eine laue Zustimmung bei den Regierungsparteien, in der deutschen Presse blieb jedoch ein stärkerer Widerhall dieser Worte, die an das Kernproblem Europas rühren, vollständig aus. Gerade deshalb ist es geboten auf sie zurückzukommen, weil der kleinliche Hader, der jetzt wieder in dicken Schwaden über Europa zieht, die Blicke von dem wirklichen Weltgeschehen ablenkt, das unsere Epoche erfüllt.

In richtiger Erkenntnis hat Stresemann, als er dem Gedanken Ausdruck verlieh, der ganze Erdteil Europa laufe Gefahr eine amerikanische Kolonie zu werden, auf die Kräfte hingewiesen, die die wirtschaftliche Freiheit und politische Unabhängigkeit der kontinentalen Völker bedrohen. Seine Bemerkungen bedürfen jedoch einer wesentlichen Korrektur. So liegen die Dinge nicht, daß auch das Britische Weltreich, das in Europa 48, in Afrika 40, in Asien 330, in Australien 8 und in Nordamerika 12 Millionen Einwohner zählt, in Gefahr stünde eine Kolonie der Vereinigten Staaten zu werden. Diese Gefahr droht einseitig dem europäischen Festland und seinen geistes- und kulturstarken Völkern, deren Zahl, auch wenn man Rußland ganz ausschaltet, noch immer über 350 Millionen hinausgeht. Mit dem Britischen Weltreich steht Amerika au pair. Welcher Kontinentalstaat aber könnte sich rühmen, daß Amerika ihm gegenüber nach dem Weltkrieg sich noch in dem Zustand des primus inter pares befinde? Auch ist es eine spezifisch deutsche Selbsttäuschung Gegensätze zwischen den beiden von Angelsachsen beherrschten Weltreichen zu konstruieren. Solche bestehen in Wirklichkeit nicht. Gewiß, beide rüsten, aber nicht gegen einander sondern zur Sicherung der gemeinsamen Herrschaft über die Alte und die Neue Welt. Die zur Schau getragene Riva-

lität ist lediglich der Schleier, hinter dem sich die militärische Vorbereitung der politischen und wirtschaftlichen Unterwerfung Kontinentaleuropas verbirgt. So undurchdringlich dieser Schleier auch für die Wilhelmstraße sein mag, die während des Weltkriegs jahrelang in der Illusion lebte, Amerika rüste im Grunde gegen England, in Europa sind es eigentlich nur noch die Deutschen, die das Streben der Angelsachsen beider Reiche die ganze Erde sich untertan zu machen nicht zu begreifen vermögen.

Immerhin verdient Stresemanns aufflackernde Erkenntnis dessen, was sich wirklich in der Welt vollzieht, festgehalten zu werden, obwohl sie nur mit den angeführten Einschränkungen als realer Natur bezeichnet werden kann. Deshalb sei hier seine Antwort auf die deutschnationale Befürchtung, daß speziell Deutschland »eine politische Kolonie der Franzosen und Engländer zu werden« drohe, in ihrem Wortlaut wiedergegeben:

»O nein! Eine Kolonie der Franzosen und Engländer sind wir nicht. Mir scheint es nur zweifelhaft zu sein, ob nicht der ganze Erdteil Europa in Gefahr ist allmählich eine Kolonie derjenigen zu werden, die glücklicher gewesen sind als dieser durch den Krieg erschütterte Erdteil. Daß hier [im Sondermemorandum des Sachverständigenberichts] verschiedene europäische Mächte zusammen versucht haben sich gegenseitig Erleichterungen zu gewähren, wenn ihnen Erleichterungen von anderer Seite gegeben würden, kann man jedenfalls auch nicht aus der Geschichte der Pariser Verhandlungen hinwegstreichen.«

In der Tat, daß gegen Schluß der Konferenz von Paris der ganze Erdteil Europa sich zusammenfand, um in einer Urkunde Deutschland zu verbriefen, daß jeder Schuldennachlaß Amerikas hauptsächlich und in erster Linie dem deutschen Volk zugute kommen müsse, hätte gerade in der deutschen Presse als ein Ereignis gewertet werden müssen, das eine neue Phase des Reparationsproblems einleitet. Merkwürdig ist nun, daß gerade dieser Hinweis Stresemanns auf die Solidarität Europas gegen die Realisierung der amerikanischen Kriegsgewinne aus Deutschlands Reparationszahlung in der deutschen Presse nicht nur kein Echo fand, sondern vielfach sogar teils als »schädlich« für Deutschland hingestellt, teils als »Mißverständnis« beflissen dementiert wurde. Und doch liegen die Dinge völlig klar: Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Europas auf eigene Kosten neben der Bezahlung des von Amerika zu wucherischen Preisen gelieferten Kriegsmaterials geht über die Kraft der kontinentalen Siegerstaaten hinaus. Sie fordern im Youngplan von Deutschland als Endsumme 113,9 Milliarden Goldmark, weil Amerika von dieser Summe nicht weniger als 75 Milliarden als Kriegsgewinn für sich beansprucht. Das ist der nackte Tatbestand. Er trat, obwohl Amerika bestrebt war ihn nicht zur Geltung kommen zu lassen, trotzdem immer wieder gebieterisch in den Vordergrund. Ihn zu verkennen war unmöglich. Die von deutschen Unterhändlern zunächst eingenommene Stellung, daß die deutschen Reparationszahlungen mit der Realisierung der amerikanischen Kriegsgewinne gar nichts zu tun hätten, konnte nicht gehalten werden. Dazu ist der amerikanische Anteil an dem, was Deutschland in 58 Jahren zahlen soll, zu groß. Man kann vielleicht vor 75 Millionen, niemals aber vor 75 Milliarden Goldmark die Augen verschließen. Deshalb sahen sich schließlich Hjalmar Schacht und Ludwig Kastl gezwungen das Sondermemorandum mit zu unterschreiben, das freilich auf amerikanisches Gebot als »gleichzeitiges Memorandum, das nicht einen Teil des Berichts bildet«, figuriert, sich aber trotzdem, wie Deutschlands Außenminister betonte, »nicht aus der Geschichte der Pariser Verhandlungen hinwegstreichen« läßt.

In dem Sondermemorandum über die Deutschland zu gewährenden Zahlungserleichterungen, wenn Amerika nachläßt, hat sich anscheinend eine Einigung ganz Europas vollzogen, und zwar eine solche zugunsten Deutschlands. Die Einheitsfront Gesamteuropas gegen Amerika, die uns die Unterschriften des Sondermemorandums zeigen, hat jedoch einen Bruch. Der Bruch ist dort zu finden, wo die Namen Stamp und Addis stehen. Von England wird niemals ein ernstgemeinter Druck auf Amerika zugunsten Deutschlands ausgeübt werden. Die Einigung Europas, um Deutschland von der 75-Milliarden-Schuld, die es an Amerika zahlen soll, freizumachen, beschränkt sich in Wahrheit auf Kontinentaleuropa. Soll sie fruchtbar werden und praktische Ergebnisse zeitigen, muß sie zu einer kontinentaleuropäischen Verständigung weitergebildet werden. Nachdem im Sondermemorandum festgelegt worden ist, daß jeder Schuldennachlaß von amerikanischer Seite Deutschland zugute kommt, ist es eine Verdrehung der Wahrheit die Dinge so hinzustellen, als ob Frankreich lediglich egoistische Interessen verfolge, wenn es Amerika immer wieder auf die moralische Pflicht hinweist auf seine Kriegsgewinne zu verzichten. In diesem Zusammenhang sei auf eine Pariser Meldung der Telegraphenunion verwiesen, die deutlich zeigt, daß man in Frankreich es ablehnt Amerika zu umschmeicheln, obwohl man in Paris sehr wohl weiß, daß seit dem 7. Juni, als Europas Sachverständige ihre Unterschrift unter das Sondermemorandum setzten, nur Deutschland aus dem amerikanischen Schuldennachlaß wirklich Vorteil ziehen kann. Das genannte Bureau berichtete am 2. Juli:

»Bei dem Festessen am Schluß der Tagung des französischen Industriellenverbands hielt der Abgeordnete Fougère eine aufsehenerregende Rede, in der er über Amerika unter anderm sagte, Amerika sei eine edlerer Gefühle unfähige Nation, die die Welt durch ihr wirtschaftliches Übergewicht zu erdrücken drohe. Amerika bedeute eine weit größere Gefahr als die, gegen die Frankreich vor 15 Jahren habe kämpfen müssen. »Wenn wir«, so fuhr der Redner fort, »um unsere Freiheit zurückzuerobern, Amerika die Milliarden zurückgeben müssen, die es für sein Bestehen für notwendig zu erachten scheint, so werden wir sie ihm geben, obwohl Amerika $\frac{3}{4}$ des Goldes der ganzen Welt besitzt. Vielleicht werden wir gezwungen sein uns an unsere Gegner von gestern zu wenden, um mit ihnen ein Wirtschaftsbündnis zu schließen, um Europa zu retten.«

Festgehalten zu werden verdient auch die Äußerung des Vorsitzenden der Radikalen Partei, des Abgeordneten Daladier, in seinem Organ La République, deren Inhalt das Wolffsche Bureau in einem Telegramm aus Paris am 5. Juli wie folgt wiedergab:

»Die finanzielle Liquidierung des Krieges ist eng mit der internationalen Politik verbunden. »Die auswärtige Politik beherrscht alles«, erklärte bei seiner Wahl zum Kammerpräsidenten Paul Deschanel. Das gleiche trifft auch für die gegenwärtige Lage zu. Von der auswärtigen Politik, die wir verfolgen werden, von unserer Verständigung oder unserer Zwietracht mit England und Deutschland hängt der Sieg der europäischen Solidarität ab oder der Triumph des amerikanischen Imperialismus über Europa. Um dem drohenden Vasallentum zu entgehen, muß Europa zu einer Föderation kommen. Es wird keine europäische Einheit und im politischen Sinn des Wortes kein Europa geben ohne eine deutsch-französische Annäherung und ohne loyale völlige Entente der 3 großen Demokratien der Gegenwart. Daher ordnen wir die Ratifizierung der Schuldenabkommen der Ausführung einer klarblickenden, kühnen internationalen Politik unter.«

Die Redewendung Daladiers von der »völligen Entente der 3 großen Demokratien« ist ein Rückfall in das politische Denken der Vorkriegszeit, dessen Primitivität nicht wenig zur europäischen Katastrophe von 1914 beigetragen hat. Eine »völlige Entente« des Britischen Weltreichs, das übrigens in seinem Herrschaftsbereich Demokratie immer nur für die Angelsachsen gelten läßt,

mit Frankreich und Deutschland ist eine Unmöglichkeit. Das Britische Weltreich ist so groß und erstreckt sich über so viele Erdteile, daß es sich das Prinzip seines politischen Handelns nicht aus Europa allein herleiten kann. Es hat eine »völlige Entente« mit Frankreich auch aus dem Grund gar nicht nötig, weil sich die Angelsachsen Europas mit denen Amerikas, Australiens und Südafrikas als das herrschende Weltvolk fühlen, dem sich schicksalsgemäß Franzosen und Deutsche einfach unterzuordnen haben. Daladiers Furcht vor dem amerikanischen Imperialismus über Europa deckt sich im übrigen mit der Befürchtung Stresemanns, daß der ganze Erdteil Europa Gefahr laufe eine amerikanische Kolonie zu werden, so daß auch das, was oben einschränkend über das Britische Weltreich gegen Stresemann gesagt werden mußte, für Daladier und die französische Linke gilt. Immerhin zeigen Daladiers und Fougères Äußerungen, daß man die Zeichen der Zeit in Frankreich rechts und links von Poincaré viel besser begreift als in Deutschland.

Gewiß fehlt es auch auf deutscher Seite nicht an Männern, die ihre Stimme für eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Herstellung eines einigen Europas erheben. So konnte die Vossische Zeitung am 3. Juli über einen Vortrag des demokratischen Führers Erich Koch vor ausländischen und deutschen Studenten in Berlin berichten, in dem er die These "Europa muß sich einigen" verfocht. Es wurde dies darüber mitgeteilt:

»Als das Kernproblem der europäischen Verständigung aber bezeichnet Koch-Weser die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Der Ruhrkrieg gerade habe beiden Teilen gezeigt, daß dieses Verhältnis gebessert werden muß, und daß auf den alten Wegen der sogenannten Erbfeindschaft nicht weiterzukommen sei. Für die Franzosen komme es darauf an, daß sie den Gedanken der Annexion des linken Rheinufer als nationales Ziel fallen lassen, für die Deutschen, daß sie den Revanchegedanken gegen Frankreich nicht aufkommen lassen. Wenn Frankreich sich überzeugt habe, daß Deutschland keine Revanche wolle, und wenn umgekehrt das deutsche Volk überzeugt sei, daß das französische Volk nicht das linke Rheinufer anneklieren wolle, dann sei ein großer Schritt vorwärts in der Richtung auf eine gesamt-europäische Verständigung getan.«

In Frankreich ist man aber, wie gesagt, in der Erkenntnis, daß Europa sich einigen muß, doch viel weiter als in Deutschland. Frankreich spielt nicht, wie behauptet worden ist, »eine geradezu groteske Doppelrolle«, wenn es das Ansinnen zurückweist die Schuldenforderungen Amerikas, die doch nur ein Plus für die Kriegsgewinner bedeuten, den eigentlichen Reparationsforderungen, die zur Finanzierung des Wiederaufbaus der verwüsteten Gebiete bestimmt sind, gleichstellen zu lassen. Auch dagegen, daß man in Amerika die Summe von 38 Milliarden Mark als eine Übersteigerung der Wiedergutmachung bezeichnet, gleichzeitig aber an dem Anteil von 75 Milliarden zur Realisierung der amerikanischen Kriegsgewinne festhält, empört man sich in Frankreich mit Recht. Die faktische Wiederherstellung des Zerstörten, die schließlich dem ganzen europäischen Kontinent und damit auch Deutschland selbst zugute kommt, ist etwas ganz anderes als die Zahlung von 75 Milliarden Goldmark an Amerika, das für diesen Tribut als Rechtstitel lediglich auf noch nicht realisierte Kriegsgewinne zu verweisen vermag.

Wer an das Sondermemorandum denkt, das Deutschland einen Zahlungsnachlaß sichert, wenn Amerika nachläßt, muß sich übrigens nicht wenig über die in Deutschland vorherrschende Beurteilung jener denkwürdigen Pariser Kammersitzung wundern, in der auf die Initiative des Abgeordneten Franklin-Bouillon hin ein nochmaliger Appell an Amerika um Aufschub der Zah-

lung beschlossen wurde. Es ist natürlich ganz unsinnig diesen Appell als eine "Kopfflosigkeit" und die Abweisung durch Amerika als "Demütigung" hinzustellen. Ganz im Gegenteil, der eigentliche Zweck dieses Appells wurde erreicht, und zwar erreicht im Sinn des Sondermemorandums zum Sachverständigenbericht, von dem Stresemann im Reichstag sagte, daß es sich »nicht aus der Geschichte der Pariser Verhandlungen hinwegstreichen« lasse. Nun steht Amerika in voller Glorie als unerbittlicher Gläubiger da. Jetzt ist es bei allen, die sich überhaupt noch in der Politik und in Geldsachen so etwas wie ein moralisches Bewußtsein bewahrt haben, ganz unmöglich eine andere Stellung zu nehmen als die der Einheitsfront gegen Amerika. Und die Zeit wird kommen, wo diese moralische Kraft sich auch als faktisch wirksam erweist. Dann wird auch in Deutschland, wo man einstweilen noch alles Heil aus Amerika erwartet und glaubt, Europas Kontinent ginge uns im Grund nichts an, stutzen und möglicherweise den richtigen Weg finden, den jetzt schon Gustav Stresemann und Erich Koch betreten wollten, woran sie aber vorläufig noch durch die "höhere Gewalt" der angelsächsisch inspirierten deutschen Presse gehindert werden.

MAX COHEN · FÜR DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT

MAG man von dem Ergebnis der im Eiltempo in den letzten Sitzungstagen im Reichstag vorgenommenen Beratung landwirtschaftlicher Fragen noch so wenig befriedigt sein, es ist doch ein erfreulicher und grundsätzlicher Fortschritt in der Stellung der Linken, also vor allem der Sozialdemokratie, zur Landwirtschaft zu konstatieren. Es ist nicht mehr so wie in der Vorkriegszeit, daß man allen Bedürfnissen der agrarischen Produktion vollkommen verständnislos gegenübersteht, daß man die landwirtschaftliche Entwicklung ganz schief sieht, vor allem ihre Bedeutung für die ganze Nation verkennt. Jene Negation früherer Jahrzehnte hat einer objektiveren Auffassung landwirtschaftlicher Erfordernisse Platz gemacht. Ganz allmählich hat man sich vom "Konsumentenstandpunkt" losgelöst und zum Begreifen des Produktionspostulats durchgerungen.

Eigentlich sollte sich das für eine hauptsächlich aus Arbeitern, also produzierenden Menschen, bestehende Partei von selbst verstehen, erst recht bei einer sozialistischen Arbeiterpartei, die wissen muß, daß ihre Ideale sich nur durch eine außergewöhnliche Steigerung der Erzeugung, verbunden mit einer sich auf möglichst große Gebiete beziehenden Arbeitsteilung, erreichen lassen. Natürlich hat die gänzlich veränderte Stellung der Sozialdemokratie im Staat, die sie seit der Beendigung des Weltkriegs innehat, viel zu ihrer Wandlung in wirtschaftlichen Fragen beigetragen. Es ist eben ein riesen-großer Unterschied, ob man eine wirkliche unmittelbare Verantwortung für die Gestaltung der Dinge hat oder aus dem luftigen Sitz einer ganz unverantwortlichen Oppositionspartei zu den Notwendigkeiten eines großen Volkes Stellung nimmt. In der Lage einer Partei, die nie selber bestimmte, hat sich die deutsche Sozialdemokratie bis 1918 befunden. Das ist jetzt anders. Öfter schon hat sie, wie jetzt wieder, als führende Regierungspartei die volle Verantwortung für die Entscheidungen der Reichspolitik tragen und deshalb besonders wirtschaftliche Dinge wirklichkeitsnäher sehen müssen.

Am schwersten ist ihr das nun freilich in landwirtschaftlichen Dingen geworden, und man kann auch heute noch nicht sagen, daß es ihr völlig gelungen sei. Dazu fehlt noch mancherlei. Immerhin ist die Stellungnahme unserer Partei zum Getreidemonopol ein Beweis dafür, daß die jahrzehntelange Arbeit der Sozialistischen Monatshefte nicht fruchtlos gewesen ist, wie ja auch sonst die hier gewiesenen Wege von der Sozialdemokratie fast durchweg, wenn auch leider nur zaghaft und mit viel zu großer Verspätung, beschritten worden sind. Merkwürdig und sehr zu bedauern bleibt es gleichwohl, daß die größte Regierungspartei auch diesmal wieder bei einer Halbheit stehen geblieben ist. Obwohl sie die unvermeidbare Preiserhöhung bei der Schaffung eines Monopols zu akzeptieren bereit war, lehnte sie die mäßigen Zollerhöhungen samt und sonders ab. Es scheint so, als ob man hier wieder einmal vor dem Wortradikalismus der sogenannten äußersten Linken, vor deren Agitationsphrasen manche Sozialdemokraten eine unerklärliche Furcht haben, kapituliert hat. Eine Furcht, die von vielen bürgerlichen Politikern sowohl für die innere wie für die äußere Politik geteilt wird. Man hat immer noch nicht eingesehen, daß die Produktivität des russischen Bolschewismus sich lediglich in der Schaffung eines überaus kostspieligen, die wirtschaftlichen Kräfte hemmenden Funktionärsmechanismus und einer innern Polizeitruppe, sonst aber nirgendwo bewährt hat. Auch in Deutschland sollte man sich darüber endlich einmal klar werden, daß unsere sogenannten Kommunisten zwar einige Scherereien zu machen vermögen, zum Schaffen berufen aber ebenso kläglich versagen müßten wie der Bolschewismus in Rußland. Das wissen sie selber auch ganz genau. Sie täuschen sich keineswegs über ihre eigene Nichtleistungsfähigkeit, und es ist schade, daß die Sozialdemokratie sich auch nur einen einzigen Augenblick in ihren politischen Entschlüssen durch den Gewohnheitslärm ohne Ernst und Temperament beirren läßt. Anders als durch ruhige Weiterarbeit und Leistungen wird man die "kommunistische" Agitation nie überwinden können. Nur muß man den Mut aufbringen von eigenen früheren Irrtümern abzurücken. Das würden die Massen (deren Unverständnis man immer ins Feld führt, wenn man selber versagt) sehr wohl verstehen. Sie haben es auch bisher verstanden, daß die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit eine andere ist als die vor dem Krieg. Man setze also die begonnene Politik des Reifwerdens für den Staat unbekümmert um etwaige, zweifellos nur vorübergehende Wahlverluste ruhig fort, sie ist die einzige, die die Partei vorwärtsbringen kann.

Vor allem ist das für die Folge auf dem Gebiet der Landwirtschaftsförderung nötig. An der wirklich elementaren Notlage der deutschen Landwirtschaft kann nicht mehr gezweifelt werden, und das, was in den letzten Junitagen im Reichstag geschah, kann nichts anderes sein als ein Notbehelf, dem die eigentlichen Taten erst folgen müssen. Den verantwortlichen Politikern wird dabei die Frage gestellt werden müssen, ob sie die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft für das deutsche Volk als notwendig erachten oder nicht. Denn um diese Frage geht es heute, und wenn man dabei zu der kaum bezweifelbaren Antwort gelangt, daß das deutsche Volk ohne die Grundlage einer leistungsfähigen Landwirtschaft überhaupt nicht zu existieren vermag, wird man aus solcher Antwort auch die Konsequenzen ziehen müssen. Es ist allzu bequem immer zu wiederholen, die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sei mit dem Mittel des Zollschatzes allein nicht möglich. Das wissen alle, und es ist überflüssig es stets quasi als neue Erkenntnis vorzu-

bringen und die Landwirtschaft auf die Selbsthilfe zu verweisen. Das dürfen nur die tun, die bereit sind ihr solche Selbsthilfe auch zu ermöglichen. Es ist etwas zu billig die Umstellung zur Qualitätsproduktion, zur Standardisierung, zur Schaffung von Absatzorganisationen zu fordern, ohne die Voraussetzungen für eine solche Umgestaltung zuzugestehen. Es ist natürlich richtig, daß die Beseitigung der viel zu hohen Zwischengewinne nur erreicht werden kann, wenn die Landwirtschaft selber ihren Absatz organisiert und die dazu nötige Organisation in ihre Hand bekommt. Es ist ferner richtig, daß eine Qualitätssteigerung und die Herstellung von Markenwaren die fremde Konkurrenz stark zurückdrängen würden. Wie kann man aber annehmen, daß diese gewaltige, nicht von heute auf morgen mögliche Umstellung anders als unter dem schützenden Dach ausreichender Zölle durchführbar wäre? Die überschuldete deutsche Landwirtschaft hat den starken Willen zum Wiederaufbau. Aber um ihn durchzuführen, bedarf sie des Schutzes durch die übrigen Volksmassen. Wenn diese ihn vermittels hinreichender Zölle gewähren, wird der Neubau gelingen. Doch darf dieser nicht nach so einseitiger Doktrin geschehen, wie sie der hochverdiente Agrarökonom Friedrich Aereboe aufgestellt hat, der einen starken Zollschutz nur für die sogenannten veredelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse fordert und damit Kartoffel- und Körnerbau eigentlich preisgibt. Wenn kleine Länder, wie Dänemark und Holland, mit der Kultivierung dieses einen Gebiets der landwirtschaftlichen Produktion auch ganz gut gefahren sind, so beweist das noch gar nichts für Deutschland. Was für ein kleines Volk möglich und nützlich ist, ist nicht für das industriestärkste Volk des europäischen Kontinents mit seinen Millionen-scharen von Industriearbeitern und -angestellten richtig. Es ist gewiß zu verlangen, daß Deutschland auch die Produktion veredelter landwirtschaftlicher Erzeugnisse schützt, damit es auch hierin möglichst unabhängig von ausländischer Einfuhr wird. Noch wichtiger aber ist es, daß ein in der Mitte Europas lebendes Volk von 65 Millionen Menschen die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, Brot und Kartoffeln, auf eigenem Grund und Boden zu erzeugen vermag. Das ist allererste Notwendigkeit, denn ohne Brot und Kartoffeln kann Deutschland nicht bestehen. Wenn es darüber hinaus ein Plus durch gesteigerte Eigenerzeugung an Fleisch, Butter, Käse usw. hervorzubringen vermag, so ist das hoch willkommen und mit allen Kräften zu erstreben. Beide Produktionsgebiete gehören eng zusammen und greifen in einander über; verstärkter Kartoffelbau wird die meisten fremden Viehfuttermittel entbehrlich machen, und außerdem ist er bekanntlich als Hackfruchtbau für die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion unersetzlich. Bei der auf der ganzen bewohnten Erde herrschenden und so bald nicht sich legenden Unruhe und den vielen wirtschaftlichen Konfliktsmöglichkeiten muß Deutschland darauf bedacht sein seine Bevölkerung auch in Konfliktszeiten aus eigener Kraft mit dem Allernotwendigsten versehen zu können. Die Opfer, die es für solche relative Autarkie bringt, machen sich belohnt. Auch kommt man dann, auf längere Sicht, zu ebenso niedrigen Preisen, wie sie für die angeblich billigeren fremden Erzeugnisse bezahlt werden müssen.

Bei der Betrachtung landwirtschaftlicher Produktionsfragen und des für diese Produktion nötigen Schutzes wird sehr oft außer acht gelassen, daß die deutsche Volkswirtschaft ein Ganzes ist, und daß ihre verschiedenen Produktionsgebiete eng zusammengehören. Das ist besonders der Fall, wenn man einmal die formale Zweiteilung der industriellen und der landwirtschaft-

lichen Produktion vornimmt. Soweit es eben geht, werden wir uns auf beiden Gebieten bemühen müssen das Übermaß der fremden Einfuhr einzuschränken, zugunsten des Verbrauchs einheimischer Waren. Die fremde Einfuhr muß durch Ausfuhr deutscher Waren bezahlt werden, und niemand wird sagen können, daß die Aussicht eine immer stärker werdende fremde Einfuhr durch einen im selben Maß steigenden deutschen Export auszugleichen besonders groß sei. Die allgemeine Ungunst der Verhältnisse wird durch die Zahlungen des Youngplans, mit dem Aufhören der Sachleistungen nach 10 Jahren, gewiß nicht verbessert, und die seit der Stabilisierung unserer Währung auf mindestens 16 Milliarden Mark erhöhte Passivität unserer Zahlungsbilanz redet eine deutliche Sprache. Sowohl bei industriellen Fertigwaren wie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist ein beträchtlicher Teil der von außen kommenden Waren sehr wohl zu entbehren. In diesem Zusammenhang wird eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die unter genügendem Zollschatz vorgenommen werden kann, ihren ganz besondern wirtschaftlichen Nutzen erweisen. Sie erspart uns viele Millionen, die wir sonst an das Ausland zahlen müssen. Sie erspart sie uns vielleicht sogar doppelt, da die Schwierigkeiten, die sich einer verstärkten Ausfuhr entgegenstellen, sehr oft nur durch einen Warenexport unter dem Selbstkostenpreis überwunden werden können. Wenn die notwendigen Devisen zur Bezahlung fremder Einfuhr unbedingt beschafft werden müssen, so erzwingt sich die deutsche Ware die Ausfuhr durch eine starke Preissenkung. Je öfter das geschieht, in desto höherm Maß werden die Kosten dafür auf die breiten Volksmassen abgewälzt werden, so daß, im ganzen und auf lange Dauer gesehen, eine durch Agrarzölle hervorgerufene vorläufige Preissteigerung sicherlich leichter zu tragen ist als das, was man in Kauf nehmen muß, wenn man, ohne Zollschatz und ohne Preissteigerung, den Weg der Warenverschleuderung geht.

In den letzten Reichstagsdebatten, wie auch in den sonstigen Diskussionen über Landwirtschaftsfragen, ist auf die angebliche Rückständigkeit der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe hingewiesen worden. Gewiß liegt betrieblich manches im argen. Aber man wird darauf verweisen müssen, daß die am ökonomischsten arbeitenden Betriebe, besonders also die, die viel Geld für ihre Intensivierung aufgewandt haben und auch noch aufwenden, mit am schlechtesten stehen. Es fehlt eben überall an eigenen Mitteln, und der allzu teure Kredit verstärkt die Neigung durch extensives Wirtschaften den Gefahren des Verschuldens und des Zusammenbruchs zu entgehen. In dieser Situation machen zweifellos aus den oben angeführten Gründen zahlreiche Betriebe den Eindruck, als ob sie in ihrer Wirtschaft zurückbleiben. Das zeigt aber nur die Abnormität der Lage, und gerade deshalb tut Hilfe doppelt not. Sie muß, dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben, mit der Durchführung besserer Schulung der einzelnen Landwirte, besonders der bäuerlichen, und einer sachlichen Höherentwicklung der für die deutsche Landwirtschaft so wesentlichen Frauenarbeit verbunden sein, und der stete Appell an die Landwirte auf die Herstellung bester Qualitäten bedacht zu sein darf ganz gewiß nicht fehlen. Je schneller sich die Erziehung zu rationeller Produktion und die Organisation des Absatzes erreichen lassen, desto größer wird die Wirkung auf die Herstellung von Qualitätswaren sein. Alles das muß Hand in Hand mit einander gehen, und keine einzige der vielen Notwendigkeiten darf verabsäumt werden. Am Anfang aber muß, damit man eben überhaupt anfangen kann, ein genügender Zollschatz stehen.

Hier und da ist gegen den landwirtschaftlichen Protektionismus der Einwand erhoben worden, daß er der europäischen Verständigung im Weg stehe. Nun, nirgendwo wird die europäische Verständigung seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten, so ernsthaft erstrebt wie in den Sozialistischen Monatsheften, und es wäre zu wünschen, daß ihre neuen Vorkämpfer sie nicht nur in Festreden verkünden sondern durch die Anbahnung einer konkreten Zusammenarbeit mit Frankreich, statt der ewigen antifranzösisch-proenglischen Stimmungsmache, auch wirklich etwas für sie tun. Aber durch Freihandelsmanifeste alten Kalibers wirkt man nicht für sondern gegen sie. Was soll der oft beteuerte Wunsch nach einer Europäischen Zollunion, wenn man sich doch überhaupt gegen Zölle erklärt? Will man den europäischen Kontinent wirklich zu einer Produktionseinheit gestalten, so ist es eben nötig, daß dieser Organismus gegen einen Angriff von außen geschützt wird, wenigstens so lange, bis er groß und stark genug ist, um keinerlei Überrennung durch Kräfte von außen, namentlich von Übersee, befürchten zu müssen. Kontinentaleuropa als Wirtschaftseinheit kann nicht fix und fertig der bloßen Forderung entspringen sondern muß in schwerer Arbeit und gegen viele immer neue, namentlich von angelsächsischer Seite herangewälzte Hindernisse aufgebaut werden. Der Anfang einer europäischen Verständigung kann nur auf dem Gebiet der industriellen Produktion erfolgen, und hier auch nicht zwischen allen europäischen Staaten auf einmal sondern mit den wichtigsten, Deutschland und Frankreich, beginnend. Ist hier das Fundament gelegt, so wird dann allerdings durch die industrielle Rationalisierung schon die immer weitere Einbeziehung der europäischen Staaten erfolgen, so daß jedes Produkt am besten Standort erzeugt wird. Schwieriger als in der Industrie ist aber dieser Werdeprozeß in der Landwirtschaft. Die Durchorganisation der nationalen Landwirtschaft zu einer gemeineuropäischen kann erst das *letzte* Glied der Arbeitskette sein, die zur Aufrichtung des Vereinigten Europäischen Kontinents notwendig ist. Die binneneuropäischen Agrarzölle werden also erst zuallerletzt fallen können. Und dann erst wird die wirkliche europäische Einheit hergestellt sein. Sie wird nie kommen, wenn wir an diesem Ende anfangen wollten. Denn dann würden, statt eines Bundes von gleichen, herrschende und beherrschte Nationen das Ergebnis sein. Aber auch wenn der letzte binneneuropäische Zoll beseitigt ist, wird die Zollpolitik als solche, und namentlich für die Landwirtschaft, nicht aufhören können, weil es dann, wie erwähnt, erst recht gelten wird dieses neue Europa gegen eine Invasion aus Übersee sicherzustellen. Man sorgt nicht für das, was dann noch später kommt, wenn man heute Freihandelslehren aus dem vorigen Jahrhundert wieder hervorzieht und aufpoliert. Nur, wenn man den gegenwärtigen Wirtschaftsnotwendigkeiten gerecht wird, darf man hoffen an den zukünftigen Wirtschaftsmöglichkeiten weiterbauen zu können.

Die wichtigste Forderung der Gegenwart aber heißt für Deutschland Förderung der Landwirtschaft. Je schneller und je gründlicher sie erfolgt, desto besser sichern wir die Zukunft unseres Landes und damit Europas. Eine Nation, die die Grundlage ihrer Produktion, die Landwirtschaft, im Stich läßt, schwebt in Gefahr entwurzelt und dann beiseite geschoben zu werden. Deshalb ist, wie hier immer wieder und wieder betont wurde, der Schutz der Landwirtschaft eine gesamt-nationale Angelegenheit, und alle Schichten des deutschen Volkes haben das gleiche Interesse ihn durchzuführen.



JULIUS KALISKI · WIE IST UNSER GETREIDEBAU ZU SICHERN?

JEDES getreidebauende Land steht vor der Aufgabe seine landwirtschaftliche Produktion vor den Folgen häufiger und vielfach scharf rückläufiger Preisbewegungen zu schützen. Vor allem sind es die Ernteüberschüsse der Vereinigten Staaten von Amerika, Argentiniens, Canadas und Australiens, die den Markt unter Druck halten. Die Angebote jener Länder wirken um so nachhaltiger, als zum Teil der Weizen, um den es sich vornehmlich handelt, dort entweder in kapitalstarken Händen liegt oder, wie neuerdings in den Vereinigten Staaten, durch umfassende staatliche Maßnahmen gehalten und gestützt wird. Unter den Wirkungen so beherrschter Weltbestände leidet nicht zuletzt der deutsche Markt. Übrigens nimmt nur ein Getreideerzeugungsgebiet eine Ausnahmestellung ein: das bolschewistische Rußland, das selbst unter schwerer Brotnot leidet, aber ganz und gar nicht infolge eines gesteigerten Selbstkonsums sondern wegen der verwahrlosten Gesamtwirtschaft und der bedrückten Agrarproduktion, verbunden mit schlimmen Verkehrsverhältnissen. Nicht einmal den bescheidensten Getreidebedarf kann Rußland aus eigenen Kräften decken, es sieht sich auch außerstande von den unbeschränkten Kaufmöglichkeiten an den internationalen Getreidemärkten Gebrauch zu machen. Aus den Ergebnissen der bolschewistischen Exportwirtschaft lassen sich die Mittel einer auch noch so bescheidenen Getreideeinfuhr nicht gewinnen, obwohl ein nicht unerheblicher Teil des russischen Warenexports mit Mitteln betrieben wird, die man früher als brutal kapitalistisches Dumping zu bezeichnen pflegte. Der ständige Hunger, durch den Mangel an Getreide und Mehl hervorgerufen, ist keineswegs die Folge einer besondern Katastrophe; es ist lediglich die Katastrophe des bolschewistischen Funktionärregimes, das selbst die reichsten Ernährungsquellen versiegen läßt. Nichts wäre weniger angebracht als durchaus zwangsläufige Erscheinungen bolschewistischer Verordnungs- und Wucherwirtschaft als warnende Beispiele der Ergebnisse eines systematischen Schutzes der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Regulierung der Preise für Agrarerzeugnisse zu verwenden.

Auch wenn wir eine sozialistische Wirtschaft hätten, und gerade dann, müßte jede verantwortliche Staatsleitung den erforderlichen Schutz für die Erhaltung der Nahrungsmittelproduktion im eigenen Land unbedingt gewähren. Das steht außer Zweifel, und daß heute jede Diskussion darüber als erledigt angesehen wird, bedeutet einen immerhin nicht geringen Fortschritt. Gegenstand der Diskussion allein bleibt, welche Wege und Formen zum wirksamen Schutz der Landwirtschaft zu wählen sind.

Einig ist man darüber, daß Zölle *allein* den angestrebten Schutz nicht verbürgen. Aber ebenso gewiß ist, daß sonst zweckmäßige Schutzmaßnahmen sich erst im Rahmen ausreichender Schutzzölle bewähren werden. Das hätte seine Geltung auch für den Fall behalten, daß wir ein Getreidemonopol oder monopolartige Einrichtungen bekommen hätten. Eine Stützung der Getreidepreise nur durch die neubeschlossenen mäßigen Zollerhöhungen dürfte sich bald als unzulänglich erweisen, auch unter der Wirkung des jetzt statuierten Vermahlungszwangs für inländischen Weizen. Sicherlich hat sich wohl niemand darüber getäuscht, daß der Vermahlungszwang nur ein rohes Aushilfsmittel

ist, das angewandt zu sehen auch der Landwirtschaft keine reine Freude macht. Ein Getreidemonopol, wie es der Antrag Kanitz in seinen Hauptzügen einst vorgesehen hatte, ist nicht errichtet worden. Dagegen sprachen nicht nur die Gründe, die sich aus der finanziellen Voraussetzung der Aufnahme eines solchen Monopolbetriebs ergeben. Dennoch hat sich die Idee des Monopols siegend durchgesetzt. Das Getreidemonopol, das von den Sozialistischen Monatsheften in einer Arbeit vor 30 Jahren zum politischen Eigentum der Sozialdemokratie gemacht worden ist und auch landwirtschaftlichen Kreisen, die den Geist des Antrags Kanitz-Jaurès manchmal vergessen, in Erinnerung gebracht werden müßte, rückt der Verwirklichung nahe. Ließ sich der Aufbau des früher durchaus logisch gedachten Monopols heute auch nicht verwirklichen, so behalten die Pläne von einst doch ihren Wert, ohne den Anspruch zu erheben technisches Programm von heute zu sein. Fehlgeschlagen sind ferner die Versuche durch den Scheuerkonzern und die Deutsche Getreidehandels-gesellschaft den Mittelpunkt einer Marktorganisation und damit den Ausgang zur Heranbildung eines auch formellen Monopols zu bilden. Schließlich wurde auch der Vorschlag einer Markt- und Preisausgleichsgebühr, die den Charakter gleitender Zölle tragen sollte, abgelehnt. Diese Gebühr sollte als Zuschlag bis zur Höhe von 2,50 Mark für den Doppelzentner erhoben werden, wenn der inländische Weizenpreis im Monatsdurchschnitt unter 26 Mark bliebe, aber wieder wegfallen, wenn dieser Durchschnitt 28,50 Mark überstiege.

In der Einführung einer Zuschlagsgebühr bei dem Import von Weizen liegt aber ein gestaltungsfähiger Gedanke, der hoffentlich mit der Ablehnung des Zuschlags in der vorgeschlagenen Form nicht abgetan sein wird. Von den Vätern dieser Idee war die Zahlung eines Zuschlags ursprünglich nicht als Entrichtung eines entsprechenden Zollbetrags gedacht. Sie hätte deshalb die in den Handelsverträgen vorgesehenen Vereinbarungen über die Zollsätze für Weizen niemals zu berühren brauchen und auch nicht berühren dürfen. Schon das allein hätte es auch verbieten müssen die Zuschlagsgebühren in Form von Einfuhrscheinen zurückzuvergüten. Leider wurde eine im besten Sinn produktive Idee bis zur Entwertung verschlechtert, während sie zur Basis eines durchaus brauchbaren Monopolvorschlags ausgebaut werden kann. Eine Maßnahme der reinen Innenwirtschaft kam in Frage, und doch ist das Ziel breiter. Für jeden Zentner eingeführten Weizens sollte etwa nach der erwähnten Skala ein Betrag bezahlt werden, der nicht in die Zoll- und Reichskassen zu fließen hatte sondern zur Unterstützung besonderer landwirtschaftsproduktiver Zwecke hätte verwandt werden müssen. Bei der Durchführung eines so gearteten Systems läge es nahe die Zahlung des Zuschlags etwa als Gebühr für die Konzessionierung von Handelsfirmen zur Ausführung von Weizenimporten anzusehen. So käme unter allen Umständen der Doppelzweck der Preis- und Marktausgleichsgebühr zur Geltung: den Weizenpreis zu stützen und der landwirtschaftlichen Produktion zur Förderung bestimmter Aufgaben Barmittel zuzuführen, die aus einer im Prinzip unerwünschten Einfuhr gewonnen würden. Zunächst würde der Praxis ein überschaubarer Kreis der Stellen gegeben, die an der Weizen-einfuhr überhaupt beteiligt sein können. Aus Vertretern des korporativ zusammengefaßten Getreidehandels wäre mit Vertretern der zusammengeschlossenen Landwirtschaft und ebensolchen Vertretern der Mühlen, des Bäckereigewerbes und der mit der Produktion eng zusammenhängenden Konsumgenossenschaften eine Kommission zu bilden, die bestimmte Richtlinien für den Umfang der Einfuhr zu geben hätte. Aus einem gewissen Zusammenhang da-

mit ergäbe sich auch die Rückwirkung auf die Preisgestaltung. Sicherlich würde die Anwesenheit eines Reichskommissars bei Zusammenkünften und Entscheidungen einer solchen Kommission allen Teilen erwünscht und unentbehrlich sein. Welche Macht diese Kommission besäße, um ihren Richtlinien und Ratschlägen Achtung zu verschaffen, ergibt sich sehr schnell, wenn man daran denkt, welche Notwendigkeiten im allgemeinen für den Getreideimporteur bestehen. Reichsbank, Preußische Staatsbank, Preußische Zentralgenossenschaftskasse würden ebenso wie die Großbanken nicht zögern für eine nicht angebrachte Weizeneinfuhr Kredite zu verweigern. Eine solche Apparatur, einmal eingerichtet, wird sich leicht einspielen lassen.

Haus- und Brückenbauten früherer Zeiten waren sehr respektabel und einmal neu, aber niemand wird unseren Baumeistern des Prinzips wegen zumuten neuen Aufgaben mit alten Lösungen und Konstruktionen zu genügen. Auch für die Gestaltung wirtschaftlicher Gebilde dürfte der Konstruktionswechsel zur Anpassung an neu entstandene Bedürfnisse nicht zu verwerfen sein. Mit zu den ersten Vorbedingungen jedes wirtschaftlichen Neubaus gehört der Verzicht auf die Aufstellung neuer Beamtenheere. Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung sollen nicht nur in Festreden gefeiert sondern auch praktisch geübt werden. Daß es in den Verwaltungen großer Konzerne sehr viel anders aussieht als in den Behördenorganisationen, gehört zu den gern erzählten Fabeln, die der staatlichen und kommunalen Bureaukratie indes längst nicht mehr imponieren. Man kann deshalb ohne Unterscheidung öffentlicher und privater Verwaltung ruhig sagen, daß die schönsten Pläne von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt sind, wenn Großorganisationen "aufgezogen" werden müssen, um sie in Szene zu setzen. Rückbildung versteinierter Organisationen tut not und wird nicht zu umgehen sein. Alle Betrachtungen über Ersparnispolitik in öffentlicher oder privater Wirtschaft bleiben ohne wirklichen Behördenabbau, oder richtiger ohne Behördenausschaltung, leerer Wunsch. Nach Dezimierung aller Behörden und Organisationen werden nicht nur die bestehenden Aufgaben mindestens ebenso leicht wie vorher erfüllt werden können, es wäre sogar Raum für neue Aufgaben geschaffen, zu denen auch die der Preis- und Marktregulierung für Getreide zu rechnen sind. Wenn Menschen nicht Träger von Funktionen sein sollen, die zuletzt durchaus geistiger Art sind, sondern Ämter, dann wird die Idee totgeschlagen, der man zu dienen glaubt. Wie müßten Gesetze aussehen, die bewirken sollen, daß die Einfuhr von fremdem Weizen in einem bestimmten Verhältnis zur Ausfuhr von deutschem Roggen stehen soll? Ein solches Gesetz wird schwer zu machen sein. Aber ein paar Vertreter der Landwirtschaft, der Mühlen, des Handels, des Bäckereigewerbes und der Konsumgenossenschaften dürften nach einiger Übung das gestellte Ziel einigermaßen erreichen.

Mit Bedacht war vorher von der unerwünschten Weizeneinfuhr gesprochen worden. Denn ein erheblicher Teil der Weizeneinfuhr ist Luxuseinfuhr, besonders ungerechtfertigt in einer Zeit, in der wir andauernd von Lasten reden, die niemand mehr und länger zu tragen imstande wäre. Eine Luxuseinfuhr vor allem vom Standpunkt der Erhaltung der eigenen Landwirtschaft, die mit ihrer Roggenerzeugung eine ungeheure Leistung vollbringt und der Nation eine Sicherung guter Ernährung verschafft. Viel mehr als bisher muß die Roggenproduktion Grundlage des Mehl- und Brotkonsums werden, ausländischer Weizen soll nur einen bescheidenen Zusatz bilden. Besonders in den

Städten fällt auch auf diesem Gebiet den Konsumvereinen die Führung einer nicht leichten, aber um so dankbarern Erziehungsarbeit zu. Vielleicht darf man daran erinnern, daß Mussolini nicht nur die Bananeneinfuhr von einem Tag zum andern unterband sondern auch zugunsten von Italiens Reis die Weizeneinfuhr beschränkte und den Relexport erhöhte. Selbstverständlich war das nicht ein Mysterium des Befehls, das diese Wendung bewirkte, sondern die willige Umsetzung der Anordnung in die Tat zur Stärkung und Veredlung der Produktion und Besserung der Vertriebsrichtungen. Es geht viel mehr als wir meist glauben, und wir sollten niemals vergessen, daß aller parteipolitische Mißbrauch im Kampf um nationale Lebensnotwendigkeiten wenig Schaden stiften kann, wenn das Notwendige rechtzeitig geschieht.

Auf die Dauer wird der Landwirtschaft doch mehr gegeben werden müssen als mäßige Zollerhöhungen nebst Vermahlungszwang. Die Steigerung der Produktion und der Produktivität, die Erschließung neuer Absatzbahnen und -formen werden durch Mahnungen und Belehrung allein nie zuwege gebracht. Dieses Tun kostet viel Arbeit, auch viel Geld, und es ist ohne Beschaffung großer und billiger Kredite nicht zu erzwingen. Aber die Nation, die das für ihre Landwirtschaft vollbringt, kämpft ihren Befreiungskampf.

PAUL KAMPFFMEYER · DIE ARBEITERPARTEI UND DAS KLASSENKAMPFPRINZIP



ALS die deutschen Gewerkschaftsführer am Schluß des Jahres 1925 von ihrer Amerikareise heimkehrten, da stellten sie fest, daß den amerikanischen Arbeitern eigentlich das Klassenbewußtsein fehle, und daß die ökonomischen Lehren des Sozialismus trotz einer jahrzehntelangen, unermüdlichen Propaganda bei der amerikanischen Arbeiterschaft keinen Boden gefunden hätten. In der Tat: Der amerikanische Arbeiter fühlt sich nicht als "Proletarier", als Angehöriger einer unterdrückten, ausgebeuteten und beherrschten Klasse. Die europäische Arbeiterschaft ist in eine Welt hineingeboren, in der die Existenz einer Herrenklasse als eine »ewige, unwandelbare Gesellschaftseinrichtung« erklärt wurde. »Die europäischen Arbeiter, belastet mit dem Druck jahrhundertelangen Pariatums, ringen noch mit sich selbst um das Bewußtsein wenigstens der gesellschaftlichen Gleichwertigkeit; die amerikanischen Arbeiter kämpfen um die Erhaltung dieses Selbstbewußtseins; und je mehr die ökonomischen Veränderungen die tatsächliche soziale Differenzierung vergrößern, um so trotziger betonen sie ihre gesellschaftliche Ebenbürtigkeit.«¹

Diese im wesentlichen durchaus begründete Ansicht deutscher Gewerkschaftsführer erfordert doch eine Korrektur. Schon Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Weltkriegs hatte der kontinentaleuropäische Arbeiter ein mehr oder weniger stark entwickeltes Klassenbewußtsein, der englische Arbeiter, längst der Leibeigenschaft und Hörigkeit entrückt und in heftigsten Kämpfen um die Koalitionsfreiheit zum Industrie"bürger" emporgestiegen, betrachtete sich nicht als sozial minderwertig. Von dem sozialistischen Ideal einer klassenlosen Gesellschaft war er aber in seiner Seele nicht so ergriffen worden, daß er leidenschaftlich und grundsätzlich gegen das Lohnarbeiterverhältnis aufbegehrte. Aber selbst bei der deutschen Arbeiterschaft, die von ihrem

1) Siehe die vom *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund* herausgegebene Sammelschrift *Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer* /Berlin 1920/ Seite 205.

politischen Erwachen an in der Klassenkampftheorie geschult wurde, war das Klassenbewußtsein mannigfaltig abgestuft. Von der Bevölkerung Oberbayerns bemerkt einmal Georg von Vollmar in einem an Franz Mehring gerichteten Brief vom 29. März 1894, daß die sozialen Verhältnisse in Oberbayern »nicht so ins Extrem getrieben« seien, und daß deshalb dort »geringerer Klassenhaß«, »wenig gegenseitige Absperrung und Überhebung« und »Verkehr auf gleichem Fuße« bemerkt werden.

Wenn unsere deutschen Gewerkschaftsführer im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts England besucht hätten, so wären sie wohl zu den gleichen Feststellungen über die englische Arbeiterbewegung gelangt, die sie 1925 über die amerikanische Bewegung aufzeichnen mußten. England hatte damals noch keine sozialistische Massenbewegung. Erst im Jahr 1900 wird auf Beschluß des Gewerkschaftskongresses vom Vorjahr das Labour Representation Committee geschaffen. Diesem Komitee gliederten sich die Independent Labour Party, die Fabian Society und anfänglich auch die Social Democratic Federation an. Erst 1906 änderte das Komitee seinen Namen in Labour Party um und nahm als selbständige Partei mit durchaus selbständigem Programm den politischen Kampf auf: eine politische Partei ohne Klassenkampfprogramm. Egon Wertheimer läßt uns in seiner vortrefflichen Geschichte der Labour Party² nicht nur in das »Antlitz« sondern in die Seele einer Partei blicken, die in ihren Grundanschauungen und in ihrer Organisation von den sozialistischen Parteien des Kontinents abweicht.

Der englische Arbeiter besitzt nicht das, was wir als proletarisches Klassenbewußtsein bezeichnen. Der Gedanke, daß er zu einer minderberechtigten sozialen Schicht der Gesellschaft gehört, liegt ihm ganz fern. Er fühlt sich den Mitgliedern der sozial gutsituierten Schichten vollkommen gleich. Er erkennt sich nicht in den wirklichen Proletariern wieder, die, der chartistischen Armee eingereiht, heftige politische Schlachten dem englischen Großbürgertum lieferten. Diese englischen Arbeiter des letzten Vierteljahrhunderts näherten sich »in ihrem Lebensgefühl und ihrem äußeren Auftreten« vielfach dem Mittelstand. Wertheimer bemerkt zutreffend: »Während Marx' Lehre auf dem Kontinent an die Erlebniswelt des ausgebeuteten Lohnsklaven appellierte, war das Lebensgefühl des britischen Arbeiters in jenen Kategorien nicht getroffen. Der britische Arbeiter fühlte sich nicht als Proletarier und fand sich daher auch nicht bereit den Sinn und die Deutung anzunehmen, die Marx diesem Worte gegeben, und den Begriff klassenstolz umzuwerten; ähnlich ging es ihm mit der Verelendungstheorie, der These von der fortschreitenden Verschärfung des Kampfs zwischen Kapital und Arbeit und mit der Auffassung vom Staat als einer Herrschaftsorganisation der Klassengegner.«

Der allgemeine Inhalt des Arbeiterklassenbewußtseins ist nach der sozialistischen Theorie: Der Arbeiter gehört zu einer ökonomisch und politisch unterdrückten und ausgebeuteten Klasse, die erst durch eine grundsätzliche Änderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von jeder Ausbeutung befreit werden kann. Als ausgebeutet wird die Arbeiterklasse deshalb bezeichnet, weil ihre Gesamtsituation an der idealen Vorstellung eines ausbeutungslosen, von jeder Unterdrückung freien gesellschaft-

2) Siehe Wertheimer Das Antlitz der britischen Arbeiterpartei /Berlin 1929/.

lichen Zustands gemessen wird. Dieser gesellschaftliche Zustand ist der auf genossenschaftlicher Arbeit beruhende, von jeder Ausbeutung und jeder Herrschaft losgelöste Sozialismus. Dem Klassenbewußtsein des Arbeiters liegt also eine ethische Wertvorstellung zugrunde. Das kann man namentlich von dem Lassalleschen Begriff des proletarischen Klassenbewußtseins sagen.

Bei Marx ist das Klassenbewußtsein mehr der gefühlsmäßige Ausdruck eines tatsächlichen Zustands, der fast automatisch den Proletarier in die soziale Revolution treibt. Lassalle beiefert sich hingegen den Arbeiter (der große Agitator spricht durchweg vom Arbeiter, nicht vom Proletarier) als den Träger einer neuen weltgeschichtlichen »Idee« hinzustellen, die einen gewaltigen geistigen und sittlichen Aufschwung der gesamten befreiten Menschheit herbeiführen und eine so hohe »Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit« zeitigen wird, »wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte«. Der klassenbewußte Arbeiter Lassalles ist der sich seiner großen welthistorischen Mission bewußte Arbeiter. Nicht dumpfer, fanatischer Haß weckt dieses Arbeiterklassenbewußtsein, sondern dieses reißt aus der Einsicht des Arbeiters in seine gedrückte Lage und aus der Erkenntnis des hohen Ziels der gesellschaftlichen Entwicklung. Diesem idealen Ziel soll sich der Arbeiter »mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit« hingeben. Die Beziehung des Arbeiterklassenbewußtseins zu einem ethischen Menschheitsideal tritt bei Lassalle offen zutage. Dieses Ideal verwirklicht sich unter der tatkräftigsten Mitwirkung der Wissenschaft. Daher verkettet Lassalle den Arbeiter auf das engste mit der Wissenschaft. Von der Allianz der Wissenschaft mit dem Arbeiter verspricht er sich eine allgemeine kulturelle Befruchtung der europäischen Zustände. Lassalle legt in seinem Arbeiterprogramm einen weniger kräftigen Nachdruck auf das ökonomische Moment der Entwicklung als auf das politische und ethische. In der Idee des Arbeiterstands wird nach Lassalle die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung lebendig, unter der Herrschaft der Idee des Arbeiterstands verwirklicht sich ein Staat, der die Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit vollbringt. Die Idee des Arbeiterstands fällt mit der Sache der gesamten Menschheit zusammen.

Die starke Betonung des ethischen Moments im Sozialismus hat die Labour Party mit dem Lassalleanismus gemein. Das Programm der Labour Party verzichtet von vornherein auf den Nachweis, daß der Sozialismus das notwendige Glied eines objektiven, sich gleichsam in den *wirtschaftlichen* Tatsachen regenden Entwicklungsprozesses sei. Es ist, so führt Wertheimer aus, »ein ethisches Postulat, das das geistige Antlitz der Labour Party entscheidend bestimmt« hat. Die Stelle, die der kontinentale Sozialismus dem ökonomischen Determinismus einräumt, erhält im britischen Sozialismus die Forderung nach »Gerechtigkeit für alles, was Menschenantlitz trägt«. Mit ökonomischen Notwendigkeiten wird das Postulat nur mittelbar in Zusammenhang gebracht. »Es sind die menschlichen Ideale, der Sinn des Menschen für Recht und Unrecht, und seine Wünsche, die Armut und Ungerechtigkeit zu einem ernsthaften Übel machen und ihnen jene Explosivkraft verleihen, wie MacDonald in einer für die nichtmaterialistische Konzeption der britischen Arbeiterbewegung charakteristischen Äußerung bemerkte ... Aus der Forderung nach Gerechtigkeit zieht der britische Sozialismus die stärksten Waffen im Kampf gegen die ökonomischen, politischen und sozialen Ungerechtigkeiten,

hierdurch erhält der britische Sozialismus seinen besonders aktivistischen Charakter; liegt das Geheimnis seines Rekrutierungserfolgs im gegnerischen Lager. Hier sind die stärksten Wurzeln seiner Kraft, hier der Schlüssel zu jenem seltsamen Nebeneinander des Geistes der Revolte und seiner Versöhnungsbereitschaft, von Radikalismus und Traditionalismus.« Der von Ferdinand Lassalle entwickelte Begriff des Arbeiters, des geistig und körperlich Schaffenden, taucht in der Programmschrift der britischen Arbeiterpartei Labour and the Nation auf. Diese richtet sich an die Arbeiter im Bureau und in der Fabrik, im Bergbau, im Laboratorium, an die wissenschaftlichen Arbeiter, an alle, deren Intelligenz und Hingabe die Zivilisation geschaffen und aufrechterhalten haben. Die Labour Party gebärdet sich in der programmatischen Flugschrift »nicht als die Vertreterin dieser oder jener Klasse sondern als ein politisches Organ, dessen Aufgabe es ist die Bedürfnisse derjenigen zum Ausdruck zu bringen und die Forderungen derer zu verdometschen, die das Menschenlos der Arbeit zu tragen haben«. Die Programmschrift enthält Sätze, die aus dem Geist der berühmten Rede Lassalles Die Wissenschaft und die Arbeiter herausgeboren sein könnten. Es heißt da wörtlich: »Sie wissen, daß es nicht müßiger Besitz sondern schöpferische Betätigung ist, die die Gesellschaft zusammenhält, und daß die Welt durch Wissenschaft, Zusammenarbeit und durch Dienst an der Allgemeinheit zu einer bessern Wohnstatt für künftige Geschlechter gemacht werden kann. Vertrauensvoll appelliert die Labour Party an die Arbeitenden sie bei ihrer Aufgabe zu unterstützen. Da sie sich zu ihrem Glauben bekennt, ist sie eine sozialistische Partei. Ihr Ziel ist die Organisation der Industrie und die Verwaltung des Reichtums, den die Industrie erzeugt, im Interesse nicht der kleinen Minderheit von weniger als 10 % der Bevölkerung, die den Großteil des Bodens, der Fabriken und der Maschinen besitzen . . ., sondern aller derjenigen, die durch ihre Arbeit zum Wohl der Allgemeinheit beitragen . . . Die Labour Party hält die Zeit für reif, um aus den gemachten Erfahrungen Grundsätzliches abzuleiten und die Lehren der Geschichte in praktische Maßnahmen umzusetzen. Sie tritt dafür ein, daß mittels experimenteller Methoden, ohne Gewaltanwendung und Verwirrung, bei vollster Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnis und organisatorischer Befähigung bewußt eine soziale Ordnung geschaffen werde, in der die Hilfsquellen der Gesellschaft einzig und allein mit Hinblick auf die Sicherung eines Höchstmaßes wirtschaftlichen Wohlergehens und persönlicher Freiheit für alle Mitglieder organisiert und verwaltet werden.«

Im Rahmen dieses Programms hat ein sich nur auf das Lohnproletariat stützender Klassenkampf gegen den Kapitalismus keinen Raum. In dieser Hinsicht, glaube ich, weicht die Labour Party nicht sehr weit von der heutigen deutschen Sozialdemokratie ab. So kräftig auch im Heidelberger Programm der Klassenkampfcharakter der sozialdemokratischen Bestrebungen zur Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft betont wird, so erscheint dieser Kampf doch nicht, wie im Erfurter Programm, als der ausschließliche Kampf nur zweier Klassen: des Proletariats und der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie rechnet bei der Durchführung der sozialistischen Umwälzung neben der Bauernschaft auf die Unterstützung der Angestellten und der Beamten. Das Heidelberger Programm spricht zu den sozialen Mittelschichten, denen der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten wird.

Nach dem Heidelberger Programm sind die Proletarier nicht mehr allein die Ausgebeuteten. Das Gesamtinteresse der Gesellschaft an einer sozialistischen, die Produktivkräfte im weitesten Umfang steigernden Wirtschaftsordnung wird heute nicht allein vom Proletariat im engen Sinn vertreten. Das Heidelberger Programm erfaßt den heutigen wirtschaftlich-sozialen Tatbestand durchaus zutreffend, wenn es von einem Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten redet. Zu der großen kämpfenden Armee der Beherrschten zählen eben nicht nur die im engen Sinn proletarischen Lohnarbeiter. In dieser Tatsache ist die Wandlung des frühern proletarischen Klassenkampfgebegriffs gegeben. Auch das große ethische Zukunftsideal der sozialistischen Gesellschaft leuchtet heute heller und klarer aus dem Heidelberger Programm hervor als früher aus dem Erfurter. Die Sozialdemokratie geht wieder mehr auf den großen Gedanken Lassalles hin, daß der Sozialismus eine die ganze Menschheit interessierende Sache ist. Man vergegenwärtige sich folgenden, ethisch gestimmten Satz des Heidelberger Programms, der allerdings auch schon im Erfurter Programm erklingt: »Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitigen Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.«

Die in Heidelberg vollzogenen Korrekturen an dem alten Erfurter Programm: die Ausschaltung der sozialen Widerspruchs- und Katastrophentheorie, die Erweiterung der Klassenkampflehre, die stärkere Betonung des ethischen Gedankens im Sozialismus und die besondere Würdigung des schöpferischen Willens der Ausgebeuteten zur bewußten praktischen Gestaltung der sozialistischen Wirtschaftsordnung, zeigen, daß auch die deutsche Sozialdemokratie ihr ursprünglich enges Gebiet ständig erweitert. Es ist festzustellen: Je mehr der demokratische Sozialismus nach einer Verwirklichung seines hohen ethischen Ideengehalts und seiner konstruktiven, die Produktivität der Arbeit hebenden wirtschaftlichen Pläne strebt, desto mehr wächst er sich zur großen allgemeinen Menschheitssache aus.

ANNA SIEMSEN · DIE BERUFLAGE DER ERWERBSTÄTIGEN FRAU

GANZ gewiß können wir gesellschaftliche und individuelle Frauenfragen nicht nur mit statistischen Zahlen klarstellen. Aber ebenso sicher können wir ihrer nicht entbehren, wenn wir die Dinge richtig sehen und aus ihnen folgern wollen, was zu tun sei. Es klingt durchaus plausibel, wenn behauptet wird, in Deutschland sei die politische Gleichberechtigung der Frau erworben, ihre wirtschaftliche nähere sich der Verwirklichung, und die gesellschaftliche in Ehe und Familienrecht müsse sich auf dieser Grundlage in Kürze erkämpfen lassen. Die 11¹/₂ Millionen erwerbstätiger Frauen, die die Berufszählung 1925 neben 20¹/₂ Millionen erwerbstätiger Männer feststellte, scheint das zu bestätigen. Man hat nur die 8,8 Millionen Ehefrauen, die nicht erwerbstätig sind, den 11¹/₂ Mil-

tionen erwerbstätiger Frauen zuzuzählen, so ergibt sich eine genaue Ausbalanzierung 20 $\frac{1}{2}$ Millionen erwerbstätiger Männer gegen 11 $\frac{1}{2}$ Millionen erwerbstätiger und 8,8 Millionen arbeitender Hausfrauen, also 20,5 gegen 20,3 Millionen. Und das Schicksal der Frauen erscheint entweder durch den Erwerbsberuf oder durch die Heirat ebenso sichergestellt wie das des Mannes. Alles in schönster Ordnung, sobald wir Überreste einer patriarchalischen Gesetzgebung beseitigt haben. Dieses erfreuliche Bild verändert sich nun aber nicht unerheblich, sobald wir die statistischen Zahlen einer etwas genauern Prüfung unterziehen. Und zwar sind dann von Bedeutung nicht die absoluten Zahlen, sondern die Verhältniszahlen, die uns erst zeigen, wie durchaus anders als der Mann, und zu ihrem Nachteil anders, die Frau in der Wirtschaft gestellt ist. Der Unterschied ist so kraß, daß wir von einer besondern Klassenlage der Frau reden können und damit vor einem Problem stehen, das für die gesamte Arbeiterbewegung von Bedeutung ist.

Den ersten, groben Eindruck von der Klassenschichtung der gesamten Bevölkerung gibt die Trennung nach der Berufsstellung, die die Statistik vornimmt. Man erhält folgendes Bild:

Kategorie	Gesamtzahl		Anzahl der Frauen	
	absolut	in %	absolut	in %
Selbständige	5 538 497	17,1	1 093 135	9
Angestellte und Beamte	5 273 774	16,5	1 437 528	12
Arbeiter	14 433 751	45,4	3 503 824	31
Mithelfende Familienangehörige	5 437 229	17,0	4 132 958	36
Hausangestellte	1 325 588	4,0	1 310 439	12
Zusammen	32 008 839	100,0	11 477 884	100

Drücken wir diese Zahlen in Worten aus, so besagen sie, daß der Anteil der Frauenarbeit an der Wirtschaft fast zur Hälfte (48%) Mithilfe in der Familie ist, entweder als Hausangestellte oder als Familienmitglied in der Landwirtschaft oder in kleinen Gewerbebetrieben. Nun ist diese Art Arbeit die unselbständigste von allen. Sie hält die Frau in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit, gibt ihr keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten und nicht einmal ein direktes Verhältnis zur Wirtschaft. Vielmehr verharret die arbeitende Frau hier durchaus in der alten, patriarchalischen Familiengebundenheit. Die mithelfende Frau in der Familie ist ebenso wie die Hausgehilfin eigentlich ein Überbleibsel aus einer frühern Wirtschaftsepoche. Sie ist keinesfalls als selbständig anzusprechen und lebt unter Lebens- und Gesellschaftsbedingungen, die vorkapitalistisch sind. Sie ist darüber hinaus so sehr familien- oder haushaltsgebunden, daß ihr die Heirat als einziger Weg zu größerer Selbständigkeit und wirtschaftlicher Sicherung erscheinen muß.

Diese Form der weiblichen Arbeit tritt uns vor allem in der Landwirtschaft vor Augen. Von den 4,13 Millionen Frauen, die als mithelfende Familienangehörige aufgeführt sind, gehören 3,57 Millionen der Landwirtschaft, nur 555 000, also rund 13%, anderen Berufen an. Es sind die Kleinbäuerin und die Instarbeiterin, die diese Millionenzahlen stellen. Das bedeutet aber, daß diese 3 $\frac{1}{2}$ Millionen Frauen, die in der Landwirtschaft "mithelfen", also fast $\frac{1}{3}$ unserer erwerbstätigen Frauen, mit sehr schwerer, durchaus nicht "spezifisch weiblicher" Arbeit überlastet sind. Unsere Landwirtschaft hält also vor allem Frauenarbeit fest. Deren entscheidende Bedeutung für die Aufrechterhaltung

der deutschen Landwirtschaft wird klar, wenn man die Gesamtzahlen der in der Landwirtschaft Berufstätigen nimmt. Es gab insgesamt in Deutschland 32 Millionen Berufstätige, davon in der Landwirtschaft 9,76 Millionen (30 %); unter den Berufstätigen waren insgesamt 11,47 Millionen Frauen, davon in der Landwirtschaft 4,96 Millionen (43 %). Oder, wenn wir den Vergleich anders stellen: Von den 9,76 Millionen landwirtschaftlich Tätiger sind fast 5 Millionen oder über 50 % Frauen. Die Frau ist in Deutschland weit stärker als der Mann agrarisch tätig, und die ganze gesellschaftliche Haltung dieser 5 Millionen agrarisch tätiger Frauen müssen wir weit mehr in Anschlag bringen, wenn wir von Frauenfragen sprechen, als das im allgemeinen geschieht.

Es ist übrigens weit davon entfernt, daß die Frauen in der Landwirtschaft entsprechend ihrer Zahl auch mitbestimmen dürfen. Von den rund 5 Millionen landwirtschaftlich arbeitender Frauen sind Selbständige 325499 (6,5 %), Angestellte 11 952 (0,2 %), Arbeiterinnen 1 053 897 (21,2 %), mithelfende Familienangehörige 3 577 951 (72,0 %), zusammen 4 969 299. Die Frauen sind also von leitenden Stellungen so gut wie ausgeschlossen. Besonders auffallend ist die verschwindend geringe Zahl der weiblichen Angestellten. Man sollte erwarten, daß die Landwirtschaftlichen Frauenschulen hier stärker gewirkt hätten, und daß der Frauenanteil an Milchwirtschaft, Geflügelzucht und Gärtnerei zahlenmäßig stärker zum Ausdruck käme. Offenbar haben wir aber die größere Menge so ausgebildeter Frauen unter den weiblichen Eigentümern (304 046) und Pächtern zu suchen. So wie das Bild sich uns heute darstellt, ist die Frau in der Landwirtschaft fast ausschließlich in schwerer und allerschwerster Handarbeit beschäftigt. Und zwar bilden die 4,63 Millionen Frauen, die als Arbeiterinnen und mithelfende Familienangehörige diese schwere Handarbeit leisten, den größeren Teil der so Arbeitenden. Ihnen stehen nur rund 3,36 Millionen Männer in der gleichen Stellung gegenüber.

Dieser für die Frauen wenig günstige Zustand wiederholt sich nun aber mehr oder weniger in allen Berufen. Nirgends freilich ist der Anteil der Frauenarbeit so ausschlaggebend stark wie in der Landwirtschaft, nirgends auch die Stellung der Frau so durchaus ungünstig. Aber die Sachlage, daß die Frau in den günstigen Berufsstellungen prozentual schwächer vertreten ist als der Mann, wiederholt sich mit völliger Regelmäßigkeit. Ich lasse hier die Zahlen für Industrie und Handwerk und für Handel und Verkehr folgen, wobei ich immer die beiden ersten Kategorien der Selbständigen und Angestellten den übrigen als bevorzugte gegenüberstelle. Zugleich ist aber noch eine andere Absonderung nötig, um zu einem richtigen Bild zu kommen. Die Reichsstatistik unterscheidet unter den Selbständigen 1. Eigentümer, 2. Pächter, 3. Betriebsleiter, 4. Hausgewerbetreibende. Es ist klar, daß die letzte Kategorie eigentlich zu den proletarischen Erwerbstätigen und unter ihnen sogar auf eine ganz besonders tiefe Stufe gehört. Bei den Angestellten sind 3 Kategorien unterschieden: 1. Technische Angestellte und Beamte, 2. Werkmeister und Aufsichtspersonal, 3. Kaufmännische Angestellte und Bureaupersonal. Auch hier finden wir in der 1. und 2. Kategorie die durchschnittlich günstiger Gestellten, während die 3. der kaufmännischen Angestellten die Menge der Verkäufer und Bureauarbeiter, das eigentliche Angestelltenproletariat, umfaßt. Ähnlich liegt es bei der Rubrik Arbeiter. Hier unterscheidet man auch 3 Kategorien: 1. Arbeiter in charakteristischen Berufen, 2. Betriebs- handwerker und Hilfsberufe, 3. "Übrige" Arbeiter. Wenn auch die 1. und

2. Kategorie durchaus nicht nur gelernte Arbeiter sondern daneben eine große Menge Ungelernter umfassen, so ist andererseits kein Zweifel, daß die 3. Kategorie die Masse der ungelerten und so gut wie gar keine qualifizierten Arbeiter enthält, daß wir also auch in ihr die unterste Berufsschicht finden. Um den Anteil der Frauen an dieser jeweils ungünstigsten Schicht herausstellen zu können, habe ich sie bei den Zählungen herausgehoben:

Kategorie	Industrie und Handwerk				Handel und Verkehr			
	Gesamtzahl		Anzahl der Frauen		Gesamtzahl		Anzahl der Frauen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Selbständige (davon Haus- gewerbetrei- bende)	1785112	13,5	430787	14,8	1198000	22,8	265863	16,9
Angestellte (davon kauf- männische Angestellte)	(274247)	(2,1)	(189299)	(6,51)	(—)	(—)	(—)	(—)
Arbeiter (davon übrige Arbeiter)	1451835	11,0	335205	11,5	2220818	42,1	681978	43,3
Mithelfende Familien- angehörige	(924993)	(7,0)	(319251)	(11,0)	(1683113)	(31,9)	(644639)	(40,8)
	9781394	73,8	1959454	67,4	1440375	27,3	265831	16,9
	(3291900)	(24,8)	(1024091)	(35,3)	(890249)	(16,9)	(203457)	(12,9)
	220424	1,7	183106	6,3	414105	7,9	361583	23,0

Auch hier wiederholt sich also, wenn auch nicht in so schroffer Weise, das, was in der Landwirtschaft gilt. Wo die Frauen auf den ersten Blick günstige Positionen einzunehmen scheinen, zeigt es sich beim nähern Zusehen, daß innerhalb der Gruppen ihre Stellung um so tiefer gedrückt ist. In der Industrie und im Handwerk sind beinahe 15 % der Frauen Selbständige, prozentual also mehr Frauen als Männer. Aber fast die Hälfte von ihnen sind "Hausgewerbetreibende", also Heimarbeiterinnen, und sinkt damit wieder in eine Kategorie rückständiger, ausgebeuteter und gedrückter Arbeit. Während im allgemeinen die Gruppe der ausgesprochen unqualifizierten Arbeiter nur etwa $\frac{1}{3}$ der gewerblichen Arbeiterschaft umfaßt, gehört ihr von den Frauen mehr als die Hälfte an. Und endlich finden wir beim Handel und Verkehr die Frauen wiederum am stärksten in der ungünstigsten Angestelltenkategorie der Verkäuferinnen und Bureauangestellten, fast gar nicht in gehobenen.

Zahlenmäßig sind Landwirtschaft, Gewerbe und Handel die entscheidenden Berufsgruppen. Alle anderen treten neben ihnen zurück. Aber wenn wir ein volles Bild über die Berufslage der Frau gewinnen wollen, müssen wir doch einen Blick auf sie werfen. In der ganzen Kategorie der öffentlichen Dienste (Verwaltung, Heerwesen, Kirche usw.) verschwindet sie fast ganz. Von $1\frac{1}{2}$ Millionen sind nur rund 290 000, also rund $\frac{1}{5}$ Frauen, wohl vorwiegend Lehrerinnen und Bureauangestellte. Dagegen ist der Frauenanteil sehr stark im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen. Von 588 000 sind 295 000, also die reichliche Hälfte, Frauen. Kranken- und Fürsorgeschwestern stellen hier mit 153 000 mehr als $\frac{2}{3}$ der Angestellten. Vollkommen aber, mit 98,8 %, beherrschen die Frauen das, was die Statistik häusliche Dienste und wechselnde Lohnarbeit nennt. Der Männeranteil verschwindet hier durchaus. Es sind nicht nur die 1,3 Millionen der Hausangestellten und Aufwartefrauen, sondern außerdem noch über 100 000 andere Frauen, die auf diesem traurigsten Arbeitsmarkt eine durchaus ungesicherte Existenz suchen.

Damit ist das Bild, das die Zahlen der Statistik geben können, abgeschlossen. Wenn wir versuchen zusammenzufassen, so finden wir die Frauenarbeit stärker als die Männerarbeit nur in der Haus- und Landwirtschaft und in der Heimarbeit (Hausgewerbetreibende). In der Industrie überwiegt die ungelernete Frauenarbeit über die gelernte, im Handel ist die Verkäuferin und Bureauangestellte der vorherrschende Typus. Sieht man von der Heimarbeit ab, so ist nur etwa $\frac{1}{8}$ aller Frauen in selbständiger Stellung. Und sofern sie im Angestelltenverhältnis arbeiten, erscheinen sie nicht in leitenden und verantwortlichen sondern in untergeordneten Stellungen. Trotzdem sind es diese kaufmännischen Berufe, die die besten Möglichkeiten für die große Masse berufstätiger Frauen bieten. Neben ihnen geben neue Möglichkeiten qualifizierter Arbeit vor allem die Wohlfahrts- und Gesundheitspflege. Der Ausbau unserer sozialen Arbeit erweist sich also auch insoweit als bedeutungsvoll, als er den im Haushalt nicht mehr beschäftigten Frauenüberschuß aufsaugt.

Was haben wir aus diesen Tatsachen zu folgern?

Zunächst werfen sie ein überraschendes Licht auf die Entwicklung unsres Schulwesens innerhalb der letzten 10 Jahre. Die Übersteigerung der Schulforderungen nämlich für die Berufsausbildung, die wir allgemein finden, ist bei den Frauenberufen noch stärker als bei Männerberufen zu beobachten. Wir haben heute nur noch ganz wenige Frauenberufe, für die nicht Lyzeums- oder allermindestens Mittelschulreife verlangt wird. Alle sozialen Berufe, alle Lehr- und Erziehungsberufe bis herab zur Kindergärtnerin, verlangen sie, und in den kaufmännischen Berufen wird sie wenigstens sehr gern gesehen, und ihr Fehlen bedeutet ein starkes Berufshindernis. Sachlich ist die Forderung von fremdsprachlichem und mathematischem Wissen für Kinderpflege und Fürsorgetätigkeit zweifellos nicht gerechtfertigt. Aber unsere Statistik gibt uns die Erklärung, wenn auch nicht die Entschuldigung, für diese sonderbare Tatsache. Die Auswahl wünschenswerter Berufe, die Möglichkeit beruflichen Erfolgs ist für Frauen weit geringer als für Männer. Es erscheint vom Standpunkt des bürgerlichen Mittelstands aus wünschenswert, daß die geringe Zahl der aussichtsreichen Berufe gegen Massenkonkurrenz geschützt wird. Und das geschieht am besten, wenn man sie für die Volksschule sperrt. Die Folge dieser heute fast restlos durchgeführten, durchaus zünftlerisch isolierenden Berufspolitik ist freilich der wachsende Andrang auf dem nicht geschützten Arbeitsmarkt zu den nicht qualifizierten Erwerbsmöglichkeiten. Hier aber, wo die "höhere Tochter" aus dem Mittelstand nicht konkurriert, begegnet die arbeitende Frau einer andern, nicht minder gefährlichen Abwehrkonkurrenz: der der Männer. Diese Abwehrstellung gegen die Frau kommt in doppelter Weise zum Ausdruck. In manchen Gewerben, beispielsweise bestimmten graphischen Berufen, werden Frauen überhaupt nicht zugelassen. In den meisten aber wendet sich der Abwehrkampf vor allem gegen die verheiratete Frau. Es ist heute keine Seltenheit mehr, daß die Gewerkschaften, sobald eine Arbeitskollegin heiratet, ihre Kündigung fordern. Und die öffentliche Meinung, sogar die der Frauen selbst, unterstützt diese Tendenz gar nicht selten. Wir sehen in der Statistik ihre Folgen. Die Frau verschwindet nicht vom Arbeitsmarkt, aber sie wird in die ungünstigsten Stellungen abgedrängt und wirkt in diesen als Lohndrücker.

Jede Lohnstatistik bestätigt die Tatsache, daß 1. ganz allgemein die Frauenlöhne, auch wo es sich um Stück- und Akkordlohn handelt, erheblich hinter

den Männerlöhnen zurücktreten, und daß 2. die Berufe mit starker Frauenarbeit unterdurchschnittliche Löhne aufweisen. Das gilt für die Heimarbeit, für Textil- und Tabakindustrie ebenso wie für die Landwirtschaft. Die besondere Lage, die in der Landwirtschaft durch das Überwiegen der Frauenarbeit geschaffen wird, bedürfte einer eigenen und gründlichen Untersuchung. Hier sei nur auf 2 Dinge hingewiesen: Landwirtschaftliche Frauenarbeit ist ganz überwiegend ungelernte Arbeit. Die Berufsausbildung der Frauen auf dem Land läßt noch so gut wie alles zu wünschen übrig. Was davon vorhanden ist, erfaßt beinahe ausschließlich die besser gestellte Bauernfrau. Die Versuche die Berufsschule auf dem Land obligatorisch zu machen sind durchweg am Widerstand der Bauern gescheitert. Die ungelernte Arbeit bedingt die niedrigen Löhne für Mägde, Handarbeiterinnen und Instfrauen. Durch den Abfluß der Arbeitskräfte in die Stadt haben wir, da es nach der Statistik vor allem die Männer sind, die zur Stadt abwandern, heute bereits einen Überschuß von rund 175 000 Frauen in der Landwirtschaft. Das ist kein gesunder Zustand. Er liegt weder im Interesse der in schwerer Arbeit sich abmühenden Frauen, noch ist er der Entwicklung der Landwirtschaft zu höherer Produktivität günstig. Es ist aber zu befürchten, daß er sich noch verschärfen wird, wenn nicht seine Voraussetzungen beseitigt werden, die in den schlechten Lohnverhältnissen, schlechten Ausbildungsverhältnissen und schlechten Berufsaussichten für die Frauen außerhalb der Landwirtschaft liegen.

Innerhalb der Gesamtwirtschaft hat alles das 2 wenig erfreuliche Folgen.

Die Frauen, die sich wirtschaftlich in scharfem Konkurrenzkampf finden, unter der Abwehrstellung der Männer leiden und geringe Berufsaussichten haben, suchen natürlich den Ausweg der Ehe. Nicht das ist dabei das Ungesunde, daß die Frau zu heiraten wünscht, sondern daß sie in der Ehe die Sicherung und Besserung ihrer Lage sucht, die sie im Beruf nicht findet. Hieraus erklärt sich die auffallende Tatsache, daß die unverheiratete berufstätige Frau ihrer Berufsorganisation gegenüber weitgehend gleichgültig ist. Nach der Reichsstatistik beträgt der Durchschnittsanteil der Frauen an den gewerkschaftlichen Organisationen 16 %, sinkt in den Beamtenverbänden auf 6 %, entsprechend den geringeren Aussichten der Frauen in Beamtenstellungen zu gelangen, und erreicht nur bei den konfessionellen Verbänden und den reinen Berufsverbänden rund 18 %. Die Gewerkschaften, die die Frauen nur in sehr geringem Maß in verantwortliche und leitende Stellungen nehmen, sind hier gewiß nicht ganz ohne Schuld. Stärker aber spricht mit, daß die Gesamthaltung ihrer männlichen Kollegen die Frauen dazu bringt in ihnen mehr Gegner als Arbeitskameraden mit solidarischen Interessen zu sehen.

Und damit gelangen wir zu einer politischen Gefahr der heutigen Lage. Man hat vielfach die politische Haltung der deutschen Frauen, ihre Gleichgültigkeit und ihre reaktionären Neigungen kritisiert und bestimmte Folgerungen über Mangel an "politischer Begabung" daran geknüpft. In Wahrheit ist die heutige Gesamtlage der Frau so ungünstig, sie ist so mannigfachem Druck, so vielen Benachteiligungen in der Arbeit ausgesetzt, sie findet sich endlich noch so häufig in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von Gatten, Hausherrn oder Familie, daß diese Gleichgültigkeit und das Rückwärtsstreben in eine Vergangenheit, die stärker gesichert erscheint als der gegenwärtige aussichtslose Kampf um eine menschenwürdige Arbeit, heute noch natürlich erscheinen, ohne daß man daraus Schlüsse auf die Zukunft ziehen dürfte.

In England haben die Wahlen eine sehr andersartige politische Stellungnahme der Frauen gezeigt, die sich zum mindesten nicht gegen die Arbeiterpartei ausgewirkt hat. Es wäre gewiß fruchtbar festzustellen, wie weit die verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der englischen Frau hier mitspricht. Für Deutschland aber läßt sich zweifellos das eine schon sagen: daß die gedrückte Lage der deutschen Frau und die wachsenden Schwierigkeiten, denen sie im Beruf begegnet, heute den Aufstieg der Arbeiterklasse wirtschaftlich und politisch hemmen müssen. Gelingt es uns nicht durch genauere Untersuchungen und durch umfassende Hilfsmaßnahmen Änderung zu schaffen, so stehen wir vielleicht vor ernsteren Gefahren.

LISBETH STERN · VOM KOLLEKTIVGEFÜHL UNSERER ZEIT

MAN hört jetzt viel das kollektive Bewußtsein als ein Hauptkriterium unserer Zeit nennen. Dabei weiß man nicht recht, wo es suchen. Was unsere Zeit bewegt, ist mehr als ein Wind, den man in den Baumkronen sieht. Es ist eine Umgestaltung des Bodens, es ist neuer Saft, den wir aus der Erde bekommen, und der auch unser Wachstum neu formt. Breiter und saftiger Zuschuß überall und dabei noch nicht zu differenzierten Blüten gelangend.

Die sehr starke kollektive Verbundenheit im Mittelalter war von der Religion bestimmt. Sie gab die Norm für unser Denken und Handeln, und Gut und Schlecht hatte wohl mehr den Sinn von Fromm und Nichtfromm. Gottes Liebe konnte böses Handeln auslöschen, wenn das Herz dem Glauben sich ganz und gar öffnete. Als dann die Renaissance kam und den Glauben abbaute, konnte sie zu Anfang wenig Ersatz geben. Die Körperlichkeit der Antike war nicht imstande auf lange hinaus die Welt zu füllen. Erst das Barock mit seiner wunderbar schöpferischen Kraft konnte von Grund aus neu aufbauen. Es schuf die Idee des Individuums in seiner Selbstherrlichkeit, es schuf unser Gut und Böse, so wie nur Gott selbst schaffen konnte. Für die Philosophie, für Wissenschaft und Kunst tat im Sturm sich eine ganze neue Welt auf. Und der Mensch war allenthalben ihr Subjekt. In diesem immer neuen Schöpfungsprozeß mischte sich das Jenseitige ins Diesseitige auf neue Weise. Es war die Welt des Genies, das die Dinge groß und klein machen konnte. In seiner Freiheit lag das Maß der Dinge. Aber solche Gottähnlichkeit wurde schließlich flügelahm und brüchig, und übrig blieb eigentlich nichts als ein Auseinanderfallen in lauter belanglose Einzelheiten. Wieder begann die Arbeit des Abbaus.

Doch mitten hinein in diesen Abbau sieht man die neuen Zusammenhänge mit einer ganz unerhörten Wirklichkeitskraft sich melden. Überall ist der Boden frisch aufgeworfen und ungangbar. Wo man früher glatt seiner Wege ging, weiß man jetzt nicht, ob vorwärts, ob rechts, ob links. Überall ist junges Kraut geschossen. Und dieses allein, daß die Dinge um uns eine ganz andere Kraft bekommen haben, und wir so anders zwischen ihnen stehen: das allein kann schon unser neues kollektives Weltgefühl bedingen. Wir sind anders geworden, die Dinge aber auch, und wir fühlen viel mehr die in uns allen wirkenden Kräfte und Zusammenhänge. Diese Kräfte und Zusammenhänge fühlen wir jetzt als die eigentlichen Träger der Dinge

sowohl als auch unser. So sind wir anders und tiefer in die Welt verwebt als früher. Und eher sind diese Vektoren oder Kräfte, oder wie man sie nennen mag, jetzt das Subjekt der Welt als wir. Wir sehen sie den Dingen ihre Gestalt und Form geben, ohne daß sie an die einzelnen Dinge gebunden sind, wir sehen sie durch sie hindurch gehen, zu immer wieder neuen lebensbringenden Bindungen. Diese Verknüpfungen kennen keine Gegenüberstellung mehr von Jenseitigem und Diesseitigem, ihre Fruchtbarkeit und ihre Sterilität bilden die Basis, auf der wir unsere neuen Lebensnormen aufbauen müssen. Alle die Fragen und Zweifel, nicht nur in moralischen Dingen, bekommen heute am ehesten ihre Antwort, wenn man sich mit ihnen an die Natur wendet, wie wir sie heute sehen. Ihre Art von Sinngemäßheit und Fruchtbarkeit wird auch unserm Gut und Schlecht wieder neuen Sinn geben.

So wäre unser Kollektivgefühl mehr als das Bewußtsein von der Gesamtheit und dem Zusammenwirken aller dieser Kräfte zu denken. Als eindeutigen Ausdruck dafür kann man den Geist der gemeinsamen Arbeit nehmen, wie er in jedem Betrieb lebt. Was da zusammenhält, ist nicht nur Solidarität, die ja meist bestimmte Interessen zum Inhalt hat, als vielmehr die Arbeit selbst, die gemacht werden muß, und an der ich Anteil habe. Und hier ist wieder die Arbeit als das Subjekt zu denken.

TOKIJIRO KAJI · WARUM SO VIELE ARBEITERPARTEIEN IN JAPAN?

BEI den vorjährigen Parlamentswahlen in Japan, in denen zum erstenmal das allgemeine Stimmrecht, allerdings nur für die Männer, galt, kamen nicht weniger als 9 Arbeiterparteien zum Vorschein: eine Tatsache, die dem gewöhnlichen Betrachter unverständlich ist und jedenfalls zeigt, wie verwirrt und gespalten die politische Bewegung der Arbeiter- und Bauernschaft Japans ist. Und dieser Prozeß geht noch weiter. Gerade jetzt wieder sind die Zeitungen Tokjos voller Berichte darüber, daß sich die Japanische Massenpartei in 3 selbständige Gruppen auflösen will. Diese proletarische Landespartei wurde vor kaum einem Jahr erst durch die Vereinigung von 7 Parteien gebildet. Was sind die Ursachen dieser Zersplitterung?

Die Wurzel der politischen Uneinigkeit der arbeitenden Klasse Japans liegt tief in den geschichtlichen Verhältnissen, unter denen die Bewegung dort begann, freilich auch in den allgemeinen politisch-sozialen Zuständen.

Mit der steigenden Aussicht auf die Einführung des allgemeinen Männerstimmrechts, das endlich im Februar 1928 in Kraft kam, gingen die Versuche der Arbeiter und Bauern einher die politische Parteibewegung zu legalisieren. Im März 1926 wurde die Arbeiter- und Bauernpartei (Rono To) gebildet. Dies war die erste öffentliche Parteibildung der Industrie- und Landproletarier, die nach dem geschichtlich bedeutungsvollen, aber erfolglosen Versuch vom Jahr 1911 die Sozialdemokratische Partei zu gründen¹ gelang. Aber kaum war die Partei in Form gebracht, begann in ihrem Schoß auch schon der Spaltungsprozeß. 7 Monate nach ihrer Gründung verließ ein Teil der bäuerlichen Anhänger die Partei, um eine besondere, die Japanische

1) Über die Vorgeschichte dieser Bewegung siehe *Katajama Der Sozialismus in Japan*, in den Sozialistischen Monatsheften 1910 II Seite 1081 und folgende.

Bauernpartei (Nippon Nomin To) zu bilden; sie sollte sich ausschließlich um die Sache der Bauern kümmern und nicht mehr um die der Bauern und Arbeiter gleichermaßen. Doch damit war es mit der Aufteilung noch nicht genug. Im November des gleichen Jahres, also 8 Monate nach der Gründung der Arbeiter- und Bauernpartei, trennte sich ein anderer Teil ab, der in der Hauptsache aus Mitgliedern des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds (Sodomei) bestand, um die Soziale Volkspartei (Schakei Minschu To) zu gründen. Diese Gründung war als der Mittelpunkt der sozialdemokratischen Bewegung gedacht. Allein sie zerfiel schon einen Monat später in 2 Gruppen, und eine neue Arbeiter- und Bauernpartei (Nippon Rono To) wurde gegründet, die der Mittelpunkt der arbeitenden Klassen schlechthin werden sollte.

So fand denn der Beginn des Jahrs 1927 die politische Front der japanischen Arbeiterklasse aus folgenden Stücken gebildet: auf dem linken Flügel die Reste der Arbeiter- und Bauernpartei, im Zentrum die Japanische Bauern- und Arbeiterpartei, an diese schloß sich die Soziale Volkspartei, und eine Bauernpartei bildete den äußersten rechten Flügel. In dieser organisatorischen Verfassung führte die Arbeiterklasse mehrere Monate den Kampf gegen die herrschende Klasse als Vorbereitung für die allgemeinen politischen Wahlen. Der Kampf gegen die reaktionäre Regierung Tanaka schien jedoch den Parteigruppen der Arbeiter nicht zu genügen. Der mehrköpfige Drache, das japanische Proletariat, begann gleichfalls sich selbst unergötzliche Kämpfe zu liefern. Der rechte Flügel griff den linken und das Zentrum an, das Zentrum befandete die Rechte wie die Linke, und die Linke bekämpfte das Zentrum und die Rechte. Währenddessen wurden landauf landab örtlich Parteien gegründet, von denen nur ein paar einen nennenswerten zahlenmäßigen Rückhalt hatten. Unter diesen war eine, die durch die Vereinigung mit einer Anzahl der kleinen örtlichen Parteien nationale Bedeutung erlangte. Sie gab sich den Namen Proletarische Massenpartei, und sie galt gemeinhin als die neue Linke oder eine Partei, in der die aus sogenannten Kommunisten bestehenden oppositionellen Gruppen die Oberhand hatten.

Die Regierung Tanaka witterte Gefahren. Sie holte plötzlich zu einem schweren Schlag gegen die Partei des linken Flügels aus. Diese Partei (Rono To) wurde, gleich nachdem ihre Beziehungen zur Kommunistischen Partei Japans durch deren Enthüllungen ans Licht kamen, durch eine Verordnung des Innenministers im April 1928 unterdrückt und aufgelöst. Die Unterdrückung zeitigte eine rasche Verschiebung im Kräfteverhältnis der 3 proletarischen Lager. Das Zentrum verlor seinen Rückhalt von der linken Seite, und die Rechtsgesinnten innerhalb des Zentrums begannen nach der Sozialen Volkspartei hin abzuschwenken. Die Mittelgruppe des Zentrums kam in Aufregung. Gleichzeitig unternahm die neue Linke, die Proletarische Massenpartei, einen Vorstoß. Die Mittelgruppe des Zentrums versuchte mit der Linken und einigen örtlichen Parteien eine Vereinigung gegen die Rechte zustande zu bringen, die infolge des Schlags der Regierung gegen die Linke einigen Auftrieb erhalten hatte. Dieser Vereinigung trat die Bauernpartei bei. So wurde denn die Japanische Massenpartei (Nippon Taischu To) abermals, wenn auch durch etwas andere Gruppen, gebildet, und zwar aus 3 Landesparteien (der Japanischen Bauernpartei, der Proletarischen Massenpartei und der Partei des Zentrums) und 4 örtlichen Gruppen. So war der mehrköpfige Drache 2köpfig geworden. Doch bleibt er ein Monstrum. Sobald man meint, er habe einen Kopf eingebüßt, kommen neue zum Vorschein.

Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge. Aber warum ist dem so? Warum können sich Japans Arbeiter nicht in einer einzigen Partei zusammenfinden, wie sie es immerfort in ihren Parolen und Veröffentlichungen als notwendig erklären, und wie es die Industriearbeiter mit den unteren bäuerlichen Schichten laut verlangen? Trotz allen ausgesprochenen Wünschen der Proletarier ist die politische Einigkeit des Proletariats nicht vorhanden, und sie wird wohl auch in der nächsten Zukunft nicht zustandekommen. Warum denn dermaßen viele Parteien? Um die Ursachen dieser Seltsamkeit erkennen zu können, muß man die kapitalistische Entwicklung Japans und die ihr gleichlaufende Entwicklung seiner Arbeiterbewegung betrachten².

In Japan hat der Kapitalismus einen hohen Stand der Entwicklung erreicht. Zu seiner Entfaltung war ihm aber, da sie sehr wesentlich von außen her bestimmt wurde, nur eine verhältnismäßig kurze Zeit gegeben. Was in den westlichen Ländern Jahrzehnte in Anspruch nehmen konnte, mußte in Japan in einer viel kürzern Zeit geschehen. Verschiedene Entwicklungsstufen mußten übersprungen oder doch stark abgekürzt werden. In der Hast konnte man sich nicht geziemend um die alte, um die feudale Ordnung kümmern, wodurch diese, kaum oder ungenügend geschwächt, auch in der neuen, der kapitalistischen Ordnung den Ton angab. Die Erstarrung auf sozialem wie politischem Gebiet hielt kaum gemildert an. Die Ausdehnung des Wahlrechts ging im Schneckentempo vor sich. Erst im vorigen Jahr wurde das allgemeine Männerstimmrecht eingeführt. Da die Entwicklung des Kapitalismus rasch, sprungweise vor sich ging, gebrach es an der nötigen Zeit für die geistige und organisatorische Entfaltung des Proletariats. Mit einemmal sahen sich die in ländlicher Beschaulichkeit emporwachsenden Bauernsöhne der neuen Bourgeoisie gegenüber, und dies, bevor der Geist des asiatischen Feudalismus verdunstet war. Das zahlenmäßig noch schwache Proletariat, von der Bourgeoisie wie vom Feudalismus geistig und sonst beherrscht, mußte trachten sich recht und schlecht zwischen dem Teufel und der tiefen See hindurchzuwinden. Dieses wurde ihm durch die unsagbare Armut wie durch einen erheblichen Mangel an Erfahrung sehr erschwert.

Es bedarf keiner besondern Darlegung, daß im proletarischen Lager bei der Frage nach den besten Mitteln für den Kampf gegen den doppelten Gegner die Meinungen weit auseinandergingen. Sehr verschiedene ideologische Strömungen und recht unterschiedliche Ansichten über die Kampfaktik wurden laut und versuchten sich Geltung zu verschaffen. Das ist es in der Tat, was man jetzt noch vor sich gehen sieht, und was die Spaltungen und Trennungen der politischen Arbeiterbewegung Japans verursacht. In den westlichen Ländern hat sich eine sogenannte Kommunistische Partei innerhalb der alten gut organisierten Sozialdemokratie etabliert. In Japan aber ist es anders. Hier ist die sozialdemokratische Organisation fast gleichzeitig mit der "kommunistischen" und mit der selben Plötzlichkeit und Heftigkeit entstanden. Und da der sozialdemokratische Teil des proletarischen Lagers praktisch nicht stärker ist als der "kommunistische", ist der Streit zwischen den beiden viel heftiger, als wenn sie ungleich stark wären. Dies alles mag man als Erklärung dafür nehmen, daß die politische Bewegung Japans dermaßen unbeständig ist und sich so leicht splittert.

2) Siehe dazu auch *Reichwein* Japans Arbeiter- und Bauernbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 533 und folgende.

Trotz dem verwirrenden Zustand der Parteibewegung der japanischen Arbeiter und Bauern sind die allgemeinen Charaktermerkmale der Parteien leicht zu erkennen. Sie seien hier noch kurz an dem Tun und Denken der 3 Haupttrichtungen dargelegt.

Die Soziale Volkspartei ist der rechte Flügel der politischen Bewegung und gewissermaßen die Sozialdemokratische Partei Japans. Ihr Vorbild ist die englische Arbeiterpartei. Dies daher, weil der Kern ihrer Anhängerschaft der Allgemeine Gewerkschaftsbund ist, der die Rechte der Arbeiterbewegung darstellt. Die Soziale Volkspartei ist schwach in den Landbezirken; den starken Rückhalt hat sie in den großen Städten. Da sie sich nachdrücklich mit den öffentlichen Wahlen beschäftigt, ist sie bei diesen erfolgreicher gewesen als die anderen Parteien. Ihr letzter Parteitag im Dezember des vorigen Jahres entwarf das sogenannte Neue Programm. Dessen 7. Abschnitt zeigt den Charakter wie die Politik der Partei am klarsten. Er erklärt: »Unsere Partei muß tatkräftig streben die Einheit der proletarischen Front unter der Fahne des großen rechten Flügels zu verwirklichen. Das Streben nach der sogenannten Einen Proletarischen Partei (Einheitsfront) bedeutet im Grund weiter nichts als Erhöhung des kommunistischen Einflusses oder eine Art von Erhaltungspolitik der Mittelpartei. Unsere Partei, durch Erfahrung illusionsfrei geworden, erkennt die Unmöglichkeit die kommunistischen Kräfte mit den anderen zu vereinigen. Unsere Partei sollte die Einigkeit unter den anderen Kreisen des Proletariats lebhaft fördern.«

Die Japanische Massenpartei bildet das Zentrum und birgt infolgedessen verschiedene Strömungen. Darin liegt ihre große Schwäche. In den 6 Monaten ihres Daseins hat ein Kampf den andern zwischen rechts und links um die Führung abgelöst, und zur Stunde sieht es aus, als ob sie sich wieder spalten werde. Der linke Flügel, der in Wirklichkeit die Proletarische Massenpartei (Musan Taischu To) von vor der Vereinigung ist, wird von einer Gruppe "Kommunisten" geführt, die von jeher den rechten Parteiflügel bekämpft. Die Angriffe erfolgen, so behauptet die angreifende Gruppe, weil die Führer in Geldsachen gewissenlos seien, und es den Leitern des rechten Flügels an Klassenbewußtsein mangle; die Angegriffenen erwidern, die Führer des linken Flügels seien Phrasenmacher und störten absichtlich die Tätigkeit der Partei. Der Streit kam in der 2. Maiwoche zu seinem Höhepunkt. Ein Teil des rechten Flügels ging mit dem Generalsekretär von dannen, mit der Begründung, daß es unmöglich sei mit den Phrasenmachern zusammen zu arbeiten. Hierauf beschloß die Mehrheit des Parteiausschusses die führenden Leute des linken Flügels auszuschließen, weil sie die Urheber aller der Störungen seien. Der abgesplitterte rechte Flügel möchte sich nun mit der Sozialen Volkspartei unter der Fahne eines Großen Rechten Flügels vereinigen, aber die Soziale Volkspartei glaubt dies ablehnen zu müssen.

Schließlich gibt es noch eine Äußerste Linke, der nun einige Sätze gewidmet werden sollen. Da sie von der Polizei rücksichtslos verfolgt wird, sieht sie sich zur unterirdischen Tätigkeit gezwungen. Dies ist der Rest der einstigen Arbeiter- und Bauernpartei, die vor einem Jahr aufgelöst wurde, und von der behauptet wird, sie werde von der Kommunistischen Partei geführt. Vor einiger Zeit erklärte die Äußerste Linke, ihr Ziel sei wieder legal zu werden. Da sie aber durch die polizeiliche Verfolgung von ihrem Versuch abgeschreckt wurde, sieht sie sich gezwungen ihre Untergrundtätigkeit, die auf eine revo-

lutionäre Massenorganisation gerichtet ist, ohne die Maske der Gesetzlichkeit fortzuführen. Ob dies klug ist oder nicht, mag hier dahingestellt bleiben. Immerhin kann nicht bestritten werden, daß sich ein Teil der jungen Kräfte der Arbeiterbewegung zurzeit von dieser Gruppe, die sich selbst die Kampforganisation für politische Freiheit nennt, mächtig angezogen fühlt.

So besteht denn in Japan die politische Bewegung der Arbeiterklasse und der besitzlosen Gebildeten in einer rechten, einer linken und einer Mittelpartei, von denen die beiden erstgenannten eine ziemlich große geistige wie organisatorische Festigkeit zeigen, während in der Mittelpartei zurzeit ein Umwandlungsprozeß vor sich geht.

NIKO IMNAISCHWILI · DIE GEORGISCHE FRAGE



U den akutesten nationalen Fragen der Gegenwart und zugleich zu den schwersten Anklagen gegen den Bolschewismus gehört die georgische Frage. Sie hat vom Tag ihres Entstehens ab die besondere Aufmerksamkeit der sozialistischen Welt auf sich gelenkt und steht bis heute noch mit im Vordergrund ihrer Auseinandersetzungen mit den Bolschewisten. Worin liegen nun ihre tieferen Gründe, und in welchem Stadium befindet sie sich heute? Um hierauf die Antwort zu finden, muß man vorerst in die geopolitisch-wirtschaftlichen Verhältnisse und in die Geschichte des Landes zurückgreifen.

Georgien, in seiner eigenen Sprache Sakartwello, russisch Grusien genannt, stellt den westlichen Teil Transkaukasiens dar, das außerdem 2 weitere kleine Länder umfaßt: Armenien und Aserbeidschan. Georgien zeichnet sich durch seine überaus günstige natürliche Lage aus. Vor nordöstlichen kalten Winden ist es durch den Kaukasus geschützt, der in seiner Hauptspitze Elbrus, dem höchsten Berg Europas, 5600 Meter erreicht. Fast ebenso gut geschützt ist es von Süden her gegen die trockenen heißen Winde des Irans durch den sogenannten Kleinen Kaukasus, der in seinem höchsten Gipfel Ararat, heute zum türkischen Armenien gehörig, 5200 Meter erreicht. Die Sommerhitze Georgiens, das auf der gleichen geographischen Breite wie Mittelitalien liegt, wird durch das Schwarze Meer gemildert. Das gilt besonders für Westgeorgien, das von Ostgeorgien durch das Meskische Gebirge, ein Bindeglied zwischen dem Kaukasus und dem Kleinen Kaukasus, getrennt wird. Dieses Gebirge bildet zugleich die Wasserscheide zwischen 2 Hauptniederungen Georgiens, die nach Osten wie nach Westen immer breiter werden: im Westen die Niederung um den Hauptfluß Rion, im Osten die um den Mtkwari, russisch Kura genannt, der in das Kaspische Meer fließt. Die Gliederung der georgischen Landschaft durch hohe Gebirgsketten und ihre Ausläufer und das Aufeinandertreffen verschiedenartiger klimatischer Einflüsse bewirken eine wunderbare Mannigfaltigkeit: subtropische Landschaften und Südfruchtgärten am Schwarzen Meer und ewiger Schnee auf den Höhen des Kaukasus, breite Malariasümpfe und weltbekannte Kurorte.

Die Gesamtfläche der heutigen Republik Georgien umfaßt 7,2 Millionen Hektar. Über $\frac{1}{3}$ dieser Fläche bedecken die Wälder, die einen der Hauptreichtümer des Landes darstellen, $\frac{1}{4}$ kommt auf die Weiden und Triften, die die Viehzucht zum wichtigen Erwerbszweig machen, $\frac{1}{5}$ auf landwirtschaftlichen Kulturboden, der Rest auf die unbrauchbaren Flächen.

Die Landwirtschaft stellt den weitaus wichtigsten Teil der georgischen Volkswirtschaft dar. Sie wirft $\frac{2}{3}$ der jährlichen Nationalproduktion ab (250 Millionen Tschetwonezrubel von insgesamt 363 Millionen im Jahr 1926), und $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung wohnen auf dem Land. Innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion betrug 1913 der Anteil der Viehzucht 29 %, der des Ackerbaus 41 %, der anderer hochwertiger Kulturen 30 %. Der Boden ist von Natur fruchtbar, wird aber erst primitiv bearbeitet. Besonders zurückgeblieben ist der Ackerbau, eine einfache Feldgraswirtschaft, der 84 % des landwirtschaftlichen Kulturbodens beherrscht. Die zaristische Regierung kümmerte sich um seine Entwicklung nicht, weil sie in Georgien lieber einen Absatzmarkt für russisches Getreide sah. Von den Getreidearten herrscht in Ostgeorgien Winterweizen, in Westgeorgien Mais vor. Unter den hochwertigen Kulturen steht an 1. Stelle der Weinbau, der in ganz Georgien verbreitet ist. Bessere georgische Weine könnten bei guter Herstellung selbst mit den französischen konkurrieren. Sie werden hauptsächlich nach Rußland, in letzter Zeit auch nach Deutschland exportiert. An 2. Stelle steht der Tabak, dessen vorzüglichste Sorten im nordwestlichen Georgien, in Abchasien, am Ufer des Schwarzen Meers, und dessen geringere Sorten in Ost-, teilweise auch im eigentlichen Westgeorgien gedeihen. Der abchasische Tabak wurde meistens nach Europa als "russischer" oder gar "türkischer" (über Trapezunt) exportiert, der ostgeorgische zum Teil nach Rußland. Auch Obst- und Gemüsebau sind verbreitet. Besonders hervorzuheben sind die Südfrüchte: Zitronen, Feigen usw., aber auch bessere Arten von Äpfeln, Birnen, Pfirsichen, Pflaumen und Kirschen sowie verschiedene Arten von Melonen. Große Bedeutung haben auch die Maulbeerbäume, die namentlich in Westgeorgien gedeihen und zur Seidenraupenzucht dienen. Der georgische Kokon wird ausschließlich nach Europa: Mailand, Marseille und Lyon, ausgeführt. Endlich baut man noch Lorbeer, Tee und Heilpflanzen wie Belladonna, Eukalyptus, Baldrian in Westgeorgien, Baumwolle in Ostgeorgien an.

Die Bodenschätze des Landes, vor allem das Manganerz, stellen einen großen Reichtum Georgiens dar. Es besitzt in der kleinen Ortschaft Tschitura in Westgeorgien die qualitativ wie quantitativ wichtigsten Manganerzlager der Welt, deren Vorrat auf 40 bis 100 Millionen Tonnen geschätzt, und deren Ausbeutung im Jahr 1874 begonnen wurde. Vor dem Krieg stand Georgien in der Gewinnung wie der Ausfuhr von Manganerz an der Spitze. So betrug 1913 die Manganerzproduktion Georgiens rund 1 Million Tonnen, 41,4 % der Weltproduktion, während auf Indien 34,6, auf Rußland 12,9 und auf Brasilien 7 % kamen. Der Manganexport erreichte im selben Jahr mit 1,1 Million Tonnen mehr als die Hälfte der Weltausfuhr. Das georgische Manganerz geht so gut wie ausschließlich nach Europa und Amerika. Hauptabnehmer vor dem Krieg war Deutschland, das auch, zum Beispiel durch die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, an der Produktion führend beteiligt war. Während des Weltkriegs und nach ihm ist die georgische Manganerzproduktion infolge der politischen Zustände verkommen; der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals wird sie erheblich fördern. Die Kohleproduktion von Tkwibuli in der Nähe von Kutais datiert aus dem Jahr 1847. Ihr Vorrat wird auf 100 Millionen Tonnen geschätzt. 1912 wurden etwa 70 000 Tonnen gefördert. Die qualitativ wie quantitativ viel wichtigeren, auf 200 Millionen Tonnen geschätzten Kohlenlager von Tkwartscheli in Abchasien, 45 Kilometer von dem Hafentädtchen Otschemtschiri entfernt, werden mangels

einer Eisenbahnverbindung noch nicht ausgebeutet. Außerordentlich wichtig ist für Georgien sein großer Reichtum an "weißer Kohle", deren Energie auf 6 Millionen Pferdestärken geschätzt wird: die gleiche Zahl wie in Deutschland. Ausgebeutet sind davon nur 40 000 Pferdestärken. Georgien besitzt auch Petroleumvorkommen, aber diese sind noch nicht genügend erforscht. Viel wichtiger ist, wenigstens vorläufig, die Nähe der Petroleumproduktion von Baku, der Hauptstadt Aserbeidschans am Kaspischen Meer, für die Georgien einen unentbehrlichen Transitweg nach Europa bildet. Von Baku über Tiflis bis nach Batum, durch ganz Transkaukasien, geht nicht allein die Bahnlinie, sondern auch eine fast 900 Kilometer lange Petroleumleitung, das hauptsächlichste Mittel für die Ausfuhr von Petroleum nach Europa. Vorhanden sind auch Kupfer-, Eisen-, Blei- und Zinkvorkommen, deren Ausbeutung aber erst Sache der Zukunft sein wird. Die Kupferwerke von Alawerdi in Ostgeorgien, die vor dem Krieg etwa 40 000 Tonnen Kupfer jährlich produziert haben, sind nach der Bolschewisierung an Armenien, die von Artwini, Siemens-Schuckert gehörig, an die Türkei abgetreten worden. Schließlich sind von den Naturreichtümern Georgiens seine zahlreichen Heilbäder und Mineralquellen zu erwähnen. Die Luft- und Quellenkurorte Bordschomi und Abastumani in Ostgeorgien erfreuen sich eines internationalen Rufs.

Am allerwenigsten entwickelt ist in Georgien die eigentliche, verarbeitende Industrie. Nur die Eisenbahnwerkstätte und das Arsenal in Tiflis sowie einige elektrische Stationen, mehrere Tabak- und Seifenfabriken, Ziegeleien usw. sind zu erwähnen. Dazu kommen einige Nebenbetriebe der Landwirtschaft.

Die wichtigsten Städte Georgiens sind: Tiflis, die Hauptstadt, am Mtkwari in Ostgeorgien gelegen, mit 300 000 Einwohnern, Kutaissi, die Hauptstadt Westgeorgiens, am Rion, mit 50 000 Einwohnern, Batumi, mit 50 000 Einwohnern, die wichtigste Hafenstadt des Landes, am Schwarzen Meer, Hauptstadt des mohammedanischen Teils von Georgien und Exportstätte des Petroleums von Baku, Sochumi, Hafenstadt und bekannter Winterkurort, Hauptstadt Abchasiens, mit 25 000 Einwohnern, endlich Poti, ebenfalls Hafenstadt, die Exportstätte für Manganerz, mit 15 000 Einwohnern.

GEOrgIENS Bevölkerung beträgt heute 2,7 Millionen Seelen. Davon bilden die Georgier selbst 72 %, Armenier 10 %, Ossen, ein iranischer Volksstamm, 4 %, Russen 3 %, Türken 3 %, Griechen 2,5 %, Abchasen 1,5 %, Juden 1 %, andere Nationalitäten, darunter etwa 8000 Deutsche, 2 %. Das georgische oder, in seiner eigenen Sprache, kartwelische, Volk zählt insgesamt 2,3 Millionen Seelen, von denen etwa 400 000 außerhalb der heutigen Grenzen Georgiens, namentlich in der Türkei, und die übrigen 1,9 Millionen im Mutterland wohnen. Es ist eine alte, durchaus eigenartige orientalische Nation, deren ethnisch-sprachliche Zugehörigkeit ein von der Wissenschaft noch nicht gelöstes Problem ist. Jedenfalls weist sie weder mit den Slawen noch mit anderen europäischen oder bekannten asiatischen Völkern irgendeine Verwandtschaft auf, wohl aber mit anderen kleinen kaukasischen Völkern wie Abchasen, Tscherkessen usw., mit denen sie eine besondere Völkerfamilie bilden soll, die man als die japhetische bezeichnen will. Das georgische Volk besitzt eine eigene Sprache und Schrift, eine zirka 2000jährige eigenstaatliche Geschichte (die alte Kolchis ist Westgeorgien, Iberia Ostgeorgien) und Kultur, insbesondere eine alte Literatur.

Am Anfang des 4. Jahrhunderts nahmen die Georgier das Christentum an, sie sind in ihrer übergroßen Mehrheit griechischkatholisch. 1^{1/2} Jahrtausende hat dieses Volk seitdem gegen verschiedene asiatische Eroberervölker (teilweise auch gegen Byzanz, wie früher gegen Rom) für seine Freiheit und für seine Religion und Kultur zäh gekämpft. Durch die geopolitische Lage des Landes dazu bestimmt eine Brücke zwischen Europa und Asien zu sein, waren die Täler des Rioni (des alten Phasis) und des Mtkwari ein historischer Handelsweg zwischen der europäischen Welt und dem Fernen Osten, namentlich Indien. Die geschichtlichen Perioden, in denen die internationalen Verhältnisse diesen Handelsweg begünstigten und ihn seine Funktion erfüllen ließen, waren auch Blütezeiten für Georgien. Die Perioden der Stockung dieses Handels bedeuteten auch für Georgien Zeiten der wirtschaftlichen, politischen und schließlich auch kulturellen Depression. Trotzdem hat das vornehmlich kriegerische Volk, das, im Gegensatz zu Rußland, den Typus des europäischen Feudalismus entwickelt und außerordentlich lange, vom 9. bis zum 19. Jahrhundert, beibehalten hat, sich nicht zum Handelsvolk entwickelt, dies vielmehr den anderen Mitbewohnern des Landes, den Armeniern, Juden und Griechen, überlassen. Georgien hat sein goldenes Zeitalter im 12. Jahrhundert gehabt, unter Thamar (der Königin Tamara Knut Hamsums), als es den ganzen Kaukasus und das nördliche Kleinasien beherrschte, und als es seinen genialen Dichter Schota Rustaweli besaß, dessen Werk *Der Mensch im Pantherfell* in die meisten europäischen Sprachen übersetzt ist. Gegen Anfang des 19. Jahrhunderts geriet Georgien, geschwächt durch die feudale Zerrissenheit und endlose Kriege, unter russische Herrschaft und wurde seitdem durch den Zarismus, der Georgien in eine einfache russische Provinz zu verwandeln suchte, national wie kulturell, politisch wie wirtschaftlich, schwer unterdrückt. Trotzdem vermochte es seine nationale und politische Eigenart und Kultur weiter zu entwickeln.

Mit dem Einzug der kapitalistischen Entwicklung (Eisenbahnen, Bergbau, Manganerz- und Petroleumausfuhr nach Europa usw.) entstand in Georgien, insbesondere in den achtziger und neunziger Jahren, auch die moderne Arbeiterbewegung. Das war die Zeit, als in der europäischen Arbeiterbewegung der Marxismus seine Siege feierte. »Und so wie die Kapitalisten Rußlands gleich die vollkommensten Formen der europäischen Technik für die Industrie wählten, die sie begründeten, so die Sozialisten Rußlands die vollkommenste Form des Sozialismus, die marxistische«, sagt Karl Kautsky. Dieser Satz gilt erst recht auch für Georgien, weil hier der Kapitalismus und die Arbeiterbewegung sich noch später entwickelt haben als in Rußland. Die sozialistische Bewegung hat in Georgien nicht nur die Arbeiter sondern durch ihre Vermittlung auch die Bauernschaft erfaßt. Diese war und ist auch heute noch außerordentlich landarm und in ihren breiten Schichten halbproletarisch. Die schwere Unterdrückung durch den Zarismus hat auch sie stark radikalisiert. Sie stand stets in näherer Berührung mit der Lohnarbeiterschaft und unter ihrem politischen Einfluß. Dieser mußte um so stärker sein, als in Georgien eine einheimische Bourgeoisie fast gar nicht vorhanden war; die Kapitalisten waren hier entweder Europäer oder Armenier oder schließlich der russische Staat. Die Verbreitung des europäischen Sozialismus wurde wahrscheinlich auch durch den geschichtlich verwurzelten Drang nach Europäisierung, durch südliches Temperament und idealistische Veranlagung der Bevölkerung erheblich gefördert. Das 20. Jahrhundert fand das geor-

gische Volk geschlossen unter der Fahne der Sozialdemokratie. Das zeigte sich offensichtlich in der Revolution von 1905, die sich in Georgien besonders ausbreitete. In allen nachfolgenden Wahlen zur Reichsduma, 1906, 1907 und 1912, wurden in Georgien trotz allen rigorosen Gegenmaßnahmen des Zarismus fast durchweg Sozialdemokraten gewählt, die in der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion stets eine führende Rolle spielten, wie Dschordania in der 1., Zereteli in der 2., Tschcheidse in der 3. und 4. Duma, und auch an der Märzrevolution 1917 einen hervorragenden Anteil nahmen.

Innerhalb der georgischen Sozialdemokratie herrschte von Anfang an der Menschewismus vor. Die georgischen Arbeiter und Bauern sind im Vergleich zu den russischen beweglicher und politisch regsamer, sie sind vor allem entschieden freiheitlicher gesinnt. Die georgischen Arbeiter und Bauern achten eigene politische und Menschenrechte und können auf sie nicht verzichten, sie schätzen die Demokratie hoch. Zudem waren ihnen, bei denen manche ritterlichen Überlieferungen noch lebendig sind, die unedlen Kampfmethoden der Bolschewisten widerlich. Selbst die heutigen Beherrscher Rußlands, die georgischen Bolschewisten Stalin (dessen wirklicher Name Dschugaschwili ist), Ordschonokidse und andere, konnten im Land nicht Fuß fassen, mußten es schon vor mehr als 20 Jahren verlassen und draußen ihr Glück suchen.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands wie Georgiens war seit jeher für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Völker des Russischen Reichs. Das georgische Volk hat, wie alle anderen Völker Rußlands, nach der Russischen Revolution von diesem Recht Gebrauch gemacht und am 26. Mai 1918 offiziell die Unabhängigkeit Georgiens proklamiert. So wurde die erste sozialdemokratische Republik ins Leben gerufen. In der Nationalversammlung, zu der nach dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für beide Geschlechter gewählt wurde, hatten die Sozialdemokraten 81 %, die Sozialföderalisten 7 %, die Sozialrevolutionäre 4 %, die Nationaldemokraten, eine nationalistische, bürgerlich-demokratische Partei, 6 % der Sitze. Die Regierung war rein sozialdemokratisch, Präsident der Republik und zugleich Ministerpräsident wurde Noe Dschordania.



DANE jeden Terror, ohne Blutvergießen und ohne jede Anarchie, auf dem Weg der geordneten demokratischen Gesetzgebung, hat Georgien alle, unter den gegebenen objektiven Bedingungen möglichen Reformen durchgreifend verwirklicht. Der Boden der Großgrundbesitzer wurde ohne Entschädigung enteignet, meist schon von einem Besitz über 7 Hektar an, und mit dem größten Teil der Staatsländereien den landarmen Bauern als Privateigentum zugeteilt. Das waren meist die selben Grundstücke, die früher die Bauern in Pacht gehabt hatten. Die Güter von nationaler Bedeutung sowie die gesamten Wälder, Bodenschätze und Naturkräfte, die Post, die Eisenbahnen und Hafenanlagen wurden als Staatseigentum erklärt. Die demokratische Verfassung wurde konsolidiert, Verwaltung und Justiz wurden demokratisiert, die sozialistische Arbeits- und Sozialgesetzgebung durchgeführt, eine allgemeine Volksbildung eingeführt, die georgische Universität in Tiflis gegründet und ausgebaut. Die Delegation der Sozialistischen Internationale, die Georgien 1920 besuchte: MacDonalld, Kautsky, Renaudel, Vandervelde und andere, war von den Erfolgen der kleinen sozialistischen Republik, die das bolschewistische Rußland so stark in den Schatten stellte, außerordentlich befriedigt.

Diese Leistungen sind um so höher zu schätzen, als das Land sich in jenen Katastrophenperioden in ungeheuren außenpolitischen Schwierigkeiten befand. In den Tagen der Unabhängigkeitserklärung stand Georgien vor der akuten Gefahr türkischer Invasion. Um ihr zu entgehen, schloß es einen Vertrag mit Deutschland, das sich verpflichtete die Unabhängigkeit und Neutralität Georgiens zu garantieren, es vor äußeren Feinden, vor allem vor den Türken, zu schützen. Dafür erhielt Deutschland bestimmte wirtschaftliche Konzessionen, hauptsächlich für Manganerz. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte überfiel Denikin Georgien, wurde jedoch 2mal von georgischen Truppen zurückgeschlagen. Aber auch die russischen Bolschewisten waren Georgien nicht freundlicher gesinnt, obgleich Georgien es abgelehnt hatte sich an einem Interventionsfeldzug zu beteiligen, sondern versuchten ebenfalls, zur gleichen Zeit wie Denikin, das kleine Land entweder von innen her zu zersprengen oder von außen her zu erobern. Am 7. Mai 1920 erkannte die bolschewistische Regierung Rußlands die Unabhängigkeit Georgiens de jure an, ja sie schloß mit ihm einen Friedensvertrag ab und sicherte ihm die innigste Freundschaft zu. Danach folgte die Anerkennung seitens Deutschlands im Oktober 1920 und schließlich, Ende Januar 1921, auch die der Alliierten. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß sich weder die Entente noch vorher Deutschland in die inneren Angelegenheiten Georgiens eingemischt haben, daß es insbesondere auch keinem von ihnen gelungen ist das kleine Land von seiner Neutralität abzubringen und es in den Kampf mit den jeweils feindlichen Mächten hineinzuziehen. Die Erklärung dieser Tatsache muß man vor allem in dem Umstand sehen, daß das georgische Volk unter der Führung der Sozialdemokratie bereits zu einem festen politischen Organismus zusammengeschlossen war. Nur England nahm Georgien gegenüber eine unfreundliche Haltung ein, ja es verhinderte Ende 1920 die Aufnahme Georgiens in den Völkerbund. Wie sich später herausstellte, war England schon vorher in Beziehungen zu den Bolschewisten getreten und hatte ihnen sogar die Eroberung Georgiens wie anderer kaukasischer Staaten so gut wie anheimgestellt. Dies geschah zunächst schon im Frühjahr 1920, während der Handelsvertragsverhandlungen, und bald danach, nach der Räumung Georgiens, in einer kategorischen Form. Dieses halboffene Geheimnis hat später Tschitscherin selbst in der Sitzung des Zentralkomitees der sogenannten Sowjetunion im März 1925 in Tiflis offiziell in folgender Form ausgeplaudert: »Nachdem die Engländer Batum verlassen hatten [8. Juli 1920], erklärte Lloyd George dem Genossen Krassin, daß England sich in die Beziehungen zwischen Rußland und Transkaukasien nicht einmischen würde, und daß es den Kaukasus als Einflußsphäre der Sowjetrepublik betrachtet. Seitdem ist England von diesem Standpunkt nicht abgewichen.«

Nachdem die Bolschewisten sich in dieser Weise die Garantie verschafft hatten, daß England die Vernichtung der kaukasischen Staaten nicht hindern würde, annektierten sie diese nach und nach. In den Monaten April und Mai 1920 wurde die Republik Aserbeidschan besetzt, wodurch sich das bolschewistische Rußland der Petroleumquellen von Baku bemächtigte. Im November des selben Jahres überfielen die Bolschewisten dann Georgien. Sie wurden aber durch die georgischen Truppen zurückgeschlagen, worauf am 14. November 1920 jenes neugegründete "Sowjetaserbeidschan" und zugleich das mit ihm als "befreundet" bezeichnete "Sowjetrußland" einen neuen Vertrag mit Georgien abschlossen, der vornehmlich die wirtschaftlichen Bezie-

hungen regelte; die Frage der Petroleumausfuhr durch die Rohrleitung Baku-Batum sowie die übrigen Fragen des Transits und Handels. Im Dezember 1920 fiel die Republik Armenien unter dem gemeinsamen Ansturm der russischen und türkischen Truppen. Ihr Territorium wurde unter den Eroberern aufgeteilt; die Türken erhielten das Karser Gebiet. Georgien aber empfing von Moskau nach wie vor die ausdrücklichsten Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen. Die Tatsachen jedoch redeten eine andere Sprache.

In der Nacht vom 11. zum 12. Februar 1921 überfielen die Truppen "Sowjetrußlands" ohne jede Kriegserklärung, in Verbindung mit türkischen Nationalisten, unter der Führung des zaristischen Generals Hecker das kleine friedliche Land zugleich von 4 Seiten her. Nach einem hartnäckig verzweifelten Krieg von 5 Wochen Dauer wurde Georgien erobert. Der südliche Teil des Batumer Gebiets wurde von den Bolschewisten ihren türkischen Verbündeten zugebilligt, das übrige Georgien „sowjetisiert" und als Mitgliedstaat der "Sowjetunion" erklärt, das heißt dem russischen Bolschewismus ausgeliefert. So wurde die in der Revolution errungene Freiheit Georgiens wieder gewaltsam aufgehoben, und die erste sozialdemokratische Republik zertrümmert. Und so entstand die georgische Frage in ihrer heutigen Gestalt.



ALS Georgien von russischen Truppen umzingelt war, und als an allen seinen Enden Blut floß, erklärte Moskau, es handle sich um einen »armenisch-georgischen Konflikt«, und sandte der georgischen Regierung offiziell die »herzlichsten Glückwünsche«. Nach der Eroberung vergaß es diese seine Lüge anscheinend vollkommen, streute dafür eine andere aus: nämlich die, daß die georgischen Arbeiter und Bauern selbst die "Revolution" ausgeführt hätten. Nach vielen weiteren Lügen gaben die Bolschewisten endlich glatt zu (so Radek auf der sogenannten Einheitsfrontkonferenz der 3 Internationalen in Berlin im April 1920), daß es eine reine Eroberung wegen Petroleuminteressen war. Nun befand sich die Petroleumstadt Baku, wie oben erwähnt, schon 10 Monate vor dem Überfall auf Georgien in bolschewistischem Besitz. Irgendeine Gefahr konnte diesem Besitz durch ein freies Georgien nicht drohen, wie die oben angeführten Tatsachen und insbesondere die Erklärung Tschitscherins zeigen. Die Ausfuhr von Petroleum über Georgien nach Europa lag auch im Interesse Georgiens, das auch selbst viel Petroleum verbraucht. Hier war nicht nur eine Vereinbarung möglich, sie bestand auch schon. Dennoch zogen die bolschewistischen Gewalthaber die Eroberung vor. Durch die russischen Bajonette allein wurde Georgien "sowjetisiert", das heißt unter die unumschränkte Gewaltherrschaft der Moskauer Agenten, fremder Eroberer und einheimischer Verräter, gestellt. Formell ist es eine verbündete "Sowjetrepublik", die in die Transkaukasische Föderation eingeht, die ihrerseits einer der Hauptgliedstaaten der "Sowjetunion" ist. Nach Artikel 4 der Verfassung soll es sogar, nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Recht besitzen sich von Rußland zu trennen und einen eigenen unabhängigen Staat zu bilden; aber in Wirklichkeit ist dieser Artikel der größte Schwindel, der in irgendeiner Verfassung steht. Jeder Versuch der Abtrennung, ja jeder Gedanke daran wird mit einer Grausamkeit unterdrückt, die selbst die zaristische weit überbietet.

Mit der Vernichtung der nationalen Freiheit Georgiens wurde auch jede politisch-geistige Freiheit schroff aufgehoben. Wohl hat das georgische Volk das

Recht auf den Gebrauch seiner eigenen Schrift und Sprache behalten. Jedoch wird die Art und Weise, wie man diese Schriftzeichen und diese Sprache gebraucht, in einem Maß beschränkt und jeder nationale Geist so schroff unterdrückt, wie es noch nicht einmal in den dunkelsten Zeiten der Zarenherrschaft der Fall war. Unter dem Zarismus gab es in den letzten Jahrzehnten eine selbständige georgische Presse: die sozialdemokratische, an der auch die Bolschewisten beteiligt waren, die sozialföderalistische, die nationalistische usw. Gewiß war sie schwer bedrängt, zensuriert, oft verboten, aber immerhin: sie bestand. Heute kann von einer Presse außer der moskautreubolschewistischen nicht die Rede sein. Auch die georgische Literatur wird mit barbarischen Mitteln gezwungen entweder bolschewistisch und im Geist der offiziellen "Philosophie" zu schreiben oder ganz aufzuhören. Selbst die einfachsten Schulbücher werden derartig mit dieser Art moskowitzischen Geistes durchdrungen, daß auch hierin der Zarismus übertroffen wird.

Die Selbstverwaltung der "Sowjetrepubliken", die durch die Verfassung vorgesehen ist, ist natürlich keine Selbstverwaltung der Völker, die überhaupt nirgends unter bolschewistischem Regime etwas zu sagen haben, sondern nur die der sogenannten Kommunistischen Parteien. Aber auch diese Selbstverwaltung ist bei der schroff zentralistischen Organisation der Kommunistischen Partei der "Sowjetunion" vollkommen illusorisch. Sie steht, wie die ganze Sowjetverfassung, nur auf dem Papier.

Rein politisch und wirtschaftlich leidet Georgien genau wie Rußland selbst unter der politischen Sklaverei und dem wirtschaftlichen Versagen des Bolschewismus. Dieses politische und wirtschaftliche Regime ist aber für das georgische Volk besonders drückend, weil Georgien von jeher weniger für die Diktatur und Staatssklaverei und mehr für die moderne europäische politisch-wirtschaftliche Entwicklung disponiert war und sich auf dem Weg dieser Entwicklung in den 4 Jahren der vollkommenen Demokratie ja auch erfolgreich betätigt hat. Endlich leidet es auch unter dem großrussischen Nationalismus, der unter der "kommunistischen" Maske nicht allein seine nationale Freiheit vernichtet hat sondern auch seine politische Entnervung und seine wirtschaftliche Ausbeutung betreibt. Nirgends werden die politisch führenden Elemente des Volkes mit solcher Brutalität ausgerottet, nirgends die tschekistische Methoden so ausgiebig angewendet wie in Georgien. Die fremden Elemente durchdringen mehr und mehr nicht nur den politischen Herrschaftsapparat sondern auch den Arbeitsmarkt Georgiens. Unter dem Schlagwort "Unterstützung der roten Industrie" wird fast jedes neue Werk mit minderwertigen russischen Maschinen ausgestattet, die oft doppelt und mehrfach so viel kosten wie die europäischen. Der Bergbau Georgiens wird gehemmt; so werden mittels des Außenhandelsmonopols dem georgischen Manganerz Schwierigkeiten auf dem Weg zum Weltmarkt gemacht, und seine Produktion wird heruntergedrückt, damit sich das minderwertige Manganerz von Nikopol auf dem Weltmarkt behaupten kann. Mit solchen künstlichen Mitteln wurde erreicht, daß die Produktion von Nikopol, die vor dem Krieg kaum ein Drittel der georgischen ausmachte, diese jetzt übertrifft. Die Gesamtförderung betrug 1913 in Georgien 970 900, in Nikopol 299 100, 1926 aber in Georgien 769 500, in Nikopol 827 500 Tonnen. Dieses Regime hat selbst bei den georgischen "Kommunisten" Unwillen hervorgerufen. Viele von denen, die unter dem Namen der Dissentierenden, der Uklonisten, bekannt sind, darunter das erste Haupt der georgischen "Sowjetregierung"

Macharadse, seine Nachfolger Mdiwani, Kawtaradse und andere, haben sich dagegen gewandt. Die Folge war die Verschickung von einigen Hunderten der Uklonisten nach Großrußland und Sibirien. Der politische Stern Stalins und seines Komplizen Ordschonokidse stieg auf, als diese entarteten Georgier die Freiheit ihres kleinen Heimatlands im Blut erstickten, und insbesondere, als sie 1924 Tausende der besten Söhne Georgiens kaltblütig hinrichten ließen. So haben sie ihren "Internationalismus" bewiesen.

Dieses System der schwersten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung kann unmöglich die guten Elemente des Landes anziehen. Schon in der Freiheitszeit Georgiens mußten die Bolschewisten ihre spärlichen Reihen, höchstens 2 % der Bevölkerung, nur durch die unlauteren Elemente ausfüllen, die von anderen Parteien, namentlich von der Sozialdemokratie, abgestoßen wurden. Diese Elemente, die dem gesamten Volk in tiefster Seele verhaßt sind, wurden in Verbindung mit den hinzukommenden Fremden zu seinen Herrschern und Befehlshabern, die, seien es Tschekisten oder Kommissare, über sein Gut und Blut verfügen, die den Freibrief auf Mord und Folter gegen seine besten Söhne besitzen.

Alle angeführten Momente: wirtschaftliche Not, politische Versklavung und Erniedrigung, steigern den schon von Natur starken Drang des georgischen Volkes nach Wiedererlangung der verlorenen nationalen Freiheit und Unabhängigkeit. Nur durch die erdrückende Übermacht der russischen Truppen und durch die brutalste Terrorpolitik, die selbst die schlimmsten zaristischen Bluttaten in Schatten stellt, behauptet sich die bolschewistische Herrschaft in Georgien. Hier sei nur an einige Beispiele des Terrors erinnert: Als im Februar 1923 im Bezirk Gurien 3 Tschekisten, die den Mord an zahlreichen unschuldigen Menschen auf dem Gewissen hatten, bei einem Zusammenstoß mit den Banditen erschossen wurden, erklärten die Bolschewisten 130 politische Gefangene, meist Sozialdemokraten: Volksschullehrer, Genossenschaftsführer und Parteifunktionäre des genannten Bezirks, nachträglich als Geiseln, die sie dann erschossen. Im Mai des selben Jahres wurden 16 der hervorragendsten und populärsten Offiziere Georgiens unter der Beschuldigung die Absicht der Befreiung des Landes mit Hilfe Englands gehegt zu haben hingerichtet. Die Beschuldigung entbehrte jeder Grundlage, was die mit England unter einer Decke steckenden Bolschewisten ja am besten wußten, wie auch das oben angeführte Geständnis Tschitscherins klar zeigt.

Da die Bolschewisten jeden Versuch der georgischen Volksvertreter wie auch der internationalen Sozialdemokratie die georgische Frage friedlich, etwa durch Volksabstimmung oder Schiedsgericht, zu lösen stets zynisch ablehnten, griff das bis aufs Blut gequälte Volk in seiner Verzweiflung zum letzten Mittel, zum Aufstand, der im August und September 1924 in verschiedenen Orten Georgiens ausbrach. Er wurde durch die eiligst verstärkten Kadern der bolschewistischen Armee unterdrückt. In den Zusammenstößen sind auf beiden Seiten höchstens einige hundert Mann gefallen. Aber die Rache der Bolschewisten war grauenhaft: Gegen 4000 Menschen wurden nachher hingerichtet, von denen die meisten an dem Aufstand nicht aktiv teilgenommen hatten, darunter über 1000 politische Gefangene, die während des Aufstands und schon lange vor ihm in Gefängnissen Georgiens oder gar Rußlands gesessen hatten, darunter namhafte sozialistische Führer wie Chomeriki, der ehemalige Landwirtschaftsminister, Tschchikwischwili, Dschugeli und andere.

Die Terrorpolitik wird bis heute noch fortgesetzt. In unzähligen Gefängnissen und Tschekakellern Georgiens und Rußlands, in Sibirien und auf den Solowetzkijseln siechten fast 6000 politische Gefangene Georgiens dahin, von denen die erdrückende Mehrzahl ohne jedes Gericht verschickt oder eingekerkert wurde. In den Folterkammern der Tscheka sind schon viele politische Häftlinge geisteskrank geworden, viele haben dort auch den Tod gefunden. Durch die physische Ausrottung der führenden Elemente des georgischen Volkes sucht der Bolschewismus es politisch zu enthaupten. Doch trotz allen Drangsalen und Verfolgungen setzt das georgische Volk den Kampf für seine nationale Freiheit und für seine demokratisch-sozialistischen Ideale unverzagt fort. Hand in Hand mit anderen unterdrückten Völkern der "Sowjetunion", Hand in Hand auch mit den wahrhaft revolutionären Elementen Rußlands, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verfechten. Das vielgequälte georgische Volk hofft seine gerechten Forderungen schließlich doch verwirklichen und wieder den heißersehten Weg freiheitlicher Kultur-entwicklung und sozialistischer Demokratie beschreiten zu können.

Georgien ist ja nicht das einzige Opfer des Bolschewismus. Auch alle anderen Völker innerhalb der "Sowjetunion" sind jeglichen Selbstbestimmungsrechts beraubt. Und was das russische Volk selbst unter dem Bolschewismus erleidet, muß und kann jeder wissen, der die Wahrheit wissen will. Aber die Tragödie des sozialistischen Georgiens entlarvt das innen- und außenpolitisch reaktionäre Wesen des Bolschewismus am klarsten. Sie zeigt am deutlichsten, welch ein gefährlicher Feind der Bolschewismus jeder menschlichen und nationalen Freiheit ist: das zurzeit größte Hemmnis der Entwicklung zum Sozialismus, die eigentliche Konterrevolution.

ARNO NADEL · IMMER NÄHER RÜCKT DIE STUNDE HERAN



ACH, mein Freund,
So gehen meine Tage hin,
Zwischen Sehnsucht und Erfüllung,
Und immer, immer näher
Rückt die Stunde heran.

Ist es tief im Herzen,
Wo es drängt und liebt?
Ist's oben im Geist,
Wo Tat die Welt verkürzen möchte?

Ich weiß es nicht.
Ich singe, wie die Natur
Die einsamen Tage hinsingt,
Ohne daß jemand lauscht.

Und immer, immer näher
Rückt die Stunde heran.
Ja, immer, immer näher
Die heilige Stunde.

ERNST UNTERMANN · JACK LONDON, WIE ICH IHN KANNTÉ

KEIN amerikanischer Schriftsteller der Jetztzeit hatte je so enge Fühlung mit dem Primitiven, malte die elementaren Gefühle der Naturmenschen so lebenswahr wie Jack London. Das sage ich als intimer Gefährte Jacks und als ein Mann der großen Wildnis. Für die meisten Menschen ist das freie Land nur ein Platz zum Fischen oder Jagen, zur Erholung in frischer Luft und warmem Sonnenschein, wo man spielt und für kurze Zeit die eintönige Routine des Alltagslebens vergißt. Die richtigen Naturmenschen gehören der Wildnis an. Sie ist ihr wahres Element. Dort finden sie die Kraft und Inspiration, die für sie den echten Sinn des Lebens deuten. Das einfache Leben, das intensive Leben, das romantische Leben haben ihre beredten Zeugen in der amerikanischen Literatur. Jedoch haben fast alle mit ihrem Thema nur gespielt, ohne es wirklich zu durchleben, ohne sich zu fragen, warum sie es nicht erlebten. Das war nicht Jack Londons Art. Aus bitterer Not hatte er eine vollkommene Mischung des einfachen, intensiven und romantischen Lebens bis aufs Blut durchgekostet. Als ein Austernpirat, als Matrose auf einem Seehundsfänger, als Landstreicher, als "Sauerteig" auf der schneebedeckten Alaskaspur, hatte er jede Strapaze, jede Hochfreude des freien Lebens, jeden Jammer der armen Pfadfinder selbst mitgemacht.

Wieder und wieder folgte Jack dem Ruf der Wildnis, wenn er jahrelang vergeblich versucht hatte den Stadtmenschen, die von solchen Dingen nur lesen, seine Folgerungen aus dem elementaren Leben klar zu machen. Nur so konnte er seine Schriftstellerei fortsetzen, nachdem er einmal gelernt hatte, daß man in einer nach Geschäftsregeln geleiteten Gesellschaft wählen müsse zwischen dem künstlerischen Ausdruck seiner tiefsten Überzeugungen und dem Schreiben für das liebe Brot.

Ein Mensch, der die Wahrheit liebte, eine Leidenschaft für Gerechtigkeit hatte, die Schönheit anbetete, immer nach vollkommenen Gefährten suchte: das war Jack London am Anfang seiner Laufbahn als Schriftsteller. Aber dann lehrte ihn die Folter der täglichen Erfahrung, daß man im kapitalistischen Amerika nur dann erfolgreich Romane schreibt, wenn man gute gesellschaftliche Verbindungen hat, den Verlegern und Redakteuren schmeichelt, den Reichen und Mächtigen dient, also alles andere als Wahrheit, Gerechtigkeit, Schönheit und reine Kameradschaft ehrt. Jack schreckte vor dieser ekelhaften Wirklichkeit zurück wie vor einer Klapperschlange, aber er mußte ihren Biß dulden und ihr Gift bis ans tragische Ende in seinen Adern tragen. So repräsentiert er in seiner großen Art die tägliche Tragödie der Massen, die, ohne je zum vollen Leben auf der Höhe ihrer Fähigkeiten zu gelangen, langsam dahinsterven im Kampf ums Brot.

Warum muß es denn gerade so sein? fragte sich Jack, als er die Feder zuerst ergriff. Da draußen auf den wilden Pfaden, dort suchen starke Menschen mit der körperlichen Ausrüstung von Übermenschen nach Gold. Finden sie je genug, so bietet ihnen die heutige Gesellschaft keine andere Wahl, als ihr Gut im unvernünftigen Taumel nutzlos zu vergeuden oder in die dumme Tretmühle des Geschäftslebens zurückzufallen und dort langsam zu verschimmeln. Weder für sich selbst noch für ihre Nachkommen konnten sie

so das Leben verbessern, aber solange sie als Argonauten lebten, erhoben sie sich über den Durchschnitt des Gewöhnlichen. Kann Amerika mit seinen Stärksten und Mutigsten nichts Besseres anfangen? Jack meinte, es könnte und müßte anders werden. Er verlangte entschieden, daß das »Land der Freien und Heim der Tapferen« mehr werden sollte als eine Tretmühle für das Gute, Wahre und Schöne. Er fühlte, daß diese große Nation aufgepeitscht werden könnte bis zu dem Gipfel, auf dem sie ihre oft verkündeten, angeblich festgehaltenen Ideale verwirklichen konnte.

In dem Vorwort, das er auf Ansuchen Upton Sinclairs für den Ruf nach Gerechtigkeit schrieb, wies er auf das Heilmittel hin, mit Worten, die wohl als Denkmal für seine sozialistische Gesinnung dienen könnten: »Das Mittel ist so einfach: Nur dienen! Kein unedler Gedanke, keine unedle Tat wird von irgendeinem Menschen verlangt, um die Welt schön zu machen. Der Ruf verlangt nur ein edles Denken, ein edles Tun. Der Ruf verlangt, daß man der Menschheit dient, und er ist so vernünftig, daß man sich selbst am besten dient, wenn man allen dient.« Doch das zivilisierte amerikanische Leben wollte von diesem Heilmittel nichts wissen. Es bestand auf der Regel, daß man am besten lebt, wenn jeder nur für sich selbst lebt. Große Staatsmänner wie der Präsident Hoover nennen so etwas »unsern stämmigen Individualismus«. Aber die organisierte Kapitalmacht unterdrückt ihn mit Polizei, Richtern und bewaffneter Gewalt, wenn stämmige Individualisten außerhalb der Millionärsklasse demgemäß handeln. Das nannte Jack einen sonderbaren Widerspruch. Draußen in der Wildnis entwickeln die Menschen manchmal einen weitgehenden Mutualismus. Sie sind großherzig bis zur Aufopferung. Sie teilen ihre kargen Mittel ohne Zögern mit einander. Für einen Freund, und oft für einen hilflosen Fremden, unterziehen sie sich unglaublichen Strapazen. Sie kennen keine Klassenunterschiede, nur Mitmenschen. Warum soll die Zivilisation selbstüchtiger und grausamer sein als das Leben in der Wildnis? Ist die Zivilisation eine höhere Stufe der Menschheit als das wilde Leben, so sollte sie mehr, nicht weniger Gegenseitigkeit bieten. Dieses Argument erschien Jack London so klar, und die Opposition dagegen so unvernünftig, daß er in jede seiner großen Erzählungen die Warnung ergoß: Der Individualismus zerstört sich selbst und wird die amerikanische Zivilisation zerstören, wenn er nicht durch soziale Gegenseitigkeit berichtigt wird.

Diese Botschaft ist klar in den Seewolf hinein geschrieben. Man findet sie in Martin Eden, in Burning Daylight, in der Kleinen Dame des großen Hauses. Sie schreit heraus aus seinen Alaskaer Erzählungen, wie Der Ruf der Wildnis oder Smoke Bellew, in denen Menschen oder Tiere der individualistischen Zivilisation entrinnen, um freiere Lebensäußerung in der Wildnis zu suchen. Schließlich gellt ihr Ruf aus seinem tragischen Tod, durch den er selbst bezeugte, daß der Individualismus nicht wert ist gelebt zu werden. Es war dieser Drang nach einem vollern Leben, der Jack antrieb seine romantische Fahrt über den Stillen Ozean im Snark zu machen. In seiner Erzählung dieser Reise kann man lesen, mit welcher Verachtung er auf die stämmigen Geschäftsindividualisten herabblickte, die ihn beim Bau seines Boots betrogen, und die ihn selbst am Tag seiner Abfahrt noch aus faulen Gründen festzuhalten suchten. Diese Verachtung malt sich auch in seinen anderen Südseegeschichten, besonders wenn er darüber spricht, wie das moderne Geschäft die Südseeinsulaner degeneriert.

Dieser Drang Jack Londons nach dem Außergewöhnlichen gab ihm auch den Gedanken des Sternenwanderers ein, jene merkwürdige Vision des Gefangenen, dessen Geist durch das Weltall schweift, um die Kameradschaft von Übermenschen zu suchen, während sein Körper bewußtlos auf der Erde in der Einzelhaft des Zuchthauses liegt, fest in eine Zwangsjacke geschnallt.

Eine bessere Welt, um ein besseres Leben für bessere Menschen zu schaffen: das ist der ewige Refrain des besten Denkens Jack Londons. Fort mit den Lügen, fort mit der Brutalität, fort mit den menschlichen Schwächen und Gemeinheiten! Macht ein Ende mit der Erniedrigung und Entweihung der hilflosen Massen! Bietet ihnen bessere Möglichkeiten statt ihnen die Tür zu einem bessern Leben vor der Nase zuzuschlagen! Das war das Evangelium vom Dienst der Menschheit, wie Jack London es verstand. Die Antwort des individualistischen und kapitalisierten Amerika aber auf dieses Evangelium der menschlichen Brüderlichkeit war — die Zwangsjacke des wirtschaftlichen Drucks. Jack London wurde gezwungen sich der Geschäftsschablone anzupassen. Der amerikanische Kapitalismus zwang ihn seine sozialistische Seele preiszugeben. Aber da diese unsterblich war und nicht nachgeben wollte, so trieb man ihn schließlich zum selben Ende, das der Seewolf und Martin Eden nehmen mußten, um ihrem Individualismus bis zu Ende treu zu sein.

Es war nicht einfach so, daß der geborene Naturmensch keinen rechten Platz in der zivilisierten Routine finden konnte. Es war auch nicht so, daß zu wenige Männer und Frauen seinen weiten Ausblick ins Weltall teilten. Vor allem waren es die Gemeinheiten, Mittelmäßigkeiten und Kleinkrämereien der Führer Amerikas, auch in den Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei, nicht nur in der großen Geschäftswelt und Regierung, die mit dem Gewicht der Weltalter seinen Geist erdrückten. So leicht brach er aber nicht zusammen. Jahrelang stand er unter dem Druck aufrecht wie ein echter Übermensch. Erst als seine Gesundheit wankte, als sich Dutzende von Freunden falsch und undankbar erwiesen hatten, als selbst die Liebe sich in eine Qual verwandelte, fing er an zu zerbröckeln. Erst dann verwandelten sich Reichtum, Ruhm und Ideale in langsame Gifte, die er schlucken mußte, während die fortwährend anwachsenden Geldsorgen trotz seinem großen Einkommen ihn zum ruhelosen Schreiben von Dutzendware antrieben. Der Unterschied zwischen dem Sinn des Lebens, wie er ihn verstand, und dem Sinn, den der Kapitalismus dem amerikanischen Leben aufprägte, wurde zu groß, um von einem kranken und schwer enttäuschten Mann weiter ertragen zu werden. Das Liebesrätsel, das manche Leute als den Hauptanlaß zu seinem plötzlichen Tod ansehen, war eben nur ein Beweis, daß er schon lange vorher zusammengebrochen war. Der Weltkrieg gab ihm den letzten Stoß.

Die Probleme, die ihn umbrachten, werden noch viele Menschen töten. Sie müssen von Menschen gelöst werden, die Mut, Ausdauer und Fähigkeit haben den Weg aus dem Kapitalismus mehr durch Aufbau als durch romantischen Kampf zu finden. Diesen Weg fand Jack London nicht, weil er trotz allen tiefen Studien von dem Kompaß der sozialistischen Geschichtsauffassung keinen Gebrauch zu machen wußte. Wohl verstand er, daß die wirtschaftliche Entwicklung den Schlüssel und den Antrieb für die Politik und alle anderen "Überbauten" der menschlichen Gesellschaften liefert. Aber wie so viele Radikale war er sich nie klar über den großen Durchschnittsweg, den die Entwicklung zum Sozialismus überall, und gerade in Amerika, gehen muß.

Zudem blieb die amerikanische Sozialistische Partei in den Kinderschuhen stecken, weil ihr von Anfang an der Rückhalt des Hauptkorps der Gewerkschaften, der American Federation of Labor, versagt blieb. Mit wenigen Ausnahmen waren die Führer der amerikanischen Sozialisten radikale Gefühlsmenschen, theoretische Revolutionäre, die auf den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus rechneten. Sie übernahmen unbesehen die Theorien des europäischen Marxismus, ohne je die amerikanischen Verhältnisse genau zu studieren und die Entwicklung im eigenen Land auf Grund solcher Studien richtig vorauszusehen. Daher wurden auch verschiedene vergebliche Versuche gemacht eine sozialistisch orientierte Gewerkschaftsbewegung außerhalb der American Federation of Labor zu schaffen. Das verschlimmerte natürlich das Verhältnis der Sozialistischen Partei zu der großen Gewerkschaftszentrale und verdammt uns alle noch mehr zur Machtlosigkeit. Je machtloser unsere Partei wurde, um so mehr zersplitterte sie sich auch innerlich. Denn es ist ein unentrinnbares Gesetz, daß die selben Differenzen, die zur Zersplitterung der Gewerkschaften und Parteien führen, auch sofort innerhalb der neuen Splitter nach der selben Richtung weiter wirken.

Jack sah diese klägliche Entwicklung mit schlecht verhüllter Enttäuschung an, statt sie aus ihrem Milieu zu begreifen und darüber hinaus in die Zukunft zu blicken. Er war selbst zu sehr ein Mann der Tat, um gefühlsmäßig den langsamen und unromantischen Weg des reformistischen Aufbaus zu gehen, den die amerikanische Entwicklung zwangsläufig vorschreibt. Und als die Radikalen aus der Partei wegliefen, die Reformisten aber sich mehr und mehr in kleinliche Ämterjägerie verloren, zog sich Jack angewidert und zornig von den Dingen zurück, die er nicht verstehen konnte und wollte. Schließlich spaltete der Weltkrieg unsere Partei in Neutrale, Prodeutsche und Proalliierte. Die "Kommunisten" bemächtigten sich der fortlaufenden Radikalen. Die amerikanische Sozialistische Partei schien gänzlich im Sand zu verrinnen. Da war Jack am Ende seines geschichtlichen Lateins angelangt. Er vergaß die ganze sozialistische Geschichtsauffassung, vergaß die so oft geübte sozialistische Psychologie des Verstehens, und er brach unter dem Übergewicht seiner persönlichen Leiden zusammen.

Aber die Werke, die er in seiner heroischen Periode geschrieben hat, werden stets Leser bewegen, die gegen das öde Alltagsleben, gegen die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus, gegen reaktionäre Denkgewohnheiten rebellieren. Namentlich in seinen Alaskaer Schilderungen sind wertvolle ethnologische und soziologische Winke zu finden. In seinen Tiergeschichten spiegeln sich die Resultate ernster biologischer und psychologischer Studien. Stundenlang diskutierte er mit Luther Burbank und mir über Abstammungstheorien, Fortpflanzungsrätsel, wie sie Lamarck, Darwin, Haeckel, Weismann, Standfuß, De Vries und Mendel vertreten. Wir besuchten oft Burbanks Experimentalfarm in der Nähe von Santa Rosa, um die neuesten Wunder dieses Pflanzenhexenmeisters zu studieren. Aus solchen Studien entstand ein Buch wie Vor Adam, das das Leiden eines Halbmenschen unter Menschenaffen schildert. Ebenso direkt und ernst nahm Jack seine sozialistisch-soziologischen Studien. Was er in seinem Buch Die Menschen des Abgrunds über die Londoner Slums geschrieben hat, bleibt ein klassisches Zeugnis für seine revolutionäre Gesinnung. Ebenso ernst nahm er seinen Helden im Iron Heel; der deutsche Übersetzer hat Die Eiserne Ferse daraus gemacht. Man hat

sich viel den Kopf zerbrochen, wer wohl für diesen Helden Modell gestanden hat. Weil er Ernst heißt, hat man gemeint, ich wäre es. Das stimmt nicht ganz. Der Held des Iron Heel verkörpert eine Trinität, nämlich Jack London, Eugene Debs und mich. Allerdings habe ich in der kleinen Hütte in dem Verborgenen Canyon des Sonoma Mountain gelebt, in der der Held schließlich eine letzte Zuflucht sucht. In dieser Hütte haben wir auch Deserteure von russischen Kriegsschiffen verborgen, die im Hafen von San Francisco vergeblich auf die Festnahme dieser Rebellen warteten.

Jack hatte immer einen weichen Platz im Herzen für die ruhelosen Gesellen, die er als Landstreicher gekannt hatte. Kam so ein zerlumpter Tramp zur Hintertür seines Hauses, so sagte Jack zu seinem japanischen Diener Nakata: »Er soll herein kommen. Wir sind gerade beim Essen.« Und der Tramp nahm sofort am Tisch Platz, ganz gleich, wer zu Besuch da war.

Eines schönen Tages saßen wir bei Jack zu Tisch mit dem damaligen amerikanischen Gesandten in Peking. Ein Millionär aus Napa, einer kleinen Stadt nahe bei Jack Londons Dorf Glen Ellen, war ebenfalls da. Außerdem waren noch der Dichter George Sterling und verschiedene Stars eines Oakland Theaters anwesend. Mitten in diese glänzende Gesellschaft platzt ein alter Landstreicher hinein. Er muß sich sofort, so wie er ist, neben den Millionär setzen. Jack ermutigt ihn zwischen großen Happen vom Darwinismus zu reden. Das tut er auch mit großer Sachkenntnis, zum Erstaunen der Stützen der Gesellschaft. Jack und ich fallen ab und zu mit einem Wort dazwischen, um die Debatte in eine bestimmte Richtung zu steuern. Die Diskussion wird lebhaft. Auf einmal springt der Tramp auf, schleppt eine schmierige und staubige Ledertasche an den Tisch, und packt Bücher aus: Darwins Abstammung der Arten, Haeckels Welträtsel, Spencers Gesammelte Werke, De Vries, Mendel, Weismann, Hudson, Wallace, das alles schleppt dieser Tramp mit sich quer durch das Land. Und er hat mit Verstand gelesen. Die Stützen der Gesellschaft, die kaum Darwin kennen, sind paff. Jack lacht sich eins, steckt dem Tramp heimlich 10 Dollars in die Tasche und wünscht ihm glückliche Reise. So etwas liebte er. Die Reichen sollten lernen, wie das arme Volk lebt, und wieviel reges Denken und Wissen dort unten herrschen.

Einmal sagte er zu mir: »Wir sind eingeladen bei Frau und Herrn Soundso zu speisen. Es wird eine große glänzende Gesellschaft dort erscheinen. Wir wollen mal von unserm heiligen Recht der Demokratie Gebrauch machen. Wir ziehen unsere alten Cowboykleider an, nehmen unsere dreckigen alten Schlapphüte und lassen uns als Freaks anstauen.« Gesagt, getan. Großes Aufsehen, aber trotzdem willkommen, und mit den feinsten Dämchen getanzt, die sich köstlich dabei amüsieren.

Ein andermal sagt Jacks Gattin, Charmian: »Du, Ernst, heute abend sind wir bei unserm Millionärfreund in Napa zum Abendessen eingeladen. Jack und du müssen schwarzen Anzug und weiches weißes Seidenhemd tragen. Nicht vergessen.« Leider war nur ein weiches weißes Seidenhemd in meinem Besitz, und das hatte der chinesische Laundryman in Glen Ellen in der Wäsche. Ich eilte zu Roß ins Dorf, aber der himmlische Sohn war irgendwo unterwegs mit Wäsche und nicht aufzutreiben. Zurück zu Jacks Ranch. Jack hatte auch nur ein Seidenhemd und konnte mir nicht helfen. »Ach, zieh an, was du willst«, sagte er leichthin. Schön. Ich erscheine mit steifem Stehkragen zu Tisch. Kaum haben sich die Gäste gesetzt, ich neben der

Gattin des Millionärs, da wirft mir Charmian über den Tisch entgegen: »Ernst, habe ich dir nicht gesagt, du sollt ein Seidenhemd tragen?« Jetzt hieß es frech sein. »Freilich«, lächle ich zurück, »aber mein Seidenhemd ist leider in der Wäsche.« Großes Gaudium der Gesellschaft.

Es ist eine alte und nicht immer harmlose Gewohnheit der Cowboys, Trappers und sonstigen Wald- und Wüstenmenschen einander gutmütige, aber derbe Streiche zu spielen. Das hatte Jack los. Eines Tages fährt er mit Charmian und mir aus. Die beiden Pferde sind jung und noch schlecht dressiert, auch ein bißchen wild und scheu. Der Sitz der kleinen 2rädri gen Karre bietet kaum Platz für uns Drei. Wir quetschen uns dicht zusammen, Charmian in der Mitte. Beim Ranchtor dreht Jack zu dicht um. Ein Rad kratzt scharf gegen einen Pfosten und droht die Karre umzuwerfen. Die Pferde werden scheu und rasen hinaus. Links ist ein Bretterzaun, rechts ein 100 Fuß tiefer Abgrund ohne Zaun, in dessen Grund ein Bach fließt. Die Pferde stürmen auf den Abgrund los. Jack sucht sie zu zügeln. Die Pferde reißen ihm die Zügel aus der Hand. Er lehnt sich weit hinaus, um die Zügel aufzulesen. Die Karre stolpert über einen Stein. Jack fällt über Bord und entgeht mit knapper Not den fliegenden Hufen der Pferde. Ein Rad saust über seinen Fuß. Charmian und ich ergattern nach einiger Anstrengung die Zügel, beruhigen die Pferde und bringen sie dicht am Rand des Abgrunds zum Stehen. Jack kommt nachgehinkt und schimpft weidlich. »Ihr beide habt mich absichtlich rausgeschmissen«, sagt er, schon mit einem Lächeln. »Aber ich werde dir's heimzahlen, Ernst, bei der nächsten Gelegenheit.« Ich lache mit. »Schön«, sage ich, »danke für die Anzeige.« Wir fahren vergnügt weiter.

Einige Tage später reiten wir aus. Mein Pferd hat den schönen Namen Leader. Es ist jung, kitzlig und lebhaft. Jack hat es erst vor 3 Tagen gekauft. Er weiß, daß ich als Cowboy allerlei wilde Pferde mit tückischen Gewohnheiten geritten habe. Jetzt hat er seine Rache fein ausgesonnen. Leader hat die mir leider unbekannt e Gewohnheit sich mitten im Galopp wie der Blitz auf den Hinterbeinen wie ein Kreisel zu drehen, namentlich wenn irgendwo an der Landstraße ein Tor erscheint, hinter dem eine saftige Weide auftaucht. Jack will sehen, was mir passiert, wenn Leader sich plötzlich auf der Stelle dreht. Charmian ist mit bei der Verschwörung und sagt nichts. Außerdem hat Jack ohne Charmians Wissen den Stalljungen instruiert meinen Sattelgurt gerade so weit durchzuschneiden, daß er platzt, wenn ich mich seitwärts fest gegen den Steigbügel stemme. Ich schwinde mich sorglos mit Cowboygrazie in den Sattel. Jack fängt sofort an über meine Cowboyjahre zu reden und sich zu wundern, ob ich noch immer reiten kann. Er schlägt einen flotten Galopp an, den mein Leader sofort aufnimmt, der, seinem Namen Ehre machend, den anderen vorausjagt. Ich sehe natürlich nicht, daß sich Jack und Charmian vielsagende Blicke zuwerfen. Aber irgendein Argwohn steigt unvermutet in mir auf. Ohne nach Jack zurückzublicken, habe ich das Gefühl, daß er sich über mich lustig machen will. Plötzlich fällt mir ein, daß er mir vor 3 Tagen Vergeltung für seinen Fall aus der Karre angedroht hat. Ich bin sofort auf der Hut. Leader rast weiter mit mir, so daß die Beiden kaum nachkommen können. Da kommt ein Tor in Sicht. Dahinter breitet sich ein schönes grünes Alfalfafeld aus. Wie ein Zirkuspferd dreht sich Leader mitten aus dem wilden Galopp nach dem Tor zu. Ich stemme ein Bein gewaltig seitwärts, um im Sattel zu bleiben. Der

Satteltgurt platzt, der Riesenschwung des Pferdes schleudert den Sattel unter mir fort, quer über die Landstraße in den Graben. Die glatte gespannte Pferdehaut bietet meinen Knien keinen Anhalt zum Wiedergewinnen meines Gleichgewichts. Ich kann mich nur durch schnelles Abspringen vor einem schweren Fall retten. Ich springe dem Pferd vor die Brust und bringe es zum Stehen. Jack lacht und stellt sich ganz verwundert. Charmian ist besorgt und aufgeregt über das Platzen des Gurts, wobei ihr eben ein Licht aufgeht. Ich flicke den Gurt, so gut es geht, und wir reiten weiter. Nach einer Weile sagt Jack: »Du alter Cowboy, du hast mir meinen Streich doch verdorben.« Ich spiele den stolzen Reiter, den nichts aus der Fassung bringt.

Noch bis in den Krieg hinein blieben wir gute Freunde. Als er sich auf die Seite der Alliierten stellte, und ich beim Milwaukee Leader die Kriegsdemeschen handhabte und in Leitartikeln für die Neutralität der amerikanischen Regierung eintrat, wechselten wir zum letztenmal Briefe zum Austausch unserer Meinungen. Ich schrieb ihm: »Wenn dieser Krieg vorüber ist, müssen wir wieder zusammen in der selben Front gegen den Kapitalismus kämpfen. Unsere Meinungsverschiedenheit über die Haltung der amerikanischen Regierung in diesem Krieg darf uns nicht trennen. Wir sind zu eng mit einander verwachsen.« Aber Jack hat diesen Brief nicht mehr erhalten. Ich hatte ihn kaum auf die Post gegeben, als sein Tod gemeldet wurde.

RAPHAEL SELIGMANN · ZUR PROBLEMATIK DES SOZIALISMUS



LDEOLOGISCH wurzelte der Frühkapitalismus in den philosophischen Anschauungen des 18. Jahrhunderts; präziser gesprochen: in denen der französischen Enzyklopädisten aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, wie sie uns in den Konzeptionen eines Holbach, eines Diderot, eines Grimm, eines d'Alembert und anderer entgegentreten. Deren Philosophie ist bekannt: In den unendlichen Räumen des Kosmos wirbeln zahllose Massen von materiellen Atomen, geregelt einzig und allein durch die in ihnen sich auswirkenden Kräfte der Anziehung und Abstoßung; diese Massen ballen sich zusammen und prallen auseinander, nach Maßgabe jener Attraktions- und Repulsionskräfte; aus diesem scheinbar zügellosen Spiel gestalten sich jedoch von selber wohlgeordnete Welten, kraft eines den Atommassen von Natur aus innewohnenden Strebens zur Harmonie; die relative Vollkommenheit der kosmischen Welten findet darin ihre Erklärung, daß diese von Anfang an dem freien Spiel der Kräfte überlassen blieben, ohne daß irgendeine Macht von außen her mutwillig in sie jemals eingegriffen hätte. Und gleich darauf die Moral: Auch die menschlichen Gesellschaften sind nichts anderes als Tummelplätze für Atomindividuen; auch diese würden sich zu wohlgeordneten und relativ vollkommenen Ganzen ganz von selber gestalten, wenn sie dem Spiel ihrer eigenen Kräfte ungestört überlassen blieben, und Regierungen und Religionen oder irgendwelche anderen autoritären Instanzen nicht die Marotte hätten sie von außen her meistern zu wollen. Der Nachhall dieser Philosophie wollte während der ganzen 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht verklingen. Diese strotzte von einem vertrauensseligen Optimismus, mitten in einem Massenelend und allerhand wirtschaftlichen Verwicklungen, vom Optimismus der bekannten Chirurgenanekdote: Operation gelungen, Patient gestorben.

Die Operation verlief in der Tat ausgezeichnet: Die Produktion vermehrte sich in einem rasend raschen Tempo, die verfügbaren Absatzgebiete wurden von allerhand Waren überschwemmt, immer neue Absatzgebiete wurden fortwährend ausfindig gemacht, und Reichtümer türmten sich zu Bergen auf. Aber die Patienten starben: die arbeitenden Massen verarmten und verkümmerten mehr und mehr, die Konkurrenz unter dem Mittelstand und unter den Reihen der Kapitalisten selber wütete immer rücksichtsloser, die Unsicherheit des täglichen Unterhalts wurde immer größer, und es mehrten sich drohend die Reihen eines beschäftigungslosen intelligenten Proletariats.

Hier setzte der Frühsozialismus mit seiner Kritik an den nationalökonomischen Konzeptionen des frühkapitalistischen Liberalismus an. Es war für diesen Sozialismus nicht schwer die Schwächen der liberalen Doktrin bloßzulegen, die Schwächen einer Doktrin, die gesellschaftliche Verhältnisse auf eine mechanistische Gesetzlichkeit schlankweg aufbauen wollte. Es war ihm verhältnismäßig leicht die harmlose Oberflächlichkeit des liberalen Optimismus ad oculos darzutun und an der Hand eines überzeugenden Tatsachenmaterials zu zeigen, daß eine mechanistische Gesetzlichkeit von blind wirkenden attraktiven und repulsiven Kräften, auf die so ganz anders gearteten gesellschaftlichen Zustände übertragen, nicht nur nicht zu der gewünschten Harmonie der Interessen führen konnte sondern ganz im Gegenteil verhängnisvolle Komplikationen nach sich ziehen mußte. Logisch war zu erwarten, daß dieser Frühsozialismus der liberalen Doktrin des Frühkapitalismus eine auf grundverschiedenen Voraussetzungen beruhende Doktrin entgegensetzen würde. Die tiefere Einsicht in die eigenartige Struktur der sozialen Verhältnisse mußte, so sollte man denken, diesem Frühsozialismus auch eine tiefere theoretische Fundierung seiner Anschauungen über die Natur der Gesellschaft suggerieren. Ging der frühkapitalistische Liberalismus bei seiner theoretischen Konstruktion der Gesellschaft von einer blindwirkenden mechanistischen Gesetzlichkeit aus, und hielt auch der spätere Liberalismus an dieser Anschauung noch zu einer Zeit fest, da diese ganz naive Mechanistik sogar von einer fortgeschrittenen Physik bereits überholt wurde, und auf biologischem Gebiet vollends schon ganz revolutionierende Auffassungen sich geltend zu machen begannen, so hätte sich füglich eine so durch und durch gesellschaftlich orientierte Lehre wie der Sozialismus eine der mechanistischen Theorie stracks entgegengesetzte Auffassung von der Natur der Gesellschaft zur Richtschnur nehmen müssen. Sah der kapitalistische Liberalismus in der menschlichen Gesellschaft noch immer einen leeren Tummelplatz für Schwärme von Atomindividuen, so mußte der Sozialismus, sollte man meinen, so etwas wie ein gestaltendes Prinzip, eine Dominante, eine sich auswirkende Idee oder ähnliches erblicken. Dies war aber durchaus nicht der Fall. Philosophisch steckte der Frühsozialismus noch ganz in dem längst überwundenen Materialismus eines Holbach, eines La Mettrie, eines Hobbes, eines Gassendi. Und diese seine materialistische Philosophie färbte deutlich auf seine Konzeption von der Gesellschaft ab: Ähnlich wie dem kapitalistischen Liberalismus war ihm die menschliche Gesellschaft ein Tummelplatz, wenn nicht für Individuen, so doch für besonders geartete Gruppierungen von solchen.

So kam es, daß der Sozialismus die Eierschalen einer kapitalistisch-liberalistischen Denkweise noch lange mit sich herumschleppte, selbst bis zu einem Zeitpunkt, da der soziale Gehalt seiner Kritik an der kapitalistischen Gesell-

schaftsordnung schon ganz unzweideutig in die Richtung einer organisch-vitalistischen Auffassung von der Gesellschaft drängte. Dieser soziale Gehalt erwies sich in einem argen Widerspruch zu den Hauptpunkten der frühsozialistischen Doktrin, die, so gern sie auch einen diametralen Gegensatz zur kapitalistisch-liberalistischen Denkweise darstellen wollte, doch den Stempel dieser Denkweise unverkennbar an der Stirn trug. Die Beeinflussung des Frühsozialismus durch das kapitalistisch-liberalistische Denken reichte eben viel tiefer und bedeutete mehr als bloß die Übernahme einer atomistischen Hypothese; sie reichte bis in die inhaltlichen Bestimmungen und die prägnantesten Ausgestaltungen der frühsozialistischen Doktrin hinein. Die Hauptpunkte dieser Doktrin, von denen oben die Rede war, wurzelten ganz im kapitalistisch-liberalistischen Denken und bestanden in folgendem:

1. Primat des Wirtschaftlichen: Dem kapitalistisch-liberalistischen Denken leuchtete es ohne weiteres ein, daß all jene primären Bedürfnisse, deren Befriedigung Zweck und Aufgabe alles menschlichen Wirtschaftens bildet, für alle etwaigen "ideologischen" Bestrebungen und Tendenzen, wie sie in Kunst, Wissenschaft, Religion usw. Ausdruck finden, maß- und richtunggebend seien. Es fiel diesem Denken nicht im geringsten ein, daß auch umgekehrt rein ideologische Aspirationen, beispielsweise gewisse religiöse Welt- und Lebensauffassungen, Ausmaß und Intensität primärer Lebensbedürfnisse bestimmen, ja über Sein und Nichtsein dieser Bedürfnisse geradezu entscheiden können. Ein Blick auf die Geschichte von Religionen und religiösen Sekten könnte den Liberalismus davon überzeugen, welche Gewalt gewisse religiöse Konzeptionen auf einen so primären und machtvollen Instinkt, wie der geschlecht-völkern könnte ihn darüber belehren, in welcher Abhängigkeit sich rein "wirtschaftliche" Bedürfnisse vom Glauben an Geister und Dämonen, guten und bösen Zeichen usw. mitunter befinden können. Ein Beispiel aus tausend: Gewisse nordasiatische Stämme weigern sich hartnäckig den Boden zu bebauen, aus Furcht den Geist der Mutter Erde zu verletzen. Allein der kapitalistische Liberalismus ging über den schmalen Horizont der paar Jahrhunderte intensiver wirtschaftlicher Entwicklung in den paar europäischen Ländern nicht hinaus. Diesen einseitigen Standpunkt machte sich auch der Frühsozialismus ganz zu eigen, und auch der spätere Sozialismus in seinen reiferen Formen fuhr unbekümmert fort an ihm festzuhalten.
2. Wirtschaftliches Interesse als einziges Kriterium für das Gemeinwohl: Dem kapitalistisch-liberalistischen Denken war es ohne weiteres klar, daß das wirtschaftliche Interesse jeder Einzelperson schon für sich ausreiche das Wohl der Gesamtheit zu verbürgen. Indem, sagte der Liberalismus, jeder einzelne seinem wirtschaftlichen Interesse nachgeht und dieses eifrig wahr, fördert er eo ipso schon das Wohl der Allgemeinheit. Besondere ethische Gesinnung sei unnötig. Auch dieser Standpunkt wurde vom Frühsozialismus übernommen, wenn auch in einer gewissen Variierung und unter einem gewissen Vorbehalt, nämlich dem, daß das wirtschaftliche Interesse hier von der Einzelperson auf eine Klasse übertragen wurde. Indem, sagte der Frühsozialismus, die Arbeiterklasse für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen sorgt, Sorge sie auch eo ipso für die Interessen der ganzen Gesellschaft, da das Interesse der Arbeiterklasse mit dem der ganzen Gesellschaft solidarisch sei. Besondere moralische Gesinnung sei für sie überflüssig.
3. Außerlicher Wertmaßstab für Arbeit und menschliche Leistung überhaupt:

Dem kapitalistischen Liberalismus war die Arbeit eine Ware so gut wie jede andere auch. Der Preis der Ware wird nach ihm letztlich von Angebot und Nachfrage bestimmt. Die lebensnotwendigste Ware sinkt auf ein Minimum ihres Werts hinab, sobald die Nachfrage nach ihr minimal wird, und umgekehrt. Und gleichermaßen ergeht es auch der Arbeit. Vor dem Angesicht des Angebots und der Nachfrage sind alle Arbeiten und Leistungen gleich. Irgendwelche innere Wertigkeit, etwa in Form irgendwelcher innerer Differenzierung und Gestaltung, komme der Arbeit nicht zu. Diese formalistische Behandlung menschlicher Leistung wurde gleichfalls vom Frühsozialismus geteilt, wenn auch wiederum in einer gewissen Variierung. Der Wert menschlicher Leistung wird von ihm an einer gleichmäßig verlaufenden innerlich homogenen Zeit bemessen. Irgendwelche innere Wertigkeit, etwa in Form innerer Differenzierung und Gestaltung, komme der Arbeit nicht zu.

4. Kosmopolitismus; Der frühkapitalistische Liberalismus legte eine auffallende Unempfänglichkeit für volks- und rassenmäßige Eigenarten an den Tag. Der Mensch war ihm hauptsächlich Produzent und Konsument von Waren, und da sein Interesse vornehmlich auf massenhaften Absatz und massenhafte Produktion gerichtet war, so interessierten ihn auch die menschlichen Produzenten und Konsumenten mehr als Masse denn als innerlich in sich gegliederte volks- und rassenmäßige Individualitäten. Dieser kosmopolitische Standpunkt wurde vom Frühsozialismus fast vorbehaltlos übernommen. Indessen blieb der Kapitalismus nicht auf einem Punkt stehen. Er lernte viel aus der Erfahrung. Sein jugendlicher Glaube an eine naturgemäße Harmonie der Interessen, die im Endergebnis eines Kampfes aller gegen alle sich von selber einstellen müsse, begann unter dem Druck der Tatsachen nach und nach reiferen Überlegungen zu weichen. Er begann auch mit der Zeit einzusehen, daß man von glücklichen Operationen nicht gut reden könne, wenn die Patienten regelmäßig starben. Durch Zusammenschluß in Konzernen suchte er die Konkurrenz in seinen eigenen Reihen auszuschalten und den Markt vollkommener zu beherrschen, durch Gewährung von besseren Arbeitsbedingungen und Hebung des allgemeinen Lebensniveaus der Arbeiter machte er Konzessionen an die Arbeiterklasse, wenn auch nicht ganz aus eigenem Antrieb sondern des öfters unter dem Ansturm der arbeitenden Massen selber. Kurz, er sozialisierte sich immer mehr, und indem er es in erster Linie für sich selber tat, trug er unwillkürlich ein gut Stück zur Sozialisierung der Arbeitnehmerschaft bei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er bei alledem von der sozialistischen Agitation tüchtig gelernt hat. Indem diese Agitation ihm immer wieder einschärfte, daß er bei all seiner innern Zersplitterung eine in sich geschlossene Klasse bilde und in all seinem Tun und Lassen immer wieder nur seine eigenen Klasseninteressen im Auge habe, erstarkte bei ihm in der Tat das Bewußtsein seiner Klassenhaftigkeit, das in den früheren Stadien seiner Entwicklung nicht kräftig genug ausgebildet sein konnte. Selbstverständlich war der Kapitalismus bereits von Anfang an eine Klasse. Ob es ihm aber so deutlich zum Bewußtsein kam? Das ist sehr fraglich, angesichts des Umstands, daß er von Hause aus so ganz und gar individualistisch-atomistisch eingestellt war. Die sozialistische Propaganda nun mag ihn zur Besinnung auf sein eigenes Selbst gebracht haben. Wie dem auch sei, es zeigte sich im Verlauf der Erfahrung, daß die immer tiefer durchgreifende Organisierung des Kapitals unwillkürlich auch der Arbeiterklasse zu einer straffern Organisierung ihrer eigenen Reihen verhalf.

Von beiden Enden in gleicher Richtung grabend werden sich Kapital und Arbeit irgendwo und irgendwann begegnen: das Kapital unwillkürlich und von den Notwendigkeiten des Daseins getrieben, die Arbeit in bewußt-überlegter Weise und die Idee eines sich selbst verwaltenden Kollektivs längst im Kopf herumtragend. Der Sozialismus, der bewußt auf Vergesellschaftung der Wirtschaft seit langem hinarbeitet und die meisten Vorkehrungen in dieser Richtung getroffen hat, hat auch die meisten Chancen den Verwaltungsapparat des Wirtschaftskollektivs in die Hände zu bekommen. Bei seiner Übernahme wird er die kapitalistisch-liberalistischen Reminiszenzen endgültig ablegen und zu den 4 oben aufgezählten Punkten (wie übrigens zu manchen anderen) kritische Stellung nehmen müssen. Etwa so:

1. Bei Übernahme des Wirtschaftsapparats und der Versorgung des gesellschaftlichen Bedarfs wird der Sozialismus selbstverständlich nicht daran denken irgendwem vorschreiben zu wollen, was dieser zu verbrauchen, und welche Bedürfnisse er geltend zu machen habe. Aber er wird nicht umhin können sich im stillen zu fragen, bis zu welchem Maß die Produktion dieser oder jener Bedarfsartikel gehen soll, und ob überhaupt die Produktion dieser oder jener Bedarfsartikel in der Tat eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Besondere Bedenken wird ihm die Versorgung mit Bedarfsartikeln geistiger Natur bereiten, da hier die Aufnahmefähigkeit des Publikums weniger bestimmt und enger begrenzt ist als bei solchen materieller Natur. Er wird beispielsweise erwägen, ob die so vielverzweigte Unterhaltungsliteratur und die Belustigungsindustrie Notwendigkeiten seien, und dergleichen mehr. Derartige Fragen werden sich ihm unwillkürlich und von selber aufdrängen, da es doch für ihn von größter Wichtigkeit sein wird zu wissen, woran er ist. Und da würde sich zeigen, daß Wirtschaftlichkeit an sich noch lange kein Primat ist, daß sie von Erwägungen ganz allgemeiner Natur stark abhängen kann, daß Lebens- und Weltanschauungen hier eventuell eine ausschlaggebende Rolle spielen können; zum Beispiel erfordere eine asketische Lebenseinstellung eine ganz andere Wirtschaft als etwa eine eudämonistische.
2. Der Sozialismus wird sich ganz entschieden in einer bestimmten Gesellschaftsschicht als provisorischem Träger verkörpern müssen. Es bleibe dahingestellt, aus welchen Elementen sich diese zusammensetzen werde. Aber eine bestimmte Gruppe wird es immerhin sein. Der Sozialismus wird nun darauf äußerst bedacht sein müssen, daß diese Gruppe aus ihrer vorgeschobenen Stellung kein Kapital für sich schlage und ihr wirtschaftliches Interesse nicht zu einem Privileg ausbaue. Keiner Gruppe Interessen sind mit denen anderer ohne weiteres solidarisch. Nicht nur die Interessen des Kapitals allein sind es, die mit denen der Arbeit kollidieren, wie der Frühsozialismus behauptete, sondern es kollidieren auch die Interessen der verschiedenen Arbeitsarten mit einander. Die Arbeit des Bauern, Intellektuellen, Beamten usw. kann genau so von der Arbeit des Industriearbeiters übervorteilt und unterbezahlt werden wie umgekehrt. Der Sozialismus wird nun darum besorgt sein müssen einen wirklichen und gerechten Ausgleich unter den verschiedenen Arbeitsarten zu schaffen. Es würde sich dabei zeigen, daß ethische Gesinnung in Sachen des Gemeinwohls nicht überflüssig ist, und daß das Interesse allein, und sei es auch der Arbeiterklasse, nicht ausreicht dieses zu verbürgen. Diese Erwägung führt uns direkt zum nächsten Punkt.
3. Der Sozialismus wird erkennen müssen, daß menschliche Leistung nicht quantitativ gemessen werden kann. Jede Arbeitsart besitzt ein gewisses

Quale, das sich auf eine andere Arbeitsart nicht restlos zurückführen läßt. Wie sollen denn die in sich so differenzierten und sporadisch verlaufenden Leistungen des Bauern mit der relativ kontinuierlichen, gleichmäßig verlaufenden Arbeit des Industriearbeiters auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden? Und vollends die Leistungen des Künstlers, des Denkers, des Wissenschafters, in denen die Pausen oft genau so wichtig sind wie die Arbeit selber? Der Sozialismus muß einsehen, daß jede Arbeitsart ihren eigenen und eigenartigen Rhythmus hat, und sie danach einschätzen.

4. Der Sozialismus hat bereits teilweise erkannt, wird aber in der Folge noch mehr erkennen müssen, wie tief volks- und rassenmäßige Eigenart zu greifen, welche hervorragende Rolle diese schon in Fragen der Produktion und Konsumtion zu spielen vermag. Es ist nicht nötig sich darüber zu verbreiten, wie weit diese Eigenart fähig ist sich geistig und moralisch auszuwirken. Mit diesem Faktor, den der Frühsozialismus ignorieren zu können glaubte, wird der kommende Sozialismus besonders stark rechnen müssen.

Es lag nicht im Plan dieses Artikels von all den Fragen zu handeln, die sich vor einem praktisch sich betätigenden Sozialismus auftun können. Die Praxis wird wohl noch manche anderen und schwierigeren Probleme als die hier berührten vor ihm aufrollen. Es sollte bloß auf die starke Abhängigkeit hingewiesen werden, in der sich der frühere Sozialismus vom kapitalistisch-liberalistischen Denken befand, und in der sich der heutige zu einem guten Teil noch befindet. Man denke bloß an den Bolschewismus mit seinem primitiven Materialismus und seiner ganz und gar mechanistischen Auffassung von der Gesellschaft. Für den modernen Sozialismus gilt es in erster Linie die Reste der liberalistischen Hüllen von sich abzustreifen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Arbeitslosen-
versicherung

Die nach jahrelangem Kampf geschaffene Arbeitslosenversicherung war im großen gesehen das Krönungsstück der deutschen Sozialpolitik in der Nachkriegszeit. Mit $\frac{9}{10}$ aller Reichstagsstimmen war das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung im Juli 1927 angenommen worden. Erst langsam, dann immer schärfer und systematischer begannen die Angriffe gegen sie. Anlaß waren die gewaltig erhöhten Unterstützungszahlen und damit die gesteigerten Ausgaben im letzten Winter, deren Ursachen im wesentlichen in der abnormen Witterungslage sibirischen Charakters lagen (siehe auch die Rundschau Wirtschaft, 1929 I Seite 422 und folgende). Die Freien Gewerkschaften, die Reichstagsfraktion und auch der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei erklärten in voller Einmütigkeit, daß sie unter allen Umständen an den Errungenschaften der deutschen Arbeitslosenversicherung gegen die Aus-

wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems festhalten würden. Die Gewerkschaften legten auch dar, wie sie sich im Hinblick auf das gesteigerte Arbeitslosenheer in Zukunft die Selbstfinanzierung der Arbeitslosenversicherung denken. In der Gewerkschaftszeitung vom 6. Mai 1929 wurde der Weg aufgezeigt, der darin besteht, daß die gegenwärtigen Darlehen der Reichsanstalt (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 42, 320 und folgende) beim Reich niedergeschlagen, und die Mittel dafür durch erhöhte Substanzsteuern geschaffen werden, daß ferner vorübergehend die Arbeitnehmer das Opfer der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 % auf sich nehmen, um damit die Eigenkraft der Arbeitslosenversicherung zu sichern. Deutlich haben aber auch die genannten 3 Vertretungen der Arbeiterklasse ausgesprochen, daß die Arbeitnehmer gewillt sind die Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung, die tatsächlich aufgetreten sind und Arbeitnehmer wie Arbeitgeber betreffen, mit abstellen zu helfen. Innerhalb der

Reichsregierung besteht in diesen Fragen keine Einigkeit. Der Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell hat, getreu seiner sozialpolitischen Tradition, im Kabinett auch die notwendige Erhöhung der Beiträge verfochten. Der Reichswirtschaftsminister Julius Curtius trat aus allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen dem entgegen. Da bei ernsthaften Sozialpolitikern keine Zweifel darüber bestehen können, daß die Arbeitslosenversicherung in ihren jetzigen Grundlagen aufrechterhalten werden muß, bemühen sich die Fraktionen des Reichstags, die Parteien und die Reichsregierung um eine Einigung. Die Regierung stellte in Erkenntnis der Dringlichkeit der Sachlage ein sogenanntes Sofortprogramm in Aussicht. Des weitern soll sich eine Sachverständigenkommission um die Lösung der von den verschiedenen Parteien verschiedenen beurteilten Probleme bemühen. In ihr wirken neben den zuständigen Reichsressorts die Sozialpolitiker der Reichstagsfraktionen, die prominenten Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane der Arbeitslosenversicherung, kommunale Sozialpolitiker und schließlich Wissenschaftler zusammen, um einen finanziell und sozialpolitisch tragfähigen Boden zu finden. Alle Beteiligten dürften sich darüber klar sein, daß die Finanzreform der Arbeitslosenversicherung positiv nur durch Beitragserhöhung (vielleicht nur um $\frac{1}{2}\%$), negativ nur durch radikalen Abbau der Leistungen vollzogen werden kann, denn die Abstellung von Mißständen, an der Arbeitnehmer in gleicher Weise wie Arbeitgeber interessiert sind, kann in keiner Weise die Bilanzierung des États der Arbeitslosenversicherung herbeiführen. Die finanzielle Sanierung und die Abstellung von Mißständen müssen also getrennt von einander behandelt werden. Die notwendige Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung verliert ihre aktuelle Bedeutung für die Sanierung der Reichsanstaltsfinanzen, wenn sie nicht noch in diesem Sommer in Wirksamkeit tritt. Da dies bis jetzt nicht geschehen ist, kommt die Reichsanstalt zu Beginn des Winters in eine kritische Situation. Weil nämlich die Beitragserhöhung und gleichzeitig mit ihr die Regelung des Arbeitslosenschutzes für die Saisonarbeitslosen nicht in der Sommertagung des Reichstags verabschiedet worden ist, fehlen der Reichsanstalt im Winter die Reserven, mit deren Hilfe sie die winterlichen Arbeitslosen unterstützen kann. Dann muß im Herbst das Reich, dem Gesetz entsprechend, mit bedeutenden Mitteln einspringen.

Am 14. Juni ging der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstags, der sich mit dem von der Reichsregierung aufzustellenden Sofortprogramm befaßte, auseinander, da die Deutsche Volkspartei jede Beitragserhöhung grundsätzlich ablehnte; die Deutsche Demokratische Partei hatte sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Nach diesen ergebnislosen Verhandlungen beschloß die Regierung am 17. Juni von einem Sofortprogramm abzusehen und der vorerwähnten Sachverständigenkommission die Prüfung der Fragen zu überlassen. Die Sachverständigenkommission, die am 2. Juli im Reichsarbeitsministerium zusammentrat, soll Ende Juli ihre Arbeiten beendet haben, so daß für eine eigens einzuberufende Spätsommertagung der abschließende Gesetzentwurf zur Arbeitslosenversicherung vorliegen soll. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags tritt zwecks sofortiger Beratung des Entwurfs bereits Mitte August zusammen. Dem Sachverständigenausschuß kommen die Ergebnisse einer großen statistischen Erhebung der Reichsanstalt zugute, die mit dem Stichtag vom 15. März 1929 über das Arbeitsschicksal von über 2 Millionen Arbeitslosen veranstaltet worden ist. Mit einer außerordentlichen Schnelligkeit, unter Anwendung modernster Methoden, ist diese Erhebung aufgearbeitet worden, so daß ihre ersten Ergebnisse bereits Mitte Juni in dem amtlichen Publikationsorgan der Reichsanstalt, dem Reichsarbeitsmarktanzeiger, veröffentlicht werden konnten und nun weiter laufend veröffentlicht werden. Eine Fülle von Erkenntnissen fließt aus dieser Erhebung, die über das Arbeitsschicksal der Arbeitslosen hinaus auch in die gesamten finanziellen Grundlagen der Arbeitslosenversicherung hineinleuchtet. Daß trotz der schwierigen Lage der deutschen Volkswirtschaft die Arbeitslosenversicherung in ihren Grundzügen im jetzigen Umfang ihrer Leistungen für die konjunkturell und strukturell Arbeitslosen und in einem ausgiebigen Schutz auch den Saisonarbeitslosen erhalten bleiben muß, das ist die unveränderliche Meinung der gesamten deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft. Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei werden die Arbeitslosenversicherung mit allen gewerkschaftlichen und politischen Mitteln schützen. Ihr Abbau würde eine Bresche in die Sozialpolitik der deutschen Nachkriegszeit schlagen, deren Folgen für das innenpolitische Gleichgewicht in Deutschland höchst bedenklich werden können.

In dieser Zeit des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung wirken einige Zahlen klärend: Die Arbeitslosenversicherung hat im Rechnungsjahr 1928-1929 868 Millionen Mark aus eigenen Mitteln aufgewandt und darüber hinaus durch die Anspannung des harten Winters 196 Millionen an Reichsdarlehen, also insgesamt 1064 Millionen Mark verbraucht. Darin sind einbegriffen die Arbeitslosenunterstützungen, der Anteil der Reichsanstalt an der Sonderfürsorge für berufsbliche Arbeitslosigkeit, die Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, wie überhaupt die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und die Verwaltungskosten usw. Da über das Defizit der Reichsanstalt, das heißt, über die Darlehensschuld an das Reich dauernd falsche, viel zu hohe Zahlen auftauchen, dürfte es zweckmäßig sein den Höchstbetrag der Schulden im Zeitpunkt von Ende Mai 1929 zu kennen: Zu den 196 Millionen Mark Ende März treten 63 Millionen im April und 16 Millionen im Mai, so daß die Gesamtschuld der Reichsanstalt an das Reich Anfang Juni sich auf 275 Millionen Mark belief. Im Juni bestritt die Reichsanstalt ihre Ausgaben wieder aus ihren eigenen Einnahmen. Die Aufwendungen für die Krisenunterstützung betragen im Jahr 1928 insgesamt 124 Millionen Mark, davon gehen $\frac{1}{5}$, das heißt rund 99 Millionen, zu Lasten des Reichs und $\frac{1}{5}$, rund 25 Millionen, zu Lasten der Gemeinden. Die Sonderfürsorge bei berufsblicher Arbeitslosigkeit, Januar bis März, kostete insgesamt 117,8 Millionen Mark; davon gehen 94,2 Millionen zu Lasten des Reichs und 23,6 zu Lasten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge wurden insgesamt im Rechnungsjahr 1928-1929 278,5 Millionen Mark aufgewandt, davon je 124,5 Millionen als sogenannte verstärkte Förderung vom Reich und von den Ländern und 29,5 Millionen als sogenannte Grundförderung von der Arbeitslosenversicherung.

Arbeitszeitabkommen Auf der 43. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, die am 11. März in persönlicher Anwesenheit der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens tagte, fanden wichtige Beratungen über das Washingtoner Achtstundentagabkommen statt. Der britische Arbeitsminister, der die Revision des Abkommens verlangt

hatte, betonte zwar, daß seine Regierung an dem Grundsatz des Übereinkommens nicht rüttele, aber im Interesse einer einheitlichen Durchführung des Übereinkommens eine genaue Umschreibung der Begriffe Arbeitsstunde, Arbeitszeit, Arbeitswoche, Betriebsführung, höhere Gewalt für notwendig halte. Außerdem wünschte die englische Regierung eine besondere Behandlung der Kleinbetriebe mit 5 und weniger Arbeitern sowie der Überstundenfrage. Im ganzen umfaßt der englische Revisionsantrag 15 Punkte. Der englische, der französische und der deutsche Arbeitervertreter wiesen den englischen Revisionsantrag zurück, wobei sie das schlagkräftige Argument vorbringen konnten, daß sich in denjenigen Ländern, die das Washingtoner Abkommen bereits ratifiziert hätten, keinerlei Schwierigkeiten der von der englischen Regierung vorausgesetzten Art ergeben hätten. Der deutsche Arbeitsminister vertrat den Standpunkt, daß bei der Londoner Ministerbesprechung bereits eine weitgehende Übereinstimmung über die praktische Sicherheit einer einheitlichen Auslegung erreicht worden sei; die deutsche Regierung meine, daß man zunächst einmal das Abkommen in der bisherigen Fassung ratifizieren und dann an der Weiterverbesserung arbeiten und den eventuell auftretenden Auslegungsschwierigkeiten entgegenzutreten solle. Der französische Arbeitsminister schlug zur Vermittlung vor das Protokoll der Londoner Konferenz der Arbeitsminister in das Washingtoner Abkommen aufzunehmen. Die italienische und die spanische Regierung lehnten den englischen Antrag ab, 2 Anträge die Entscheidung über den englischen Revisionsantrag auf die Maisitzung zu vertagen wurden ebenso wie der englische und andere Anträge auf Revision des Übereinkommens oder die Vorbereitung einer Revision abgelehnt.

Nachdem die Revisionsanträge vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts abgelehnt sind, bereitet der Reichsarbeitsminister einen Gesetzentwurf vor, durch den das Washingtoner Arbeitszeitabkommen nunmehr in Deutschland ratifiziert werden soll.

Die neue englische Regierung MacDonald beabsichtigt nach der Erklärung, die der englische Regierungsvertreter auf der 12. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni abgab, ebenfalls endlich die von Baldwin verweigerte Ratifizierung des Abkommens vorzubereiten. Der Revisionsantrag des englischen Exarbeitsministers Steel Maitland wird da-

durch in ein besonderes Licht gestellt. Übrigens wird durch die angekündigte deutsche und englische Ratifizierung auch die französische wirksam, die an sich ja bereits lange vollzogen ist.

Die Anzahl der Ratifikationen von 26 internationalen Arbeitsübereinkommen hat sich bis Februar 1929 auf 335 erhöht. Im Jahr 1928 erfolgten 85 Ratifikationen, gegen 33 im Jahr 1927. Das Zunahmetempo ist stark beschleunigt.

Zwangsarbeit Daß es bei dem heutigen Stand der Kultur den Begriff der Zwangsarbeit auch außerhalb des Strafrechts noch in der Praxis gibt, kann nicht dadurch entschuldigt werden, daß sie ja nur in den Kolonialländern bestehe. Das Internationale Arbeitsamt bemüht sich natürlich die koloniale Zwangsarbeit bei den Eingeborenen, die der Sklaverei sehr ähnlich sieht, zu beseitigen. Die Völkerbundsversammlung von 1926 hatte bereits das Internationale Arbeitsamt um Prüfung der Mittel zur Vermeidung der Zwangs- und Pflichtarbeit in den Kolonien ersucht. Die Verwaltungsratsitzung des Internationalen Arbeitsamts, die im Oktober 1927 in Berlin stattfand, beschloß die Behandlung dieses Fragenkomplexes auf der Arbeitskonferenz im Jahr 1929. Nunmehr werden vom Internationalen Arbeitsamt ein Bericht über die Zwangsarbeit und ein Entwurf zu einem Fragebogen vorgelegt; alles Material, das aufzutreiben war, ist zusammengestellt. Der Bericht selbst ist von einer Sachverständigenkommission für Eingeborenenfragen geprüft worden, der von deutscher Seite der ehemalige Generalgouverneur von Deutsch Ostafrika angehört. Auf Grund dieser Untersuchungen hat das Internationale Arbeitsamt gewisse Grundsätze aufgestellt. Dabei geht es selbstverständlich davon aus, daß die Institution der Zwangsarbeit in den Kolonien auf das rascheste zu verschwinden hat. Mit Rücksicht auf die kulturellen und klimatischen Zustände einzelner Gebiete ist für die Übergangszeit bis zur endgültigen Abschaffung vorgesehen in keinem Fall mehr die reine Sklavenarbeit, nämlich die Zwangsarbeit für private Unternehmungen, zuzulassen. Die Zwangsarbeit für öffentliche Zwecke, die allein im Interesse der Gesundheitsfürsorge der Bevölkerung und zur Abwendung drohender Gefahren, also etwa zur Durchführung von Entwässerungsarbeiten, zur Bekämpfung der Malaria, der Schlafkrankheit usw., anerkannt wird, soll nur für einen bestimm-

ten Prozentsatz der Männer und im allgemeinen nicht mehr als für 60 Tage geduldet werden. Selbstverständlich sollen Frauen, Kinder und Greise sowie mit Gebrechen behaftete Personen nicht zur Zwangsarbeit bestimmt werden. Ebenso wie bei der Forderung nach unverzüglicher Beseitigung der Zwangsarbeit bei privaten Unternehmungen kann es auch hier, nach einem gewissen Überleitungsstadium, nur ein Ziel geben; sowohl für öffentliche wie für private Unternehmungen in sämtlichen Kolonialländern nur den freien Arbeitsvertrag festzulegen.

Arbeitslosigkeit Die Lage des Arbeitsmarkts in Deutschland zeigte Mitte Juni eine gewaltige Entlastung. Im Höchststand dieses Winters, Ende Februar, wurden fast 2½ Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit unterstützt, am 15. Juni ging deren Anzahl um etwa 1¼ Millionen auf etwa 750 000 zurück. Mit den Krisenunterstützten und den erwerbslosen Empfängern kommunaler Wohlfahrtspflege sind Mitte Juni etwa 1,2 bis 1,3 Millionen arbeitsfähiger Menschen auf die Inanspruchnahme einer Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Der außerordentlichen Anspannung des Arbeitsmarkts und der Arbeitslosenversicherung durch den langen und harten Winter folgte eine ebenso gewaltige Entlastung im Frühjahr. Da jedoch durch die bevorstehende endgültige Regelung der Reparationszahlungen allgemein ein Auftrieb der Wirtschaft erwartet wird, wird man auch für den Arbeitsmarkt noch mit einem weitem Rückgang der Unterstützungszahlen rechnen dürfen, wenngleich die Ebene der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr höher liegen wird als im Jahr 1928 oder gar in dem Hochkonjunkturjahr 1927. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß trotz der erhöhten Arbeitslosigkeit die Anzahl der tatsächlich in der Wirtschaft produktiv Beschäftigten keineswegs kleiner ist als in den Vorjahren, nämlich wegen des vorläufig noch stetigen Zuwachses der Jugendlichen aus ungeminderten Geburtenjahrgängen in das erwerbsfähige Alter. Nach der amtlichen französischen Arbeitsmarktstatistik ist von dem Tatbestand der Arbeitslosigkeit in Frankreich nicht mehr zu sprechen. Zum Teil beginnt sich bereits ein Arbeitermangel bemerkbar zu machen. Bei Beurteilung dieser Lage des französischen Arbeitsmarkts ist zu bedenken, daß ein be-

stimmter Anteil der produktiven Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt durch den Militärdienst entzogen ist. Dazu kommt, daß sich die Wirkungen des Geburtenausfalls in der Anzahl der Erwerbstätigen überhaupt bemerkbar zu machen beginnen. Die Folge dieser Erscheinungen ist eine verstärkte Einwanderung ausländischer Arbeiter. Es wäre zu erwägen, ob nicht unter diesen Umständen ein erneutes Abkommen mit Frankreich über die Zulassung deutscher Arbeiter zur Vornahme von Wiederaufbau- oder Neuaufbauarbeiten möglich sein sollte.

In *Belgien* hat sich seit Dezember 1928 die Arbeitslosigkeit bis zum Frühjahr stark erhöht, in erster Linie aus saisonüblichen Gründen, aber auch infolge einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, insbesondere in der Chemischen und der Keramischen Industrie.

In *Schweden* war die Arbeitsmarktlage im Frühjahr 1929 günstiger als im Vorjahr. In *Norwegen* war die Anzahl der Arbeitssuchenden im Februar 1929 niedriger als im gleichen Monat vorigen Jahres.

In *Dänemark* ist die Tendenz entgegengesetzt. Es werden im Februar 1929 30 % der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos gemeldet, gegenüber 26 % im gleichen Monat des Jahres 1928. Absolut dürften 82 000 Arbeitslose Anfang März 1929 in Dänemark vorhanden gewesen sein. Die Anzahl dürfte sich inzwischen infolge Aufnahme der Bautätigkeit stark verringert haben.

In *Italien* war die Arbeitsmarktlage Anfang 1929 ungünstiger als Anfang 1928. Ende Februar wurden 500 000 Vollerwerbslose gemeldet, die allerdings größtenteils den Außenberufen angehören.

In *Polen* wurden Anfang März 1929 183 000 Arbeitslose gezählt, davon etwa 110 000 Unterstützte. Die Ursachen liegen in der Jahreszeit wie in der ungünstigen Lage einzelner Industrien.

Nach einem dem Internationalen Arbeitsamt in Genf vorliegenden Bericht betrug in *Rußland* die Anzahl der bei 281 Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen Anfang 1929 1,66 Millionen Personen. Zu diesen Zahlen treten noch die der Arbeitslosen, die nicht bei den Arbeitsämtern eingetragen sind. Die Ebene der Arbeitslosigkeit in Rußland ist also gegenüber dem Vorjahr merklich erhöht.

Informationsmittel

In diesem Augenblick der Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung kommt die 4. Auflage des weitbekannten Kommentars von Franz Spliedt und Bruno Broecker /Berlin, Verlagsgesellschaft des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ besonders gelegen. Die vielen Entscheidungen, Verordnungen und Anordnungen des Reichsarbeitsministers und der Reichsanstalt, die Urteile des Spruchsenats beim Reichsversicherungsamt usw. sind in übersichtlichster Vollständigkeit verarbeitet. Jede einzelne Frage ist in ungekünstelter Sprache vom Gesichtspunkt des Arbeitervertreters behandelt, obwohl die Beweisführung in sachlicher Weise und ohne jede einseitige Subjektivität durchgeführt ist. Das komplizierte Ineinanderarbeiten der Selbstverwaltungsorgane in den einzelnen Instanzen geht in einer selbstverständlichen Klarheit aus dem Chaos der Bestimmungen hervor. Über jede Frage, die im Anschluß an die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen aufgetaucht ist oder auftauchen könnte, geben Spliedt und Broecker umfassende Auskunft; der Originalabdruck aller einschlägigen Erlasse in einem lückenlosen Anhang usw. erhöht den Wert des Kommentars in besonderer Weise. Das Werk ist ein gutes Stück produktiver Arbeit der Freien Gewerkschaften, es beweist, daß ihre Führer sich vom Überlebten und Überholten des Dogmas in der sozialen Wirklichkeit frei machen und den Schritt vom Klassenbewußtsein zur wirtschaftlichen Klassenmacht vollzogen haben. Die *Krankenkassen* haben im Rahmen der Durchführung der Arbeitslosenversicherung vom Gesetzgeber wichtige Aufgaben übertragen bekommen. Auf der einen Seite werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen sind, durch die Krankenkassen eingezogen und werden von ihnen an die Reichsanstalt abgeliefert, zum andern sind die unterstützten Arbeitslosen bei den Krankenkassen gegen Krankheit versichert. Daraus ergibt sich ein wichtiger stetiger Zusammenhang zwischen Krankenkassen und Dienststellen der Reichsanstalt, der es rechtfertigt, daß 2 berufene Spezialisten der Krankenversicherung, Fritz Okras und Fritz Bohlmann, die Aufgaben der Krankenkassen in der Arbeitslosenversicherung in einem Spezialkommentar behandelt haben /Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen/. Der Praktiker der Arbeitslosenversicherung wie der Krankenversicherung wird das Buch bei den einschlägigen Zweifelsfragen niemals umsonst aufschlagen; Er wird immer in dem handlichen Buch Antwort auf die vielen Fragen finden, die aus dem unaufhörlichen

Wechsel des Arbeitsschicksals unserer 21 Millionen Arbeiter und Angestellten auftauchen und dann rasch praktisch gelöst werden müssen.

In der Guttentagschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ gibt Paul Drewes in 2., neubearbeiteter Auflage das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt von 1922 und das Jugendgerichtsgesetz von 1923 mit Nebengesetzen heraus. Seit Erlaß des Gesetzes bis zur Gegenwart ist eine große Anzahl von Ausführungsbestimmungen der einzelnen Länder ergangen. Eine Fülle von Einzelvorschriften hat sich angesammelt, Nebengesetze, Verordnungen, Reichsgrundsätze sind herausgekommen und höchstrichterliche Entscheidungen gefällt. Sie alle werden hier berücksichtigt und von dem als Vormundschafts- und Jugendrichter und Mitglied eines Jugendamts wirkenden Autor mit Anmerkungen versehen und systematisch angeordnet vorgelegt. Der Sozialpolitiker, der sich mit der *Jugendfürsorge* befaßt, wird gern zu dieser mit knappen Anmerkungen und rasch einführenden Vorbemerkungen versehenen Ausgabe der Gesetzestexte greifen.

Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium gibt anläßlich seines 10jährigen Bestehens eine Denkschrift heraus (10 Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen 1919 bis 1929), in der das Werden der Sozialpolitik in *Sachsen* seit dem Novemberumsturz 1918 eingehend behandelt wird. Besonders auf dem Gebiet der Sozialpolitik, deren Durchführung den Ländern obliegt, sind die Ausführungen über das sächsische Gebiet hinaus von Interesse, so in den vielen Fragen des Arbeitsschutzes, der Wohlfahrtspflege und der Jugendwohlfahrt. Es sei hervorgehoben, in wie geschmackvoller äußerer Form die amtliche Publikation der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Neuausgaben Als vor 50 Jahren *Henry Georges* Fortschritt und Armut erschien, mußte dieses Buch in dem Jahrhundert des Liberalismus die Gemüter in gewaltige Aufregung versetzen. George griff den Kapitalismus an einer seiner verwundbarsten Stellen an: am Besitz von Grund und Boden. Mit Klarheit und Schärfe setzte er auseinander, warum auf das Einkommen, das aus dem Grund und Boden fließt, die Grundrente, nicht der einzelne ein Anrecht haben kann sondern die Gesamtheit. Er forderte nicht die Abschaffung des Privateigentums an Grund und

Boden sondern begnügte sich mit der Wegsteuerung der Grundrente, auf der sein Single-tax-System beruht. Dieses grundlegende Buch *Henry Georges*, das soeben, neubearbeitet und zu erschwinglichem Preis, in Reclams Universalbibliothek in Leipzig erschien, ist heute noch lesenswert, und zwar um seiner klaren Gedankengänge willen, wenn man auch mit den Folgerungen des Autors nur zum Teil mitgehen kann.

Im Jahr 1911 ließen *Sidney* und *Beatrice Webb* ihr berühmtes Werk *Das Problem der Armut* erscheinen, das die Entwicklung der Wohlfahrtspflege Deutschlands stärker beeinflußt hat als die ihres Mutterlands England. Das in Deutschland lange Jahre nur noch in Bibliotheken auffindbare Buch erschien jetzt in einer neuen deutschen Ausgabe bei Eugen Diederichs in Jena und wird wegen seiner umfassenden Untersuchung der Kausalzusammenhänge trotz den der Geschichte angehörenden Tatsachen, die den Untersuchungen zugrunde liegen, eine anregende Lektüre sein. Viele Kapitel, vor 20 Jahren geschrieben, könnten Leitartikel unserer heutigen Zeitungen werden. *Sidney Webb*, der am 13. Juli 1929 70 Jahre alt wurde, ist seit wenigen Wochen Mitglied des englischen Kabinetts und wird jetzt Gelegenheit haben Theoretisches in die Praxis der englischen Sozialpolitik zu übersetzen. Auch als Kolonialminister kann er das: so in der Frage der Zwangsarbeit.

Totfallste Am 20. Februar starb, wie hier schon in der Rundschau *Kommunalsozialismus* (1929 I Seite 525) berichtet wurde, ein Sozialpolitiker, der weit über die Kreise der ihm nahestehenden Katholiken Deutschlands mit Recht Ruf und Ansehen genoß: *Carl Sonnenschein*. Eine starke und lautere Persönlichkeit, von vielseitigem Wissen, stets von einem starken Glauben getragen und beseelt, ist der praktischen sozialen Arbeit entrissen worden, in der ihn, besonders die letzten Jahre seines Lebens, durch Krieg und Inflation entwurzelte Intellektuelle dankbar schätzen lernten.

Am 30. Juni starb in Brüssel *Joseph Wauters*, in seinem 55. Lebensjahr. Er war nicht nur einer der führenden belgischen Sozialisten, er war vor allem ein schöpferischer Sozialpolitiker. Dieser wallonische Bauernsohn stellte ein der Struktur der belgischen Volkswirtschaft angepaßtes sozialpolitisches Programm auf, und es war ihm vergönnt in seiner 2maligen langjährigen Funktion

als belgischer Arbeitsminister seine Ideen in die Tat umsetzen, Belgien, das Industrieland, nach der politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung im Krieg nun wieder erstanden, verdankt in seiner sozialen Gesetzgebung das Wesentliche dem nun Toten, der zielbewußt bereits während des Krieges, wo er auch während der deutschen Besetzung verblieb, die Fürsorge für die Arbeitslosen einzurichten begann, nach dem Krieg ein Siedlungsprogramm großen Stils durchführte, als erster für die bedingungslose Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens durch Belgien sorgte (heute haben Deutschland und England noch nicht ratifiziert) und schließlich die Angestellten- und Alterspensionen der Arbeiter organisierte. In einem Jahrzehnt hat Wauters den heute so hohen sozialpolitischen Standard Belgiens geschaffen; sein zielklares, geradliniges Wirken hat die sozialpolitische Einstellung der ganzen belgischen Öffentlichkeit von Grund auf gewandelt. Der Name Joseph Wauters ist mit Belgiens Stellung in der internationalen Sozialpolitik untrennbar verbunden.

Kurze Chronik Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltete in Berlin unter der Bezeichnung Arbeitssitz und Arbeitssitz eine Sonderausstellung, die weitestgehendes Interesse für sich beanspruchen dürfte. Der wirtschaftliche Druck der Nachkriegszeit, der verschärfte Konkurrenzkampf mit dem Ausland, der Kapitalmangel, alles das zusammen erlaubte Deutschland nicht in der *Gewerbehygiene* mit dem Ausland Tempo zu halten, so daß diese Ausstellung, die einen Schritt zur Besserung der Arbeitsverhältnisse bedeutet, der Aufholung des Versäumten dienen sollte und diente. Die Ausstellung zeigte, welche Wichtigkeit dem Studium des Arbeitsprozesses in seinen einzelnen Vorgängen zukommt, und wie wesentlich für die Arbeitskraft des Arbeiters und für den Arbeitserfolg des Unternehmens eine zweckmäßige Arbeitsstätte ist. ◊ Dem Reichskabinett liegt eine neue Fassung des *Hausgehilfengesetzes* vor, die unmittelbar dem Reichsrat zugegangen ist. Es ist hervorzuheben, daß in dieser neuen Fassung auch der Mutterschutz für die Hausgehilfinnen geregelt werden soll. ◊ Des weitern wird im Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf zur Reglung der Arbeitsverhältnisse in der *Landwirtschaft* vorbereitet, der neben den allgemeinen Arbeitsschutzfragen für diesen Wirt-

schaftszweig auch Frauen-, Mutter- und Kinderschutz einschließlich der Arbeitsaufsicht umfassen soll. ◊ Durch Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird die *Kurzarbeiterunterstützung*, die bis zum 30. Juni 1929 befristet war, bis zum 31. Dezember 1929 verlängert. ◊ Die *Reichsversicherungsanstalt für Angestellte* legte ihren Jahresbericht von 1928 vor, aus dem hervorgeht, daß in diesem Jahr an 75 000 Ruhegeldempfänger 65 Millionen Mark, an 40 000 Witwen und 27 500 Waisen 26 Millionen Mark Renten ausgezahlt und für Heilverfahren 19 Millionen Mark ausgegeben wurden. Das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt hat 1 Milliarde Mark überschritten. In der Unfallversicherung waren im Jahr 1928 rund 26 Millionen Personen versichert (einschließlich Doppelversicherter), an die 310 Millionen Mark Entschädigungen gezahlt wurden. Die Anzahl der gemeldeten Unfälle ist auf 1,43 Millionen im Jahr 1928 ausgewiesen, gegen 1,32 Millionen im Jahr 1927. Aus der Invalidenversicherung wurden Ende Dezember 1928 1,9 Millionen Mark Invalidenrenten, 22 000 Krankenrenten, 60 000 Altersrenten, 390 000 Witwen- und 735 000 Waisenrenten gezahlt, davon insgesamt über 400 000 neu bewilligte Rentenfälle. Die Rentenleistungen erforderten einen Aufwand von 982 Millionen Mark. ◊ In *England* wurde unter der neuen Regierung MacDonald (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1929 I Seite 518 und folgende) das Arbeitsministerium Margaret Bondfield übertragen. Bondfield, die 1873 geboren wurde, wirkt seit etwa 3 Jahrzehnten in der englischen Gewerkschaftsbewegung. ◊ Daß der Gedanke der Arbeitslosenversicherung immer weitere Ausdehnung findet, wird jetzt auch durch einen Gesetzentwurf der Regierung *Norwegens* über die Arbeitslosenversicherung erwiesen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen zu gleichen Teilen die Beiträge aufbringen; in den Personenkreis der Versicherung werden Jugendliche unter 20 Jahren, die in der Landwirtschaft Arbeitenden, die Hausangestellten sowie die Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht einbezogen.

Literatur Der in der sozialpolitischen Welt bereits aufs beste bekannte *Johannes Dierkes* schrieb für die Sammlung Jedermanns Bücherei /Breslau, Ferdinand Hirt/ ein Büchlein *Die Organisation des Arbeitsmarktes*, das er dem Bergarbeiterführer

Heinrich Imbusch widmete, und in dem er auf knappem Umfang eine Einführung in die Struktur des Arbeitsmarkts und seiner Komponenten bringt. Dierkes gibt sowohl begrifflich wie historisch einen Überblick, in dem besonders die modernen Probleme der planmäßigen Arbeitsmarktpolitik des heutigen Deutschlands erörtert und ihre Ausmaße quantitativ abgegrenzt werden. Hervorgehoben sei eine ausführliche sozialpolitische Zeit-
 tafeln, in der der Verfasser seit der Wende des 17. und 18. Jahrhunderts alle die sozialpolitischen Meilensteine auf dem Weg der industriellen Entwicklung vermerkt hat, die das steigende soziale Bewußtsein ausgezeichnet illustrieren: Das Flugtempo der sozialpolitischen Leistungen des letzten Jahrzehnts zeichnet sich klar von dem Schnecken-tempo des sozial embryonalen 19. Jahrhunderts ab. \diamond Die Berufsberatung wird immer mehr zum Präventivmittel einer Arbeitsmarktpolitik ausgebaut. Die Trägerin der amtlichen Berufsberatung, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wendet seit ihrem Bestehen große Mittel an, um im Reichsgebiet in alle Volksschichten den Gedanken der praktischen Berufsberatung zu tragen und der Jugend den ihrer Eignung am nächsten kommenden Weg zu weisen, entsprechend den mit der sich ständig ändernden Struktur der Wirtschaft auch dauernd anders werdenden Berufsaussichten. Die Berufsberater draußen im Land haben ein verantwortungsvolles Amt, das ihnen *Hellmuth Bogen* in seinem Werk *Psychologische Grundlegung der praktischen Berufsberatung* /Langensalza, Julius Beltz/ erleichtern möchte. Der Verfasser will den Berufsberatern das Problem der seelischen Eignung des zu Beratenden sowohl wie überhaupt der psychologischen Erfassung des Berufslebens näherbringen. Er beginnt mit dem Grundproblem der Psychologie, kommt in systematischem Aufbau zu den Fragen der Entwicklungs- und der Gruppenpsychologie, um schließlich das Schwergewicht seiner Ausführungen den Einzelfragen zur Psychologie der Berufsberatung zuzuwenden. Das mit vielen Anschauungstafeln versehene Werk ist ein Lehr- und Handbuch, das der in der Praxis stehende Berufsberater zu seiner Berufsarbeit braucht. Übrigens sollte es nicht nur der Sozialpädagoge, sondern auch der Sozialpolitiker zur Hand nehmen, um die vielen Schwierigkeiten der Problemstellung in der Berufsberatung kennen zu lernen, und um sich ein Bild von der feingliedrigen Ver-

kettung der in ihr verwobenen Zusammenhänge machen zu können. \diamond Die Heimarbeiterfrage ist ein besonders trauriges Kapitel der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik. Obzwar die Verhältnisse in Österreich anders liegen als bei uns und keineswegs besser, so ist doch auch für uns eine Untersuchung über die Wiener Heimarbeiter und ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse von Bedeutung. Die sehr rührige Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien veröffentlicht die Ergebnisse einer Erhebung in der Schrift *Wie leben die Wiener Heimarbeiter?* /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/, in der *Käthe Leichter* die Fragen der Arbeitszeit, des Wochenverdienstes, der Mitarbeit der Familienmitglieder und der Mitverdiener, die Fragen der Höhe des Familienverdienstes und schließlich auch die Arbeitslosigkeit unter den Heimarbeitern ausführlich darstellt. Die eingehende Schilderung der Lage der Heimarbeiter in der Kleiderkonfektion, der Wäscheerzeugung, der Strickereindustrie und Wirkwarenerzeugung usw. gibt wertvolle Aufschlüsse, die in gewissem Umfang auch auf unsere Verhältnisse anwendbar sind. \diamond Eine statistische Untersuchung über die Lebensverhältnisse der erwerbstätigen Jugend und die jugendpflegerischen Leistungen des Reichs, der Länder, der Provinzen, Kreise, Gemeinden und Verbände liegt in dem Werk *Bernhard Mewes' Die erwerbstätige Jugend* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ vor. Wer auf der Ausstellung *Das junge Deutschland* die vielen graphischen und plastischen Darstellungen gesehen hat, in denen die Probleme der Jugend im und außerhalb des Erwerbslebens dargestellt wurden, der hat einen Anhaltspunkt über die Vielseitigkeit des Materials, das Mewes auf den verschiedensten Gebieten der Gesundheits-, Wohn-, Arbeits- und Urlaubsverhältnisse der Jugend bringt. In sehr geschickter Weise sind auf Grund vorliegender Erhebungen textlich, tabellarisch und graphisch in Kausalzusammenhang mit einander stehende Merkmale kombiniert und ausgewertet, die in ihrer Beschränkung auf die erwerbstätige Jugend im Alter von 14 bis 18 respektive 21 Jahren ein recht gutes Bild der sozialen Lage dieser Schicht der werktätigen Jugendlichen bilden. Gerade im Hinblick auf den Geburtenrückgang und die Wirkungen des Geburtenausfalls der Kriegsjahre, die sich im Erwerbsleben von 1930 ab sehr bemerkbar machen werden, hat das Buch für den Sozialpolitiker aktuelles Interesse.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Deutschland: Es ist typisch für die Situation der deutschen Gewerkschaften, daß das Lohn-

problem heute in den Vordergrund der Diskussion gerückt ist, und daß der Wunsch nach einer theoretischen Begründung der Lohnpolitik heute überall laut wird. Im Gewerkschaftsarchiv setzte sich Karl Zweig mit den heute geltenden Lohntheorien auseinander, in der Arbeit nahm Julius Braunthal in ausführlichen Darlegungen zu diesem Problem Stellung, und auf der Tagung des Bankbeamtenverbands behandelte Paul Hermberg in seinem gehaltvollen Referat über die deutsche Wirtschaft eingehend diese Fragen. Die Gewerkschaften sind zu dieser Stellungnahme durch die überaus harten Lohnkämpfe der letzten Zeit gedrängt. Die Unternehmerschaft hat in ihrem Kampf gegen jede Lohnerhöhung aus Kreisen der nationalökonomischen Wissenschaft allerlei Hilfe bekommen, vor allem in dem schwedischen Nationalökonom Cassel, der die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft aus der Bindung und Hochhaltung der Löhne durch die gewerkschaftlichen Organisationen herleitet, die vor allem dadurch in Zeiten der Depression die Kapitalbildung und damit einen Aufstieg der Wirtschaft verhinderten. So ergibt sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit dieser wissenschaftlichen Begründung der Unternehmerschaft mit wissenschaftlicher Argumentation zu bezeugen.

Auch auf der letzten Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds stand die Frage Lohn und Konjunktur im Mittelpunkt der Erörterung. Der Bundesvorstand hatte den Leiter des Instituts für Konjunkturforschung Ernst Wagemann aufgefordert ein Referat über das Lohnproblem im Licht der Konjunkturforschung zu halten. Wagemann setzte sich in seinen Ausführungen mit den geltenden Konjunkturtheorien auseinander, deren Argumente er zu allgemein und zu grob, zu wenig auf die Einzelheiten und die besondere Situation der heutigen Wirtschaft eingestellt findet. Er sieht nicht in den Schwankungen des Lohns eine wesentliche Ursache der Heftigkeit der Konjunkturschwankungen sondern darin, daß ein Teil der Wirtschaft gebunden, ein anderer nicht gebunden ist und deshalb von um so heftigeren Schwankungen erfaßt wird. In der sehr hoch stehenden Diskussion waren vor allem die Ausführungen Fritz Tarnows

bemerkenswert. Tarnow wies darauf hin, daß heute durch eine Senkung der Löhne gar nicht mehr eine wesentliche Senkung der Gestehungskosten eines Produkts erreicht werde, wie man auf der Unternehmenseite immer wieder behauptet. Die Hochhaltung der Löhne habe ja geradezu zu einem stärkern Ausbau des Produktionsapparats geführt und damit auch eine Verschiebung des Verhältnisses von konstantem und variablem Kapital mit sich gebracht. Damit sei zwar das Sozialprodukt sehr gesteigert, aber die Arbeitskosten dieses gesteigerten Sozialprodukts seien nicht nennenswert gestiegen, eher sogar, im ganzen gesehen, noch gesunken. Tarnow führte aus, es sei das Problem des Kapitalismus die gesteigerte Produktivität richtig anzuwenden. Da die frühere Methode neue Absatzländer zu erschließen nicht mehr voll anwendbar sei, so bleibe keine andere Möglichkeit als den innern Markt zu stärken. Das bedeute aber nicht anderes als eine Erhöhung der Kaufkraft. Da die Unternehmer sich zur Senkung der Preise, die solche Erhöhung bewirkte, nicht entschlossen, müsse man den Kampf um einen größeren Anteil am Sozialprodukt durch Lohnforderungen führen.

Die Gewerkschaften sind heute weit davon entfernt eine Lohnpolitik ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft zu treiben. Das betonte Leipart in der weitem Aussprache dieser wichtigen Sitzung mit allem Nachdruck. Die Gewerkschaften müssen aber die Argumentation der Unternehmer aufs allerschärfste zurückweisen, daß durch ihre Lohnpolitik die Kapitalbildung der deutschen Wirtschaft gehemmt worden sei. Es ist in Deutschland in den letzten Jahren in ganz erheblichem Umfang Kapital gebildet worden. Hermberg kam in seinem Vortrag vor den Bankbeamten (die als Broschüre unter dem Titel Die deutsche Wirtschaft /Berlin, Verlag der Deutschen Bankangestellten/ erschien) nach sehr vorsichtigen Schätzungen zu dem Ergebnis, daß die deutsche Kapitalbildung der Nachkriegszeit rund 40 Milliarden Mark beträgt. Man mag die Genauigkeit dieser Zahl anzweifeln, aber zu bestreiten wagt heute doch niemand, daß die Kapitalbildung in Deutschland außerordentlich groß gewesen ist. Nicht in einer zu geringen Kapitalbildung sind die Gründe für die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu suchen sondern darin, daß diese Kapitalmengen falsch angelegt wurden. Hermberg wies in seinem tief durchdachten Vortrag nach, daß

die deutsche Produktion um rund 25 bis 30 % gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen ist, daß die Ausfuhr aber immer noch nicht ganz den Vorkriegsumfang erreicht hat, und daß der Reallohn des gelernten Arbeiters in Deutschland durchschnittlich gegenüber der Vorkriegszeit etwas gesunken, der des ungelernten Arbeiters leicht gestiegen ist. Auch die Tatsache, daß der Prozentsatz der Erwerbstätigen heute größer geworden ist, gibt keine Antwort auf die Frage, wo nun das größere Gesamtprodukt geblieben ist. So kommt Hermsberg zu der zweifellos richtigen Annahme, daß in den letzten Jahren ein kleinerer Teil des Sozialprodukts als vor dem Krieg dem direkten menschlichen Konsum zufiel, und ein größerer Teil zum Ausbau des Produktionsapparats verwendet wurde, oder, was auf das selbe herauskommt, daß sich bei der Teilung zwischen Kapital und Arbeit der Teilungsstrich zugunsten des Kapitals verschoben hat. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft rühren nicht zuletzt daher, daß man den deutschen Produktionsapparat ausgebaut hat, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob denn die gesteigerte Produktion auch wirklich abgesetzt wird. Wenn die Gewerkschaften auch in Depressionszeiten die Löhne hochhielten, so bewahrten sie dadurch durch eine gewisse Erhaltung der Massenkaufkraft sogar die deutsche Wirtschaft vor oft noch größeren Schwierigkeiten. »Unsere Lohnpolitik«, sagte Leipart, »ist nicht wirtschaftsschädigend sondern wirtschaftsfördernd.« Freilich, und darüber besteht bei den Gewerkschaften heute volle Klarheit, gibt es nur einen Weg, um aus allen Schwierigkeiten herauszukommen. Er führt zu einer mehr und mehr gebundenen planmäßig geleiteten Wirtschaft. Die Gewerkschaften müssen da durch ihre Wirtschaftspolitik die Schrittmacher sein.

Regierung und Gewerkschaften Die wachsende Macht der Gewerkschaften zeigt sich auch in der Stellungnahme zur Regierungsbildung. Wir haben bei mehreren Gelegenheiten auf die bedeutungsvollen Äußerungen der Gewerkschaften zu diesen Fragen hingewiesen. In der Gewerkschaftszeitung vom 27. April 1929 wurde in einem offiziellen Artikel zur politischen Lage Stellung genommen. Nachdem auf die Notwendigkeit der Großen Koalition und die Verpflichtung der Sozialdemokratie zur Führung hingewiesen wurde, wird mit allem Nachdruck dem Gerede von der

Krise des Parlamentarismus entgegengetreten und betont, daß die Gewerkschaften vor allen Bestrebungen des Stahlhelms usw. auf der Hut seien. Die Gegner werden die Macht der Gewerkschaften so weit wohl kennen, daß sie Worte wie diese als eine sehr ernste Warnung einschätzen werden: »Vielleicht kommt der Augenblick, in dem die Gewerkschaften aussprechen müssen, daß auch sie ihre eigenen Gedanken über diesen oder jenen "Parlamentarismus" haben, und daß es an ihnen nicht fehlen wird, wenn es auf die Verteidigung wesentlicher Grundbedingungen der republikanisch-demokratischen Verfassung ankommt.« Die weiteren Ausführungen des Artikels lassen erkennen, daß die Gewerkschaften von der neuen Regierung die Festigung und den Ausbau der sozialpolitischen Gesetze und Maßnahmen erwarten, daß sie vor allem den weiteren Ausbau der Invalidenversicherung, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und die weitgehende Verbesserung des dem Reichstag bereits vorgelegten Arbeitsschutzgesetzes fordern. Ein Abbau der Arbeitslosenversicherung dürfe weder für die Sozialdemokratische Partei noch für die sozialdemokratischen Minister auch nur Verhandlungsgegenstand sein. Von Wichtigkeit ist dazu auch die Bemerkung: »Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft im Interesse der Erhaltung und des Ausbaus dieses wichtigen Zweigs der Sozialversicherung bereit sein würde etwa notwendige höhere Beitragsleistungen in Kauf zu nehmen, wenn sich diese als der einzige Ausweg erweisen sollten.« Der Aufsatz schließt mit den Worten: »Bei allen ihren Handlungen wird die Regierung dem Zwang zum Kompromiß, der im Wesen der Koalition liegt, nicht ausweichen können. Jeder ruhig denkende Arbeiter kennt und begreift heute diese Notwendigkeit. Aber ebenso wird die gesamte Arbeiterschaft Wert oder Unwert der Beteiligung von Arbeitervertretern an einer Koalitionsregierung ermaßen an dem Grad des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts, für dessen Entwicklung die Regierung vor dem Volk die Verantwortung trägt.«

Schweden: Unternehmer und Gewerkschaften Das Jahr 1928 war für die schwedischen Arbeiter und die starke und selbstbewußte schwedische Gewerkschaftsbewegung ein Jahr allerschwerster Kämpfe. Eine Aussperrung der für Schweden wichtigen Papiermasse-, Sägewerks- und

Papierindustrie dauerte volle 3 Monate lang, der Streik im Bergbau sogar annähernd 8 Monate. Alles dies (man rechnet, daß in dem einen Fall der Kampf rund 60 Millionen Kronen, in dem andern rund 80 bis 90 Millionen Kronen gekostet hat) hat weiten Kreisen des schwedischen Volks zum Bewußtsein gebracht, daß der Ausbruch derartig unwirtschaftlicher und in ihrem Ergebnis zum Aufwand in gar keinem Verhältnis stehender Kämpfe verhindert werden müsse. Eine Rechtsregierung, das Kabinett Lindman-Frygger, veranstaltete unmittelbar nach den Wahlen zur Zweiten Kammer im Herbst 1928 durch ihren Sozialminister eine Konferenz »zur Prüfung der vorhandenen Möglichkeiten auf Grundlage der Freiwilligkeit ein besseres Zusammenarbeiten der Parteien auf dem Arbeitsmarkt und in den einzelnen Betrieben herbeizuführen«.

Die Voraussetzungen für eine solche Konferenz waren nicht sehr einfach. Die schwedischen Unternehmer nehmen noch immer einen gewissen uneingeschränkten Herr-im-Hause-Standpunkt ein. In den Satzungen des Arbeitgebervereins werden die Mitglieder durch den § 23 ausdrücklich verpflichtet keine Kollektivverträge mit Arbeiterorganisationen abzuschließen, in denen irgendwelche Forderungen auf Mitbestimmung der Arbeiter »bei der Leitung und Verteilung der Arbeit sowie bei der Anstellung und Entlassung der Arbeiter« anerkannt werden. So ist auch bisher jeder Kampf der zeitweiligen sozialdemokratischen Regierungen auf gesetzliche Einführung von Betriebsvertretungen an dem einmütigen Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Trotzdem konnten die Arbeiter durch ihre Organisationen in einzelnen Betrieben, so etwa in den großen Götawerken im Schiffbau, ihren Einfluß durch die sogenannten Werkstattklubs geltend machen. Auf der andern Seite war natürlich gerade wegen der Haltung der Unternehmer in weiten Gewerkschaftskreisen ein starkes Mißtrauen gegen den von einer konservativen Regierung unternommenen Verständigungsversuch vorhanden. Die "Kommunisten" und Syndikalisten sahen darin selbstverständlich, wie üblich, Arbeiterverrat.

Die Konferenz kam trotz allen Schwierigkeiten am 30. November und 1. Dezember 1928 in Stockholm zustande. An ihr waren ungefähr 200 Personen beteiligt, zur Hälfte Unternehmer-, zur Hälfte Arbeitervertreter, darunter alle Ausschußmitglieder des Gewerkschaftsbunds.

Von den Arbeitervetretern wurde in grundsätzlichen Ausführungen die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit betont. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften zwar den Klassenkampf bejahen und von dem letzten Ziel einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nichts aufzugeben bereit seien, daß sie aber, von jeher auf dem Boden der Wirklichkeit stehend, in dieser heutigen Wirtschaft eine gewisse Zusammengehörigkeit von Unternehmern und Arbeitern, die sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit von einander herleitet, anerkannt haben. Sie sehen gerade in einer Zeit so umfangreicher und notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen die Zusammenarbeit als notwendig an. Voraussetzungen dafür sind allerdings das Aufgeben des Herrenstandpunkts der Unternehmerschaft, die unbedingte Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft und die Einführung einer wirklichen industriellen Demokratie. Auf der Unternehmenseite waren die Meinungen geteilt. Von einem Teil, besonders von der Leitung des Arbeitgeberverbands, wurde die Einführung demokratischer Betriebsorganisationen rundweg abgelehnt. Ein verhältnismäßig großer Teil der Unternehmer aber, darunter die Leiter einiger bedeutender Werke, war anderer Auffassung und zu einer weitgehenden Verständigung bereit. Die Konferenz bedeutete eine erste Fühlungnahme und hat noch keine nennenswerten Ergebnisse mit sich gebracht. Es ist immerhin beachtlich, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen wurden, sondern daß eine Delegation aus 15 Mitgliedern, 5 Vertretern des schwedischen Arbeitgebervereins, 5 Vertretern der Landesorganisation der Gewerkschaften und 5 von der Regierung ernannten Vertretern, gebildet ist, mit der Aufgabe »die auf der Konferenz zutage getretenen Gesichtspunkte und Anregungen zusammenzufassen . . . und ferner Vorschläge zu Maßnahmen vorzulegen, die geeignet sind den Zweck der Konferenz zu verwirklichen, zum Wohl des Erwerbslebens und der Gesamtheit Verständigung und Arbeitsfrieden zu fördern«. In einer Zusammenkunft dieser Delegation wurde nach einer allgemeinen Aussprache ein Unterausschuß eingesetzt, der sich mit den dringendsten Fragen beschäftigen soll, vor allem mit der eines Zusammenwirkens im Betrieb. Es ist auch für die deutsche Öffentlichkeit wichtig den Verlauf dieser schwedischen Verständigungsversuche zu verfolgen.

Eigenpublikationen Der *Allgemeine Freie Angestelltenbund* gab im Freien Volksverlag in Berlin eine Reihe sehr wertvoller Publikationen heraus. Der Rechenschaftsbericht des Verbands trägt den Titel *Die Angestelltenbewegung 1925 bis 1928*. Er enthält die die Angestelltenschaft speziell interessierenden Fragen und schildert besonders eingehend den schweren gewerkschaftlichen Kampf der Angestellten. Das sehr umfangreiche Material dieses Berichts ist der großen statistischen Untersuchung *Die Angestellten in der Wirtschaft* entnommen, die der Allgemeine Freie Angestelltenbund in Verbindung mit dem Statistischen Reichsamt herausbrachte. Diese große statistische Veröffentlichung wird als Grundlage für alle weiteren Forschungen zu bewerten sein. Eine 3. Veröffentlichung: *Angestellte und Arbeiter, Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, enthält die auf dem 3. Bundeskongreß zu diesem Thema gehaltenen Referate von Albert Thomas, Emil Lederer und Otto Suhr. Auch ihr ist sehr wichtiges, besonders auch ausländisches statistisches Material beigefügt. Über die Berufsverhältnisse im deutschen *Baumalergewerbe* unterrichtet eine vom Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands herausgegebene Untersuchung/Hamburg, O. Streine/. Sie enthält die überaus umfangreichen und genauen Ergebnisse einer Erhebung über die Löhne und Arbeitsbedingungen im Malerberuf. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum der Gemeinde Wien, das Otto Neurath leitet, hat im Einvernehmen mit der *Österreichischen Gewerkschaftskommission* in einer kleinen, 15 Seiten umfassenden Schrift versucht Tatsachen der Gewerkschaftsbewegung »in rein sachlicher Form durch eine Bildstatistik allgemein verständlich zu machen«. Die äußerst anschaulichen Bildchen prägen sich einem so gut ein, der kurze Text gibt eine so gute Zusammenfassung der wichtigsten zur Orientierung notwendigen Tatsachen, daß man dem Heftchen die allerweiteste Verbreitung wünschen muß. An *Kongreßprotokollen* liegen jetzt vor: 1. Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. Auf die Bedeutung gerade dieses für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften so entscheidenden Kongresses ist hier hingewiesen worden (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 805

und folgende). Obwohl das Hauptreferat des Kongresses, das Fritz Naphtalis über *Wirtschaftsdemokratie*, in seinem später herausgegebenen gleichnamigen Buch vertieft und erweitert ist, bleibt das Protokoll wegen der hochstehenden und lebendigen Auseinandersetzungen über den zukünftig einzuschlagenden Weg der Gewerkschaften von dauernder Bedeutung. 2. Protokoll der 21. ordentlichen Generalversammlung des Verbands der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands /Hamburg, Hans Batz/. Es enthält Referate Hugo Sinzheimers über Fragen aus dem Arbeitsrecht, Fritz Naphtalis über wirtschaftliche Tagesfragen und des Verbandsvorsitzenden Otto Struwe über die Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen in den wichtigsten Kulturländern. 3. Protokoll der Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte und Vertreter größerer Konzerne der Metallindustrie, abgehalten am 28. und 29. Dezember 1928 in Stuttgart /Stuttgart, Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes/. Auf dieser wichtigen, vom Deutschen Metallarbeiterverband, dem Zentralverband der Angestellten, dem Bund der Technischen Angestellten und Beamten und dem Werkmeisterverband veranstalteten Tagung referierten Jurij Denicke über die Reparationen und die deutsche Wirtschaft, Ernst Fränkel über die Stellung der Gewerkschaften im Arbeitsgerichtsverfahren und Otto Eichler über den Stand unserer Betriebsrätebewegung. Die Diskussion ergab noch überaus wertvolle Anregungen für den weitem Ausbau der Betriebsratgesetzgebung und die Arbeit der Betriebsräte. 4. Protokoll des 1. Reichsvertretertags des Reichsbundes der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen am 5. und 6. Oktober 1928 in Stuttgart /Berlin, Verlag des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter/. In einem tiefeschürfenden Referat setzte sich der Leipziger Professor Lutz Richter mit der Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform auseinander. Richter sieht als ein wesentliches Stück dieser Reform den stärkern Ausbau von Selbstverwaltungskörpern sowohl auf territorialer wie auf fachlicher Grundlage an. Von hier aus sieht er auch sehr beachtliche Wege zum Einheitsstaat. In den übrigen Referaten dieser Konferenz wurde zu den Fragen der Beamtenkrankenfürsorge, der Beamtenbesoldung und des Beamtenrechts eingehend Stellung genommen.

Totenliste

Am 10. März starb in Wien im Alter von 59 Jahren *Franz Pettermann*, der Vorsitzende des Österreichischen Tabakarbeiterverbands. Pettermann, der ursprünglich in der deutschen Tabakarbeiterbewegung in Bremen tätig war, galt seit 1904 als anerkannter Führer der österreichischen Tabakarbeiter.

Am 16. April starb in London der Führer der englischen Seemannsgewerkschaft *Havelock Wilson*, im Alter von 70 Jahren. Er war ein Gegner politischer Aktionen der Gewerkschaften und hat auch sonst die Politik der Trade Unions vielfach nicht mitgemacht oder sogar durchkreuzt. Aus diesem Grund wurde der Seemannsverband schließlich aus dem Gewerkschaftsbund ausgeschlossen. In letzter Zeit freilich bemühte man sich die Seeleute wieder den übrigen englischen Gewerkschaften anzunähern. Im Krieg wurde Wilson hauptsächlich dadurch bekannt, daß er eine extrem deutschfeindliche Haltung annahm. Unter seinem Einfluß weigerte sich der Seemannsverband MacDonald und andere Arbeiterführer zur Friedenskonferenz nach Stockholm zu befördern.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter verlor Ende Mai unerwartet seinen Sekretär im Hauptbureau *August Balke*. Balke, am 23. April 1881 in Staßfurt geboren, war zuerst Steinarbeiter, dann Bergarbeiter. Schon früh betätigte er sich im Bergarbeiterverband, 1910 wurde er Bezirksleiter des Verbands in Nordhausen, 1921 wurde er dann ins Hauptbureau nach Bochum als Sekretär berufen. Wegen seiner großen Sachkenntnis wählte man ihn zum Mitglied des Reichskalibrats. Er war ferner Mitglied des Reichswirtschaftsrats, wo er vor allem im Sozialpolitischen Ausschuß arbeitete; zuletzt war er dort Berichterstatter des Bergarbeitergesetz Ausschusses.

Am 13. Mai starb *Adolf Braun*, der unermüdliche und nie rastende Kämpfer für den Sozialismus (siehe auch die Rundschau Sozialistische Bewegung, 1929 I Seite 429 und folgende). Die Gewerkschaften haben den Tod dieses um die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung so hochverdienten Mannes besonders tief zu beklagen. Denn Adolf Braun hat in Deutschland als einer der ersten auf die Bedeutung einer selbständigen, machtvollen Gewerkschaftsbewegung hingewiesen, und zwar schon zu einer Zeit, da man in weiten und führenden Parteikreisen in den Gewerkschaften nichts anderes als eine "Re-

krutenschule der Partei" sah. Seine Aufsätze sind in den Zeitschriften aller großen Gewerkschaften zu finden. Aus seiner unmittelbaren praktischen Arbeit erwachsen ihm seine wertvollen größeren Arbeiten über die Gewerkschaften, von denen besonders die beiden 1914 veröffentlichten Werke Gewerkschaften und Sozialdemokratie und Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe genannt seien (Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt). Gerade weil diese Werke nicht nur aus einem theoretischen Studium sondern aus der lebendigen Arbeit des Tages entstanden sind, werden sie auch heute noch für jeden, der die Entwicklung der Gewerkschaften studieren will, unersetzlich bleiben.

Kurze Chronik Die *Mitgliederzahlen* der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften im Jahr 1928 sind fast durchweg sehr günstig. So vermag Schweden eine Steigerung der Mitgliederzahl von 437 000 auf 469 000 zu melden. Die Schweiz konnte rund 10 000 neue Mitglieder buchen und zählte damit am Jahresende 178 000 Mitglieder. Hollands Gewerkschaftsbund stieg von 205 600 auf 220 000; hier haben übrigens auch die relativ starken Christlichen Gewerkschaften Erfolge zu buchen. Auch Finnland, das zwar nicht der Amsterdamer Internationale angehört, aber doch mit ihr freundschaftliche Beziehungen unterhält, meldet für das Jahr 1928 ein Steigen der Mitgliederzahl von 75 800 auf 90 000. \diamond Die *Bauarbeiterinternationale* konnte auf ihrer 8. Konferenz in Madrid vom 25. bis zum 27. Oktober 1928 ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Sie zählte bei der Gründung 9 Verbände mit 136 000 Mitgliedern, heute 21 Verbände mit über 900 000 Mitgliedern. \diamond Der *Internationale Bergarbeiterverband* gibt seit dem 1. Januar ein Bulletin in 3 Sprachen: in deutscher, französischer und englischer, heraus. \diamond In *Dänemark* hat der Verband der Ungelernten Arbeiter auf seinem letzten Verbandstag den Anschluß an den Dänischen Gewerkschaftsbund beschlossen. Durch eine Urabstimmung ist ihm der Dänische Elekrikerverband auf diesem Weg gefolgt. Damit wird die Macht dieses der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Bundes sehr gestärkt. Seine Mitgliederzahl steigt damit von 156 000 auf 241 000. \diamond Die *Föderation der Möbelarbeiterverbände Australiens* schloß sich der Internationalen Union der Holzarbeiter an.

Literatur Es ist eine sehr merkwürdige und sehr interessante Erscheinung, daß in vielen deutschen Gewerkschaften ein reges Interesse für *Berufsgeschichte* vorhanden ist. Mit größter wissenschaftlicher Genauigkeit wird in einer ganzen Reihe von Publikationen die Entwicklung des betreffenden Handwerks von den Urzeiten an dargestellt. Die wertvoll interessantesten Arbeiten Rudolf Wissells sind dafür wohl das beste Beispiel. Auch Alexander Knoll hat hier mit seiner Geschichte des Steinsetzergewerbes, von der bisher 2 Bände erschienen, Großes geleistet. Anlässlich seines 40jährigen Jubiläums hat jetzt auch der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband den 2. Band seiner Geschichte der deutschen Schneiderei herausgegeben. Der 1. Band, von Eduard Bernstein verfaßt, erschien bereits 1913 und reichte bis zum Ende des Sozialistengesetzes. In ihm nimmt die Zunftgeschichte einen breiten Raum ein, wobei Bernstein auch zu sehr wertvollen wirtschaftshistorischen Feststellungen gekommen ist. So hat er, bei dem Stand der damaligen sozialistischen Literatur eine erhebliche Leistung, vor allem darin überzeugend nachgewiesen, daß die Kämpfe zwischen Meister und Gesellen nicht als "Klassenkämpfe" zu bezeichnen sind. Es ist auch sehr reizvoll an der Geschichte eines Verbands hier die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung lebendig dargestellt zu sehen, vor allem in der Zeit von 1848 bis 1875. Etwas trockener ist der 2. Band, von dem die ersten 4 Kapitel ebenfalls noch von Eduard Bernstein geschrieben sind, die übrigen von Heinrich Stühmer, dem langjährigen Redakteur der Fachzeitung für Schneider und spätern Vorsitzenden des Schneiderverbands, der auch Jahre hindurch die Rundschau Gewerkschaftsbewegung der Sozialistischen Monatshefte bearbeitet hat. In diesem 2., nicht weniger wertvollen Band ist die ganze Entwicklung des frühern Schneiderverbands, jetzigen Deutschen Bekleidungsarbeiterverbands, in allen Einzelheiten dargestellt. Die Entwicklung des Tarifwesens, die Wandlungen des Streikreglements, der Ausbau des Unterstützungswesens und vieles andere ist hier aufs genaueste besprochen und mit vielen Zahlen und Dokumenten belegt. Deshalb hat dieser Band, von dessen Lektüre man anfangs vielleicht durch seinen großen Umfang abgeschreckt wird, für alle gewerkschaftsgeschichtlichen Untersuchungen bleibenden Wert.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Bazalgette † Léon Bazalgette, der Anfang dieses Jahres im Alter von nur 55 Jahren starb (siehe die Rundschau Dichtkunst, 1929 I Seite 459), war eine Persönlichkeit, deren seltene menschliche und intellektuelle Qualitäten sich nur schwer in wenigen Worten würdigen lassen. Schon im Alter von 23 Jahren war Bazalgette Mitarbeiter einer in Belgien erscheinenden internationalen Revue, der Société Nouvelle, die bemüht war für die geistigen Strömungen der Zeit im Sinn eines undoktrinären Sozialismus Verständnis zu wecken. Im April 1896 erschien in dieser Zeitschrift das Referat über einen Vortrag, den der junge Bazalgette damals im Brüsseler Volkshaus gehalten hatte, und der zum erstenmal alle die neuen Ideen formulierte, die Bazalgettes literarisches Lebenswerk und noch mehr sein wirklich gelebtes Leben beherrscht haben. Von großem Einfluß auf Bazalgette war die Berührung mit dem Leben und der Dichtung Walt Whitmans, die er als erster seinen französischen Landsleuten nahebrachte. Dem gleichgerichteten Essayisten Henry David Thoreau /1817 bis 1903/ setzte er durch ein bedeutendes Buch ein bleibendes Denkmal. Auch sonst war Bazalgette bestrebt das geistige Frankreich mit bedeutenden Ideen und Gestalten anderer Länder bekannt zu machen. Er liebte Emile Verhaeren und besorgte eine französische Ausgabe der Legenden Gottfried Kellers. Von seinen übrigen Werken ist das schon 1898 zu Paris veröffentlichte Buch *L'esprit nouveau* hervorzuheben, das bei den späteren Auseinandersetzungen zwischen dem Links- und dem Rechtsradikalismus in Frankreich eine große Rolle spielte. Dann folgten 1900 *A quoi tient l'infériorité française?* und 1903 *L'avenir latin*. Die Mitarbeiterschaft an der von Jean Royères geleiteten Phalanx brachte Bazalgette in nähere Berührung mit dem Unanimismus, mit Jules Romains und Georges Duhamel. Der Krieg riß Bazalgette jäh aus seinem bisherigen Schaffen heraus. Er machte ihn als Landsturmmann mit, doch in leidenschaftlicher Aufbäumung der Seele gegen die Mächte, die den Krieg herbeigeführt hatten. Er wirkte nun nach dem Krieg zusammen mit Barbusse an der *Clarté*, im *Penclub*, an der *Humanité*, in *Barbusse Monde* und vor allem in der Zeitschrift *Europe*, die er zusammen mit René Arcos bis zu seinem Tod geleitet hat. Die Nachrufe, die ihm seine Mit-

arbeiter, Freunde und Verehrer widmen, geben ein ergreifendes Bild von seinem schlichten Wesen, seiner Hingabe an Ideen und an Menschen, die er liebte, anregte, erzog und begeisterte, und man spürt aus ihnen deutlich, daß der Tod hier nicht nur ein bedeutendes literarisches Werk sondern vor allem auch ein edles Leben zerrissen hat. Walt Whitmans Hymnen vom neuen Menschentum haben in Bazalgette nicht nur ihren Übersetzer sondern vor allem auch ihren Gestalter gefunden. Dies soll ihm auch hier immer unvergessen bleiben.

Séverine † Am 23. April starb in ihrem Landhaus Pierrefonds im Alter von 74 Jahren Caroline Rémy, die unter dem Namen Séverine einer ganzen Generation die Verkörperung des mutigsten Kampfs für wahres Menschentum war. Was Séverine in den beiden Jahrzehnten um die Wende des Jahrhunderts für Frankreich und für ganz Europa bedeutete, läßt sich nicht an den Büchern ermessen, die sie hinterlassen hat. Stärker noch wird auch den Leser von heute ihre blutvolle Art ergreifen, wie sie in ihren für den Kampf des Tages geschriebenen Artikeln (etwa in den »erlebten Eindrücken« ihres Buchs *Vers la lumière* /Paris, P. V. Stock/) zu spüren ist. Mögen die Dinge, für die sie sich einsetzte, heute vielleicht auch halb vergessen oder nur historische Reminiszenzen sein: das Entscheidende an ihr war das Fluidum der unbedingten Menschengüte, das alle befeuerte und aus gleichgültigen Personen begeisterte Streiter für eine Idee oder auch nur für einen einzelnen Menschen machte, in dem die Menschlichkeit, das Recht verletzt war. Der Name Séverine erhielt in der Dreyfusaffäre europäische Geltung, in jenem einzigartigen Prozeß, der ein ganzes Volk um eine Sache aufwühlte, die man in Deutschland vielleicht als eine Angelegenheit betrachten würde, in der nur die Juristen kompetent wären. Als Séverine und Octave Mirbeau bei der Verkündung des Urteils in Rennes in Tränen ausbrachen, bedeutete dies für die Geistigen der ganzen Erde den spontanen Zusammenschluß. Mit 60, mit 70 Jahren war Séverine die gleiche wie in ihrer ersten Jugend: stets sich ganz und gar hingebend, wenn Unmenschliches geschah; so zuletzt für Sacco und Vanzetti, die freilich auch ihre Leidenschaft vor der "Justiz" Amerikas (das nicht Frankreich ist, wo also ein Dreyfusfall nicht entflammen kann) nicht retten konnte.

Nach dem Krieg sympathisierte sie mit dem russischen Bolschewismus, in dem sie, wie die meisten französischen Intellektuellen, die Verkörperung des Kommunismus sah, dessen Namen er annahm. Aber anders als die meisten wandte sie ihm den Rücken, nachdem sie sein wahres, Freiheit und Menschlichkeit vernichtendes Wesen erkannt hatte. Die Erinnerung an Séverine wird noch auf lange hinaus in der jungen Generation Frankreichs nachwirken: nicht als eine Vergangenheit sondern als eine Mahnung die Zukunft zu schaffen.

Rechtskrise Der verantwortliche Redakteur der Wochenschrift *Das Tagebuch*, Leopold Schwarzschild, hatte im März 1928 in einem Aufsatz des Tagebuchs geschrieben, der jetzige Reichsanwalt Jorns sei zu einer Dienstleistung im Verband der Reichsanwaltschaft weder sittlich noch juristisch geeignet. Dies sei durch die Art erwiesen, wie der damalige Kriegsgewichtsrat bei der Untersuchung in der Strafsache gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs den Beschuldigten offenkundig Vorschub geleistet habe. Als daraufhin Jorns und der Oberreichsanwalt den Publizisten wegen öffentlicher Beleidigung des Jorns in Beziehung auf seinen Beruf verklagten, wurde Schwarzschild vom Gericht mit der Begründung freigesprochen, daß die Beschuldigung, Jorns habe seinerzeit den Beschuldigten zum Nachteil der Untersuchung Vorschub geleistet, als erwiesen anzusehen sei.

Am 15. Februar 1926 wurde in Strelitz der Landarbeiter Josef Jakubowski aus Dunai bei Wilna hingerichtet, nachdem er am 26. März 1925 vom Schwurgericht in Neustrelitz auf Grund eines Indizienbeweises wegen des Verbrechens des Mordes (gemäß § 211 des Strafgesetzbuchs) zum Tod verurteilt worden war. Er war beschuldigt worden seinen 3½-jährigen Adoptivsohn Ewald im November 1924, etwa 1½ Jahre nach dem Tod der Mutter des Kindes, zu Palingen mit Vorsatz und Überlegung erdrosselt und verscharrt zu haben. Eine vom Verteidiger des Verurteilten, der nur unvollkommen der deutschen Sprache mächtig war und bis zur Hinrichtung seine Unschuld beteuerte, verlangte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Auch das Staatsministerium in Neustrelitz machte von seinem Begnadigungsrecht trotz dringender Vorstellung des Pflichtverteidigers, der von der Unschuld Jaku-

bowskis überzeugt war, keinen Gebrauch, und so wurde das furchtbare Urteil vollstreckt. Einer Kampfschrift Rudolf Oldens und Josef Bornsteins *Der Justizmord an Jakobowski / Berlin, Tagebuchverlag* ist es wohl in erster Linie zu verdanken, daß augenblicklich der ganze Fall gerichtlich nachgeprüft wird.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß bei den Beratungen des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform vom Ende April 1929 der Abgeordnete Kahl für den § 245 die Fassung vorschlug, daß, wer einen andern tötet und die Tat mit Überlegung ausführt, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden soll, und daß im Fall einer Begnadigung (§ 246a) die Zuchthausstrafe in Sicherheitsverwahrung soll umgewandelt werden können. Auch der Vertreter der Demokraten erklärte bei dieser Gelegenheit, der Zeitpunkt für die Abschaffung der Todesstrafe sei nun gekommen. Die Sozialdemokraten ließen erklären, es sei ihnen unmöglich einer Strafrechtsreform zuzustimmen, in der noch die Todesstrafe enthalten sei, sie seien daher für den Antrag Kahl.

Während in den obengenannten Beispielen konkrete Fälle der jüngsten deutschen Gerichtspraxis Anlaß zu publizistischer Kritik und literarischer Einwirkung auf die allgemeine öffentliche Meinung im Sinn von Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Wahrheit gegeben haben, liegt der Fall etwas anders bei Ferdinand Bruckners zaktigem Schauspiel *Verbrecher*, das dem deutschen Publikum im Druck zuerst durch die *Neue Rundschau* zugeführt wurde und dann auch durch zahlreiche Bühnenaufführungen wegen der in ihm enthaltenen Kriminalfälle und Gerichtsverhandlungen lebhaft, zum Teil leidenschaftliche Erörterungen über die durch das Stück aufgeführten Fragen nach dem Sinn und Wert der heutigen Strafrechtstheorie und -praxis hervorgerufen hat. Es handelt sich bei diesem Stück keineswegs in dem Sinn um ein Tendenzstück wie etwa bei Peter Martin Lampels *Revolte im Erziehungshaus*. Es zeigt etwa, wie manche Delikte von der Justiz erfaßt werden, andere, und dazu oft die schwersten, überhaupt nicht; wie manche Richter gut sind, andere schlecht, manche Gesetze recht, andere schlimm. Infolgedessen werden auch die verschiedenen Fehlsprüche, die im Stück vor dem Zuschauer gefällt werden, keineswegs etwa auf ein schuldhaftes Verhalten der Gerichtspersonen zurückgeführt. Vielmehr

geht der Sinn des Stücks offenbar darauf hinaus, daß die entscheidende Gerichtsinstanz niemals eigentlich außerhalb der Menschen, deren Handlungsweise zum Gegenstand der sittlichen Beurteilung gemacht wird, liegen kann sondern nur in ihnen selbst, und daß allen Gesetzen, Richtern und Gerichtsurteilen darum immer nur, bestenfalls, ein vorläufiger, sozialer, niemals ein wirklich sittlicher Wert zukommen kann. Von dieser sittlichen, wenn man will: religiösen, Auffassung des Verbrechens, der Schuld, des Urteils und der Sühne aus gesehen, wird die Frage nach den für die Strafrechtstheorie und -praxis heute maßgebenden Grundsätzen gleichsam aus dem Zentrum der sittlichen Lebenswerte an den Rand gedrückt, und die Tatsache, daß ein Mensch von der Maschinerie der Rechtsprechung erfaßt oder erdrückt wird, während der andere ihr entgeht, hat zu der sittlichen Bewertung ebensowenig unmittelbare Beziehung wie die Tatsache, daß der eine Mensch diesem, der andere jenem äußern Schicksal verfallen ist. Die Frage nach dem kulturellen Wert solcher Anschauungen soll hier nicht weiter erörtert werden. Vielmehr kommt es hier nur darauf an festzustellen, daß in unserm geistigen Leben augenblicklich eine Art von Literatur aufblüht, die in dem Sinn aktuell ist, daß sie von der Frage nach dem Sinn und Wert des menschlichen Lebens aus wieder alle grundlegenden Kulturgebiete kritisch beleuchtet, ohne ängstliches Schielen nach konventionellen Werten, Einrichtungen, Instanzen. So wie die Werte Wirtschaft, Staat, Politik, Erziehung unter dem Einfluß dieser Literatur heute schon manche hoffnungsvolle Befruchtung erfahren haben, kann auch das Recht durch sie, anders als durch äußere Paragraphen- und Verfahrensänderungen, seinem Sinn und Wert, der Gerechtigkeit und der Gnade, entgegengeführt werden.

Pazifismus Im Auftrag der unter englischer Führung stehenden Internationale der Kriegsdienstgegner gab Franz Kobler im Rotapfelverlag in Zürich unter dem Titel *Gewalt und Gewaltlosigkeit* einen Sammelband heraus, der eine gute Orientierung über die Ausdehnung und die geistigen Grundlagen der genannten Organisation und die ihr nahestehenden Autoren und Gesinnungsgemeinschaften ermöglicht. Unter den Autoren, die in dem Band außer dem Herausgeber selbst vertreten sind, seien Alfred Adler, Mohandas

Karamchand Gandhi, Kurt Hiller, Max Hölz, Theodor Lessing, Hendrik de Man, Leonard Nelson, Arthur Ponsonby, Leonhard Ragaz, Romain Rolland, Helene Stöcker, Armin T. Wegner und Stefan Zweig genannt. Die Bewegung, um die es sich hier handelt, legt Wert auf die Abgrenzung gegenüber demjenigen Pazifismus, der auf die Herbeiführung eines dauernden Friedens durch die Mittel zwischenstaatlicher Organisation gerichtet und dadurch aus einer theoretischen Lehre zu einem Bestandteil praktischer Politik geworden ist. Auch darin wird ein Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Pazifismus gesehen, daß dieser den Krieg und die militärische Organisation der Staaten als historische Voraussetzung für die Erreichung seines Ziels nicht grundsätzlich verwirft. »Das selbe gilt«, so schreibt der Herausgeber im Vorwort, »von dem im demokratischen und im bolschewistischen Sozialismus enthaltenen pazifistischen Kern. Ja, für den Bolschewismus ist der Krieg sogar ein unentbehrliches Mittel der sozialen und dadurch auch der politischen Befriedung der Menschheit.« Die Vorbilder dieser Bewegung sind die conscientious objectors, das heißt die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, ferner Gandhi mit seiner Lehre von der non-violence und ähnlich gerichtete Persönlichkeiten und Bewegungen aus Geschichte und Gegenwart. Immerhin ist es schwer innerhalb der zahlreichen individuellen Prägungen, die hier als "aktiver Pazifismus" zusammengefaßt werden, das nicht nur in negativer Hinsicht Gemeinsame zu erkennen. Der Quäker zum Beispiel widersetzt sich aus Gewissensgründen dem, daß selbst in Kriegszeiten in England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werde oder gar auf ihn selbst zur Anwendung komme. Er meint ganz naiv, daraus folge, daß sich auch der Franzose und der Deutsche ebenso verhalten müssen. Er empfiehlt dem Deutschen gleichfalls die Wehrpflicht abzuschaffen und hat im Grund keine religiösen Einwendungen zu machen, wenn der unverständige Deutsche, der nicht gutwillig die Wehrpflicht abschaffen will, durch die englische Flotte dazu gezwungen wird seinen religiösen Verpflichtungen gegen Gott, die Moral und das englische Interesse nachzukommen. Was würde er nun wohl dazu sagen, wenn eines Tages, mit analoger religiöser Begründung, also zum Zweck der religiösen Erziehung des englischen Volkes, die englische Kriegsflotte für immer auf den

Boden des Ozeans versenkt würde? Würde er wohl in die Kniee sinken und Gott dafür danken, daß nun endlich das Reich der Gewaltlosigkeit auf Erden angebrochen sei? Würde er den Versenkern der englischen Flotte nahelegen nun auch ihrerseits ihre Schiffe freiwillig zu versenken, da sie doch nun ihre historische Mission erfüllt hätten? Würde er nun wohl geneigt sein mit Gandhi den Grundsatz zu bewähren, daß Gewalt nur durch Leiden besiegt werden kann? Es drängt sich hier unwillkürlich die Erinnerung an das biblische Wort auf, daß es Propheten gibt, die in Schafskleidern wandeln, während sie im Innern reißende Wölfe sind (womit natürlich die subjektive Aufrichtigkeit und Gesinnung des hier erwähnten Quäkertypus in keiner Weise in Frage gestellt werden sollen). Die gleichen großen Gedanken, aus verschiedener Lage und von verschiedenen Menschen geäußert, scheinen nicht notwendig die gleiche Richtigkeit, die gleiche Kraft zu haben. Und diese mögliche Verschiedenheit des soziologischen Untergrunds von Ideologien, die mit dem Anspruch auf allgemeinemenschliche Gültigkeit hervortreten, muß auch dann berücksichtigt werden, wenn es sich um die Frage nach der Rolle handelt, die die Gewalt oder die Gewaltlosigkeit im internationalen und intrasozialen Leben der Völker spielt oder spielen kann.

Tagungen Auf der Tagung, die der *Deutsche Philologenverband* zu Pfingsten in Wien abhielt, sprach sich der neugewählte Vorsitzende des Verbandes, der Oberstudien-direktor Felix Behrend, unter anderem für eine durchgreifende Grundsatzgesetzgebung des Reichs in Schulfragen aus, da die Verschiedenartigkeit des Schulwesens in den deutschen Ländern nachgerade zu einer Gefahr für die Einheitlichkeit der deutschen Bildung überhaupt geworden sei.

Auf der Tagung des *Deutschen Lehrervereins*, Ende Mai in Dresden, beschäftigte man sich mit dem Thema Die Schule im Dienst der Volks- und Völkerversöhnung. Die von der Versammlung angenommene Resolution fordert, daß die öffentliche staatliche Volksschule aus dem Gedanken des Volksstaats erwachsen müsse. Das differenzierte und organisch aufgebaute Schulwesen müsse alle Kinder ohne Unterschied von Besitz, Weltanschauung und Bekenntnis ausbilden. Die Schule müsse den Geist der Volks- und Völkerversöhnung pflegen.

Die Lehrer müßten an der Ordnung und Schaffung des Friedens und des Rechts mit den Friedensfreunden aller Länder zusammenarbeiten. Dieses Ziel könne unter anderm, wie der Geschäftsführer des Vereins Leo Raepfel in seinem Referat betonte, durch einen haßfreien Geschichtsunterricht, durch Lehrer- und Schüleraustausch und durch Zusammenarbeit von Lehrer- und Schülergruppen angestrebt und erreicht werden.

In einer gleichzeitig mit der Lehrertagung zu Dresden abgehaltenen Vertreterversammlung des *Preußischen Rektorenvereins* beschäftigte man sich im Anschluß an ein Referat Walther Rieses /Frankfurt/ auch mit der Eingliederung des Schulwesens in die Fragen der kommenden Verwaltungsreform. Es wurde eine auf dem Weg über das Reichsschulgesetz führende Vereinheitlichung der deutschen Schulgesetzgebung verlangt. Diese sollte sich unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit und der Elternrechte auf Schulpflicht, Schulaufsicht, Lehrerbildung, die allgemeine Gestaltung der Lehrpläne, das Sonderschulwesen und alle sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen im Schulwesen erstrecken. Wenn die kommende Verwaltungsreform zu einer Beseitigung der jetzigen Instanzen führen sollte, so wünschen die Rektoren, daß die jetzige Regierungsinstanz verschwinde, und neben einem Reichsministerium nur noch die Behörden der Provinz und des Kreises mit Schulfragen befaßt werden sollen.

Auf der Reichstagung des *Deutschen Republikanischen Lehrerbunds*, die zu Pfingsten in Kassel stattfand, berichtete man unter anderm von der Einrichtung einer Prüfstelle für Geschichtsbücher.

Ende Mai wurde vom *Internationalen Institut für Geistige Zusammenarbeit* in Paris eine Konferenz abgehalten, auf der die Förderung internationaler Schülerkorrespondenzen erörtert wurde.

Totenliste

Am 1. Januar starb in Angora der türkische Unterrichtsminister *Mustapha Nedjati*, erst 35 Jahre alt, an den Folgen einer Blinddarmoperation. Ein merkwürdiges Geschick wollte es, daß er in der selben Stunde starb, als an allen türkischen Schulen die von ihm organisierten Zwangskurse für die Erwachsenen zur Erlernung der neuen von ihm eingeführten Schrift feierlich eröffnet wurden. Nedjati war ursprünglich Lehrer in Smyrna. Später wurde er Vertrauter Kemals und eifrigster Parteigänger der

Entorientalisierung der Türkei. Die europäische Schrift sollte der Ausdruck dessen sein. Vorläufig freilich scheint ihre Einführung ein Schlag ins Wasser. Die Zukunft des Orients hängt von anderen Faktoren ab als dem bloß rationalistischen Fanatismus der nach Europa (und mehr noch Amerika) Strebenden.

In der 1. Januarhälfte starb *Richard Grelling* in seinem italienischen Exil in Florenz, in seinem 76. Lebensjahr. Grelling war Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft. Während des Weltkriegs, im Jahr 1915, veröffentlichte er von der Schweiz aus sein mehrbändiges Werk *J'accuse*, das an der Hand einer riesigen Reihe von Dokumenten Deutschland die volle Schuld am Weltkrieg zuschrieb. Die Unzulänglichkeit einer solchen Beweisführung auf Grund der Akten tritt hier klar hervor (ebenso wie heute auf der entgegengesetzten Seite, bei den Verfechtern der "Schuldfrage"). Die Ehrlichkeit und das rücksichtslose Wahrheitsstreben wird man aber bei Grelling anerkennen müssen.

Im Februar starb in Berlin der Philologe *Paul Stenzel*, nach vollendetem 78. Lebensjahr. Er gehörte ein ganzes Menschenalter hindurch dem Lehrkörper des alten Joachimsthaler Gymnasiums an. Seine Arbeiten über griechische Altertümer und griechische Opferbräuche sind den auf diesem Gebiet arbeitenden Gelehrten treffliches Handwerkszeug.

Im März starb in Berlin der langjährige Direktor der Preußischen Staatsbibliothek *Heinrich Meißner*, kurz vor der Vollendung seines 80. Lebensjahrs. Er gehörte dem Beamtenkörper der Staatsbibliothek seit 47 Jahren an. Neben seiner Amtstätigkeit widmete sich Meißner wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der Literatur- und Kulturgeschichte. Im Jahr 1891 gründete er gemeinsam mit Mommsen, Weinhold und Erich Schmidt die Berliner Literaturarchivgesellschaft, deren Vorsitz er viele Jahre hindurch führte.

Eine Vorkämpferin des Friedensgedankens, *Aline Menard-Dorian*, starb in der Nacht vom 27. zum 28. Juni in Paris. Sie ist 80 Jahre alt geworden, war zuletzt gelähmt und der Sprache beraubt, so daß sie sich nicht mehr mit denen verständigen konnte, die mit ihr durch die gemeinsame Sache verbunden waren. Als Vizepräsidentin der Französischen Liga für Menschenrechte setzte sie sich mit dem Elan eines ungebrochenen Gefühls stets für die Verfolgten und Unterdrückten aller Länder ein. In ihrem Haus

in der Rue de la Faisanderie, am Bois de Boulogne, von Hellmut von Gerlach die »Herberge der Pazifisten« genannt, trafen sich alle Menschen europäischer Gesinnung und freiheitlichen Geistes, und namentlich die, die im Exil leben mußten: Kerenskij wie Turati, Unamuno, Karolyi und die Sozialisten Georgiens. Die Einflüsse, die von dem Haus dieses wirklichen Menschen auf die Politik ausgingen, waren von den besten Traditionen der Französischen Revolution, von der unsterblichen Maxime der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, getragen.

Kurze Chronik Nach einer Schätzung, die L. Achner kürzlich in den Ärztlichen Mitteilungen angestellt hat, gibt es in Deutschland augenblicklich etwa 330 000 erwerbstätige Akademiker, von denen mindestens 10 000 stellunglos sind. Die Anzahl der Studierenden an den deutschen Hochschulen ist in den letzten 3 Jahren von 90 000 auf 112 000 gestiegen. Nach der von Achner angestellten Prognose werden wir nach 3 Jahren um 100 000 Akademiker zu viel in Deutschland haben, und in 8 Jahren wird es eben so viele stellenlose wie angestellte Akademiker, das heißt eine Überproduktion von 100 % geben. Da die jährliche Vermehrung der Akademikerstellen um mehr als 1 % jährlich, die erforderlich wäre, um dieser Überproduktion vorzubeugen, kaum durchgeführt werden kann, fordert Achner, daß die Mittelschule künftig eine entsprechend strengere Auswahl bei der Zuteilung der Hochschulreife vornehmen müsse; also wieder nur eine Zuflucht zum "Berechtigungswesen", kein Erfassen der sozialen Triebkräfte. ◊ Eine Konferenz von Vertretern der Evangelischen Kirchen Deutschlands beschloß den Kirchen zu empfehlen: den *Verfassungstag* in diesem Jahr durch gottesdienstliche Veranstaltungen zu feiern. Nach einer vom Strafsenat des Kammergerichts in Berlin gefällten Entscheidung sind Eltern schulpflichtiger Kinder in Preußen gesetzlich verpflichtet ihre Kinder an den von der Volksschule veranstalteten Verfassungsfeiern teilnehmen zu lassen. Die Verpflichtung ergibt sich aus § 7 des Preußischen Schulpflichtgesetzes vom 15. Dezember 1927, nach dem die Erziehungsberechtigten Strafe verirken, wenn schulpflichtige Kinder den Unterricht in der Schule ohne genügenden Grund versäumen oder an ihren Veranstaltungen nicht teilnehmen. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob

der Verfassungstag gesetzlich anerkannter freier Tag ist oder nicht. ◊ Rabin-dranath Tagore, der zu einer mehrmonatigen Vortragsreise über Canada nach den *Vereinigten Staaten von Amerika* gekommen war, fühlte sich von dem, was er dort erlebte, so enttäuscht, daß er fluchtartig Amerika wieder verließ. Er erklärte, er sei von den amerikanischen Einwanderungsbehörden in höchst unwürdiger Weise behandelt und mit völlig absurden Fragen belästigt worden, und es scheine ihm, daß das einzige, was den Amerikaner an Asien interessierte, sexuelle Perversionen seien.

Literatur Die 2. Auflage eines im Jahr 1921 veröffentlichten Werks *Die Kultur der Gegenwart* /Stuttgart, Ferdinand Enke/ hat *Emil Utitz* unter dem Titel *Die Kultur in der Epoche des Weltkrieges* erscheinen lassen. Der Text des Originalwerks, das aus Vorlesungen an der Universität Rostock hervorgegangen ist, wurde vom Verfasser in der neuen Auflage absichtlich nicht verändert, da das Buch mehr einen Überblick über die Manifestationen des etwa bis zum Ende des Weltkrieges herrschenden naturwissenschaftlichen Lebensgefühls und die damals erst leise auftretenden Symptome für dessen Erschütterung darbieten wollte als eine Schilderung der neuen konstruktiven Mächte, die sich heute bereits deutlicher erkennen lassen, und denen er ein weiteres besonderes Buch *Die Überwindung des Expressionismus* /Stuttgart, Ferdinand Enke/ gewidmet hat. Utitz meint, daß zu der Zeit, da er seine Darstellung niederschrieb, das im wesentlichen auf die Renaissance zurückgehende naturwissenschaftliche Lebensgefühl in seiner Herrschaft bereits durch entgegengesetzt gerichtete Strömungen bedroht war, die nun immer mehr Wirkungskraft gewannen. Die Schilderung dieses Zersetzungsprozesses, der sich auf der Seite der zersetzenden Kräfte gegen Ende des Weltkrieges noch in bloßen Haßreaktionen gegen das herrschende Lebensgefühl, in verschwommenen Zukunftsprogrammen und in romantischem Kult vergangener Werte zu äußern pflegte, des damit verbundenen Gegeneinanderwirkens der Kräfte auf allen grundlegend wichtigen Kulturgebieten, ist dem Verfasser gut gelungen, und so wird seine Darstellung, obwohl von einer heute nicht mehr im strengen Sinn aktuellen Pro-blemlage aus gegeben, auch für die nächste Zeit noch ihren Wert behalten.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Politische Tätigkeit Vor 10 Jahren erhielten die deutschen Frauen das Wahlrecht. Die Vollendung dieser

ersten längeren Periode parlamentarischer Frauenarbeit gibt zu verschiedenen Fragen und Betrachtungen Anlaß. An mehreren Stellen wurden in der Frauenbewegung Rückblicke auf das in dieser Zeit Geleistete und Erreichte angestellt. Marie Juchacz schrieb im Vorwärts vom 19. Januar 1929 einen Artikel 10 Jahre Frauenwahlrecht, die Frau veröffentlichte im Februar verschiedene Aufsätze über die politische Schulung der Frauen in den einzelnen Parteien, im April einen Überblick über 10 Jahre parlamentarischer Frauenarbeit in Österreich, die Christliche Frau ließ im März alle katholischen Abgeordneten der Nationalversammlung über ihre Erfahrungen in parlamentarischer Arbeit berichten und veröffentlichte gleichzeitig eine aufschlußreiche Statistik über die Entwicklung der Frauenarbeit im Reichstag von 1919 bis 1928, über die Anzahl der Mandate, über die Vertretung der Frauen in den verschiedenen Kommissionen, über ihre Reden im Plenum. Etwa gleichzeitig erschienen in den Nachrichten des Internationalen Frauenbundes, unter der Überschrift Was namhafte Männer von der Tätigkeit der Frau im Leben der Öffentlichkeit halten, eine Reihe von Ausführungen führender Politiker verschiedener Nationen, so Masaryks und Zahles, über politische Frauenarbeit. Da in den Ländern, über die hier berichtet wird, zum Teil ebenfalls Frauenwahlrecht besteht, ergeben sich aus diesen Äußerungen manche Vergleichspunkte.

Als allgemein festgestelltes Resultat der politischen Gleichberechtigung und Mitarbeit der Frauen erscheint, daß die großen Hoffnungen, die man vielfach vorher daran knüpfte, sich kaum irgendwo erfüllt haben, daß sie aber doch in ziemlich weitem Umfang durchaus positiv gewertet wird. Die im Nachrichtenblatt des Internationalen Frauenbundes zu Wort kommenden Politiker sprechen sich überall da, wo die Gleichberechtigung besteht, anerkennend über die politische Tätigkeit der Frau und da, wo sie nicht besteht, für ihre Durchführung aus. Am wenigsten haben wohl die wahlberechtigten Frauen selbst Anlaß mit dem bisher Erreichten zufrieden zu sein. Der Einfluß der Frauen in den Parlamenten, ihre zahlenmäßige Vertretung ist in Anbetracht dessen, daß meist der größere Teil der Wählerschaft aus Frauen besteht,

außerordentlich gering. Im Deutschen Reichstag ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten seit 1919 von 37 auf 33, prozentual zur Gesamtzahl der Abgeordneten von 8,75 auf 6,72% zurückgegangen. Und nur in Finnland ist der Prozentsatz der Frauen im Parlament höher, er beträgt etwa 10%. Der Grund dessen liegt natürlich zum großen Teil in dem Widerstand, der von seiten der Männer der politischen Betätigung der Frauen entgegengesetzt wird, zum Teil aber auch darin, daß die weiblichen Wähler selbst an ihrer Vertretung durch Frauen kein genügendes Interesse zeigen. So wird aus Finnland berichtet, daß in jedem Wahlkreis jede Partei eine Frau aufstellt, und daß die Frauen nur ihr ihre Stimme zu geben brauchten, um eine größere Anzahl weiblicher Abgeordneter zu erreichen, daß dies aber, wie die Wahlergebnisse zeigen, nicht geschieht. Immerhin ist in Finnland die Anzahl der gewählten Frauen höher als bei uns, wo das System der gebundenen Listen den Wählern gar nicht die Möglichkeit gibt einen Kandidaten, sei er männlich oder weiblich, persönlich zu wählen. Auf jeden Fall ist offenbar und jetzt auch wohl überall erkannt, daß die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht für die politische Entscheidung nicht ausschlaggebend ist. Weltanschauung und soziale Lage bestimmen die parteimäßige Gruppierung der Frauen. Man ist daher jetzt ziemlich allgemein von der Aufstellung besonderer Frauenlisten, die in früheren Jahren häufiger diskutiert und auch versucht wurde, zurückgekommen. Nur bei Gemeindewahlen denkt man, wie das Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine berichtet, an selbständige Frauenlisten, die Frauen verschiedener Parteien vereinigen sollen, um so eine stärkere Vertretung der Frauen in den Stadtvertretungen zu erreichen. Aus Lettland wird berichtet, daß bei Gemeindewahlen verschiedentlich Frauenlisten aufgestellt worden sind, und daß es scheint, als ob sich diese Bewegung ausbreite und vielleicht auch bei den Parlamentswahlen im Oktober auswirken werde. An der natürlich gegebenen Einordnung der Frauen in das bestehende System der Partei liegt es wohl im wesentlichen, daß ihr Eintritt ins politische Leben keine großen, weithin sichtbaren Veränderungen hervorrief. Ideen und Ziele, die allen Frauen gemeinsam sind, waren offenbar nicht vorhanden oder durch die verschiedenen politischen Anschauungen sehr stark modifiziert, so daß von den

Frauen nicht, wie man es vorher vielfach gehofft hatte, irgendein entscheidender Impuls ausgehen konnte. Ein umgestaltender Einfluß der politischen Frauenarbeit müßte sich mehr im Stillen vollziehen und könnte erst nach längerer Zeit deutlich fühlbar werden. Selbstverständlich ist dazu auch eine weiter umfassende und lebendigere Politisierung der Frauen notwendig. Die in der Frau veröffentlichten Aufsätze zeigen, wie sich die verschiedenen Parteien um diese Schulung der Frauen bemühen, aber auch zugleich, wie stark dadurch die Frauen an die Parteien gebunden, in den Anschauungen der Parteien gefestigt werden, und wie groß die Gegensätze zwischen ihnen sind. Dabei fehlt in dieser Reihe noch ein Bericht der deutschnationalen Frauen, der die Spannung zwischen den verschiedenen Kreisen der Frauen noch deutlicher gemacht hätte. Doch schon die Tatsache, daß die Frauen der Deutschnationalen Volkspartei, wie die Redaktion der Frau mitteilt, es ablehnten sich in diesem Rahmen über ihre politische Arbeit zu äußern, spricht für die bestehende Spannung.

Über die Verteilung der Frauenstimmen auf die verschiedenen Parteien ließen sich nach der letzten Reichstagswahl, bei der in einer größeren Anzahl von Bezirken nach Geschlechtern getrennt gewählt wurde, interessante Feststellungen machen. Heinrich Zurkühlen stellte in der Frau einige Berechnungen an, er zählte die Stimmen aus den verschiedenen Bezirken, die etwa 14,5% der Wahlberechtigten umfassen, zusammen und fand, daß sich das Verhältnis der Männer zu den Frauenstimmen bei den einzelnen Parteien folgendermaßen gestaltet: Zentrum 38,8 : 61,2, Deutschnationale 41,6 : 58,4, Volksrechtsparteien 44,3 : 55,7, Deutsche Volkspartei 46,0 : 54,0, Völkische 46,4 : 53,6, Demokraten 49,0 : 51,0, Sozialdemokraten 49,2 : 50,8, Wirtschaftspartei 50,2 : 49,8, Kommunisten 54,5 : 45,5, Nationalisten 57,3 : 42,7. Stellt man diesen Zahlen die der weiblichen Abgeordneten in den einzelnen Parteien gegenüber, so zeigt sich, daß der Einfluß, den die Parteien den Frauen einräumen, für die Stimmabgabe der Wählerinnen offenbar kaum ins Gewicht fällt. Die Parteien, die verhältnismäßig die meisten weiblichen Abgeordneten haben, Sozialdemokraten und Demokraten, erhalten kaum mehr Frauen- als Männerstimmen, während das Zentrum und die Rechtsparteien, die sehr wenige Frauen in die Parlamente schicken, von den weiblichen

Wählern bevorzugt werden. Die Nationalsozialisten stellen überhaupt keine Frau auf, die Kommunisten haben einen sehr hohen Prozentsatz an weiblichen Abgeordneten, höher als das Zentrum, die Frauen wenden sich von beiden Parteien in gleicher Weise ab. Wieder ein Beweis, wie wenig die Frauen bewußt als Frauen wählen. Im übrigen hat Anna Siemsen hier in ihrem Artikel Die Frauenwahlen (1928 II Seite 573 und folgende) gezeigt, daß bei einer Betrachtung der einzelnen Wahlkreise die Verteilung der Frauenstimmen sich je nach der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung sehr verschieden gestaltet, und daß sich endgültige Feststellungen über eine Gesamttendenz der weiblichen Wählerschaft noch nicht machen lassen.

Ebensowenig läßt sich heute schon mit Bestimmtheit sagen, welche Wandlungen ein starker Fraueneinfluß im öffentlichen Leben bewirken würde. Aus allen Berichten, aus Deutschland wie aus anderen Ländern, geht hervor, daß die Frauen bisher die stärkste Initiative auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Bildungswesens entfalten. Im Deutschen Reichstag sind sie nur in den Ausschüssen für soziale Angelegenheiten, für Bevölkerungspolitik in größerer Zahl vertreten; lediglich die Sozialdemokratische Partei hat auch in den meisten anderen Ausschüssen 1 oder 2 Frauen. In der Gesetzgebung haben die Frauen vor allem an sozialen Problemen, wie Jugendwohlfahrt, Jugendgerichtshilfe, Reichswochenhilfe, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, mitgearbeitet. Aus Österreich wird berichtet, daß die Frauen an der Hebung des Mädchenbildungswesens und an der Ausarbeitung sozialer Gesetze stark beteiligt waren. Auch in den Artikeln im Nachrichtenblatt des Internationalen Frauenbundes wiederholt sich immer wieder die Anerkennung der sozialen Frauenarbeit. Daß überhaupt auf einem Gebiet die politische Arbeit der Frauen intensiv wirksam geworden ist, kann als erstes positives Ergebnis der politischen Gleichberechtigung angesehen werden. Ebenso ist es von Wert, daß die eigentlichen Frauenfragen: die Gleichberechtigung im beruflichen Leben, die Ehe- und Familienrechtsfragen, infolge der politischen Mitverantwortung der Frauen mit einer ganz andern Intensität durchdacht und verfochten werden müssen. Es ist zu hoffen, daß die Frauen allmählich tiefer in das politische Leben und seine Aufgaben hineinwachsen, auch in die, die ihnen jetzt noch ferner liegen.

Pazifismus Nächst den speziellen Frauenfragen und der sozialen Fürsorge ist es vor allem das Problem des Friedens, der Verhinderung von Kriegen, das unter den Frauen dem lebhaftesten Interesse begegnet. Die eigentlich politische Tätigkeit der Frauen erschöpft sich dabei allerdings zum großen Teil in allgemeinen Friedenskundgebungen und im Ablehnen aller irgendwie mit dem Krieg zusammenhängenden Maßnahmen. (Die "naturgegebene" Friedensgesinnung der Frau wird allerdings fragwürdig, wenn man an die weibliche Begeisterung während des Weltkriegs denkt, und wenn man erfährt, daß auch jetzt noch, 10 Jahre nach Kriegsende, in einem Diskussionsabend des Deutschen Lyzeumklubs in Berlin am 16. April Frauen aufs heftigste das Buch *Remarques Im Westen nichts Neues* als jämmerlich und unheldisch verurteilten, weil es die Kriegsgesinnung lähme. Das ist, mag auch nur eine kleine Zahl von Frauen so denken, doch eine Warnung vor vorschnell aufgestellten Dogmen über Frauenart.) Die pazifistische Arbeit der Frau hat an sich wenig unmittelbar politische Bedeutung, kann aber immerhin der Stärkung und Ausbreitung des Friedensgedankens und der Verständigungsbereitschaft im Bewußtsein der Massen dienen. Vorwiegend in diesem Sinn ist die vielseitige Propagandatätigkeit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit zu bewerten, über deren letzte Periode von 1926 bis 1928 der 5. Teil der Publikation *Völkerversöhnende Frauenarbeit* berichtet, die von der Liga herausgegeben und durch die Materialversandstelle in Berlin zu beziehen ist. Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, die im August 1928 in Brüssel tagte, beschäftigte sich eingehend mit der Bestimmung des französischen Wehrgesetzes, daß in Kriegszeiten die Frauen zur indirekten Kriegsdienstleistung, das heißt zur industriellen Arbeit im Inland, verpflichtet seien, einer Bestimmung, die von der Kammer angenommen, vom Senat aber abgelehnt wurde. Auf der Konferenz wollte man aber prinzipiell zu der Frage der "Mobilisierung der Frauen" Stellung nehmen. Die französische Rednerin verteidigte das Gesetz mit der Begründung, daß es die Kriegslasten gleichmäßig auf alle sozialen Klassen verteile und dadurch indirekt dem Frieden diene, weil es in allen Kreisen den Abscheu vor dem Krieg erwecken werde. Die Vertreterinnen der anderen Nationen sprachen sich jedoch sämtlich gegen derar-

tige Maßnahmen aus, weil sie geeignet seien den Kampf gegen den Krieg zu gefährden, weil sie im Krieg selbst zur Verlängerung des Krieges beitragen würden. Also die alten negativen Argumente, wie sie nicht nur unter den Frauen sondern auch in der Partei im allgemeinen stets wiederholt werden, statt einer positiven Kriegsverhinderungspolitik, die für Europa die Zusammenfassung des Kontinents erfordert. Eine Resolution jenes Inhalts wurde gegen die Stimme der französischen Genossin angenommen. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete vom 4. bis zum 6. Januar 1929 in Frankfurt eine Studienkonferenz über moderne Kriegsmethoden und den Schutz der Zivilbevölkerung, um der Unwissenheit und Ungleichgültigkeit, die diesen Dingen gegenüber weithin herrscht, entgegenzuwirken. Wissenschaftler und Politiker verschiedener Nationen schilderten die Wirkungen des Giftgaskriegs, die Unmöglichkeit eines wirksamen Schutzes der Zivilbevölkerung. Ihre Ausführungen gipfelten übereinstimmend darin, daß die Verheerungen, die ein künftiger Krieg anrichten würde, durch keinerlei einschränkende Vereinbarungen oder dergleichen gemildert werden könnten, daß das einzige Abwehrmittel sei den Krieg an sich zu bekämpfen. Auch hier fehlte ein klares politisches Programm, das gezeigt hätte, wie dieser Kampf zu führen sei.

Tagungen Vom 24. bis zum 30. April 1928 fand im Haag der 7. Kongreß der *Internationalen Vereinigung Katholischer Frauenorganisationen der Welt* statt, auf dem 23 Nationen vertreten waren. Das Thema der Verhandlungen war die christliche Erneuerung der Familie. Im einzelnen behandelte man die Rechtsstellung des unehelichen Kindes, die Ehescheidung, die Geburtenbeschränkung. Der Standpunkt der katholischen Frauen ist in diesen Fragen durch die Lehren ihrer Kirche bestimmt, doch zeigte sich, daß sie sich den Problemen der Gegenwart nicht verschließen; so verlangte die französische Rednerin einen weitgehenden Schutz für das uneheliche Kind, wenn auch, im Interesse der Familie, der Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern aufrechterhalten werden solle. In Paris tagte vom 11. bis zum 13. Mai der *Internationale Ärztinnenbund*. Er stellt keine Berufsorganisation dar sondern will sich mit den Aufgaben, die der Frau als Ärztin auf sozialem und huma-

nitärem Gebiet gestellt sind, auseinandersetzen. Auf dieser Tagung behandelten mehrere Referate die sexuelle Erziehung der Kinder und Jugendlichen, die dann in einer Resolution grundsätzlich verlangt wurde, und die Schmerzbetäubung bei der Geburt.

In Paris wurde vom 14. bis zum 16. Februar 1929 eine Tagung des *Bundes Französischer Frauenvereine* veranstaltet, die sich *Les Etats Généraux du Féminisme* nannte. In verschiedenen Vorträgen wurde ein Bild der beruflichen und öffentlichen Tätigkeit der französischen Frauen entrollt, und man stellte Forderungen an die Gesetzgebung. Das eigentliche Ziel ist das politische Stimmrecht. Der Regierung wurde eine Resolution übermittelt, und diese versprach Vorschläge über das kommunale Stimmrecht der Frauen zu unterstützen. Die Veranstaltung fand in der internationalen Frauenbewegung lebhaftes Interesse. Der Bund Deutscher Frauenvereine sandte ein Telegramm, das der Tagung Erfolg wünschte.

Informationsmittel

Unter dem Titel *Frauen suchen ihr Recht* /Stuttgart, Franckhsche Verlagshandlung/ hat August Heuß die geltenden Bestimmungen, die die *Rechtslage* der Frau betreffen, übersichtlich zusammengestellt; in einzelnen Punkten wird auch auf bevorstehende Reformen hingewiesen. Das Buch ist als praktisches Hilfsmittel für Frauen gedacht und wohl geeignet diese über die bestehenden Rechtsverhältnisse zu orientieren.

Das Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine für 1927-1928 /Mannheim, J. Bensheimer/ stellt diesmal im wesentlichen ein *Nachschlagewerk* dar. Es berichtet in gedrängter Form über die Tätigkeit des Bundes und seiner einzelnen Ausschüsse, über Berufsfragen, ferner über verschiedene Zweige der Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge.

Über den Arbeiterinnenschutz in *Österreich* orientiert gut die in dieser Rundschau bereits erwähnte Schrift Käthe Leichters *Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich* /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/. Dort bestehen, mit einer Reihe von Ausnahmen und Einschränkungen, die 44-Stunden-Woche und der freie Samstagmittag für Frauen und Jugendliche. Auf dem Gebiet des Mutterschutzes gelten in den verschiedenen Berufsgruppen und teilweise auch in den verschiedenen Ländern verschiedene Bestimmungen. Sie gehen nicht so weit wie die in Deutschland.

Kurze Chronik Aus dem 1. Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß seit 1913 in Deutschland die Vermittlung von *angelernten und Facharbeiterinnen* prozentual gestiegen ist. ◊ Im Deutschen Reichstag wurde eine Resolution angenommen, die von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs fordert, nach dem der *Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz* für die Landarbeiterinnen und die Hausgehilfinnen geregelt wird. ◊ *An deutschen Hochschulen* sind zurzeit 46 Dozentinnen tätig, 2 als ordentliche Professoren, 17 als außerordentliche, 27 als Privatdozentinnen. 8 sind Medizinerinnen, 13 Naturwissenschaftlerinnen, 4 lehren Psychologie und Pädagogik, 10 Sprach- und Literaturwissenschaft, 5 Geschichte und Archäologie, 4 Nationalökonomie. ◊ In Wien wurde eine *Mütherschule* eingerichtet, die in Nachmittags- und Abendkursen Frauen und Mädchen über Kinderpflege und Erziehungsfragen unterrichtet. ◊ In Polen hat die katholische Kirche in der *Eheschließungsformel* das Gelübde des Gehorsams für die Frau abgeschafft. ◊ Im neuen Strafgesetzentwurf der Tschechoslowakei ist die Frage der *Abtreibungsfreiheit* so geregelt, daß eine Mutter von 3 Kindern berechtigt ist die Geburt des 4. Kindes zu verhindern. Ferner ist bei Vergewaltigung der Eingriff erlaubt. Endlich ist eine Art sozialer Indikation vorgesehen: Die Abtreibung ist gestattet, wenn eine Geburt die wirtschaftliche Lage der Familie ungünstig beeinflusst. ◊ Auf dem Kongreßplatz in Wien wurde vor kurzem ein Monument der *Bildhauerin* Teresa Ries aufgestellt; es heißt *Die Unbesiegbaren* und stellt eine Gruppe männlicher Gesaltten in gemeinschaftlicher Arbeit dar.

Literatur

Erna Meyer, die in dieser Rundschau (1929 I Seite 59) bereits erwähnte Verfasserin des Buches *Der neue Haushalt* und Herausgeberin des *Hausfrauentaschenkalenders*, redigiert jetzt auch eine neue Zeitschrift, betitelt *Neue Hauswirtschaft* /Stuttgart, K. Thienemann/. Dieses Organ will die Frau über alle Erfahrungen in Hausbau, Wohnungseinrichtungen, Gesundheitsfragen, Ernährung, Kochchemie, Kinderbeschäftigung informieren und auf die Zusammenhänge zwischen Hauswirtschaft und Volks- und Weltwirtschaft sowohl wie Pädagogik und Soziologie aufmerksam machen, an die man sonst kaum zu denken pflegt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Naturphilosophie

Die großen Prinzipien, nach denen die Natur gedacht wird, und unter deren Einfluß wir auch heute noch weitgehend stehen, sind von den Philosophen und Physikern des 17. und 18. Jahrhunderts geformt worden. Die mechanistische Naturanschauung, die sich so entwickelte, und die im 19. Jahrhundert von Erfolg zu Erfolg schritt und ein Gebäude naturwissenschaftlichen Denkens von staunenswerter Geschlossenheit aufrichtete, hat ihren Triumph nicht zum geringsten Teil darin, daß sie die Technik geschaffen, ja überhaupt erst ermöglicht hat. Man soll es sich einmal ganz klar machen, daß wir mit allen Einrichtungen landwirtschaftlicher, hygienischer und industrieller Technik die Erben jener Philosophen-, Mathematiker- und Naturforschergeneration des 17. Jahrhunderts sind, und man begreift dann um so mehr die katastrophale Bedeutung jenes Ereignisses, dessen Zeugen wir heute sind: des Sturzes der mathematisch-mechanischen Naturanschauung. Gewiß, schon die Philosophie des nachkantischen Idealismus hat sich mit aller Energie von dieser Naturanschauung abgewandt und eine organologische an ihre Stelle zu setzen gesucht. Aber dieser Versuch war zum Scheitern verurteilt, nicht nur wegen seiner praktischen Ergebnislosigkeit sondern auch wegen der schweren methodischen Mängel seiner Begründung. Er blieb ein Intermezzo, und die Naturforscher knüpften an die Traditionen des 18. Jahrhunderts an. Was sich aber heute vor unseren Augen vollzieht, ist nicht nur eine Hinwendung zur romantischen Naturphilosophie von Kreisen, die außerhalb der naturwissenschaftlichen Forschungsarbeit stehen, sondern der Naturwissenschaft zerbrechen unter der Hand die begrifflichen und methodischen Werkzeuge, mit denen sie jahrhundertlang gearbeitet hat. Das Prinzip der durchgängigen Gültigkeit des Kausalgesetzes beispielsweise, daß sich nur sehr langsam im allgemeinen Bewußtsein Anerkennung verschafft hat, hat noch kürzlich einen Triumph gefeiert: in der Psychoanalyse. Aber die Wissenschaft, die sich zuerst für seine Bedeutung einsetzte, die Physik, ist heute daran es zu stürzen, in seiner Allgemeingültigkeit wenigstens. Bezeichnend für die Umwandlung, in der die Naturwissenschaften stehen, ist der heutige Zustand der Medizin,

die sich in bedeutenden Vertretern von der physikalisch-chemischen Betrachtungsweise des 19. Jahrhunderts abwendet. Organologische und teleologische Betrachtungsweise treten an die Stelle der mechanisch-kausalen, psychologische Erklärungen an die Stelle der physikalisch-chemischen.

Die tiefere Begründung für jenen Wandel hat man in einer erkenntnistheoretischen Überlegung zu suchen, die schon Nietzsche nicht fremd war, die aber erst bei James und Bergson durchgeführt worden ist. Der Verstand nämlich, so gehen diese Gedanken, ist eigentlich nur ein Werkzeug zur praktischen Orientierung in der Wirklichkeit. Seine Begriffe und Denkformen sind höchstens der anorganischen Welt angemessen, versagen aber bei dem Versuch mit ihnen das Leben begreifen zu wollen. Nur auf dem Weg der Versenkung in uns selbst, des Erlebens unserer Lebendigkeit, erfassen wir in einem Akt der Anteilnahme und der innern Anschauung das Wesen des Lebens. Nicht das begriffliche Denken gibt uns Erkenntnis, sondern dies vermag allein die Intuition zu tun.

Über den Standpunkt Bergsons weit hinaus geht der Münchener Paläontologe *Edgar Dacqué* in seinen Arbeiten, die in den letzten Jahren Aufsehen erregt haben. Zusammenfassend hat er seinen Standpunkt in seinem Buch *Natur und Seele* (München, R. Oldenbourg) dargestellt. Dieses Buch, das der Verfasser einen »Beitrag zur magischen Weltlehre« nennt, stellt die härtesten Anforderungen an das gutwillige Mitgehen des unter dem Einfluß der Wissenschaftskultur Stehenden, wie sie sich in den letzten Jahrhunderten entwickelt hat. Auch wenn man zugibt, daß manches im Schrifttum der letzten Jahre auf Wegen wandelt, die in der Richtung der von *Dacqué* vorgetragenen Gedanken liegen, und wenn man sich von vielem auch bereitwillig hat führen lassen, so erscheint doch das hier Vorgetragene allzu außerordentlich und ungewöhnlich, so daß man keinerlei Handhaben zur Beurteilung in unserer gegenwärtig geltenden Erkenntnismethodik hat, man müßte sich denn damit begnügen historische Beziehungen und Ähnlichkeiten des hier Ausgesprochenen zu Gedanken aufzuweisen, wie sie beispielsweise in der Romantik auftraten, womit aber für eine sachliche Beurteilung noch nichts gewonnen wäre. *Dacqué* ist zutiefst von der Einsicht durchdrungen, daß unsere gesamte Naturwissenschaft nur äußerlichstes Re-

gistrieren ist, und daß ihr jeder Erkenntniswert eigentlich abzusprechen sei, weil sie mit ihrer Methode und ihren Kategorien gerade das Wesentlichste am Sein übersehe. Nun läßt sich gewiß grundsätzlich die Frage aufwerfen, ob es nicht neben jenem Erkenntnisssystem, das unsere Wissenschaft darstellt, noch sehr viele andere Systeme gibt, denen möglicherweise ein höherer Erkenntniswert zuzusprechen sei. Es wäre dies die Übertragung der alten metaphysischen Frage von den anderen möglichen Welten und ihrem Unterschied zu unserer wirklichen Welt auf das Gebiet der Erkenntnis.

Doch wenden wir uns Dacqué selbst zu. Er fordert eine magische »Weltsicht«, die »darin gründet und darin sich bestätigt, daß das eigene lebendige Wesen des Menschen von innen her mit dem schaffenden Wesen der Natur eins ist... in einem tiefen und unmittelbar wirksamen Lebensinn. Daher ist jede Naturerscheinung im Gesamtkosmos auch in bestimmter Weise Ausdruck der Menschenseele und umgekehrt.« Diese Einsicht soll aber nicht auf dem Weg einer begrifflichen Reflexion und auf Grund von Analogie- und Induktionsschlüssen gewonnen werden, wie etwa der Panpsychismus Fechners, sondern auf Grund einer innern Versenkung und Hellsichtigkeit, einer Schauung, in der es nichts räumlich Auseinanderliegendes und nichts zeitlich Aufeinanderfolgendes gibt. Während Dacqué das gewöhnliche Hellsehen als eine niedere Funktion gegenüber der intuitiven Schau verwirft, weil auch in jenem noch Elemente von den naturwissenschaftlich-intellektualistischen Verdinglichungen vorhanden sind, wird in der magischen Intuition die Erkenntnis aus der geschauten Einheit alles Seins mit dem Menschen gewonnen. Es ergibt sich dann auch, daß diese Einheit die Grundlage für ein magisches Wirken des Menschen auf die Natur ist, das heißt für ein Wirken ohne technische Mittel. Bei der Durchführung dieses Gedankens im einzelnen wird alles das als real angenommen, was die okkulten Lehren und der sogenannte Volksaberglaube seit Jahrtausenden lehren, nämlich das Fortleben der Seele nach dem Tod und die Möglichkeit ihres Herbeizitierens, das Spuken, Wahrträume, Astrologie, sympathetische Heilung und Zaubern. Auch auffallende Vorkommnisse, wie das gehäufte Eintreten des selben Ereignisses und ähnliches, was man gewöhnlich als "Zufall" nimmt, wird von Dacqué herangezogen, als nur durch eine magische

Weltauffassung erklärbar. Nach dieser Auffassung sind große Naturkatastrophen, Kriege und Revolutionen der Ausdruck eines entsprechenden Zustands in der menschlichen Seele. Magisch ist alles Naturgeschehen, also auch die stammesgeschichtliche Entstehung der organischen Formen, wobei Dacqué die Theorie Lamarcks zugrunde legt, die Anpassung der Organismen an ihre Umgebung, zum Beispiel die Schutzfärbung, die Entstehung von Krankheiten. Wir Menschen seien heute zur magischen Erkenntnis nicht befähigt. Die Menschen geologisch weit zurückliegender Perioden (nach Dacqué lebt der Mensch, wenn auch in anderer Form, schon im Paläozoikum) hätten die magische Erkenntnis gehabt, die sich später zum gewöhnlichen Hellsehen verflachte, und dann, durch das Überwiegen des Großhirns, zur ausschließlichen Entwicklung des Intellekts führte.

Das Buch Dacqués ist von Bedeutung: weniger wegen seiner sachlichen Ergebnisse (denn es gelingt ihm zunächst doch nicht die bekämpfte rationalistische Erkenntnismethode der Wissenschaft zu stürzen), als vielmehr als Symptom für den Krisenzustand der gegenwärtigen Naturwissenschaft, der dadurch entstand, daß heute alle Grundlagen des naturwissenschaftlichen Denkens zum Problem geworden sind. Diese Grundlagenkrise ist ein Durchgang zu neuem, fruchtbarem Schaffen. Die Wissenschaft wird immer in Zeiten größter Lebendigkeit, und wenn sie sich am meisten ihres Sinns bewußt ist, ihre Grundlagen in Frage stellen, um sie tiefer zu begründen. Diese Begründung erfolgt stets aus dem Geist klarer Begrifflichkeit heraus, wenn sie sich auch nicht immer der gewohnten rationalen Mittel bedient. Aber schließlich ist nicht die Methode das Wichtige, sondern die Substanz, die gewonnen wird.

Einführungen Für die außerordentlich lebhafte Bewegung, die bestrebt ist der Philosophie im Unterricht der Höheren Schulen einen breiteren Raum zu geben, ist das Bemühen verschiedener bedeutender Schulmänner eine für den philosophischen Unterricht geeignete Literatur zu schaffen bezeichnend. Am wertvollsten wird zweifellos ein Unterricht sein, der die Schüler sofort mit den klassischen Werken der Philosophie bekannt macht und dem Lehrer die Möglichkeit gibt an zweckmäßig ausgewählten Stellen der Originalwerke die Probleme zu entwickeln. Das Beste, was an solcher Literatur bisher vorliegt,

sind die *Philosophischen Quellenhefte*, herausgegeben von Bruno Jordan und Hans Schneider /Leipzig, B. G. Teubner/. Bisher sind 7 dieser Hefte erschienen: Artur Buchenau Zweifel und Erkennen (Aus den Meditationen des Descartes), Bruno Jordan Die Bestimmung des Menschen von Johann Gottlieb Fichte, Hans Schneider Die Tatsachen in der Wahrnehmung von Hermann von Helmholtz, Gertrud Mertens Das Schöne (Schopenhauers Ästhetik), Artur Buchenau Das Gute (Aus der Ethik Immanuel Kants), Franz Kramer Das Wesen der Naturerkenntnis (Aus der Aufklärungsphilosophie David Humes), Karl Weidel Der Gang der Weltgeschichte (Aus Hegels Geschichtsphilosophie). Jedes behandelt sein Problem in der Weise, daß nach einer eingehenden sachlichen Darstellung des Problems Texte aus den Werken des betreffenden Philosophen mit den notwendigen historischen und sprachlichen Erläuterungen dargeboten werden. Alle Bearbeitungen sind außerordentlich zuverlässig und mit ganz ungewöhnlichem pädagogischen Geschick hergestellt.

Totenliste In seiner Vaterstadt Nordhausen starb der Ordinarius der Philosophie an der Universität Berlin *Friedrich Kuntze*, 47 Jahre alt. Er hat hauptsächlich auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie und der Denkmethode gearbeitet. Von seinen Werken seien *Die Technik der geistigen Arbeit* /1921/, *Von den neuen Denkmitteln der Philosophie* /1927/, ferner der Überblick über die Entwicklung der Erkenntnistheorie im Oldenburgischen Handbuch der Philosophie genannt.

Kurze Chronik Das Lessingjahr 1929 bringt am 6. September auch die Wiederverkehr des 200. *Geburtstags Mendelssohns*, des Urbilds des Nathan. Die Stadt Dessau, in der Mendelssohn geboren wurde, wird gemeinsam mit dem Land Anhalt am 8. September eine öffentliche Feier und eine Moses-Mendelssohn-Ausstellung veranstalten. Auch in Berlin wird in den Räumen der Preußischen Staatsbibliothek aus diesem Anlaß eine Ausstellung unter dem Titel *Moses Mendelssohn* und sein Kreis geplant, zu deren Einrichtung sich die Staatsbibliothek mit der Berliner Jüdischen Gemeinde verbunden hat. Die Ausstellung soll die Berliner Aufklärungsepoche und das geistige Leben Berlins im 18. Jahrhundert veranschaulichen und eine Art Ergänzung zu der

Lessingausstellung des vorigen Winters sein. ◊ Vom 23. bis zum 26. Mai tagte in Frankfurt die Schopenhauer-Gesellschaft. Bei dieser Gelegenheit wurde das *Schopenhauerarchiv* in der Frankfurter Stadtbibliothek in umgestalteter Form der Öffentlichkeit übergeben. Zugleich wurde eine Ausstellung von Manuskripten und Bildern Schopenhauers in der Stadtbibliothek eröffnet. ◊ Der Privatdozent für deutsche Sprache und Literatur an der deutschen Universität Prag *Georg Stefansky* erhielt an der Universität Münster einen Lehrauftrag für deutsche Philologie mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Geistesgeschichte. Stefansky ist Mitherausgeber der Zeitschrift *Euphorion* /Wien, C. Fromme/. Sein Spezialgebiet ist die Philosophie der deutschen Romantik. ◊ Ordinarius der theoretischen Pädagogik und Philosophie in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule Dresden wurde *Alfred Baumler*, als Nachfolger Richard Kroners. Baumler bemüht sich besonders um die Wiedererweckung Bachofens; eine Untersuchung, betitelt *Bachofen und Nietzsche*, erschien von ihm in der Reihe der Broschüren der Neuen Schweizer Rundschau. ◊ Der Ordinarius für Philosophie an der Universität Erlangen *Paul Hensel* wurde von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen vom 1. Mai ab befreit. Hensels Hauptgebiete sind Ethik und Philosophie. Er hat über Rousseau, Montaigne und Carlyle, dessen Sozialpolitische Schriften er herausgab, gearbeitet.

Literatur Es ist sehr zu begrüßen, daß wir endlich auch eine Darstellung der philosophischen Weltanschauung *Novalis'* haben, die auf dem Ergebnis der neuen literatur- und philosophiegeschichtlichen Forschung aufbaut. Wir verdanken sie Fanny Imle. Ihr Buch *Novalis* /Paderborn, Ferdinand Schöningh/ ist mit großer Sachkenntnis verfaßt. Imle, die den Stoff meisterhaft beherrscht, bringt eine eingehende und scharfsinnige Analyse der sehr schwierigen Gedankengänge des Dichters. Noch nie wurde Novalis, wie es hier geschehen ist, so in seine geistesgeschichtliche Umwelt eingeordnet.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Zusammenbruchstheorie Als 1. Band der Schriften des Instituts für Sozialwissenschaften an der Frankfurter Universität /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ erschien unter dem Titel *Das Akku-*

mulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems eine mehr als 600 Seiten umfassende Arbeit *Hendryk Großmanns*, die in weiteren Diskussionen über das Marxsche System und dessen Methode gewiß Beachtung finden wird. Die Arbeit bildet, wie die Einleitung hervorhebt, nur das erste Glied eines umfassenden Werks, das die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus nach der Marxschen Theorie darstellen und eine prinzipielle Erörterung der von Marx im Kapital verfolgten Gesamtmethode bringen soll, um die man sich bisher nur wenig gekümmert habe.

Freilich, der Weg, den Großmann einschlägt, und der sich bereits in diesem 1. Band deutlich markiert, scheint auf Voraussetzungen gegründet, die sich ganz und gar nicht von selbst verstehen und selber der Kritik bedürfen.

Die empirische Welt der Erscheinungen, so heißt es in der Einleitung zum Buch, sei zu kompliziert, um unmittelbar erkannt zu werden. Wir können uns ihr nur stufenweise nähern. Zu diesem Zweck werden zahlreiche Voraussetzungen gemacht, die es erlauben das Erkenntnisobjekt in seiner Kernstruktur zu erkennen. Das sei die erste Erkenntnisstufe im Marxschen Annäherungsverfahren. Diesem methodologischen Gedanken Marxsens entspricht, so, denkt der Leser, werde Großmann nun fortfahren, die Aufstellung des Marxschen Wertgesetzes, die doch offenbar den allgemeinen Nerv und Kernpunkt aller weiteren im Kapital entwickelten Deduktionen bildet. Das wäre jedoch eine Behauptung, der sich sofort die Gegenfrage gegenüberstellen würde, ob die Aufstellung dieses Wertgesetzes, demzufolge der Warenaustausch in jeder Gesellschaft mit entwickelter Austauschproduktion letzthin ein Austausch gleicher Größen (nämlich von Waren, die ein gleiches Maß gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit in sich verkörpern) sein muß, es wirklich ermöglicht das hier in Frage kommende Objekt, die moderne warenproduzierende Gesellschaft, »in ihrer Kernstruktur erkennen«. Jedenfalls läßt sich ein solches Wertgesetz, nach dem sich in den Austauschproportionen der für den Austausch produzierten Waren unmittelbar das Verhältnis ihrer respektiven Arbeitsgrößen widerspiegeln müßte, nicht im voraus als eine jeder Volkswirtschaft mit Warenproduktion funktionell notwendig zukommende Bestimmung erkennen, deren Wegfall die Existenz einer warenproduzierenden Volkswirtschaft überhaupt unmöglich ma-

chen würde. Ein Nachweis, daß dieses Wertgesetz für die kapitalistische Volkswirtschaft, die doch das eigentliche Erkenntnisobjekt der Marxschen Untersuchung bildet, tatsächlich reale Geltung hat, ist nur durch den Nachweis möglich, daß und warum auf Grund ihrer besondern ökonomischen Struktur durch das interessierte Verhalten ihrer Funktionäre, die gar nichts von einem solchen Wertgesetz wissen, trotzdem die reale Geltung jenes Wertgesetzes bei freier Konkurrenz tendenziell notwendig realisiert wird.

Eine so unvergleichliche Leistung die Marxsche Analyse des Kapitalismus darstellt, der von Marx selbst im 3. Band seines Hauptwerks gelieferte Nachweis, daß das Gewinnstreben der Kapitalisten mit seiner Tendenz zur Ausgleichung der Durchschnittsprofitrate in den verschiedenen Produktionsbranchen ein Abweichen der Preise der kapitalistisch erzeugten Waren von jenem Wertgesetz einschließt, muß doch zu Zweifeln und Bedenken gegen die Unterstellung des Wertgesetzes als Ausgangspunkt der ganzen Untersuchung führen. Weiter aber: Der Umstand, daß im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, bei der die vom Kapitalisten angewandten und bei der Produktion verbrauchten Produktionsmittel ihren Wert auf das fertige Produkt nur übertragen, nicht neuen Wert und Mehrwert schaffen, der von den Kapitalisten angewandte Produktionsapparat offenbar unverhältnismäßig rascher zunimmt als die von den Kapitalisten insgesamt angewandte Wert- und Mehrwert schaffende Arbeiterzahl, muß nach dem Wertgesetz zur Folge haben, daß auf Grund dieser immer fortschreitenden Verschiebung in der »organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals« die jährlich erzeugte Mehrwertmenge, aus der der Gesamtprofit nach dem Wertgesetz allein fließen kann, viel langsamer als das in dem Prozeß angelegte Gesamtkapital selber zunimmt; daß also die Durchschnittsprofitrate auf Grund dieser Verschiebung nach dem Wertgesetz notwendig immer kleiner und kleiner werden muß. So spricht Marx in seinem Kapital von einem Gesetz der tendenziell fallenden Profitrate, das als Resultat einer derartigen technischen Entwicklung bei einer kapitalistischen Volkswirtschaft auf Grund und unter Voraussetzung des Wertgesetzes notwendig gelten müsse.

Was bei Großmann überrascht, und um so mehr überrascht, als er von seinem allgemeinen Standpunkt aus die Methode, nach der ein System entwickelt ist, als

Prüfstein für die Wahrheit des Systems selber erklärt, ist; daß er auf die schwerwiegenden Zweifel und Bedenken gar nicht eingeht, die sich dem Ausgangspunkt der Marxschen Methode, der Annahme, daß das Wertgesetz grundlegende reale Geltung für die kapitalistische Volkswirtschaft besitze, bei Erörterung des Profitratensystems im 3. Band des Kapitals entgegenstellen. Ihm scheint bei seiner Darlegung des Marxschen Gedankengangs, bei der er von der Aufstellung eines einfachen Reproduktionsschemas den Ausgang nimmt, alles mit unanfechtbar evidenter Klarheit zu stimmen, die Rechnung restlos aufzugehen.

Die These von der realen Geltung des Wertgesetzes in der kapitalistischen Volkswirtschaft, die durch die Konstatierung eines solchen Widerspruchs doch jedenfalls bedroht erscheint, wird in der weiteren Entwicklung der Marxschen Theorie nur durch die Wendung aufrechterhalten, daß sich jene Abweichungen vom Wertgesetz im kapitalistischen Gesamtprodukt wieder gegenseitig ausgleichen, und daß sich damit das Verhältnis des Gesamtprofits zu dem in der Gesamtproduktion vorgeschossenem Gesamtkapital und folglich die Durchschnittsprofitrate selbst letztlich dem Wertgesetz entsprechend regle. Aber diese Wendung, die bei Marx dann weiterhin zur Aufstellung jenes Gesetzes einer tendenziell notwendig fallenden Durchschnittsprofitrate hinüberleitet, schließt neue Schwierigkeiten ein.

Für Großmann existieren solche hier angedeuteten Zweifel und Bedenken gar nicht, ihm steht die reale Geltung des Wertgesetzes in der kapitalistischen Volkswirtschaft von vornherein fest. So stößt er nirgends auf die Frage, ob sich nicht von einem andern Ausgangspunkt her als dem des Wertgesetzes Wesensart und innerer Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Volkswirtschaft in einer stufenweise fortschreitenden systematischen Untersuchung fassen und begreifen lasse; von einem Ausgangspunkt, von dem aus ohne Verflachung jene Schwierigkeiten wegfallen. Nur bei dieser dogmatischen Schranke, die aber bei der entschlossenen Energie seines Denkens für ihn nur eine vorläufige Schranke sein dürfte, wird sein wunderlich fester Glaube an die Gewißheit der von ihm vertretenen Zusammenbruchsprognose des kapitalistischen Systems überhaupt erst verständlich. Es ist nämlich jene angenommene Gewißheit des Wertgesetzes höchstselbst, die ihm die unvermeidliche Notwendigkeit der prophezeiten Katastrophe verbürgt.

So scharf bei Marx die Deduktion herausgearbeitet ist, daß, unter Voraussetzung realer Geltung des Wertgesetzes, bei ständig fortschreitender Technik die Gesamtmenge des jährlich produzierten Mehrwerts, aus der doch die Profite allein fließen können, relativ zu dem in der Produktion angewandten Gesamtkapital tendenziell sinkt und damit die Durchschnittsprofitrate selber sinken muß, so problematisch erscheint es Marx bei seiner Konfrontierung dieser theoretischen Deduktion mit den ökonomischen Erfahrungstatsachen, ob sich diese in dem erforderlichen Ausmaß bestätige. Bei Großmann läßt sich von solcher vorsichtigen Zurückhaltung nichts mehr verspüren. Das Wertgesetz, das bei ihm geradezu die Rolle eines verborgenen, übermächtigen Fatums spielt, verlangt nach seiner immanenten Wertgesetzmäßigkeit ein ständig weiteres Fallen der Gewinnsätze, und die Erfahrung hat dem Order zu parieren. Kein Fabrikschornstein raucht doch ohne Profit, und daraus folgt, daß jene ständige Senkung der Gewinnsätze, die schließlich dem Nullpunkt zustreben müsse, den einst notwendigen Bankrott der kapitalistischen Fabriken, den Zusammenbruch der ganzen kapitalistischen Produktionsweise zum Resultat haben muß, wobei das Erbe dann der Sozialismus anzutreten haben wird.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß dieses Horoskop zurzeit viel Gläubige finden wird. Der gereifte Marx, wie er im Gesamtwerk seines Kapitals dem Leser gegenübertritt, würde seinem Interpreten in dieser Hinsicht ganz gewiß nicht beistimmen. Doch scheint es darum nicht ausgeschlossen, daß der junge Marx, in dem der Zusammenbruchsgedanke, wie das Kommunistische Manifest beweist, so tief verwurzelt lebte, dann später bei der ursprünglichen Konzeption seines Kapitals diesem Gedanken durch die Zentralidee des Wertgesetzes in der von Großmann ausgeführten Weise einen neuen Stützpunkt zu geben gedachte.

Wenn auch das von Großmann verfolgte Ziel: im Anschluß an das Marxsche Kapital exakt den einstigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zu demonstrieren, von ihm nicht erreicht worden ist und bei der Komplexität der gegebenen Zustände und Entwicklungstendenzen von vornherein als unerreichbar erscheint, bietet das Buch in seiner Polemik gegen andere marxistische Autoren (so gegen Rosa Luxemburgs Werk über die kapitalistische Akkumulation), vor allem aber in dem letzten seiner 3 Hauptabschnitte,

Modifizierende Tendenzen (Verifikation der abstrakt theoretischen Analyse an den konkreten Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft) betitelt, eine Fülle von Anregungen wie von instruktivem ökonomischen Material. Der Verfasser untersucht da in loser Anknüpfung an allgemeine Direktiven, auf die Marx in seinem Kapitel von dem tendenziell notwendigen Fall der Durchschnittsprofite schon hinwies, eine ganze Reihe weltwirtschaftlicher moderner Erscheinungen und Zusammenhänge (darunter auch den Imperialismus), die zur Verlangsamung jener als notwendig unterstellten Tendenz beigetragen hätten. Das leidenschaftliche Interesse an der Theorie vereint sich hier mit einer Weite des empirischen Überblicks und der Stoffbeherrschung, wie man sie selten findet. Dieser Abschnitt, etwa ein Drittel des ganzen Buches füllend, sichert dem Buch einen Leserkreis, der über das Häuflein der heute an rein theoretischen Kontroversen Interessierten weit hinausreicht.

Marxkritik

In einem Buch mit dem geheimnisvollen Titel *Revolution um Karl Marx* /Leipzig, R. Voigtländer/ zieht *Richard Bie* mit stürmischem Elan, der sich die Gegenstände seiner Entrüstung selber schafft, gegen Marx zu Felde. Die nonchalante Unbekümmertheit seiner polemischen Konstruktionen und die ideologische Willkür, die der künftigen Geschichte ihre Bahnen weisen möchte, erinnern lebhaft an die Schriften jenes Junghegelianertums, mit dem Marx und Engels einst die Waffen kreuzten. Ein anderes Buch des selben Verfassers nennt sich gar *Magie der Weltgeschichte von Alcibiades bis Lovis Corinth* /Leipzig, R. Voigtländer/ und richtet sich, wie charakteristischerweise in der Verlagsempfehlung noch besonders hervorgehoben wird, an den »Leserkreis des Rembrandtdeutschen oder Spenglers«. Bie spinnt seine Polemik gegen Marx, dessen machtvoller Geist ihm als dämonische Verkörperung aller intellektualistisch auflösenden Tendenzen gilt, im Rahmen einer biographischen Schilderung des Marxschen Entwicklungsgangs aus. Marx' Judentum erscheint da als Hintergrund seiner abstrakt kalkulierenden Auffassung der historischen Bewegung, bei der alles naturhaft Lebendige, das ist nach Bie Nation und Rasse, ausgeschaltet werde. Der Marxsche Gesichtspunkt: in der Geschichte auf Interessenkämpfe, speziell ökonomische Klassen-

kämpfe zurückzugehen, wird als letzter Ausdruck der geistigen Versumpfung denunziert, in die die moderne Gesellschaft durch das egoistische kapitalistische System hineingeraten sei. Die hohe ethische Idee menschlich sozialer Aufwärtsentwicklung, von der Marx' materialistische Geschichtsauffassung und seine sozialistische Hoffnung doch so offenbar beseelt ist, wird einfach als Produkt des Mammonismus erklärt. Bies Marxkenntnis illustriert sich dabei unter anderm durch die im ganzen Buch refrainartig immer wiederholte Behauptung: Marx habe die Arbeit, die doch im menschlichen Wesen unabtrennbar mitgesetzte organisch natürliche Betätigung des Menschen sei, frevelhaft zu einer bloßen Funktion der Ware Arbeitskraft herabgesetzt. Das soll nach Bie der Gipfel alles Frevels sein. Wo doch ein Blick in das Kapitel Arbeit und Verwertungsprozeß im Marxschen Kapital zeigt, in wie wunderbar klarer Weise gerade Marx die elementar natürlichen Momente des menschlichen Arbeitsprozesses dargelegt hat, bevor er sich überhaupt der Betrachtung der Rolle zuwendet, die die menschliche Arbeitskraft als Ware heute in der kapitalistischen Wirtschaft spielt. Es ist geradewegs ein psychologisches Problem, wie Richard Bie es angestellt hat sich zu einer derart eklatant unsinnigen Attacke zu überreden. Die Leichtigkeit, mit der ihm die Worte strömen, scheint ihn in einen Rauschzustand zu versetzen. Endlos lieben sich zum Beleg hierfür Zitate häufen, bei denen sich der unbefangene Leser bestürzt nach seinem Kopf faßt. »Der Marxismus konnte«, so heißt es beispielsweise in einer der eingeflochtenen nationalistisch kostümierten Bemerkungen, »den Arbeitern privates Eigentum an den Produktionsmitteln nicht wiederschaffen. Hätte er es gekonnt, so wäre der geeignete Augenblick dazu die Revolution von 1918 gewesen. Aber er [der Augenblick] ist in der Geschichte des Sozialismus nicht wieder rückgängig zu machen, und es bezeichnet einen beispiellos unglaublich dummen und tückischen Vorgang, daß der Marxismus, statt die Produktionsmittel in der Nation zu erobern, den Staat aufzubauen, das Reich zu retten, die Produktionsmittel geradeswegs dem fremden Siegerkapital ausgeliefert hat... Die Wirkung jenes unerwartet günstigen Augenblicks ist nur gewesen, daß das Proletariat sich eine knechtische Verfassung gegeben hat, die dem Namen nach republikanisch, dem Wesen nach

aber grundkapitalistisch ist.« Zur Ergänzung dieser Urteilsprobe aus dem Gebiet aktueller Politik sei hier nur noch der vernichtende Schuldspruch mitgeteilt, in dem Bie seine Predigt schließlich resümiert: »Das Proletariat als Klasse ist die Organisation der Unmoral. Es ist die Dimension des Egoismus, nur in unendlicher Gestalt. Der Geist der ungeheuren Mehrzahl der Proletarier vermehrt die Schuld und die Knechtschaft der Sünde. Das versprochene Paradies für das Proletariat ist die umgekehrte Hölle auf Erden... Marx glaubte an das Gerechtigkeitsgefühl der Masse. In Wirklichkeit verriet er, daß er vom kapitalistischen Geist angesteckt war, und daß er an der Niedertracht, an der Schuld, an der Ausbeutung, das heißt am sittenlosen Geist im Dienst des Proletariats auf das höchste beteiligt war.« Eine Rekordleistung in der Marxüberwindung!

Wirtschaftsethik

Der Marburger Theologieprofessor *Georg Wünsch*, der, wie er hervorhebt, von dem zu früh verstorbenen Ernst Troeltsch entscheidend starke Anregungen empfangen hat, läßt einen umfangreichen Band erscheinen, *Evangelische Wirtschaftsethik* betitelt (Tübingen, J. C. B. Mohr). Er wendet sich in erster Reihe an die Pfarrerschaft und sozial interessierte christliche Kreise und sucht insbesondere die allgemeine Grundauffassung des Christentums klarzulegen. Dem einleitenden Teil, der einer Erörterung der philosophischen Voraussetzungen gewidmet ist, folgt eine theologische Grundlegung, in der von den Eigenschaften der Gottheit und den Folgerungen aus dem christlichen Gottesbegriff die Rede ist, folgen weiterhin Betrachtungen über das Verhältnis des Katholizismus und Protestantismus zur Wirtschaft und über die autonome Teleologie der Wirtschaft innerhalb der christlichen Ethik. Erst im Schlußteil spricht Wünsch von der Stellungnahme zu den Wirtschaftssystemen, von den sozialpolitischen Fragen und den allgemeinen Richtlinien, die dem Verhalten einer christlichen Kirche in den sozialen Gegenwartskämpfen nach seiner Überzeugung vorgeschrieben sind. So befremdend die betonte Hervorhebung evangelisch christlicher Gläubigkeit in vielen Wendungen hervortritt, so unverkennbar ist das ehrliche Bestreben in der Beurteilung fremdartiger Erscheinungen gerecht zu bleiben. Der Gedanke eines christlichen Wirtschaftssystems wird als unmöglich abgelehnt, aber der Sozialis-

mus dabei ethisch als regulative Idee ausdrücklich anerkannt. Es wäre zu wünschen, daß die Vorurteilslosigkeit und die Toleranz, die sich darin ausdrücken, in immer weiteren Kreisen, die auf kirchlichem Boden stehen, Eingang finden.

Kurze Chronik In der Berliner Verwaltungsakademie wurde ein *Kuratorium für Sozialwissenschaften* gebildet, dem der Senatspräsident Hermann Dersch vom Reichsversicherungsamte, der Präsident Friedrich Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und die Ministerialdirektoren Andreas Grieser und Oskar Weigert vom Reichsarbeitsministerium angehören. Es soll dadurch die Ausbildung der Sozialbeamten, und zwar von dem Gedanken der wirtschaftlichen Selbstverwaltung ausgehend, gefördert werden. ◊ Das Aachener Zeitungsmuseum, das fast 100 000 Nummern umfaßt, soll zu einem *Institut für Zeitungsforschung* an der Technischen Hochschule Aachen ausgestaltet werden. ◊ Als ordentlicher Professor der wirtschaftswissenschaftlichen Staatswissenschaften, besonders der Sozialpolitik, wurde *Robert Wilbrandt* aus Tübingen an die Dresdener Technische Hochschule berufen.

Literatur

Die von dem Direktor des Münchener Instituts für Zeitungsforschung Karl d'Ester und Walther Heide (Berlin) herausgegebene internationale Zeitschrift *Zeitungswissenschaft* ging in den Verlag Walter de Gruyter & Co. in Berlin über. Sie erscheint jetzt 2monatlich und vergrößert, so daß sie fortan auch umfangreichere Forschungsarbeiten bringen kann. Sie will sich ferner in erhöhtem Maß den vielgestaltigen aktuellen Fragen des Zeitungswesens widmen.

Hygiene / Hans Kollwitz

Abtreibung In 3 Richtungen bewegt sich die Stellungnahme der Öffentlichkeit zu dem seit langem, jetzt wieder im Strafrechtsausschuß des Deutschen Reichstags heiß umkämpften Abtreibungsparagrafen. Aus den Tatsachen des immer weiter fortschreitenden Geburtenrückgangs und der Tendenz der Bevölkerungsbilanz zum Negativwerden, ferner aus der Tatsache der immer tiefer und weiter greifenden Änderung der Sexualmoral, aus der großen Anzahl der Todesfälle nach Abort, die bisher auf zirka 8000 geschätzt wurden, dann absolut willkürlich und unbe-

rechtigt von Wilhelm Liepmann auf 40 000 und zuletzt von Julius Moses in Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamts auf 4000 jährlich, sowie der vielleicht 4mal so großen Anzahl der Unterleibserkrankungen nach Abort, endlich aus der biologischen Tatsache, daß der Embryo nicht nur ein Teil des mütterlichen Körpers ist, über den diese frei verfügen kann, sondern ein Eigenleben führt, das der Arzt nicht abtöten dürfe, ohne sich zum Mörder zu machen: aus allen diesen Argumenten zieht man im 1. Lager den Schluß, daß der § 218 des Strafgesetzbuchs nicht aufgehoben oder auch nur gemildert werden dürfe, da er ein Bollwerk, wenn auch ein schwaches, gegen die Gefahr sei. Im 2., dem 1. entgegengesetzten Lager leugnet man nicht die oben angeführten Tatsachen, aber man zieht aus ihnen zum Teil entgegengesetzte Schlüsse. Abgesehen von der verschiedenen Bewertung des Geburtenrückgangs sieht man hier im Präventivverkehr die Hauptveranlassung für den Geburtenrückgang, und man schreibt der Schwangerschaftsunterbrechung eine immer geringer werdende Rolle dabei zu. In der Frage der Auflockerung oder, vorsichtiger ausgedrückt, Richtungsänderung der Sexualmoral hält man hier den Paragraphen für eine vollkommen wirkungslose Waffe, mit der man höchstens einmal Symptome, nicht aber die Ursachen bekämpfen könne, was ja jeder unbefangene Blick in das Leben aller Volksschichten beweise. Die oben erwähnten Todesfall- und Erkrankungszahlen nach Schwangerschaftsunterbrechung sieht man hier als ein Argument nicht für sondern gegen den Paragraphen an, weil sie sich aus der Dunkelheit und Heimlichkeit erklären, mit der infolge des Verbots die Eingriffe vorgenommen werden müssen, und weil in einem großen Teil der Fälle Ärzte gar nicht die Operation vornehmen oder erst an einem Organ, das nicht mehr intakt sondern durch den vorhergehenden Eingriff schon verletzt oder infiziert ist. Sie führen für ihre Auffassung Statistiken aus Rußland an, wo die Unterbrechung freigegeben ist und nur, wenn unsachgemäß ausgeführt, bestraft wird, Statistiken, die den Eindruck erwecken, daß die Anzahl der Todesfälle auf Grund von Aborten dort prozentual wesentlich geringer ist als in Deutschland. Gegenüber dem Recht des ungeborenen Kindes auf Leben führt man hier das Recht der Frau auf Gesundheit und menschenwürdige Existenz an und das Recht etwa schon lebender Kinder

auf gesunde Entwicklung, was alles unter den schlechten Wirtschafts-, Wohnungs- und Erwerbsverhältnissen durch wiederholte Geburten gefährdet wird. Daher fordert man hier eine völlige Aufhebung des Paragraphen, eventuell mit der Einschränkung der 3-Monats-Grenze, da bis zu diesem Termin auch der unerfahrenen Frau die Tatsache der Schwangerschaft bewußt geworden sein muß, und der Eingriff bis zu diesem Zeitpunkt meist ungefährlich ist.

In der Mitte zwischen beiden Lagern steht das 3., in dem man zwar keine völlige Aufhebung des Verbots, aber eine Erweiterung der Erlaubnis zur Unterbrechung verlangt. Während bisher nur die gesundheitliche Indikation galt, das heißt eine Unterbrechung dann nicht bestraft wurde, wenn sie wegen schwerer Erkrankung der Mutter zur Verhütung einer Verschlimmerung nicht abzuwenden war, fordern die im Mittellager eine Hinzunahme der eugenischen Indikation, wenn aller Wahrscheinlichkeit nach ein minderwertiges Kind infolge schlechter Erbmasse der Eltern zu erwarten ist, oder der sozialen Indikation zur Unterbrechung, wenn nach Prüfung einer neutralen, nicht ärztlichen Stelle die wirtschaftlichen usw. Verhältnisse so schlecht sind, daß sie die Aufzucht eines gesunden Kindes ausschließen, oder der Indikation infolge nachgewiesener Notzucht. In diese Mittelgruppe gehören auch Wissenschaftler wie Grotjahn, die die Bestrafung der Unterbrechung im Strafmaß stark herabsetzen, vielleicht nur pro forma aufrechterhalten wollen, weil sie in dem mit Strafe unterstützten Verbot einen Rückhalt für die Schwangere gegen den Druck des Erzeugers sehen, der immer mehr als die Mutter zur Beseitigung ihm unerwünschter Folgen des Geschlechtsverkehrs neigen wird, und weil sie infolgedessen von einer völligen Freigabe ein Zurückgehen der Eheschließungszahlen erwarten. Als Beweis dafür wird die Statistik aus Sachsen angeführt, nach der 70% der Erstgeborenen vor der Eheschließung gezeugt wurden. Die Stellung der Gesetzgebung in der Öffentlichkeit gegenüber der Schwangerschaftsunterbrechung hat sich in den letzten Jahren unter dem Eindruck der unausgesetzten von sozialistischer Seite geführten Kämpfe geändert. Während ursprünglich auf Schwangerschaftsunterbrechung Zuchthausstrafe stand, trat an deren Stelle seit 1926 eine Gefängnisstrafe von nicht festgesetzter Dauer für die unterbrechende Frau und den Unterbre-

chenden, sofern dieser die Unterbrechung nicht gewerbsmäßig betrieb. Im Strafrechtsausschuß ist jetzt der Paragraph in der Richtung geändert, daß der Versuch zwar strafbar bleibt, in besonders leichten Fällen aber das Gericht von einer Strafe absehen kann, daß außerdem für die Frau Verjährung nach einem Jahr eintritt, was, worauf kürzlich A. Dührssen hingewiesen hat, zu Denunziationen gegen die unterbrechenden Ärzte, für die diese Verjährungsfrist nicht gilt, und damit zu einer Erschwerung der Schwangerschaftsunterbrechungen führen kann. Während also die Kämpfe, die nicht nur mit sachlichen sondern stark mit weltanschaulich politischen Argumenten geführt wurden, zu einer starken Erschütterung des ehemaligen "Zuchthausparagraphen" führten, hielt sich die Ärzteschaft selbst zurück. Während wohl bei jedem einzelnen Arzt dieser § 218 des Strafgesetzbuches zu manchen schweren Gewissenskonflikten geführt hat, während viele Ärzte so und so oft praktisch das Verbot übertraten, hielt die Vertretung der Ärzteschaft unentwegt das Prinzip aufrecht, daß der Arzt nur heilen solle, nicht töten, und daß er zur Tötung der Frucht nur berechtigt sei, wenn es um das Leben der Mutter gegen das des Kindes ginge, nur und ausschließlich dann. Der Leipziger Ärztetag von 1925 hielt statt einer Erweiterung der Grenzen ihre strikte und genaue Beobachtung für erforderlich. Er lehnte es ab der Volksmeinung und Volkspraxis entgegenzukommen, wollte am Bau des Bollwerkes gegen die "Abtreibungsseuche" helfen und empfahl allen ärztlichen Organisationen die Entscheidung über Schwangerschaftsunterbrechung aus gesundheitlichen Gründen aus der Hand des einzelnen Arztes zu nehmen und in die Hände von Gutachtern zu legen, die von der ärztlichen Organisation zu wählen seien. Wie weit die Befolgung solcher Beschlüsse führen kann, zeigte sich in Entscheidungen, die von Gutachtern der Braunschweiger Ärztekammer gefällt wurden. Da wurde die Unterbrechung bei einem 15jährigen Mädchen abgelehnt, das von einem 18jährigen Bruder geschwängert war. Abgelehnt wurde die Unterbrechung der Schwangerschaft eines schwer schwachsinnigen, syphilitischen und tuberkulösen Mädchens, das 3 Jahre vorher schon ein Kind geboren hatte, das 2jährig starb, ohne sprechen gelernt zu haben; ebenso die Unterbrechung bei einer 22 Jahre alten schwachsinnigen Zwergin, die geistig auf der Stufe eines 9jährigen Kindes

stand, bei der außerdem eine hochgradige Beckenenge vorlag. Wenn auch gegen die eugenische Indikation nicht mit Unrecht eingewandt wird, daß man wohl rückwärts von minderwertigen Kindern auf irgendwo minderwertige Aszendenz schließen könne, nicht aber umgekehrt mit Sicherheit von minderwertigen Eltern auf minderwertige Deszendenz, so gibt es doch Fälle, wie die eben angeführten, wo das starre Festhalten am Paragraphen und Prinzip sich ad absurdum führt, und die Wage sich unbedingt zum "gesunden Menschenverstand" und nicht zur strengen Wissenschaft neigt. Als einzige Organisation unternahm im Dezember 1928 die Berliner Ärztekammer einen Vorstoß. Sie erklärte die Berücksichtigung der sozialen Indikation neben der rein gesundheitlichen für erforderlich sowie chronischen Alkoholismus, unheilbare Geisteskrankheit und erwiesene Notzucht als berechtigte Gründe zur Schwangerschaftsunterbrechung.

Die Meinung des Bearbeiters dieser Rundschau geht dahin, daß vom sozialistischen Standpunkt aus dieser Abtreibungsparagraph, dessen Unwirksamkeit gegen den Bevölkerungsrückgang, gegen die Veränderung der Sexualmoral und gegen die Abtreibung selbst sich erwiesen hat, der, in Praxis selten angewandt, dann fast nur Frauen des Proletariats trifft, nur dann aufrechterhalten werden dürfte, wenn die Freigabe der Unterbrechung mit *schweren* gesundheitlichen Gefahren für das Volksganze verbunden wäre. Es ist nun aber allen Überlegungen und auch den russischen Erfahrungen nach anzunehmen, daß, wenn auch nach Aufhebung des Paragraphen die Unterbrechungsfälle anfangs vielleicht noch etwas zunehmen werden, die grob schädlichen Folgen, zumal wenn die Kosten des Eingriffs von den Kassen übernommen würden, stark vermindert würden. Freilich nur die grob schädlichen Folgen. Denn darüber ist sich die Ärzteschaft einig, daß sich bei einer Operation an für den weiblichen Organismus außerordentlich wichtigen und in der Nähe des besonders empfindlichen Bauchfells gelegenen Organen die Möglichkeit einer Verletzung oder Infektion nie mit Sicherheit ausschließen läßt. Auch nimmt man, je biologischer man denkt, die plötzliche Unterbrechung des den Organismus stark umstellenden Prozesses der Schwangerschaft nicht mehr so leicht, man beobachtet besonders auf psychischem Gebiet nach einer anscheinend ganz gut gelungenen Unterbrechung oft mehr oder

minder schwere seelische Störungen, die wohl aus der gewaltsamen und plötzlichen Unterdrückung eines vielleicht unbewußten oder uneingestanden Kinderwunsches der Frau zu erklären sind, der sich seiner Realisierung schon genähert hatte. Auf diese psychischen Folgen wies auch der Präsident des Reichsgesundheitsamts Carl Hamel in seinem Referat im Strafrechtsausschuß hin, der außerdem aus den vom Reichsgesundheitsamt an Frauenkliniken veranstalteten Umfragen bekannt gab, daß von den in die Anstalt eingelieferten bereits draußen begonnenen Aborten 1,9% starben, während bei den in den Anstalten selbst ausgeführten Aborten die Sterblichkeit 0,9% betrug, wobei die unverhältnismäßig hohe Sterblichkeit dieser Kategorie dadurch zu erklären ist, daß die Indikation zu der Unterbrechung in Anstalten ja nur durch schwere andere Krankheiten gegeben wird. Es wird daher dem Arzt, und gerade dem sozialistischen, fernliegen eine Vermehrung der Schwangerschaftsunterbrechungen zu wünschen, er wird im Gegenteil ihre Verminderung propagieren. Er wird aber als Sozialist eine Einwirkung in dieser Richtung nicht von einer Strafbestimmung sondern eher von positiv gerichteten Maßnahmen, wie Aufklärung über die Schädlichkeit der Aborte, allgemeine Anwendung der Verhütungstechnik, wirtschaftlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Kinderaufzucht usw., erwarten. Er wird, so unsympathisch ihm die Tötung eines Embryos sein mag, doch nicht einen durch das Strafgesetzbuch zu ahndenden Mord darin sehen, der der Tötung eines bereits lebenden Menschen gleichzusetzen wäre. Er wird auch die Selbstmordgefährdung der Frau nicht bestrafen wollen, ebenso wenig wie man den Selbstmörder sonst bestraft oder den Menschen, der einen offen Tuberkulösen heiratet und sich dadurch in Lebensgefahr bringt. Daher ist der Kampf gegen den § 218 in seiner jetzigen und auch in der gemilderten, soeben vom Strafrechtsausschuß beschlossenen Form nach wie vor erforderlich. Ob man aber für eine völlige Straffreiheit eintritt, ist keine prinzipielle sondern nur mehr eine Zweckmäßigkeitsfrage.

**Geschlechtskrankheiten:
Bekämpfung**

Auf die Hauptfrage gegenüber dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das nun bald seit 2 Jahren in Kraft ist; ob es nämlich zu einer Verminderung der Geschlechtskrankheiten beigetragen oder geführt hat, läßt sich

zurzeit noch gar keine Antwort geben, wird sich auch so bald eine einwandfreie Antwort nicht geben lassen. Denn selbst wenn ein Zurückgehen der Erkrankungszahl in nächster Zeit nachweisbar sein sollte, ist zu bedenken, daß das Gesetz in eine Zeit fiel, da nach dem starken Ansteigen der Erkrankungskurve nach Kriegsende schon wieder ein Rückgang deutlich bemerkbar war (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 822). Es läßt sich also heute nur darauf eine Antwort geben, ob sich das Gesetz im großen und ganzen für die und bei der Arbeit bewährt hat, und welche Bestimmungen des Gesetzes sich als erweiterungs- oder änderungsbedürftig erwiesen haben. Der Deutsche Städtetag hat eine dahingehende Umfrage veranstaltet, der Bevölkerungspolitische Ausschuß des Reichstags hat sich auch mit diesen Fragen beschäftigt, und man neigt zu der Ansicht, daß das Gesetz an sich schon ausreichend wäre, wenn nur nicht das Reich, um die Mittel für seine Ausführung zu sparen, es den Ländern überlassen hätte Ausführungsbestimmungen zu schaffen und Mittel aufzubringen, die ihrerseits wieder die Kosten zum großen Teil auf die Kommunen abgewälzt haben, in deren Händen nun die zum Teil recht verschiedenartig gehandhabte Ausführung liegt. So wird praktisch nicht nur in verschiedenen Städten verschieden gearbeitet sondern auch in verschiedenen Teilen der selben Stadt, zum Beispiel Berlins. Manche Städte tun, entsprechend den Ausführungsbestimmungen ihrer Länder oder ihrer eigenen Neigung, fast nichts, andere arbeiten sehr intensiv, manche versuchen auf dem Weg der Fürsorge und der Erweckung von Verständnis die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten durch die Prostitution zu bekämpfen, andere haben die durch das Gesetz abgeschaffte Reglementierung praktisch wieder eingeführt. Daher werden Ausführungsbestimmungen des Reichs für erforderlich gehalten, die besonders die Frage zu beantworten hätten, wer als minderbemittelt zu gelten hat; denn gerade in der Einziehung der Kosten wird ganz verschieden verfahren, von leistungsfähigen Großstädten zum Beispiel viel großzügiger als von Landbezirken. Zu klären wären auch die Zulässigkeit, die Voraussetzungen und die Durchführungsformen einer laufenden Gesundheitsaufsicht, notwendig Bestimmungen, die die Mitwirkung der Polizei abgrenzen. Der 4. Absatz des § 16, der die Prostitution von bestimmten Gegenden und Orten fernhal-

ten will, könnte wohl, da er sehr dehnbar ist, fallen, zumal die Polizei durch den 3. Absatz genügend Handhaben gegen Prostituierte hat, die »in einer Sitte oder Anstand verletzenden oder andere belästigenden Weise zur Unzucht auffordern«. Nach § 5 des Gesetzes tritt eine Strafverfolgung wegen Ansteckung nur auf Antrag des Geschädigten ein, während nach der Verordnung der Volksbeauftragten vom Dezember 1918 die Verfolgung von Amts wegen geschah. Manche Erfahrungen der Fürsorgestellten legen es nahe die Möglichkeit des Strafantrags den Gesundheitsbehörden wiederzugeben. Die Mitwirkung der Ärzteschaft hat nicht überall den Erwartungen entsprochen. Vielleicht würde man eine bessere Mitarbeit erzielen, wenn man nicht nur immer an das soziale Gewissen der Ärzte appellierte und ihnen in jedem Gesundheitsgesetz neue Aufgaben aufpackte sondern sie, unbeschadet ihrer ärztlichen und sozialen Verpflichtungen, für die Mehrarbeit auch entschädigte.

Es sei zur Orientierung über das Gesetz noch einmal auf den schon in dieser Rundschau (1928 II Seite 635) angezeigten Kommentar von Curt Geyer und Julius Moses /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ empfehlend hingewiesen.

Gemeinver-
ständliche
Schriften

2 Bücher, die sich mit der *Hygiene der Frau* beschäftigen, sind beide in 4. Auflage erschienen; Alfred Grotjahn *Das Gesundheitsbuch der Frau* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ und Max Nassauer *Des Weibes Leib und Leben in Gesundheit und Krankheit* /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Bei beiden das selbe Thema: die Anregung der Frau zur Gesunderhaltung ihres Körpers. Aber der Tenor ist in beiden Büchern ganz verschieden. Grotjahn, der Sozialhygieniker, dessen Interesse und Arbeitsgebiet immer die gesellschaftlichen Massenerscheinungen und ihre Beeinflussung waren, spricht zu den Frauen, nicht zu der einzelnen Frau. Daher sein Buch, anders als seine großen Werke, etwas unpersönlich wirkt und erst da lebendiger wird, wo er sich mit Massenproblemen wie Abtreibung, Geburtenverhütung usw. beschäftigt. Bei Nassauer dagegen spürt man seine Liebe (man möchte fast sagen: seine Verliebtheit) zu den Frauen. Das Weib steht für ihn an der Spitze der Menschheit, und daher spricht er zu jedem Mädchen, zu jeder Frau einzeln: eindringlich, manchmal pathetisch, liebenswürdig und manchmal etwas zu breit.

Eine ausgezeichnete Arbeit ist das Büchlein Paul Lissmanns *Lerne richtig Sonnenbaden!* /München, Knorr & Hirth/. Es kommt nicht mehr nur darauf an *Sonnenbäder* zu nehmen, denn dazu braucht nur noch ein Teil unseres Volkes Aufmunterung. Sondern darauf, dies richtig zu tun, das heißt zum Nutzen und nicht zum Schaden des Körpers. Denn immer wieder wird vergessen, daß der Satz "Kleine Reize fachen die Lebenstätigkeit an, starke stören sie" auch für die Sonnenbestrahlung gilt, und daß eine unkluge Pigmentsucht sich oft mit ganz schweren Erkrankungen bestraft, besonders bei tuberkulösen Menschen. Die Aufgabe, die sich der Verfasser stellt: das Natur- und Sonnenbedürfnis großer Bevölkerungskreise richtig zu leiten, gelänge ihm wohl noch besser, wenn der Preis des Buchs sich, vielleicht durch Wegfall der Bilder, so weit ernäßigen ließe, daß es wirklich diesen großen Bevölkerungskreisen, die es nötig haben, leicht erschwinglich wäre.

Kurze Chronik Nunmehr ist auch die Schweiz der *Opiumkonvention* des Völkerbunds von

1925 beigetreten. ◊ Anfang Mai wurde in *Frankfurt*, im Rahmen des Städtischen Krankenhauses und gemeinsam mit der Ortskrankenkasse, ein Röntgeninstitut eröffnet, das Instituten solcher Art neue Wege weist. Es ist für 2- bis 300 Röntgenaufnahmen am Tag eingerichtet, und es wird sozusagen am laufenden Band gearbeitet. Das Institut umfaßt auch eine Tiefentherapieabteilung, 3 Laboratorien für biologische Forschung sowie 2 Filmarchive. ◊ Ein Radiuminstitut für Krebsbehandlung wurde dem Krankenhaus Sankt Georg in *Hamburg* angegliedert. Es wurde zu diesem Zweck 1 Gramm Radium angekauft. ◊ Der New Yorker Anwalt Isidor Morrison stiftete 100 000 Dollars zur Errichtung eines Instituts für Augenheilkunde in *Jerusalem*, das der Hebräischen Universität dort angegliedert werden soll; ferner will er zur Erhaltung der Anstalt jährlich 10 000 Dollars beisteuern. ◊ Der Münchener Privatdozent *Karl von Angerer* wurde ordentlicher Professor der Hygiene und Bakteriologie an der Universität Erlangen. ◊ In der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin *habilitierte* sich für Innere Medizin der Oberarzt am Urbankrankenhaus Hans Wilhelm Bansi, für Frauenheilkunde der Assistenzarzt in der Frauenklinik der Charité Aloys Bock, endlich für Arzneimittellehre der Assistent im Pharmakologischen Institut Otto Krayer.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Bratstkoven

Photographie In Berlin sah man vor einiger Zeit in der Galerie Neumann-Nierendorf eine Ausstellung von Photographieen, unter dem Titel Das Gesicht der Gegenwart. Das Folkwangmuseum in Essen hat diese Photographieen zusammengetragen, in allen größeren deutschen Städten wurden oder werden sie ausgestellt. Es ist unbedingt eine sehr bemerkenswerte Zusammenfassung der verschiedenfachen Bemühungen und Versuche auf diesem Gebiet. Neben Proben von üblichen, meist verschönernden Porträtaufnahmen sind besonders ethnographische Photographieen, Flugzeugaufnahmen und Röntgenbilder hervorzuheben. Und ferner die mannigfachen neuen Bemühungen: Photomontage, Photogramme, Photoreklame. Im ganzen ein Überblick, der eine Einsicht in die Möglichkeiten dieses Gebiets erlaubt. Daneben aber auch eine Antwort auf eine Fragestellung gibt, die schon lange aufgeworfen wird: nämlich, ob die Malerei neben dieser hochentwickelten Darstellungsweise mit Hilfe der Kamera überhaupt noch ein Daseinsrecht beanspruchen kann. Man hat hier die rein mechanische Beharrung mit Geschick teilweise zu überwinden gelernt, man vermag vieles offenbar werden zu lassen, was bisher kaum bekannt war. Wahrscheinlich auch wird all dieses die Methode der zukünftigen Malerei recht nachhaltig beeinflussen. Nur ein vollwertiger Ersatz, das erkennt man genau, wird es nicht sein. Es ist bestenfalls der mittelbaren Tätigkeit eines Regisseurs zu vergleichen. Das malerische Kunstwerk aber wirkt unmittelbar. In seinem Sosein steht es absolut fest. Das photographische Erzeugnis dagegen ist hieran nicht gebunden. Sein Hauptwert ist die Genauigkeit, ein Moment, das im Kunstwerk durchaus nicht beachtet zu sein braucht, und das dank der individuellen Darstellungsgabe nicht vermißt wird, überhaupt keine künstlerische Kategorie ist. Hier Symbolwerte und Trächtigkeiten aus der Tiefe des Geistigen und Seelischen, dort nur eine (allerdings imponierende) Beleuchtung der Erscheinungstat-sachen. Für unsere Zeit ist es von Wichtigkeit das Gesicht der Dinge von allen Seiten erfassen zu können. Es wäre aber völlig verkehrt, wollte man glauben, man müsse diese Möglichkeiten unter Preisgabe des ganz anders gearteten künstlerischen Schaffens kultivieren.

Antike und Moderne

Am 21. April jährte sich die 100. Wiederkehr der Begründung des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches durch Eduard Gerhard in Rom (siehe die Rundschau Anthropogeographie, 1929 I Seite 447 und folgende). Es war ein Anlaß zu einem großen Festakt im Reichstag, bei dem Politiker und Gelehrte die geistige Bedeutung der Altertumswissenschaft hervorhoben, das Pergamonmuseum wurde zeitweilig geöffnet, und eine internationale Tagung schloß sich den Feierlichkeiten an. Mit gutem Recht konnte man diese Feier unternehmen. Aus dem ehemaligen Institut für Archäologische Korrespondenz ist eine dem Auswärtigen Amt unterstellte Reichsanstalt geworden, die das ursprüngliche griechisch- und römisch-antike Stoffgebiet auch auf die Erforschung anderer Altertumsdenkmäler, so der römisch-germanischen, ägyptischen und der europäisch-prähistorischen ausgedehnt hat, zudem viel mehr als ehemals auf eine reine Forschungstätigkeit festgelegt ist. Diese Tatsache ist aber von eminenter Wichtigkeit. Es konnte wohl davon abgesehen werden auch im einzelnen die politische Bedeutung dieses Instituts im Verlauf der Zeiten zu behandeln, es wäre aber notwendig gewesen den jeweiligen Zusammenhang zwischen der Altertumswissenschaft und den zeitgenössischen Kunstübungen zu behandeln, wobei das Archäologische Institut keine kleine Rolle gespielt hat. Bekanntlich war die Archäologie seit der Begründung durch Winkelmann bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts keine ausgesprochene Wissenschaft, sondern sie trat auch mit dem Anspruch auf in der antiken Darstellungsweise das allein nachahmenswerte Vorbild für jedes Kunstschaffen gefunden zu haben. Diese Meinung wurde tatsächlich zum allgemein herrschenden Dogma, nur wenige Künstler vermochten innerhalb dieses Formenzwangs etwas Eigenes hervorzubringen, die meisten blieben blasse und charakterlose Nachahmer, obgleich gerade sie von offizieller Seite nachdrücklichst gefördert wurden. Es hätte der Altertumswissenschaft keinen Abbruch getan, wenn besonders diese Jugendsünden eindringlich behandelt worden wären, zum Nutzen des heutigen Kunstschaffens und zur Klarstellung darüber, bis zu welchem Grad überhaupt die vorhandenen antiken Kunst-denkmäler von Anregungswert und als Vorbild wichtig für die schaffenden Künstler der Gegenwart und der Zukunft sind.

Anekdotenmalerei In diesem Jahr kehren die 100. Geburtstage zweier Künstler wieder, die jeder nach seiner Art dem merkwürdigen Kunstgeschmack des deutschen Bürgertums in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts Rechnung getragen haben. Für *Ludwig Knaus*, am 5. Oktober 1829 geboren, rüstet man in Düsseldorf eine Gedächtnisausstellung, dagegen ging der Geburtstag *Benjamin Vautiers*, am 25. April 1829 geboren, verhältnismäßig unbeachtet vorüber. Beide gelten heute als Hauptvertreter der sogenannten Düsseldorfer Schule. Mit ihren Werken erweisen sie, was einst beliebt war und heute als billigste Anekdotenmalerei bewertet wird. Dies trifft mit Recht auf den spätern Knaus zu, während der junge Knaus mit Pariser Schulung noch frisch und unbewußt wirkt, um allerdings dann sein teilweise brillantes Malvermögen in den Dienst der stimmungsmäßig verlogenen Anekdote zu stellen. Bei Vautier liegt der Fall wesentlich anders. Der aus der französischen Schweiz stammende Maler verfügte nie über das gleiche malerische Vermögen wie Knaus, nur schwer und mühselig eignete er sich das Handwerk an, und als Kolorist tritt er stets hinter jenem zurück. Gleich den vielen seiner Zeitgenossen hat er hauptsächlich Szenen aus dem Bauernleben gemalt, die er bei seinen Wanderungen durch den Schwarzwald, Hessen, Elsaß und die Schweiz beobachtete. Durchaus dabei mit dem beliebten gefühlsmäßigen Einschlag, durch die Betonung einer psychologischer Situation, mit einer Auffassung des Bauern, der als treuherziges Wesen angenommen, nicht ganz echt zu sein scheint. Trotzdem entdeckt man bei Vautier relative Werte. Seine Gemälde sind immerhin noch Charakterbilder aus der bäuerlichen Welt, allerdings die Gestalten nur im Sonntagsstaat, aber als solche nicht ganz abseits der Wahrheit. Außerhalb des zu seiner Zeit im Bürgertum geschätzten Geschmacks steht Vautier nicht, nur bleibt er in den meisten seiner Bilder bescheidener und aufrichtiger als Knaus, wodurch er wahrscheinlich mehr als dieser ein nicht ganz ungenießbarer Repräsentant der einstigen Anekdotenmalerei bleiben wird.

Totaliste Mitte April starb in München der aus Berlin stammende Bildhauer *Kurt Kromer*, im Alter von 45 Jahren. Er kam aus der Schule Rodins, der ihn nachdrücklich gefördert hat. Vor einigen

Jahren erregte eine von Otto Grautoff herausgegebene Publikation über ihn beträchtliches Aufsehen, weil darin sich eine Reihe bekannter Persönlichkeiten für seine Kunst einsetzten. Seine Arbeiten, darunter eine jetzt vom Deutschen Theater in Berlin erworbene Büste Gerhart Hauptmanns, sind interessant, aber nach Format und Inhalt übertrieben.

In Godesberg starb Mitte April der Maler *Toni Wolter*. Sein Hauptgebiet waren in impressionistischer Manier geschaffene Landschaften. In den letzten Jahren gehörte auch das Industriebild zu seinem Darstellungsbereich.

Ende April starb in Berlin der Maler *Julius Jacob*, im Alter von 87 Jahren. Er war ursprünglich Theater- und Dekorationsmaler, wandte sich später aber der Landschaftsmalerei zu, mit dem alten Berlin und seiner nächsten Umgebung als Thema. Die Berliner Nationalgalerie besitzt von ihm einen Aquarellzyklus 70 Bilder aus dem alten Berlin, der für seine anspruchslose, aber ernsthafte Anschauungsweise bezeichnend ist. Seit über 30 Jahren war er Mitglied der Berliner Akademie der Künste, zuletzt gehörte er auch ihrem Senat an.

Kurze Chronik In der Archäologischen Gesellschaft zu Berlin berichtete Ferdinand Noack über den Fund *altgriechischer Bronzestatuen* im Meer bei Kap Artemision. Es handelt sich um Meisterwerke eines noch unbekanntem, wahrscheinlich peloponnesischen Künstlers aus der Mitte des 5. Jahrhunderts vor Christus. Durch Taucher wurden bisher ein kämpfender Zeus und ein sitzender Knabe gehoben. ◊ Bei Ausgrabungen von alten Synagogen in Beth Alpha in Palästina entdeckte man auch fast unversehrte *altjüdische Skulpturen und Mosaiken*. Wie der Professor Sukenik von der Universität Jerusalem in Berlin an der Hand von Lichtbildern demonstrieren konnte (siehe die Rundschau Religionswissenschaft, 1929 I Seite 454), handelt es sich um archaisch wirkende Gestaltungen, die einem offenbar spätern Bildersturm entgangen sind. Wahrscheinlich auch dürften weitere Grabungen eine Beeinflussung der frühchristlichen Kunst durch die jüdische Volkskunst erkennen lassen. ◊ In Holland wurde durch den Forscher Hofstede de Groot ein neues Gemälde *Rembrandts* entdeckt; eine Frau in phantastischer Tracht nach Art der Saskia; in der rechten untern Ecke befindet sich die Signatur und die Jahreszahl 1634. ◊ Im Ma-

dridrer Pradomuseum wurde eine Ausstellung von Werken des Malers *Raphael Mengs* /1728 bis 1779/ veranstaltet. Sie zeigt, daß der nur als Nachahmer der Antike bekannte Künstler in Madrid als Hofmaler Karl III Bildnisse geschaffen hat, die ihn von einer neuen Seite und als durchaus bedeutenden Porträtmaler des 18. Jahrhunderts zeigen. ◊ Adolf Hildebrands für *Straßburg* geschaffener Brunnen Vater Rhein ist jetzt auf Anregung der Münchener Stadtverwaltung in München, dem einstigen Tätigkeitsfeld Hildebrands, aufgestellt worden. Die Stadt *Straßburg* erhielt dafür die Arbeit eines aus dem Elsaß stammenden und in München tätigen Bildhauers, einen Brunnen mit politisch neutralem Motiv, entnommen dem elsässischen Sagenkreis. ◊ Die Staatlichen Theater in Berlin richteten in einem Seitenflügel des Kronprinzenpalais ein Theatermuseum ein. Neben mehr dokumentarischen und historischen Objekten ist dort auch eine Reihe bemerkenswerter *Szenen-Entwürfe* und *Bühnenbilder* aus der Vergangenheit ausgestellt. ◊ Der durch die Kunstfälscheraffären bekannt gewordene römische Bildhauer Alceo Dossena beteiligte sich mit Erfolg an einem Wettbewerb für ein *Kriegserinnerungsmal* in Cremona. Unter mehreren hundert Einsendungen wurde sein Vorschlag zur Ausführung bestimmt. Er stellt eine Graburne über einer Gruppe von 3 Müttern, einer Österreicherin, einer Ungarin und einer Italienerin, dar, die in gemeinsamer Trauer verbunden sind. ◊ Ein sonderbares Ergebnis zeigt, wie wenig der *Kunsthandel* die Bildqualität beachtet. In der in Köln und Berlin gezeigten großen Leiblausstellung befand sich das Bildnis eines Beamten der Geschützgießerei in Ingolstadt. Es trug ursprünglich die Bezeichnung Hans Blum und die Jahreszahl 1880. Bei einer Versteigerung in Berlin 1924 konnte es das Limit von 1000 Mark nicht erreichen und wurde für 750 Mark freihändig weitergegeben. Später tauchte es im römischen Kunsthandel mit der Signatur W. Leibl auf und wurde nunmehr für einen mehr als 10fachen Preis verkauft. Jetzt bei der Leiblausstellung nahm der in München lebende Maler Hans Blum das Bild mit Recht als eigene Arbeit in Anspruch, um so mehr, als die Manier von der Leibls grundverschieden ist. ◊ Als Nachfolger Wilhelm von Bodes wurde *Wilhelm Waetzoldt* Vorsitzender des Vereins zur Erhaltung des Kunsthistorischen Instituts in Florenz. Diese Wahl hat schon den Erfolg gehabt, daß

Waetzoldt etliche Personalkrisen glücklich beheben konnte. ◊ Als Nachfolger Franz von Stucks wurde der Simplicissimuszeichner *Olaf Gulbransson* Professor an der Münchener Akademie der Künste; ein erstes Zeichen, daß man jetzt auch in München einer notwendigen Regeneration zugänglich scheint.

Literatur Ein neuer Band *Heinrich Zilles* führt den Titel *Für Alle* und den Untertitel *Ernstes und Heiteres* /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Die Art des Berliner Altmeisters Humor, Ingrim und Sehen zu einer ganz persönlichen Darstellungsweise zu verbinden kommt wieder erschütternd zum Ausdruck. Wichtig ist noch an dieser Publikation, daß in ihr zum erstenmal jene Folge von Blättern veröffentlicht wurde, die Zille während des Krieges unter dem Motto *Kriegsmarmelade* schuf, und die ihn als bissigen und ganz und gar unbestechlichen Zeitschilderer von einer geradezu neuen Seite zeigen. ◊ Im Verlag J. J. Ottens in Berlin erschien eine Publikation über den Bildhauer *Joseph Thorak*, mit einem Vorwort Wilhelm von Bodes. Der Inhalt dieser seiner letzten Arbeit kann als aufschlußreich für das Verhältnis zwischen dem Gelehrten und dem Künstler angesehen werden. Bode schildert die Anfänge Thoraks, der auf Empfehlung Julius von Schlossers aus Wien nach Berlin kam und sich hier allmählich über eine allzu historische Orientierung zur persönlichen plastischen Auffassung weiterentwickelte. Wenig nur schreibt Bode über den eigentümlichen Inhalt der Bildwerke Thoraks, die in dem Werk in zum Teil vorzüglichen Tafeln abgebildet sind. Dafür widmet er einem Sondergebiet des Künstlers, der Wachsplastik, höchst persönlich gehaltene Äußerungen, die am meisten Interesse beanspruchen. ◊ Der Leiter der Bremer Kunsthalle *Emil Waldmann* ließ eine kleine fesselnde Schrift *Stätten* von einst erscheinen /Bremen, Franz Leuwer/. Es sind 18 Aufsätze, die Reiseindrücke enthalten. Frische Reflexionen gelten verschiedenen Kunstformen im Lauf der Jahrtausende, von den Ausgrabungen in Ur in Chaldäa über das Minoische Reich und die Säulen des Parthenon bis zum Japanischen Haus in Sanssouci und zur Eigenart Salzburgs. Nicht allein die jeweilige Stimmung wird in diesen Skizzen gegeben, man findet in ihnen auch etliche damit im Zusammenhang stehende überpersönliche Formulierungen, die von Wert sind.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Courteline † Voltaire hatte eigentlich einen ganz andern bürgerlichen Namen. Auch Anatole France taufte sich um, als er zu schreiben begann. Courteline tat das nämliche. Die 3 großen Satiriker trauten sich nicht recht gleich den Polizeikommissaren um die Ecke zu verraten, daß sie die Verfasser jener scharfen Schmähschriften waren, die denen so sehr behagten, die niemals stehen bleiben wollen. Georges Courteline, der am 25. Juni, an seinem 69. Geburtstag, in Paris starb, hieß eigentlich Georges Moinaux. Das ist also ein Sperling, der Vagabund unter den Vögeln, der sich überall und nirgends aufhält und sich überall und nirgends seine Nahrung aufpickt. Courteline war zunächst auch so ein ziellos herumstrolchender Beobachter und Schilderer. Er schwänzte das Ministerialbureau, in dem man ihm einen bescheidenen Platz eingeräumt hatte, gründlich, um in Kasernen und Polizeibureaus und Gendarmenwachtstuben und Cafés und Theatervorzimmern Leute zu betrachten, die dort hinkamen, mit ihren großen Sorgen und großen Eitelkeiten und kleinen alltäglichen Nöten. Courteline erzählte von großschnäuzigen Sergeanten, von pedantischen Beamten, die da meinten, daß die Regierungsmaschine nur da sei, um die unzähligen Paragraphen des Gesetzbuchs wie ein Geduldspiel durcheinanderzuschütteln. Er war der geduldigste Zuhörer und Zuschauer. Er hat in seinen Kasernenhofbüchern und in seinen Satiren auf die kleinen und großen Regierungstyrannen niemals etwas aufgezeichnet, was nicht der Wahrheit entsprach. Dann las sich das alles wie etwas ganz Phantastisches. Diese Statistik der Dummheit hat Courteline mit einem großen Fleiß und mit jener kultivierten Feder zusammengestellt, die seine kleinen Bücher zur hohen Freude der Kunstfreunde machten. In der berühmtesten und lustigsten Komödie Courtelines, Boubouroche, findet man die tröstliche Lehre, daß es gar keinen Sinn hat sich über sein Unglück aufzuregen. Das beste ist schließlich: Wir befreunden uns mit unserer Misere und sehen sie so an, als wenn sie unsere beste Schwester sei. Courteline tat das, als er selbst vom Leid verfolgt wurde. Dem zuckerkranken Mann mußte vor einigen Jahren ein Bein abgeschnitten werden. Er konnte sich nur noch im Rollstuhl vorwärtsbewegen und scherzte dann, daß er jetzt schon auf einem

Sockel säße wie ein Marmorstandbild, das Ewigkeit überdauern soll. Dann mußte ihm auch das andere Bein amputiert werden. Der Kranke verlor seinen wehmütigen Humor nicht bis zum letzten Tag seines Daseins. Er war schon ein Sterbender, als er noch lächelte. Courteline war ein außerordentlicher Meister der Form, ein sehr ausdauernder Ziselierer der Sprache. Darum verdient er es unter die klassischen Humoristen gerechnet zu werden. Mit so viel Verständnis verfolgte er alles, was zur menschlichen Dummheit gehört, daß er unzählige satirische Blätter sammelte, auf denen irgendein närrisches Begebnis zu sehen war. Dieses Museum menschlicher Dokumente erfüllte das ganze Haus Georges Courtelines. Es starb ein Schriftsteller, der nicht nur oberflächlich über das verrückte Leben scherzte sondern allen seinen Kuriositäten eine Philosophie gab. Und so ist es nicht merkwürdig, daß dieser Witzbold auch ein ernstes philosophisches Buch verfaßte, in dem ausgezeichnete Sittensprüche, aber auch hervorragende Ratschläge für Künstler zu finden sind.

Historisch-aktuelle Dramatik Eine neue Wallensteintragedie schrieb Paul Gurk (Wallenstein und Ferdinand II /Lübeck, Otto Quitzow/). Gurk will das große Zeitgemälde, das Schiller mit Macht und buntesten Farben auspinselt, mit fester Hand konzentrieren. Er will das Epische des Stoffs überwinden und das ganze Drama auf 2 Gegenspieler, auf Wallenstein und den Kaiser Ferdinand, stellen. Aber das Zeitkolorit, das er dem Strategen des Dreißigjährigen Krieges und dem österreichischen Kaiser beigibt, wird von einem philologischen Experimentator erfunden. Die Leute reden in einer barocken Sprache, Wallenstein und der Kaiser selber, die Generale, die Pfaffen, die am Wiener Hof intrigieren und nicht glauben wollen, daß der Friedländer, der sich von den Sternen leiten läßt, auch ein guter Katholik wäre. Man ist zunächst durch diese pittoresken Worte, durch diese rhetorische Dekoration außerordentlich gefesselt. Nur ist es nicht möglich, daß die dramatischen Dinge sich frei entwickeln. Es wird als Motiv zu viel vorausgesetzt, was eigentlich erst durch die Unmittelbarkeit der Bühne aufgerollt werden müßte. Von vornherein sind die beiden Gegenspieler Wallenstein und Ferdinand vollendete Charaktere. Sie entwickeln sich nicht aus der Zeit und in die Zeit hinein. Es

wird gesagt, daß Wallenstein alle seine Lebensführung durch die Astrologen bestimmen läßt. Es wird aber kaum die Szene gezeigt, in der Wallenstein sein Schicksal mit den Sternen verflucht. Das meiste blieb eben abstrakt.

Das Hineinschütten sogenannter moderner zeitgenössischer Motive in das Gemüt einer historischen Person, also gewissermaßen die dramatische Psychologie ad hoc, ist nur das Mittel des schwächern Dramatikers. Natürlich ist es das Allerschwierigste eine Vergangenheit lebendig auf der Bühne erwachsen zu lassen. Dichtet *Paul Frischauer* eine Ravailactragödie (Ravaille oder Die Ermordung eines Königs /Wien, Paul Zsolnay/), dann verpflichtet der Titel zu einer Kontrastierung der Reformation und des alleinseligmachenden Glaubens. Alles, was die Symbolik dem Untergrund der Zeitzerrissenheit geben müßte, wäre aus Tun und Sinn der handelnden Personen zu schöpfen. Aber den Franzosenkönig Heinrich und seinen Feind Ravaille nur als Nebenbuhler im Bett einer hübschen Frau gegen einander wüten zu lassen und die übrige Feindschaft, die viel tiefer liegt, nur gelegentlich zu erwähnen, das ist eine allzu bequeme Art.

Zeitdrama Ganz mit unserer Zeit will *Eberhard Wolfgang Möller* gehen. Er drängt die Zeit ganz und gar in einen dramatischen Menschen hinein, in den Kriegsheimkehrer und ehemaligen Soldaten O. /Berlin, Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Komponisten/. Dieser Soldat kann nicht heimfinden, selbst dann noch nicht, als ihm die Bewegungsfreiheit der Glieder zurückgegeben ist. Er wird zum Odysseus unserer Zeit, erleidet auch das Schicksal des homerischen Helden. Dieses wird ins Kleinbürgerliche und Armeselige hineingezogen, wie unsere Zeit es gebietet. Der Soldat O. will schließlich doch einmal wittern, wie es in seiner einstigen Wohnung, wie es bei seiner Ehefrau und dem Jungen aussieht, den er als Säugling zu Hause ließ. Und da entsteht diese Alltagstragödie. Der Soldat O. entdeckt, daß alles zerfallen ist, daß er sich nicht mehr ins bürgerliche Dasein zurückfinden kann. Vor ihm steht immer noch die grauenhafte Vision, die als Wirklichkeit auf ihn einstürzte, als er in die Festungshölle von Doueaumont bei den Kanonieren eingesperrt war. Als Griff nach einem aktuellen Stoff, der noch lange Zeit Wert behalten wird, ist die dramatische Idee Möllers außerordentlich zu loben. Nur hört er noch

nicht jene Worte, die das Visionäre erst in das Theater hineinzaubern. Der Dramatiker muß eben ein merkwürdiger Zauberer sein, er muß der Idee gehören, aber auch der faßbaren Wirklichkeit. Man weiß nicht, welche Zukunft dem Dramatiker Möller vorauszusagen ist. So kann man bis jetzt ihn nur ermuntern seine Bemühung nicht aufzugeben. Möller will Analogieen schaffen: Was in Urzeiten der heimatlose Odysseus erlebte, soll nur ein Gleichnis sein für das, was heute dem Soldaten O. angetan wurde. Der Dramatiker reißt also die Augen sehr weit auf, allerdings auch den Mund, und es entsteht ein gewisser Starrkrampf der Begebnisse und der Rede. Anders *Alexander Lernet-Holenia*, der bei dem stehen bleibt, was er unmittelbar vor Augen hat. Er will ein sehr zeitgebundener Dramatiker sein. Er will sich nicht auf Ausdeutungen ewiger Probleme einlassen. Nennt er sein Stück *Österreichische Komödie* /Berlin, S. Fischer/, so hält er sich genau an die Gesellschaft, die er kennt, und er hütet sich vor der Gesellschaft, die er erst ergrübeln muß. Er schildert also die österreichischen Aristokraten, wie sie nach seiner Beobachtung heute sind: ein Klüngel mit sehr beengtem Horizont, der noch nicht das bißchen Majestät der jüngsten Vergangenheit vergessen will, obgleich er die Mittel nicht mehr besitzt, um sich so pompös wie früher aufzudonnern. Es geschieht darum, daß nur die Lakaien des Stücks noch ganz echte Vertreter dieser Vergangenheit sind. Die Herrschaften dieser Lakaien gehen, um sich die Mittel zur Weiterexistenz zu verschaffen, in die anrühige Bürgerlichkeit hinein, verkaufen sogar, was sie haben; ihre Würde und ihre etwas verglaste Schönheit. Man möchte sich aber nicht entlarven lassen, und aus diesem begreiflichen Wunsch entsteht dann die österreichische Tragödie, die der ironische Dramatiker zur Komödie auslaufen läßt. Lernet-Holenia geht dabei gar nicht auf grobe oder gewaltsame Lösungen und Erregungen aus. Er ist auch ein Philologe des Stils der Gesellschaftsklasse, die er darstellt. Allerdings kommt die Philologie bei ihm aus der Verwandtschaft mit den Menschen, die er formt. Er ist kein Dramatiker nach dem Buch wie Paul Gurk, er ist ein Dramatiker nach dem Leben. Komplizierter ist die Seelenexistenz des Dramatikers *Ferdinand Bruckner*, einer etwas dunklen Persönlichkeit, deren bürgerlicher Name noch nicht preisgegeben wurde. Nach allem, was man weiß

und errät, soll Ferdinand Bruckner ein Nervenarzt sein, der psychopathologische Lehren aus seiner Praxis zieht und seine Erfahrungen für das Theater verwertet. Seine Schauspiele Krankheit der Jugend und Verbrecher, die bei S. Fischer in Berlin erschienen, sind famose Volksstücke. Die einzelnen Szenen stehen eigentlich isoliert. Das Ganze, das zusammenkommt, ist kein Drama mit einem großen Mittelpunkt sondern nur eine Aufzählung der Unglückszustände, in die leidenschaftliche Menschen gegen ihren Willen hineingerissen werden. Bruckner ist der Dramatiker des Instinkts. Er zeigt etwas Untergründiges und Unterirdisches. Er versteht aber gleichmäßig die kultivierte, die überzarte Jugend und das schwerfällige rein vom Trieb vorwärtsgehetzte Mädchen aus dem Volk. Der Arzt und der Jurist sind erstaunt und auch befriedigt darüber, daß Bruckner die noch unausgesprochenen, aber der Besprechung werten Probleme entdeckt. Ob es sich um das sehr zart anzufassende Problem der homosexuellen Liebe oder um die Enttäuschung der alternden Köchin handelt, die mit harten Händen die Verführerin ihres Liebsten erwürgt, immer wird ein psychologischer Schulfall erörtert. Nein, der Fall wird nicht erörtert, er kommt wirklich in all seiner Kraßheit und greifbaren Wirklichkeit auf die Bühne (siehe auch die Rundschau Bühnenkunst, 1928 II Seite 1135). Man darf sagen, daß Bruckner in diesem Sinn sehr zeitgemäß ist. Es ist darum auch nicht verwunderlich, daß er von jenen bespuckt und verfolgt wurde, die es nicht vertragen, daß wir vor den Verwicklungen unseres heutigen Daseins hellseherisch die Augen öffnen (siehe auch die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 628).

Der Franzose Paul Raynal fühlte, daß es keinen Sinn hat einen übermenschlichen Willen von jenen Menschen zu fordern, die in das übermenschliche Schicksal des Weltkriegs hineingerissen wurden. Selbst Möller, selbst der ironische Lernet-Holenia sind eigentlich Romantiker des Sozialen. Sie klammern sich nur an den Einzelgänger unserer Zeit, der aus der Masse herausgehoben wurde, weil er alles soziale Leid als ein Wüstling oder als ein Mystiker überwinden wollte. Die Komödie des Österreichers und die Tragödie des Deutschen und auch die kriminellen und irrenhäuslichen Erlebnisse Ferdinand Bruckners sind Einzelfälle, sie mögen sich auch noch so oft wiederholen. Raynal traf das Normale, als er die Tragödie vom

Grabmal des unbekanntes Soldaten dichtete. Hier ist ein junger Mensch, der mit seiner ganzen Natur zu den Bluteignissen gehörte. Der Kriegsteilnehmer erlebte nun etwas ganz Schlichtes, das sich millionenmal wiederholte. Er erkannte das Grauen des Krieges als etwas Unnatürliches, Unsittliches, dem er sich aber nicht entziehen durfte. Und als er unterging, untergehen mußte, verschwand ein Mensch, der aber so wichtig ist wie ein ganzes Volk. Der unbekanntes Soldat, der bei den Völkern des Weltkriegs als ein Symbol dieser Namenlosigkeit des Schmerzes begraben wurde, ersteht in der Tragödie Raynals zu neuem Leben. Er opfert sich, damit die Menschen den Unsinn des Krieges erkennen, er opfert sich im besondern, damit er den Mann, der seinem Wesen am nächsten steht, den Vater, zu seiner Erkenntnis bekehrt. Raynals Tragödie ist ein Werk, vor dem die Künste des äußerlichen Prunkregisseurs versagen. Seit Jahren wird nun diese Tragödie in Frankreich und in der Welt gespielt. Der große Gedanke, der die Kriegsdinge nicht verzerrt sondern sie mit jener Einfachheit wiederholt, die Barbusse auszeichnete, und die Remarque und Renn uns Deutschen noch einmal einprägten, ist eben unverlöschlich. Es ist nicht wichtig, daß wir über diese Kriegsvergangenheit wild schreiend unsern Zorn ergießen, es ist nur wichtig, daß wir von dem berichten, was einstmal war. Dann wird die Erinnerung viel schmerzlicher den Lesenden und den Hörenden im Theater erfassen, und es wird geschehen, daß die Gemeinde der Kriegsächter sich täglich vergrößert. Aus Amerika empfangen wir jetzt häufig Romane und Dramen, die auch die Scheußlichkeit des Kriegs brandmarken wollen, aber die Schriftsteller, die da wirken, hängen an dem ehemaligen Blutvergießen doch mit einer gewissen Sportliebe. Es soll etwas Ungewöhnliches gewesen sein, bei dem sich immerhin einiges Abenteuerliche, ganz Seltene und Großartige erleben ließ. Der Krieg wird geächtet, aber er wird auch glorifiziert. Im Grabmal des unbekanntes Soldaten ist nichts davon. Es ist ein eindeutiges Werk. Hedwig von Gerlach hat die ganz ungekünstelte Sprache Paul Raynals mit vieler Andacht ins Deutsche übertragen /Straßburg, J. H. Ed. Heitz/.

Politische Dra- In 2 dramatischen Sinn-
matik spielen ergänzte Romain
Rolland seinen Zyklus der
Revolutionsdramen, Während die Wölfe

und Danton mit den Notwendigkeiten der Bühne rechneten, gibt Rolland sich jetzt nur dem Gedanklichen hin. Seine beiden Revolutionsspiele Palmsonntag und Die Leoniden (deutsch von Erwin Rieger /Frankfurt, Rütten & Loening/) sind gar keine Theaterwerke. Sie sind nur psychologisch und weltpolitisch zugespitzte Dialoge, Arbeiten eines überlegenen Mannes, der sich jetzt darin behagt das Emporschlagen und Niederschlagen der Revolutionswellen von 1789 auszudeuten. Im Spiel Palmsonntag sehen und hören wir Jean Jacques Rousseau, der schon ein vergreister Wüterich ist, Rousseau ist fast blind, er tastet sich nur noch an der Hand des führenden Knaben vorwärts, doch inmitten der barocken Schäferspiele von 1774 erblickt er schon das Glühen der revolutionären Idee. Wenig Gläubige hören dem Propheten zu, der dunkel und drohend zu seiner aristokratischen Umgebung spricht, die ihn als einen lebenswürdigen Schwärmer umtändelt und gar nicht begreifen will, weswegen dieser eingefallene Mund so leidenschaftlich auf seine Umgebung geifert. Diese Schäferszenen des Rollandschen Singspiels sind innerlich wohl gespannt, doch die sehr ziselierten Reden werden nicht ausreichen, um die Neugierde des Theaterpublikums dauernd zu fesseln. Rolland hat da ein richtiges Lesedrama verfaßt. Einer der halben Gläubigen Rousseaus ist in dem Palmsonntag Mathieu Regnoul, ein junger Advokat. Er ist Hauptperson in dem Spiel Die Leoniden. Regnoul wurde nach den stilleren Zeiten der ersten Revolutionsjahre der Jakobiner, der die Rebellion des Volkes zur sozialen Revolution anschürte. Aber auch dieser strenge und dogmatische Terrorist konnte nicht verhindern, daß nach dem Jahr 1793 die Zeit der Ermattung folgte. Die Massen fielen von Regnoul ab, er mußte landesflüchtig werden. Auf schweizerischer Erde verbarß er sich. Das Schicksal fügte es, daß er dort mit dem härtesten der Revolutionsgegner zusammentraf, mit dem hohen Aristokraten, der als Emigrant die helvetische Gastfreundschaft erbitet und nur erwartet, daß er wieder die bourbonische Herrlichkeit erblickt. Der Jakobiner und der Aristokrat geraten auf dem neutralen Boden auf einander. Sie können sich nicht verstehen, sie können nur den Haß mildern, der sie eben noch auseinandergerissen hat. Sie können nur noch ihren Kindern überlassen die Versöhnung der Prinzipien zu suchen. Diese Kinder müssen in die Neue Welt

jenseits des Ozeans auswandern, um dort vielleicht zu ergründen, welche soziale Ordnung die beste ist. Das ist, betrachtet man die Probleme der beiden Dramen als Parteimann, nur eine improvisierte, eine launische, keine endgültige Lösung. Man entbehrt in Rolland das Feuer, das noch den greisenhaften Rousseau durchbebte, und man wundert sich so schöne, aber auch so unentschiedene Gedanken bei dem alten Kämpfer Rolland zu entdecken. Nun, man werfe ihm sein friedliches Gefühl nicht vor. Man darf doch nicht einen Mann deswegen tadeln, weil er in die Zukunft des Gefühlspazifismus Vertrauen setzt.

Ganz klare politische Dramatik, das ist das Werk *Pedro Calderons de la Barca*. Selbst dann, wenn dieser geniale Spanier sich nur mit dem Volk gesellte und in allerhand Farcen die Habsüchtigen und Geilen, die Hinterlistigen und Wucherer entlarvte, bleibt er im Zusammenhang mit seinem großen katholischen Gott und dem großen König, der Christen und Juden verbrannte, damit die Herrlichkeit Gottes nicht geschädigt werde. Ehrgeizig waren die Könige Calderons nur, um sich dieses Himmels- und Erdenverdienst zu erwerben, ehrgeizig waren die Alkalden, Prinzen und Richter Calderons nur, um nicht aus der Gnade dieses absoluten Monarchen herausgehetzt zu werden. Man muß sich schon in den Zeitgeist sehr vertiefen, um Calderon, das Genie der märchenhaften Fruchtbarkeit, richtig zu begreifen. Alle Versuche, die in den letzten Jahren von katholischen Theatervereinen unternommen wurden, um Calderon für die heutige Bühne wiederzuerwecken, scheiterten daran, daß Gläubige und Ungläubige im Theater zusammensitzen, und daß die einen erquickt werden, wo die anderen sich abgestoßen oder gelangweilt fühlen. Immerhin war dieser ungeheure Dichter ein Wunder der Sprachkunst und der Reimkunst und der Bildkraft und der Rhythmik. Der Artist, der heute wiederum dieses Werk nachbilden will, braucht mehr als Geduld, er braucht auch ein mehr als noch so tüchtiges Sprachtalent. Unter den Deutschen haben Grillparzer und Friedrich Halm am vollendetsten dieses Sprachgenie ausgeschöpft. Der jüngste Übersetzer ist ein erfahrener und fleißiger Skandierer, aber kein Sprachformer, der für so viel Schmelz und klingende Geschmeidigkeit den eingeborenen Instinkt mitbrächte. Mit Respekt ist die neue Nachdichtung Eugen Gürsters /München, C. H. Beck/ trotzdem zu erwähnen.

Totenliste

Am 23. Februar starb in Oslo *Gunnar Heiberg*, 72 Jahre alt. Er gehörte zu dem Andachtskreis um Ibsen, obwohl er aus dem Schatten des norwegischen Genies in das Licht seiner eigenen Sonne hinaufzuspringen versuchte. Die deutschen Naturalisten schätzen Gunnar Heiberg außerordentlich hoch, wie alles, was aus dem skandinavischen Norden kam und den Hauch und die Ahnung der Wahrheit mit sich trug.

Am 30. April starb in Eisenach *Friedrich Lienhard*, in seinem 64. Lebensjahr. Er hatte als sozialer Dichter begonnen, entwickelte sich aber zum deutschtümelnden Propagandisten der Feder. Er glaubte, daß er dem alten Geist von Weimar verwandt sei; in Wirklichkeit reichte sein Talent nur, um eine stockige Romantik zu predigen. Er schrieb empfindungsvolle Bücher über die deutschen Landschaften, er wollte die Legende vom deutschen Elsaß aufrechterhalten, wurde aber von den Novembertagen des Jahres 1918, in denen das Elsaß stürmisch nach Frankreich zurückkehrte, widerlegt. Doch er schrieb immer aus ehrlichem Gefühl heraus. Daher wird man bedauern, daß nationalistische Enge ihn gehindert hat in europäischem Sinn zu wirken, wozu er wohl berufen gewesen wäre.

Kurze Chronik 5 europäische Zeitschriften: Europäische Revue, La Nouvelle Revue Française, Nuova Antologia, Revista de Occidente, The Criterion, setzten gemeinsam einen Preis von 1000 Mark für die beste Novelle in deutscher Sprache aus; sie soll von den 5 Zeitschriften erworben und zu gleicher Zeit in deutscher, französischer, italienischer, spanischer und englischer Sprache veröffentlicht werden. Die Stadt Essen setzte einen Preis von 3000 Mark für den besten Roman über das Ruhrgebiet aus, der in geschlossener künstlerischer Form die Vielfalt der gestaltenden Kräfte dieses Gebiets im Zusammenhang mit Landschaft, Mensch und Wirtschaft darstellt. Der Verlag Eugen Diederichs in Jena wendet sich, indem er 10 000 Mark für den besten Roman ausschreibt, an die jungen Dichter, die an Stelle psychologischer Zerfaserung die Deutung des Lebens versuchen und aus innerer Verbundenheit mit der Gegenwart heute am organischen Wiederaufbau mithelfen wollen. ◊ Das Haus, in dem Lessing als Bibliothekar an der herzoglichen Bibliothek in Wolfenbüttel gewohnt, in dessen Gartensaal er den Nathan vollendet hat, und in dem Eva König gestorben ist, soll

nun durch eine Stiftung, für die das Reichsministerium des Innern und das Preußische Kultusministerium Zuwendungen gemacht und der Staat eine Lotterie bewilligt hat, restauriert, mit Lessingerinnerungen ausgestattet und als *Lessinghaus* erhalten werden. ◊ Während man in der deutschen Stadt, in der *Heinrich Heine* geboren wurde, in den 73 Jahren seit seinem Tod noch über das Planen eines Denkmals für ihn nicht herausgekommen ist, wurde in der französischen Stadt, in der er starb, eine Gedenktafel für ihn an dem Haus, in dem er seine letzten Jahre in der Matratzengruft zugebracht hat, errichtet; allerdings nicht von Deutschen sondern von Franzosen. Die Gesellschaft für Alt Paris brachte an dem Sterbehaus Heinrich Heines in der Rue Matignon eine Tafel an, auf der zu lesen ist: »Henri Heine est mort dans cette maison le 17 février 1856.« Bei ihrer Einweihung hielten der Stadtverordnetenvorsteher von Paris, der Präfekt des Seinedepartements und andere Reden. Die Deutschen waren nicht vertreten. Der Ami du Peuple schreibt dazu: »Man bemerkte mit einiger Verlegenheit das Fehlen deutscher Vertreter bei dieser Feier zu Ehren eines Deutschen. Sollte der Geist von Locarno, dessen belebende Wirkung man in Deutschland betont, nicht genügen, um dem Dichter seine Freundschaft für Frankreich endlich zu verzeihen?« Nun soll auch Heine in seiner Geburtsstadt Düsseldorf ein Denkmal gesetzt werden. Der Plan hat in allen Weltteilen Interesse erweckt. Ein Ehrenausschuß hervorragender Persönlichkeiten aus Amerika, England, Frankreich, Rußland, Schweden hat sich gebildet; auch die Deutsche Dichterkademie in Berlin hat ihren Beitritt erklärt. Heinrich Mann dichtet einen Vorspruch zu dem Aufruf. ◊ Die Gesellschaft der Freunde *Wilhelm Raabes* beschloß Raabe in Braunschweig ein Denkmal zu setzen; es soll 1931 zum 100. Geburtstag des Dichters eingeweiht werden. ◊ Eine Gedenktafel für *Peter Hille* wurde in Erwitzen bei Bad Driburg in Westfalen, dem Geburtsort Hilles, enthüllt. ◊ Der in dieser Rundschau (1929 I Seite 459 und folgende) erwähnte, mit dem Gerhart-Hauptmann-Preis bedachte Roman *Heinrich Hausers* Brackwasser erschien nicht bei Engelhorn sondern im Reclamschen Verlag in Leipzig.

Literatur

Die Sektion für Dichtkunst der *Preußischen Akademie der Künste* brachte ihr erstes Jahrbuch, für 1929, heraus und

übergab es dem Verlag S. Fischer in Berlin zum Vertrieb. Nimmt man solch ein Akademiejahrbuch in die Hand, so fürchtet man zunächst einem gefährlichen Alexandrinertum zu begegnen. Die Unsterblichen Deutschlands, die zuerst vom preußischen Minister für Wissenschaft und Kunst Carl Heinrich Becker versammelt wurden, beriefen aber, wie man weiß, sehr bald auch einige der problematischen Dichter in ihre Gemeinschaft. Daher dokumentiert sich in diesem Jahrbuch, wenn auch durch gefestigte und sogar versteifte Festtagsformen des Stils, das vielseitige Antlitz deutscher Literatur. Im einzelnen lassen die Akademiker drucken, was sie bei besonderen Anlässen, etwa bei der Lessingfeier oder vor Studenten der Berliner Universität, sprachen. Man kann sich denken, daß, was dort geredet wurde, so vorbereitet war, daß es von vornherein den Charakter der Druckreife empfing. Man will in der Dichterkademie nicht vor den nationalen Problemen stehenbleiben. Vor allem der Akademiker Theodor Däubler neigt zu italienischen und griechischen Gedanken und Formen. Er versucht dann alles Hellenentum als politisches Geistestum oder als vergeistigte Politik auszudeuten, um so in Dante auch das Genie des politischen Dichters höchster Potenzierung zu erweisen. Die Fragestellungen sind mannigfach. Die Abhandlungen der einzelnen Akademiker sind vollendet und ausgekühlt. Doch aus allem ragt Thomas Manns Rede über Lessing hervor, ein technisches Meisterstück literarischer Psychologie. In Thomas Mann verriet sich ein Rationalist, dem es gegeben wurde die Andacht und Bedachtsamkeit des dichterischen Kritikers und des kritischen Dichters zu durchleuchten. Der so vernünftige Betrachter verschmäht auch das Mystische nicht, wenn es ihm den reinen Gedanken und die dunkle Willenskraft des großen literarischen Ingenieurs bekundet. Durch alles, was sonst noch zu lesen ist, befestigt sich der Eindruck, daß die Dichterseele, die sich auf dem Forum der akademischen Repräsentanz erleichtern darf, nicht ganz ungehemmt zur Außenwelt gelangt. Es geht dieser Seele ein wenig von ihrer originalen Art verloren. Sie wird, so sehr sie es auch leugnen mag, ein wenig archivalisch und darum auch welk. Und man begreift schließlich die Skeptiker, die immer noch vermuten, daß eine Dichterkademie, der nobelste Klub schreibender Koryphäen, zwar eine kulturelle Einrichtung, aber nicht eine Brutanstalt für Originale sein wird.

KULTUR

Landwirtschaft / Hens Wilbrandt

Amerikanische Agrarhilfe Seit Jahren befindet sich die amerikanische Landwirtschaft in Schwierigkeiten. Durch die große Nachfrage nach Getreide und den damit verbundenen Preisauftrieb während der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre war die Getreideanbaufläche der Vereinigten Staaten und Canadas stark ausgedehnt, und die Produktion über ein der normalen Nachfrage entsprechendes Maß hinaus gesteigert worden. Starke Preisrückschläge, große Schwierigkeiten der Landwirtschaft, Rückgang der Anbaufläche waren Folgen dieser Entwicklung. Auch heute noch sind die Verhältnisse nicht viel besser. Inzwischen ist zwar durch technische Fortschritte die landwirtschaftliche Produktion in den überseeischen Staaten verbilligt worden, die Entwicklung der Preise für Agrarprodukte ist aber hinter der für industrielle Erzeugnisse zurückgeblieben. Zwischen dem Realeinkommen der städtischen Arbeiter und der landwirtschaftlichen Bevölkerung blieb ein nicht unerheblicher Unterschied bestehen. Der Lohnindex der Industriearbeiter stand im Dezember 1928 auf zirka 225, der Lebenshaltungsindex auf zirka 162, was einer Reallohnsteigerung von 40% gegenüber der Vorkriegszeit gleichkommt. Der Reallohn der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist nicht so stark gestiegen. Seit Jahren werden, um den Reallohn der Landwirtschaft entsprechend dem der Industriebevölkerung zu steigern, Farmerhilfsgesetze geplant und beraten. Zuerst kam die viel umkämpfte McNary-Haugen-Bill, die hier in dem Artikel Schippels Ein Antrag Kanitz in Amerika (1927 I Seite 271 und folgende) ausführlich behandelt wurde. Dieses Gesetz ist nie verwirklicht worden. In der in den letzten Monaten in Amerika beratenen Farm Relief Bill waren die Forderungen der Landwirtschaft noch einen wesentlichen Schritt weiter gegangen. An Stelle der sogenannten equalization fee, also der Umlage der Exportverluste auf die gesamte Landwirtschaft, wurden in dem neuen Farmerhilfsgesetz Einfuhrscheine gefordert, wie sie in Deutschland bei einer Reihe von Erzeugnissen gewährt werden, allerdings mit dem Unterschied, daß diese Einfuhrscheine den Staat in einem Exportland viel mehr kosten als in einem vorwiegend auf Import eingestellten Land. Diese Einfuhrscheine, deren Höhe auf

die Hälfte des gegenwärtigen Zolls, also auf 21 Cents pro Bushel Getreide, begrenzt, aber auch für andere Produkte eingeführt werden sollte, hätten nach außen hin sogar noch ein gegenüber der equalization fee verstärktes Dumping des amerikanischen Getreides ermöglicht; denn 21 Cents pro Bushel sind 15 bis 20 % des Preises. Diese Exportverluste wären aber nicht von der Landwirtschaft getragen sondern der Staatskasse aufgebürdet worden. Nach langen Kämpfen ist nunmehr auch dieses Projekt, gegen das sich Hoover ebenso energisch einsetzte wie Coolidge seinerzeit gegen die equalization fee, gefallen. Nach Hoover hätte es bei der ebenfalls zu erwartenden starken Produktionssteigerung in kurzer Zeit den Staat jährlich 200 Millionen Dollars gekostet. Die Annahme des Farmerhilfsgesetzes ohne Exportforcierung machte nunmehr im Repräsentantenhaus wie im Senat keiner Schwierigkeiten, und Hoover hat es bereits unterzeichnet. Das Gesetz ist ein außerordentlich interessantes Dokument der amerikanischen Agrarpolitik. Es bedeutet eine energische und großzügige Förderung des landwirtschaftlichen Absatz- und insbesondere des genossenschaftlichen Absatzwesens. Zum Bau von Elevatoren, Lagerhäusern und überhaupt für alle den landwirtschaftlichen Absatz verbilligenden und rationalisierenden Maßnahmen sollen 500 Millionen Dollars, also mehr als 2 Milliarden Mark, Staatskredite gewährt werden. Eine 1. Rate von 150 Millionen Dollars wird sofort bereitgestellt. Zur Durchführung der verschiedensten Rationalisierungsmaßnahmen soll ein Federal Farm Board mit zahlreichen Unterorganisationen geschaffen werden. Eine dieser Unterorganisationen, das Producer Clearing House, soll eine Rationalisierung der Güterbewegung bewirken, die Stabilization-Corporations sollen preisstabilisierende Maßnahmen durchführen. Die Landwirte sollen energisch zum genossenschaftlichen Vertrieb ihrer Waren erzo-gen werden; übrigens setzen die Genossenschaften bereits jetzt landwirtschaftliche Produkte im Wert von 10 Milliarden Mark um. Das Federal Farm Board hat außerdem die Aufgabe eine Überproduktion und einen daraus sich entwickelnden Preisdruck nach Möglichkeit zu verhüten. Im ganzen genommen ist das amerikanische Farmerhilfsgesetz ein ausgesprochenes Bekenntnis zum landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen als der besten Vertriebsform landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es ist eine

Kampfansage an Spekulation und Handel und so von planwirtschaftlichen Gedankengängen durchzogen, von Zielsetzungen bestimmt, die man noch vor einigen Jahren gerade in Amerika schwerlich für möglich gehalten hätte.

Deutsche
Agrarhilfe

Auch in Deutschland sind sehr starke Bestrebungen vorhanden die landwirtschaftlichen Markt- und Absatzverhältnisse zu verbessern. Das Einheitsprogramm der deutschen Landwirtschaft ist hier in dem Artikel Kaliskis (1929 I Seite 278 und folgende) wiedergegeben worden. Die Beratung der meisten dieser Forderungen hat zu weitgehenden Zollerhöhungen geführt (Butter, Käse, Kartoffel usw.). Über die Zukunft der Getreidewirtschaft und der Getreidepreise haben unter dem Druck der im Mai stark fallenden Weizen- und Roggenpreise Diskussionen, aber auch wichtige Beratungen stattgefunden und zu vorläufigen Ergebnissen geführt. Die Sozialdemokratie hat zur Lösung des Getreideproblems ein Getreidemonopol gefordert, da nur dieses eine weitgehende Stabilisierung der Getreidepreise ohne zu starke Preisstürze einerseits und zu starke Preissteigerungen andererseits ermöglicht. Der Reichsernährungsminister und der liberale Handel haben dieser Forderung den Vorschlag einer Preisausgleichsgebühr entgegengesetzt, die zusätzlich zu dem bisherigen Zoll von 50 Mark pro Tonne in Höhe von 25 Mark in Kraft treten soll, wenn der Weizenpreis eine bestimmte Mindesthöhe (260 Mark pro Tonne) nicht erreicht, die bei Übersteigen der Preisgrenze von 285 Mark jedoch wieder außer Kraft gesetzt werden soll. Auch andere Gleitzollvorschläge tauchten auf. Wegen der Dringlichkeit einer beschleunigten Neureglung der Getreidewirtschaft, da ja Ende August bereits die neue Ernte auf den Markt zu kommen beginnt, setzte der Reichsernährungsminister einen Ausschuß zur Untersuchung der Getreidefrage ein, dem die 4 Verfasser des erwähnten Agrarfrontprogramms, 2 Sozialdemokraten, 2 Konsumvereinsvertreter, ferner 1 Demokrat und 1 Volksparteiler angehörten. Als Berichterstatter wurde ihm Fritz Baade beigegeben. Bei den Beratungen dieses Ausschusses wurden die an sich verlockenden Gleitzölle und auch die Preisausgleichsgebühr bald als praktisch undurchführbar beiseite gestellt. 14 Tage hindurch arbeitete man dann intensiv an der Konstruktion eines Vollmonopols.

Auch die Vertreter der Landwirtschaft waren der Ansicht, daß eine stabile, die Erzeugerkosten deckende Preisbildung des Getreides nur durch ein Monopol erreicht werden kann. Trotz dieser Erkenntnis führten die Verhandlungen zu keinem Erfolg, weil sich Verbraucher- und Erzeugervertreter über die entscheidenden Fragen des Monopols, nämlich über die zukünftige Preisfestsetzung und über die Zusammensetzung des Reichsgetreiderats, der die Preise bestimmen soll, nicht einigen konnten. Wenn sich diese Verhandlungen über das Getreidemonopol schließlich doch an vorläufig noch nicht zu überbrückenden Gegensätzen zerschlagen haben, so ist es doch als ein Erfolg anzusehen, daß der Gedanke einer Verständigung zwischen Produzenten und Konsumenten durch die Beratungen des Getreideausschusses an Boden gewonnen hat.

An Stelle der Schaffung eines Getreidemonopols sind nunmehr die Getreidezölle für Weizen um 1,50 Mark, für Roggen und Hafer um je 1 Mark pro Doppelzentner erhöht worden. Die Landwirtschaft fordert weitere Erhöhungen und setzte es durch, daß zu diesem Zweck der deutsch-schwedische Handelsvertrag, an den die vom 10. Juli 1929 ab gültigen Getreidezölle gebunden sind, zum 15. Februar 1930 gekündigt wurde. Außerdem wurde die Einführung eines Vermahlungszwangs für Weizen beschlossen, der die Wirksamkeit des Weizenzolls erhöhen soll. Die deutschen Mühlen sollen in Zukunft verpflichtet sein 30 % deutschen Weizens neben ausländischem zu vermahlen. Eine Stabilisierung der Getreidepreise kann durch diese Maßnahmen freilich nicht erreicht werden.

Marktforschung Nicht nur in der landwirtschaftlichen Produktion sondern auch im Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse liegen noch weite Rationalisierungs- und Verbilligungsmöglichkeiten, an deren Ausschöpfung man bisher kaum herangegangen ist, auch kaum herangehen konnte, da die Kenntnis der Marktzusammenhänge und der Absatzverhältnisse in Deutschland noch außerordentlich mangelhaft ist (siehe dazu hier den Artikel Glienkes Absatzfragen der Landwirtschaft, 1929 I Seite 403 und folgende). Um Vorarbeiten für die landwirtschaftliche Marktreglung, Verbesserung des Absatzes und Preisstabilisierung zu gewinnen, wird seit langem in der Öffentlichkeit die Einrichtung von landwirt-

schaftlichen Marktforschungsinstituten gefordert. Der Reichsernährungsminister hat nun diese Aufgabe aufgegriffen und dem Reichsernährungsministerium eine Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen angegliedert, deren Leitung dem frühern Bearbeiter der Landwirtschafts Rundschau der Sozialistischen Monatshefte Fritz Baade übertragen wurde; neben Baade wird auch eine Reihe anderer Wissenschaftler in dem neu geschaffenen Institut tätig sein. Gleichzeitig mit der Gründung dieses Instituts soll die Tätigkeit der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat, die sich hauptsächlich mit der Schaffung statistischer Unterlagen über den landwirtschaftlichen Marktverkehr befaßt, ausgebaut werden.

Neben der eben genannten Reichsforschungsstelle soll von Preußen, angegliedert an die Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin, ein Institut für landwirtschaftliche Marktforschung geschaffen werden. Zum Leiter dieses Instituts, das eng mit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen zusammenarbeiten wird, ist der bisherige Leiter der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Karl Brandt, bekannt durch seine Denkschrift über die Lage der ostelbischen Großbetriebe und durch sein Buch über den Stand der Milchversorgung Berlins, in Aussicht genommen.

Tagungen

Vom 23. bis zum 25. Mai veranstaltete das *Internationale Agrar bureau* (Grüne Internationale) in Prag einen Agrarkongreß, an dem die landwirtschaftlichen Organisationen und Parteien der meisten europäischen Länder teilnahmen. Es wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, die auf eine Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Landwirtschaft hinzielen.

In Bukarest tagte vom 7. bis zum 10. Juni der 14. *Internationale Landwirtschaftskongreß*. Er war außerordentlich gut besucht. Am stärksten war Deutschland durch eine Delegation von 60 Mitgliedern unter Leitung des frühern Reichsernährungsministers Andreas Hermes vertreten. In einer großen Anzahl von Referaten berichtete man über den Stand der Landwirtschaft in den einzelnen Ländern und über verschiedene agrarpolitische und betriebswirtschaftliche Probleme.

Vom 2. bis zum 6. Juli hielt der *Deutsche Landarbeiterverband* in Kiel seine 5. Generalversammlung ab. Der dort

vorgelegte Bericht über die Tätigkeit des Landarbeiterverbands in den letzten Jahren zeigt eine wesentliche Kräftigung des Verbands und beachtliche Erfolge gewerkschaftlicher Lohnkämpfe.

Vom 4. bis zum 9. Juni veranstaltete die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* in München ihre alljährliche Wanderausstellung, auf der ausgezeichnetes Zuchtvieh aus dem ganzen Reich und interessante Verbesserungen von landwirtschaftlichen Maschinen gezeigt wurden.

Informationsmittel

Theodor Engelbrecht, der bereits vor dem Krieg durch einen außerordentlich interessanten *Atlas* über die internationalen Anbauverhältnisse außerhalb der tropischen Länder weit bekannt wurde, brachte jetzt in den Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, im Verlag dieser Gesellschaft in Berlin, einen *Atlas* Die Feldfrüchte des Deutschen Reiches in ihrer geographischen Verbreitung heraus. Von allen deutschen Feldfrüchten hat er für jeden kleinen Verwaltungsbezirk (Kreis) die Anbauzahlen in Verhältnis zur Getreidefläche gesetzt und die Ergebnisse kartographisch dargestellt. Das Resultat ist außerordentlich interessant. Ein Blick auf die verschiedenen Karten des *Atlas* ermöglicht sofort einen weitgehenden Einblick in die Verschiedenartigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse Deutschlands. Für einzelne Bezirke, in denen der Getreidebau verhältnismäßig zurücktritt, bringt allerdings die Methode Engelbrechts; den Anbau aller Früchte an dem Getreidebau zu messen, Verzerrungen mit sich. Ein weiterer Nachteil des *Atlas* ist der, daß die Karten auf den Anbauzahlen des Jahres 1913 aufgebaut sind, daß also die Verschiebungen von der Bodenbenutzungserhebung 1913 bis 1927 kartographisch noch nicht verwertet sind. Durch diese Mängel wird aber der Wert der äußerst mühevollen Arbeit Engelbrechts in keiner Weise geschmälert.

Das Ungarische Ackerbauministerium in Budapest hat, wie für das Jahr vorher, auch für 1928 die landwirtschaftliche *Produktion der Welt* zusammengestellt und mit kurzer Beschreibung der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder der Welt veröffentlicht.

Auf Veranlassung deutscher Landwirte, Industrieller und Banken und in erster Linie auf die Initiative Georg Solmssens von der Diskontogesellschaft in Berlin hin wurde im vergangenen Jahr eine amerikanische Studienkommission von 9

Agrartheoretikern und -praktikern nach Deutschland berufen, um die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der *deutschen Vieh- und Milchwirtschaft* zu untersuchen. Vor kurzem kam der Bericht dieser Kommission im Verlag Paul Parey in Berlin heraus. In der kurzen, für die Arbeit der Kommission zur Verfügung stehenden Zeit hat diese sich sehr intensiv mit den landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzfragen Deutschlands beschäftigt und zur Frage der Tierproduktion, der Tierfütterung und des Absatzes von Tiererzeugnissen recht gute Vorschläge gemacht. Wer allerdings gehofft hat, daß die Untersuchungen zu wesentlichen, neuen Ergebnissen und Vorschlägen führen würden, ist enttäuscht; denn die Arbeit der Kommission enthält nichts anderes als eine gute und mit Vergleichsbeispielen aus der amerikanischen Landwirtschaft illustrierte Zusammenfassung derjenigen Rationalisierungs- und Verbesserungsvorschläge, die von der deutschen Landwirtschaftswissenschaft und von führenden deutschen Landwirten in den letzten 3 bis 4 Jahren schon gemacht worden sind. Die Lösung des deutschen Agrarproblems ist, was hier übersehen wurde, keine Frage neuer wissenschaftlicher Forschung sondern der Organisation und praktischen Verwertung bereits lang bekannter Rationalisierungsmöglichkeiten.

Nach 20jähriger Pause hat der Oberregierungsrat H. A. C. Müller eine Neuauflage seiner zuletzt 1907 veröffentlichten Schrift *Die preußischen Agrargesetze* /Neudamm, J. Neumann/ herausgebracht. In übersichtlicher Form sind die wichtigsten die Land- und Forstwirtschaft betreffenden Gesetze bis zum Stand am 31. Dezember 1927 zusammengestellt. Diese Arbeit erleichtert sehr die Information über die recht verstreute preußische Agrargesetzgebung.

Kurze Chronik Der deutsche Landwirtschaftsminister Hermann Robert Dietrich legte am 25. Mai vor dem Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft die Notwendigkeit einer verstärkten *Technifizierung* der landwirtschaftlichen Betriebe dar. Der Vorsitzende Bruno von Wilmowski teilte mit, die Anstalt werde sich in Zukunft stärker mit den betriebswirtschaftlichen Fragen der Klein- und Mittelbetriebe beschäftigen. ◊ Die Landwirtschaftskammer Hannover richtete zum Ausbau der hannoverschen Markenbutter- und Markenmilchproduktion in

diesem Frühjahr ein eigenes *Milchwirtschaftsinstitut* ein. ◊ Der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen *Karl Roderich von Helldorf* legte im März sein Amt nieder. ◊ Sein Nachfolger wurde der bisherige Direktor der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein *Walter Asmis*. Er erhielt zugleich auch an der Universität Halle einen Lehrauftrag für Marktbeobachtung und Marktbelieferung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. ◊ Der Geschäftsführer der Düngerstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft *Otto Nolte* wurde auf Grund seiner wissenschaftlichen Leistungen außerordentlicher Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. ◊ Einen Lehrauftrag für Physik für Landwirte erhielt an der Universität Königsberg *Eduard Steinke*, der sich dort in der Philosophischen Fakultät für Physik habilitiert hatte.

Literatur In einer der in Berlin erscheinenden Flugschriften der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gibt *Richard Römer*, der Direktor der Lehr- und Versuchsanstalt für Geflügelzucht in Halle, eine kurze Zusammenfassung der neueren Erfahrungen und Bestrebungen auf dem Gebiet der Geflügelzucht und -haltung. Er behandelt darin nicht nur die Frage moderner rationeller Eierproduktion im Farm- und landwirtschaftlichen Wirtschaftsbetrieb sondern auch die außerordentlich wichtigen Maßnahmen des Staats, um durch Leistungsprüfungen, Prämierungen, Ausstellungen usw. die landwirtschaftliche Geflügelzucht zu heben. Besonders zu begrüßen ist es, daß er die einzelnen Probleme nur in kurzen, leicht verständlichen Abschnitten, wie sie der Landwirt zu seiner Information braucht, behandelt, für diejenigen Leser aber, die sich besonders in einzelne Probleme vertiefen wollen, reichhaltige Literaturangaben macht.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Wasserverhältnisse und Malaria Die Malaria wird von den Sachkundigen unter allen Krankheiten für diejenige gehalten, die der Entwicklung der Wirtschaft das schwerst überwindbare Hindernis entgegengesetzt. Für die europäischen Kolonisten ist sie in ihrer tropischen Spielart gewöhnlich besonders gefährlich, schwer vermeidbar und noch schwerer heilbar. Aber auch die eingeborene Kolonialbevölkerung hat unter ihr in denk-

bar schlimmster Weise zu leiden. Aus Indien zum Beispiel wird vielfach berichtet, daß die Anzahl der Malariainfizierten unter der eingewesenen Bevölkerung nahe an 100 % heranreiche, daß normalerweise jeder landwirtschaftliche Arbeiter und kleine Bauer 2 bis 3 Monate hindurch im Jahr infolge der Erkrankung an Wechselfieber arbeitsunfähig sei, und ganz allgemein wird die geringe Arbeitskraft und die Fähigkeit nur wenige Stunden täglich zu arbeiten, die sich bei mindestens der Hälfte der Bevölkerung Indiens, also bei zirka 180 Millionen allein in diesem Land vereinigt finden, auf den Malaria-marasomus zurückgeführt, einen Erschöpfungszustand, der sich infolge langjähriger Malariaerkrankung mit immer wiederholten Anfällen einstellt. Erreger der Malaria ist ein Plasmodium, das einen Teil seiner Entwicklung im menschlichen Körper, einen andern im Körper eines Insekts, der Anophelesmücke, durchmacht. Durch Saugen infizierten Bluts infiziert sich die Mücke, durch Stich infiziert sie wieder den Menschen. Der Kampf gegen die Krankheit kann also entweder durch die Sterilisierung des menschlichen Bluts oder durch die Verhinderung des Stechens geführt werden.

An den Verhältnissen eines begrenzten Teils von Indien behandelt die Malaria in ihren Beziehungen zur Agrikultur eines Kolonialgebiets das ausgezeichnete Buch des Direktors des Gesundheitswesens in Bengalen Charles A. Bentley *Malaria and Agriculture in Bengal* / Calcutta, Bengal Secretariat Book Depot/. Bentley propagiert darin unter Aufgebot umfangreichsten statistischen Materials, zahlreicher wissenschaftlicher Belege und ausgiebigen, ausgezeichneten Kartenmaterials den dem Kenner der Frage zunächst total paradox erscheinenden Vorschlag durch systematische künstliche Bewässerung der Malaria in dieser Provinz Einhalt zu gebieten und sie zurückzudrängen. Wie paradox dieser Vorschlag zunächst erscheinen muß, geht aus folgendem hervor: Die malariaübertragende Mücke *Anopheles* pflanzt sich durch Ablegen der Eier und erstes Leben der Larven im Wasser (an dessen Oberfläche) fort. Also hat man bisher, wo man sie bekämpfen wollte, ebenso wie sonst bei der Bekämpfung der Mückenplage, versucht das Wasser entweder zu beseitigen oder aber es zum Brutplatz für die Mücken ungeeignet zu machen. Das eine kann man durch systematische Trockenlegung aller Tümpel usw., das

andere durch Überziehen mit Stoffen, die die Atmung der Larven verhindern und diese somit durch Ersticken töten, oder durch Besetzen der Gewässer mit Fischen, die die Larven fressen. Beides ist nun, wie Bentley zeigt, in großen Gebieten mit praktischem Erfolg nicht durchführbar, weil es ohne nennenswerte Ausnahmen durchgeführt werden muß und deshalb Kosten von einer solchen Größenordnung verursacht, daß sie heute nicht aufgebracht werden können. Eben- sowenig wirksam ist unter tropischen Verhältnissen eine weitere bisher übliche Methode der Ausbreitung der Malaria entgegenzutreten. Sie ist in einer ganzen Reihe von Ländern (klassische Beispiele: Italien, Zone des Panama- kanals) mit Erfolg geübt worden und besteht darin, daß Chininbehandlung zur Sterilisierung des Bluts der Menschen angewendet wird; wenn keine Menschen mehr da sind, an deren Blut sich die Anophelesmücken infizieren können, ist damit der Kreislauf der Seuche natür- lich auch unterbrochen. Bentley zeigt nun, daß es sich bei diesen klassischen Beispielen der Großchinintherapie um Gebiete mit begrenzter Menschenzahl, also um Unternehmungen mit beschränk- ten Kosten, handelt, daß aber, auf das von mehr als 50 Millionen behandlungs- bedürftiger Menschen bewohnte Bengalen übertragen, das Verfahren ebenfalls phan- tastische Unkosten machen und dabei, weil die Lückenlosigkeit in der Erfas- sung der kranken Menschen kaum zu erreichen wäre, wahrscheinlich die Quel- len für die Infektion großer Massen neuer Mücken und damit immer neuer von ihnen gestochener Menschen nicht verstopfen würde. Daraus erklärt es sich nach Bentley auch, daß in Indien der Kampf mit Chinin gegen die Krankheit und mit Erdöl gegen die Mückenlarven bisher dem Vormarsch der Seuche nicht hat Einhalt gebieten, geschweige denn ihre Verbreitung einschränken können. Demgegenüber geht Bentley nun von einer geschichtlich vielfach beglaubigten und durch Beobachtungen aus der Ge- genwart gut unterstützten Erfahrung aus: daß nämlich in natürlichen Deltagebil- den, solange die selbstgeschaffenen Sys- teme der Wasserläufe und Überschwem- mungszonen nicht durch menschliche Eingriffe gestört werden, Malaria trotz Vorkommen von nicht wenigen malaria- infizierten Menschen sich nicht auszu- breiten vermöge, weil die Anopheles- mücke dort trotz den großen Wasser- mengen keine für sie brauchbaren Le-

bensverhältnisse findet; daher sei in einem Land so überreicher natürlicher Wasserläufe und so großer, regelmäßig wiederkehrender Überschwemmungen die Bekämpfung der Malaria durch Wasser das Gegebene. Sorgfältige Messungen ergaben, daß große Wasseransamm- lungen Temperaturverhältnisse zeigen, die dem Gedeihen der Larven ungünstig sind, und der natürliche Ablauf des Was- sers erfolgt meist so, daß sich Ansamm- lungen stehenden Wassers nur selten einstellen. Daher empfiehlt Bentley bei Eingriffen in die natürlichen Wasserver- hältnisse äußerste Vorsicht walten zu lassen, alle Tümpelbildungen in stillge- legten Flußarmen zu vermeiden, in den Bewässerungsarmen für glatten Wasser- ablauf zu sorgen und Eindeichungen möglichst ganz zu vermeiden, jedenfalls überall da, wo die Flächen durch die Meeresflut regelmäßig unter Wasser ge- setzt werden. Der Jutekultur sei das freie Fließen der jährlich wiederkehren- den, von den Flüssen ausgehenden Über- schwemmungen nur nützlich, da Jute eine den Boden stark aussaugende Pflanze sei, der mit künstlicher Dün- gung der Kosten wegen nicht zu helfen sei, während die von den Flüssen mitge- schleppten und im Überschwemmungs- gebiet abgesetzten Sinkstoffe eine nat- ürliche Düngung überreicher Art dar- stellen und Jahr für Jahr die Benutzung immer der selben Flächen für den Jute- anbau gestatten. Soweit aber in Ben- galen Reiskultur fortgesetzt werden solle, müsse sie eben so gestaltet wer- den, daß nirgends unbewegte Wasser- ansammlungen bei der nötigen künst- lichen Bewässerung aufträten. Bentley weist auf das Beispiel Ägyptens hin, wo jahraus jahrein die riesigen Massen des Nilwassers so zur Irrigation verwendet werden, daß stagnierendes Wasser nir- gends auftritt, und wo infolgedessen auch Malaria nicht nennenswert vor- kommt. Wolle man aber das Wasser ganz auf die Kanäle usw. beschränken, so müsse man dafür sorgen, daß die entwässerten Gebiete ganz unter Kultur (Weizen usw.) kommen, das heißt voll- kommen eingeebnet werden, damit sich wirklich keine Tümpel mehr bilden. Alles dies wird von Bentley schlüssig und reichlich begründet, und so ist es kein Wunder, daß die Ausführungen des Verfassers auf die indische Agrarenquete- kommission, die auch ihn als sachver- ständigen Zeugen vernahm, den größ- ten Eindruck gemacht haben. Der aus- führliche Bericht widmet der Frage volle

4 Seiten. Es heißt da unter anderm (stark abkürzend übersetzt): In Bengalen ist das Problem insofern ein ganz anderes als im übrigen Indien, als es aus dem Vorhandensein von zu viel Wasser entspringt. »Der innige Zusammenhang zwischen dem Entwässerungssystem der Provinz und dem Vorherrschen der Malaria und anderer vom Wasser getragener Krankheiten und die Bedeutung, die dies für die Wohlfahrt der Bevölkerung hat, werden wohl verstanden. Die Verbesserung des Entwässerungssystems wird deshalb seit langem als die mächtigste Waffe angesehen, die für den Kampf gegen diese Krankheiten geschmiedet werden kann. In einer Provinz, die in solchem Umfang von ihren Wasserwegen als Verkehrsmittel abhängt, ist es für den Transport von Jute und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wichtig, daß die Wasserwege für die Schifffahrt offen gehalten werden; aber in ihren Oberläufen macht die schnelle Zunahme der Wasserhyazinthe dies immer schwieriger, und im ganzen Verlauf unterliegen sie der Versandung und Verschlechterung infolge von Veränderungen im allgemeinen System der Entwässerung.« Das Entwässerungsamt ist nur eine kleine Behörde, obwohl sie einen großen Pflichtenumfang hat. Sie muß 1886 englische Meilen schiffbarer Kanäle und 1298 englische Meilen Deiche verwalten und daneben die Bewässerung von 100 000 Acres Land besorgen. Sie ist also heute mehr eine Behörde für Verbesserung der Schifffahrt, für Gesundheitsangelegenheiten und Beherrschung von Fluten als für eigentliche Bewässerung. »Nicht die Probleme der eigentlichen Bewässerung haben bei uns Besorgnis hervorgerufen als vielmehr diejenigen der Entwässerung und des Schutzes der vorhandenen Wasserläufe vor Verschlechterung. Diese Probleme sind einzigartig kompliziert und schwierig.« Daher empfiehlt die Kommission vollständige Trennung der Bewässerungsbehörde von der Behörde für Schifffahrt, Eindeichung und Entwässerung. Weiterhin soll besonderer Nachdruck auf die Arbeit der Behörde für Schifffahrt usw. gelegt werden: »Die Probleme des Gangesdeltas und des Damodarflusses sind typisch für diejenigen in der ganzen Welt bei Flüssen, die in breiten Alluvialebenen verlaufen, und an deren Mündungen große Deltas sich entwickelt haben. Solche Flüsse neigen in ihrem natürlichen Zustand, wenn sie unbeeinflusst von Menschenhand sind, dazu

in Jahreszeiten hohen Wasserstandes ihre Ufer zu überfluten und ihre Wasser über breite Flächen Schwemmlandes zu ergießen. Durch die Wirkung des angeschwollenen Stroms auf den weichen Boden, aus dem ihre Ufer und Betten bestehen, neigen sie auch dazu ihren Lauf zu verändern, manchmal um viele Meilen von einem Jahr zum andern. So greifen die Hebung des Niveaus des Landes und die Entstehung neuen Deltabodens mehr oder weniger gleichmäßig auf dem ganzen seitlichen Gebiete Platz. Diese beiden Vorgänge in ihrem Zusammenwirken haben die Sinkstoffansammlungen unter See und ebenso die Deltaländereien an den Mündungen der großen Flüsse geschaffen. Sie wirken beständig; heute wie in vergangenen Jahrhunderten werden durch sie die Felsmassen des Himalaja gezwungen dauernd ihren Tribut in gleicher Weise den reichen Ebenen des Innern und den sich weithin erstreckenden Sumpfbänken des Sunderbund zu zahlen. Günstige landwirtschaftliche Verhältnisse, Bequemlichkeit des Verkehrs und Transports und oft Erwägungen über militärische Vorteile bestimmen den Menschen seine Wohnungen an den Ufern solcher Flüsse zu bauen und dort seine wirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Um sich und sein Eigentum gegen die Flutgefahr zu schützen, erhöht er die Flußufer durch Bau von Deichen und bringt es so auch während der Zeiten hohen Wasserstands fertig den Strom auf seine normalen Kanäle zu beschränken. Aber die Wasser des Flusses enthalten weiter Sinkstoffmassen, und in den Zeiten, in denen der Strom langsam fließt, werden große Mengen von ihnen im Flußbett abgesetzt. Die Kraft des Stroms wirkt dahin in Flutzeiten das Flußbett auszuschwemmen und so zu vertiefen. Aber in den flachen Strecken des Flusses, wo der Strom breit ist und seine Geschwindigkeit niedrig, überwiegt oft die Tendenz des Absetzens über dieses Ausschwemmen, und so steigen im Lauf längerer Jahre das Flußbett und mit ihm der Wasserspiegel der Flut. Dies hat seinerseits zur Folge, daß noch höhere Dämme gebaut werden müssen, bis schließlich ein Zustand erreicht wird, in dem die Oberfläche des Flusses, hoch über den daneben liegenden Ländereien fließend, vollkommen aufgehört hat sie von ihrem überflüssigen Wasser zu befreien; Der Fluß kann die Gebiete, durch die er fließt, nicht länger entwässern. Wo keine Dämme den Fluß am Überfluten der

Ufer hindern, bringen die Fluten jedes Jahr eine weitere Schicht fruchtbarer Sinkstoffe auf weite Landstrecken hinaus, und zugleich reinigen die Flutwässer die Oberfläche des Landes, schwemmen moderne Pflanzen- und Tierstoffe fort und befreien Ströme und Tümpel von Insekten und Schmutz, der zum großen Teil schädlich für Mensch und Tier ist. Daher muß das Eindeichen großer Flüsse in gewissem Umfang diese natürliche Wiederherstellung der Fruchtbarkeit hemmen und die Gesundheit der Bevölkerung in den Flußgebieten schädigen. Daran kann kein Zweifel sein, daß gewisse Gebiete an natürlicher Fruchtbarkeit infolge des Eingreifens des Menschen in das Spiel der Naturkräfte verloren und Brutstätten von Malaria und anderen Krankheiten geworden sind. Diesen Prozeß beschleunigt gelegentlich und manchmal sehr ernstlich der Bau von Eisenbahn- und Straßendämmen quer zu den Linien der natürlichen Entwässerung. Diese Gruppe von Problemen ist keineswegs auf Nord- und Nordostindien beschränkt. Sie haben sich in tragischer Größe in den Vereinigten Staaten in den verwüstenden Fluten von 1927 im Mississippital manifestiert, und man weiß, daß sie in vielen anderen Tälern der Welt bestehen. Die Probleme, die in Bengalen ihrer Lösung harren, sind also, wenn sie überhaupt vollständig gelöst werden können; aufs äußerste kompliziert.« Wenn man die erforderlichen Maßnahmen treffen und große Ausgaben machen will, braucht man als Vorbereitung eine autoritative Meinung über diese Fragen. »Wir empfehlen daher der Regierung von Bengalen erst zu erwägen, ob es nicht erwünscht sei ein Sachverständigenkomitee einzusetzen, unter dessen Mitgliedern wenigstens eins sein sollte, das mit der Verwaltung der Deltas großer Flüsse in anderen Ländern, zum Beispiel des Mississippi, vertraut ist, und ein wesentlicher Auftrag an ein solches Komitee sollte darin bestehen Bericht zu erstatten über die Frage, ob es ratsam ist einen besondern Provinzialrat für Wasserwege einzusetzen.« Die englische Kommission war im allgemeinen geneigt sich weitgehender Ratschläge zu enthalten. Um so mehr zeigt dieser Vorschlag, daß sie die weit über Bengalen hinausgreifende Bedeutung des Problems erkannt hat, und insofern ist auch das, was dort etwa geleistet wird, wichtig für die Beurteilung kolonialisatorischer Fragen in großen anderen Kolonialgebieten.

Tropische Agrikultur

Der Ruf nach wissenschaftlicher Vertiefung der Betriebsführung der Landwirtschaft in den Tropenkolonien ertönt immer lauter und allgemeiner. Der Hauptgrund dafür liegt wohl darin, daß im letzten Vierteljahrhundert, namentlich aber seit der europäisch-amerikanischen Kulturkreis eine gewisse Erholung von den Kriegsfolgen erkennen läßt, wichtige tropische Produkte einer geradezu ruckartig von Jahr zu Jahr zunehmenden Nachfrage begegnen. Bei der Mangelhaftigkeit der internationalen Agrarstatistik gerade für die tropischen Kolonialgebiete können genaue Zahlen nicht gegeben werden. Man kann aber annehmen, daß in den ersten 25 Jahren dieses Jahrhunderts die Bevölkerung der Welt sich ungefähr um 12 bis 13 % vermehrt hat. Demgegenüber zeigt die Ausfuhr der kaffeeproduzierenden Länder an Kaffee eine Zunahme um 50 %, die Ausfuhr an Kakao eine Zunahme um 200 %, die Ausfuhr von Kautschuk eine solche um 700 %, die Zuckerausfuhr der Überschußländer eine Zunahme um 100 %. Offenbar breitet sich nicht nur für Luxusartikel sondern auch für andere Konsumgüter der Verbrauch auf immer größere Kreise aus oder, wie C. A. Barber in seinem schönen Buch *Tropical Agricultural Research in the Empire with special reference to Cacao, Sugar Cane, Cotton and Palms* /London, H. M. Stationery Office/ sagt: »Die Luxusgenüsse von gestern sind die notwendigen Bedürfnisse der Massen von heute geworden.« Nun haben sich in den Tropen 2 sehr von einander verschiedene Formen der Landwirtschaft herausgebildet: nämlich die bodenständigen Landwirtschaftssysteme der Eingeborenen und die von den europäischen Siedlern eingeführten Kulturen. In den meisten Kolonien ist in der Hauptsache die landwirtschaftliche Verwaltung zugunsten der Kolonistenkulturen geführt worden. Immerhin gibt es daneben andere Gebiete, in denen die Entwicklung der Eingeborenenkulturen schon seit längerer Zeit Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Verwaltung war. Als Beispiele gibt Barber mit Recht Indien und Ceylon: »In Indien war die Wohlfahrt der landwirtschaftlichen Bevölkerung das Ziel der Regierung von Anfang an, und erst ganz kürzlich ist etwas für die Pflanzer geschehen; in Ceylon haben die landwirtschaftlichen Beamten während des größten Teils eines Jahrhunderts die Bedürfnisse der Pflanzer studiert, während die

Eingeborenenkulturen erst in den allerletzten Jahren einigermaßen ausreichende Aufmerksamkeit gefunden haben.« Die schwierigere Aufgabe ist natürlich die: die bodenständige Kultur zu fördern. Die eingeführten Pflanzkulturen verdrängen entweder radikal die vorhandenen Kulturen auf dem in Anspruch genommenen Boden oder nehmen, was im letzten halben Jahrhundert seltener war, Flächen für sich in Anspruch, die bis dahin der landwirtschaftlichen Produktion nicht gewidmet waren. Die Eigenversorgung der Pflanzers und der von ihnen benutzten Arbeiter ihrer Betriebe spielt eine untergeordnete Rolle, häufig ist sogar die Erscheinung zu beobachten, daß die Lebensmittelversorgung dieser in den Pflanzungen lebenden Menschen vollkommen auf Zukauf bei der umgebenden Eingeborenenbevölkerung oder auf Einfuhr aus dem Ausland aufgebaut wird. Die Produktion der Pflanzung dient entweder ausschließlich oder doch ganz überwiegend und von vornherein der Ausfuhr. Sie wird auf europäische Märkte abgestellt, die möglichst billige und möglichst große Massen möglichst einheitlicher Warenqualitäten brauchen. Wenngleich auch hier der landwirtschaftliche Produktionsprozeß immer noch naturgebunden bleibt, zeigt doch diese Art von Produktion manche Züge industriellen Wirtschaftens, und sehr häufig sind auch mit den Plantagen Betriebe für die erste oder für vollkommene Verarbeitung sogleich verbunden. So kann Zuckerrohr überhaupt nur angebaut werden, wenn in erreichbarer Nähe eine Zuckerfabrik arbeitet; bei der Kultur von Jute, Baumwolle oder Sisal muß die Verarbeitung in der Nähe der Produktionsstätte wenigstens bis zur Gewinnung der Reinfaser gehen, das heißt, es müssen bei der Juteproduktion Fabriken zur Hand sein, die aus der Blättermasse den verhältnismäßig geringen Faserbestand herausholen, und bei der Baumwolle müssen Entkörnungsanstalten und womöglich auch Ölpresen vorhanden sein, um auf diese Weise das geerntete Produkt: die samenkornhaltige Baumwolle, in reine Baumwolle, Baumwollöl und Baumwollpreßkuchen zu verwandeln usw. Die Beispiele lassen sich noch außerordentlich vermehren. Infolgedessen ist die Pflanzung mit dem, was drum und dran hängt, heute ausgesprochen kapitalintensiv; sie kommt in der Hauptsache mit ungelerten oder nur wenig angelernten Arbeitern aus, sie kann sich

im ökonomisch oder machtpolitisch freigemachten Raum frei entfalten und braucht sich mit dem Vorgefundenen, mit Sitten und Gebräuchen, mit bestehenden Rechten usw. nicht weiter auseinanderzusetzen. Rationalisierung solcher Betriebe, Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften an Kulturmethoden, Saatgutwahl, Düngung, Ernte, Verarbeitung; das alles ist eine verhältnismäßig einfache Sache, die jeweils kapitalkräftigsten Pflanzers gehen mit derartigen Maßnahmen voran, die übrigen folgen entweder oder gehen zugrunde und werden von neuen Pflanzern abgelöst, die an Kapital und Intellekt den Anforderungen des Wettbewerbs und der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung gewachsen sind. Demgegenüber stößt jeder Versuch die Eingeborenenwirtschaft zu rationalisieren von vornherein auf sehr viel größere Schwierigkeiten. Die landwirtschaftlichen Betriebe der Eingeborenen sind zu einem erheblichen Teil auf Selbstversorgung der Eingeborenenbevölkerung mit den gewöhnlichen Lebensbedürfnissen eingestellt. Nur gewisse Überschüsse kommen für die Ausfuhr in Betracht, oder es können nur auf den Teilen der Fläche, die für die Eigenversorgung nicht bebaut werden müssen, Exporterzeugnisse angebaut werden. Eine Vielheit rechtlich von einander in starkem Maß unabhängiger Produzenten liefert von diesen Exportprodukten eine Unsumme winziger Teilmengen. Europäisch rationelles Denken muß erst ganz langsam erwachsen. So kann bei einer Reihe von Exportprodukten die Gewinnung nur stattfinden, wenn entweder Verarbeitungsfabriken sich als selbständige Unternehmungen in den bäuerlichen Gebieten niederlassen, oder wenn die eingeborenen Landwirte selbst auf dem Weg der Genossenschaftsbildung solche Fabriken errichten, oder wenn die Verwaltung derartige Fabriken betreibt. So sehen wir denn auch, daß an vielen Stellen private Jutepressen, Baumwollentkörnungsanstalten, Zuckerrohrraffinerien usw. aufgebaut werden, die entweder im Lohn die erste Verarbeitung der Produkte der bäuerlichen Eingeborenenbetriebe vornehmen oder aber die Produkte aus erster Hand aufkaufen, verarbeiten und das Erzeugnis auf eigene Gefahr weiter vertreiben. Daneben sehen wir genossenschaftliche Betriebe allmählich entstehen, zum Beispiel die sehr großen Molkereigenossenschaften der rindviehhaltenden Bauern in der Umge-

bung der indischen Großstädte, und schließlich ist in den Tropen die Einrichtung von Regierungsfabriken, zum Beispiel Baumwollentkörnungsanlagen, Ölpresen usw., eine ganz gewöhnliche Erscheinung. Selbstverständlich wird durch diese Aufteilung vertikal zusammenhängender Produktionen an getrennte Eigentümer der ganze Prozeß erschwert. Im Gebiet einer solchen Zuckerraffinerie wird nicht überall der selbe Typus von Zuckerrohr gebaut. Im Gebiet einer Entkörnungsanstalt bauen Tausende von Bauern 50 verschiedene Varietäten von Baumwolle an; jeder will den Teil der Baumwollkörner, den er für die Aussaat braucht, rein und ohne Beimischung anderer Varietäten zurückhaben, so daß sich für die Entkörnungsanstalt daraus enorme Betriebserschwerungen ergeben; usw. Außerdem aber muß man bedenken, daß die Eingeborenenysteme der Landwirtschaft sehr alt sind. Sie beruhen zwar nicht auf den Methoden europäischer Forschung, sind aber doch in erheblichem Umfang auf langjährige Erfahrungen aufgebaut, die die Gestalt fester Überlieferungen angenommen haben. Man geht ganz fehl, wenn man diese Systeme der Eingeborenenkultur ohne weiteres für rückständig hält. Die Anpassung an die Umgebung ist meistens bemerkenswert weit getrieben. Will nun eine landwirtschaftliche Verwaltung in solchen Gebieten reformierend und bessernd eingreifen, so muß sie den örtlich üblichen Produktionsvorgang beobachten, das ganze Netz kausaler Verknüpfungen zwischen den einzelnen Produktionen und den Gewohnheiten der Produktion, zwischen Produktion und Verbrauch, zwischen Produktion und Arbeitsmarkt erst studieren. Nicht selten werden dann als neueste Errungenschaft europäischer Agrartechnik Verfahren empfohlen, die mindestens in begrenzten Gebieten der Eingeborenenagrikultur bereits seit Jahrtausenden bekannt, zum Teil auch angewendet, zum Teil auch aus ganz bestimmten, in gewissem Grad triftigen Gründen verworfen sind. Zum Beispiel wissen wir heute, daß Reis, wenn er in Reihen ausgesät oder umgepflanzt wird, erheblich größere Erträge liefert als bei Breitsaat. Das weiß man aber auch in Indien schon seit sehr langer Zeit. Was man indessen auch dabei beachten muß, ist, daß man diese stärkeren Erträge aus dem Boden nur herausnehmen kann, wenn man entweder dauernd neuen Boden in Kultur nimmt (was bei Reiskultur prak-

tisch kaum in Frage kommt), oder wenn man ihn in erheblichem Umfang düngt. In einem Land mit darniederliegender Viehwirtschaft, wie Indien, ist nun natürliche Düngung nur innerhalb enger Grenzen möglich. Es bedurfte erst der Methoden künstlicher Düngung, die in Europa entwickelt waren, um hier einen gangbaren Weg zu eröffnen. Es hat sich aber gezeigt, daß die mineralischen Kunstdünger meist zu teuer sind, und daß organische Düngemittel neuerer Art (Knochenmehl, Poudrette, Ölkuchen, in der Umgebung kanalisierter Großstädte auch Berieselung mit städtischen Abwässern) eingebürgert werden müssen, wenn man Düngung mit ökonomischem Erfolg will ausführen können. Die Agrargeschichte Indiens ist voller Beispiele von übereilten Versuchen an Stelle der Breitsaat andere Kulturmethoden des Reises einzuführen, weil diese Zusammenhänge nicht rechtzeitig beachtet worden sind. Man weiß heute, daß die primitiven Pflüge der Eingeborenen zwar den Nachteil haben den Boden nur wenig aufzureißen, also nur eine ganz dünne Bodenschicht zur Lieferung von Nahrungsstoffen für die Pflanzen heranzuziehen, daß sie aber andererseits einmal der sehr schwachen Arbeitskraft der Menschen und der Zugtiere großer tropischer Gebiete angepaßt und ferner in Gebieten knapper Feuchtigkeitsversorgung hervorragend geeignet sind den kostbaren Wassergehalt des Bodens in trockenen Zeiten lange zu konservieren, während tiefgreifende Kultur zwar den Nahrungsspielraum der einzelnen Pflanze vertikal erweitert, aber zum Teil sterile Bodenmassen an die Oberfläche bringt und vor allem das nach außen hin abgeschlossene, wasserführende Kapillarsystem des Bodens öffnet, so daß die Felder schnell austrocknen, und die Ernte verdorrt. Infolgedessen kann man tiefe Kultur nur anwenden, wenn man neue Fruchtwechselarten und künstliche Bewässerung wenigstens für die Jahreszeit des Spitzenbedarfs an Wasser einführt. Ein sehr schwerer Übelstand ist nun, daß die Übertragung europäischer Agrikulturerfahrungen auf die besonderen Verhältnisse der Tropen im Lauf der Zeit schrittweise stattgefunden hat, so daß es zu sehr zahlreichen Fehlschlägen gekommen ist. Solche Fehlschläge brauchen nicht immer bloß technischer Natur zu sein, in manchen Gegenden waren sie auch wirtschaftlicher Natur. So hat man in Indien früher den Anbau der Indigopflanze, in Mittelame-

rika den Anbau von Kakteenarten, auf denen die einen roten Farbstoff liefernde Cochenillelaus lebte, von europäischer Seite mit großem Nachdruck gefördert, bis die Industrie der künstlichen Farben in Europa diese Produktionen, von denen ganze Landschaften mit Millionen von Menschen lebten, mit einem Schlag ruinierte. Ganz die selbe Entwicklung geht jetzt in der gewaltsamen Ausdehnung der Kautschukkultur im britischen und niederländischen Hinterindien vor sich, wo auch mit einem Schlag Millionen ruiniert sein werden, sobald es gelingt synthetischen Kautschuk zu wirtschaftlich möglichen Preisen herzustellen. Man hat, weil zunächst bei der Ausfuhr dieser Produkte erhebliche Geldüberschüsse auch den eingeborenen Bauern zufließen, in Ägypten den Baumwollbau, in Britisch Westafrika den Kakaobau, in Ceylon und Burma und Assam den Teebau forciert: mit dem Ergebnis, daß sich heute schon eine recht erhebliche Bodenmüdigkeit für diese Kulturen zeigt, und daß dadurch schwerste Erschütterungen der Eingeborenenlandwirtschaft in Aussicht stehen. Die Kolonialpolitik der europäischen Mächte war, von Ausnahmen abgesehen, ganz einseitig export- und importpolitisch orientiert. Namentlich die exportpolitische Orientierung hat in zahlreichen Tropengegenden zur Ausbildung von Monokulturgebieten geführt, die heute bei Schwankungen der Weltmarktpreise schwer in Mitleidenschaft gezogen werden und morgen bei schnellen Umschwüngen des Weltmarktedarfs in größte Gefahr geraten. Eine zielklare Pflege der Eingeborenenkulturen, die die Entfaltung der produktiven Kräfte ins Auge faßt, muß deshalb in jedem Gebiet eine möglichste Vielheit von Kulturen zu erreichen suchen. Stellt man sich darauf ein, so fehlt es wieder an den erforderlichen Massen, um Standardisierung, Handelsmarken, entsprechende Handelsverbindungen, und was dazu gehört, zustandezubringen.

Ein enger Zusammenhang besteht in den Tropen zwischen Landwirtschaft und anderen Zweigen der Wirtschaft. Die Landwirtschaft ist zum Beispiel, wie Barber sagt, untrennbar verbunden mit dem Forstwesen: »Viele Produkte werden von Waldbäumen geerntet, ein erheblicher Bruchteil der Kulturen besteht aus pfeizierenden Bäumen oder Sträuchern, die Sachverständnis für Forstwirtschaft und Gartenkultur notwendig machen. Wenn die Temperatur zum Wachstum der Pflanze paßt, die Verdunstung aber

erheblich größer ist als in kühleren Klimaten, so ist Wasser der hauptsächlich begrenzende Faktor, und der Einfluß der Wälder auf die Wasserversorgung wird zu einem sehr wichtigen Gegenstand des Studiums für die Agronomen.« Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß über eine Grundfrage des Zusammenhangs zwischen Forst und Wasser noch Streit besteht. Man weiß zwar, daß Baumbestand auf Bergen das schnelle Abströmen der Regenfluten nach unten, Abschwemmung der humösen Bestandteile im Gebirge und Überflutungen in den Ebenen hindert, weil die Wurzeln der Waldbäume und -pflanzen den Boden festhalten, und der zu Anfang der Regenzeit wasserleere Boden sich wie ein Schwamm im Regen vollsaugt und seinen Wassergehalt erst nach und nach wieder abgibt. Unklar aber und völlig umstritten ist die Frage, ob die Bewaldung von Gebirgen die Regenwolken festhält und zu Niederschlägen veranlaßt, oder ob dies nicht der Fall ist; infolgedessen ist da, wo Erosion und Fluttbildung kein Problem darstellen, die Frage noch gänzlich unentschieden, ob man zur Vermehrung der der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden jährlichen Gesamtwassermenge aufforsten soll oder nicht. Gelingt es diese Wassermenge zu vermehren, so ist dies häufig entscheidend für eine enorme Steigerung der Produktionsfähigkeit; Aufforstung ist aber eine außerordentlich kostspielige und, weil die Bäume ja erst wachsen sollen, in langen Jahren überhaupt gelingende Unternehmung. Es ist leicht einzusehen, wie wichtig volle Klarheit über diese Frage wäre. Barber arbeitet demgegenüber die Aufgaben einer systematischen Pflege der Eingeborenenlandwirtschaft klar heraus. Er beschäftigt sich in Spezialkapiteln mit der Kultur von Kakao, Zuckerrohr, Baumwolle und Palmen, in seinem Einleitungskapitel betont er die Notwendigkeit für die Exportkulturen Spezialkräfte bei den landwirtschaftlichen Forschungs- und Lehranstalten zu beschäftigen, Agrikulturökonomen anzustellen, und er resümiert sich schließlich in Sätzen, von denen die wichtigsten noch wiedergegeben seien: »Bei dem gegenwärtigen Zustand der tropischen Landwirtschaft in unseren Kolonien haben wir sehr viel zu lernen; neue Insektenplagen und Krankheitsträger beschäftigen uns, die Faktoren der Pflanzenzucht nehmen an Kompliziertheit zu, und die wirtschaftliche Umgebung wird schwieriger.« Namentlich auch das Problem der

Gesundung der Pflanzen ist in den letzten Jahren wichtig geworden. »Domestizierte Pflanzen haben eine außerordentliche Plastizität erworben und können oft innerhalb weiter Grenzen angepaßt werden. Dies ist nicht der Fall mit den wild in der Natur vorkommenden Pflanzen. Dies wurde dem Schreiber zuerst klar, als er vor einigen Jahren versuchte zu experimentellen Zwecken ein ganz gewöhnliches Unkraut vom Weg anzubauen. Der Versuch schlug insofern fehl, als die Pflanzen sich weigerten auf den Beeten zu wachsen, aber die Fußwege und Brachen in der Nachbarschaft waren überfüllt mit ihnen, und der Verfasser mußte schließlich Wege anlegen, um auf ihnen die Unkräuter zu ziehen.« Als Beispiel für das schließlich Erreichbare wird der Zuckerrohrbau auf Java angeführt. »Kein Land hat mehr Aufmerksamkeit dem Studium der Zuckerrohrkrankheiten gewidmet oder bei Gelegenheit durch sie größere Verluste erlitten. Aber ein eingehendes Studium der Physiologie der Pflanze, Hand in Hand mit dem ihrer Bedürfnisse an Nahrung und Boden, hat dazu geführt, daß Java die Krankheiten beherrscht, so daß behauptet wird, ein Bakteriologe mit seinem großen wissenschaftlichen Stab werde nicht mehr benötigt. Auch ein Insektenkundiger nicht mehr. Die Krankheiten und Insektenplagen sind nicht ausgerottet, aber das Gleichgewicht der Natur ist wiederhergestellt, und so werden diese Plagen durch rein landwirtschaftliche Methoden unter Kontrolle gehalten.«

Der bisherige Unterstaatssekretär für die britischen Kolonien W. Ormsby-Gore schrieb zu der Arbeit Barbers ein Vorwort, aus dem einige Sätze hier angeführt werden sollen: »Das Gedeihen von Industrie und Landwirtschaft in der gemäßigten Zone hängt von der wissenschaftsgemäßen Ausnutzung tropischer Hilfsquellen ab. Auf lange Sicht wird die Entwicklung der Tropen mehr und mehr die eigentliche Quelle wirtschaftlichen Fortschritts.« Das ist richtig, und das ist auch der Grund, weshalb die Erschließung der tropischen Gebiete eine gesamteuropäische Aufgabe ist.

Informationsmittel Der offizielle Bericht über die Gründungskonferenz der *Liga für das Arbeitende Palästina*, die in Berlin am 29. und 30. Dezember 1928 stattfand (siehe hier den Artikel Naphtalis Das arbeitende Palästina, 1929 I Seite 115 und folgende), erschien unter dem Titel Für das arbei-

tende Erez Israel /Berlin, Verlag der Liga für das Arbeitende Palästina/. Das beste Referat ist das Fritz Naphtalis über die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Zionismus, während die Beantwortung der Frage "Warum muß der Aufbau Palästinas ein sozialistischer sein?" durch Martin Buber vorwiegend subjektiv anmutet.

2 schöne Bücher zur *Kunde tropischer Länder*, die auch zur Erkenntnis und richtigen Beurteilung kolonialer Probleme anzuleiten vermögen, liegen vor. Eins von ihnen, *Vom Urwald zur Wüste* von Leo Waibel /Breslau, Ferdinand Hirt/, nun schon in 2. Auflage. Waibel gibt Natur- und Lebensbilder aus Westafrika, deren bestes das scharfe, durch gute Bilder unterstützte Herausarbeiten der Haupttypen der west- und südwestafrikanischen Landschaft ist. Am besten gelungen ist der Abschnitt über den Wald, ein Thema, das in ähnlichen Büchern meist zu kurz kommt. Das andere Buch: *Jan Fabius' Java, Erzählungen aus Niederländisch Indien* /Berlin, Georg Stilke/, ist noch kostbarer gedruckt; es bringt sehr schöne Abbildungen, zum Teil nach Zeichnungen von D. van Driest. Die Schilderung der Verhältnisse ist lebendig und unterhaltend. Beide Bücher eignen sich vorzüglich für Volksbibliotheken.

Zeitschriften Die Zeitschrift *Der Tropenpflanzer* /Berlin, Kolonialwirtschaftliches Komitee/, die nach ihrem Programm ein Ratgeber für alle diejenigen sein will, »die, sei es als kapitalkräftige Unternehmer, sei es als mit beschränkten Mitteln arbeitende Kleinpflanzer und Kleinsiedler, die Erschließung der ackerbaulichen Möglichkeiten der warmen Länder zu ihrer Lebensaufgabe erkoren haben«, steht nunmehr im 32. Jahrgang. In dessen 1. Heft wurde eine interessante Vergleichung der wirtschaftlichen Entwicklung der früheren deutschen Kolonialgebiete seit 1913 mit anderen, vom Krieg nicht unmittelbar betroffenen Kolonien durchgeführt. Danach zeigt der Gesamtaußenhandel dies:

Gebiet	Außenhandel (in Mark)	
	1913	1926-1927
Deutsch Ostafrika	90	151
Kongo und Uganda	104	323
Kamerun	64	69
Togo	20	134
Nigeria	290	630
Goldküste	206	562
Französisch Westafrika	224	474
Belgisch Kongo	91	296

Danach betrug die Zunahme des Außen-

handels bei den früheren deutschen Gebieten 46%, bei den englischen Gebieten 153%, bei Französisch Westafrika 116%, bei Belgisch Kongo 223%. Es folgen dann interessierende Aufsätze über die vegetative Vermehrung der Kautschukbäume, über Palmölgewinnung, Insekten-schäden an Überseehölzern, eine reichhaltige Rundschau und interessante Literaturbesprechungen. Eine empfehlenswerte Zeitschrift.

Einen sehr guten Überblick über die Leistungsfähigkeit der früher deutschen Kolonialgebiete in der Belieferung des Weltmarkts gibt Max Cohen in der in Berlin erscheinenden Korrespondenz der Gesellschaft für Koloniale Erneuerung *Wirtschaft und Kolonien*, in einem Aufsatz Die ehemaligen deutschen Kolonien als Rohstofflieferanten. Cohen hat berechnet, wieviel Prozent des deutschen Bedarfs an verschiedenen dieser Waren aus dem Export jener Gebiete gedeckt werden könnten. Es seien die wichtigsten Produkte mit der Zahl für 1927 hervorgehoben: Ölrohstoffe, davon Sesam 77,6%, Palmöl 43,6%, Kopra 33,4% (Zahl für 1926), Palmkerne 16,4%, ferner Kakao 31,4%. Die übrigen Rohstoffe sind weniger wichtig (Sisal, Wachs) oder liegen unter 10% (zum Beispiel Baumwolle, Kautschuk, Kaffee, Tabak). Es muß dazu aber bemerkt werden, daß die Zahlen das ganze frühere Kolonialgebiet umfassen, also auch dessen Teile in der Südsee. Mit Recht weist Cohen darauf hin, daß diese Leistung trotz den schweren Kriegsschäden besteht, und daß die Frage der künftigen deutschen Kolonialpolitik »lediglich unter den für uns sehr wichtigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten« behandelt werden muß; und, wie natürlich hinzuzufügen wäre, unter außenpolitischen und sozialen. Wiederum mit Recht weist bei anderer Gelegenheit diese Korrespondenz auf die schon auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongreß von 1907 von Eduard David vorgeschlagene, damals allerdings nicht angenommene, Resolution hin, in der es wie folgt hieß: »In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises in den Dienst der Menschheit stellen und die Völker aller Farben und Zungen zur höchsten Kultur emporführen will, sieht der Kongreß in der kolonialen Idee als solcher einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturzieles der sozialistischen Bewegung.«

Die vom Bund der Kolonialfreunde in Berlin herausgegebene Zeitschrift *Der*

Kolonialfreund erörtert ihre Gegenstände in gut gemeinverständlicher Weise. Recht interessant war zum Beispiel der Aufsatz Fritz Langes Die koloniale Aufgabe unserer Zeit und die Sozialdemokratie. Max Schippel, Ludwig Quessel, Max Cohen, Herman Kranold: wir sind darin neben anderen, den Sozialistischen Monatsheften ferner Stehenden, ausgiebig zitiert. Weshalb aber die Gruppe der Sozialistischen Monatshefte wegen des grundsätzlichen Zusammenhangs ihrer Kolonialauffassung mit ihrer Anschauung von der theoretischen und praktischen Aufgabe des Sozialismus überhaupt ihre Sonderstellung innerhalb der sozialistischen Bewegung Deutschlands einnimmt, hat Lange nicht erfaßt; jedenfalls geht das aus seinem Aufsatz nicht hervor. Zu loben ist in den vorliegenden Heften auch die Literaturübersicht.

Das Septemberheft 1928 des *Bulletin of the Palestine Economic Society* enthält eine sehr wichtige Arbeit J. Elazari-Volcanis, des Direktors des Jüdischen Landwirtschaftsinstituts in Palästina, betitelt The Dairy Industry as a Basis for Colonization in Palestine, eine, wie alle Schriften Volcanis, in ihrer leidenschaftlichen Nüchternheit glänzende Arbeit, die dem, der sie studiert, einen tiefen Einblick in die Kolonisation des Heiligen Landes überhaupt eröffnet. Hoffentlich gewinnt eine Übersetzung ins Deutsche der Arbeit auch bei uns bald viele Leser.

Totenliste

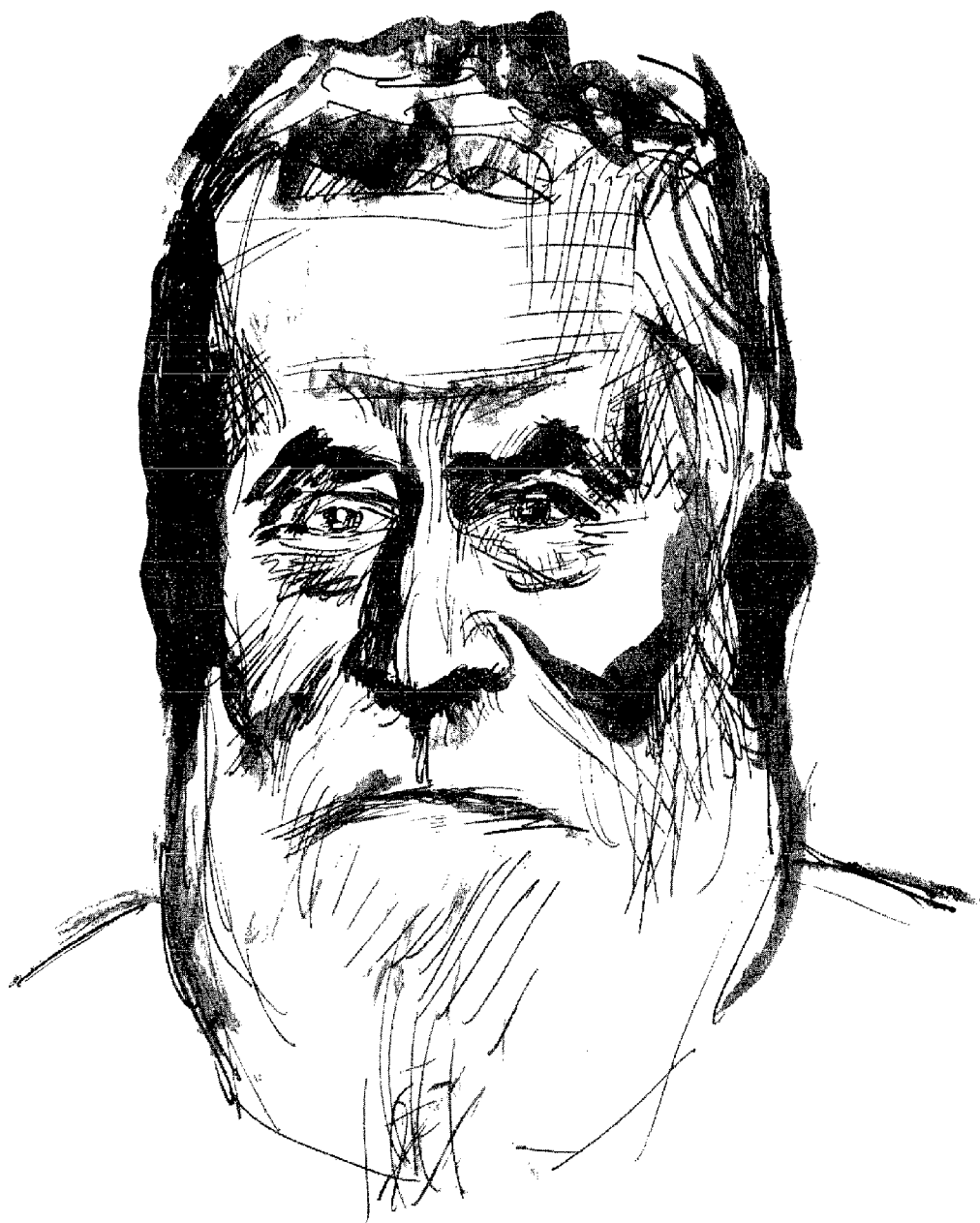
Am 5. Juli starb in Leipzig der berühmte Kolonialforscher *Hans Meyer*, im Alter von 71 Jahren. Nachdem er lange Jahre wissenschaftlicher Leiter des von seinem Großvater begründeten Bibliographischen Instituts in Leipzig gewesen war, erhielt er dort 1915 den neugeschaffenen Lehrstuhl der Kolonialgeographie an der Universität. Seit 1882 unternahm er Forschungsreisen, die ihn um die ganze Welt führten. Am bekanntesten wurde er durch seine Tätigkeit in Ostafrika. Er war der erste Bezwiner des Kilimandscharo, den er im Jahr 1889 bis zum höchsten Gipfel, 6010 Meter, erstieg. In seinen Reisebüchern, von denen unter anderen die Titel Zum Schneedach des Kilimandscharo, In den Hochlanden von Ecuador und eine Monographie über die Barundi erwähnt seien, hat er die Ergebnisse seiner Beobachtungen niedergelegt. Ferner gab er ein großes Sammelwerk Das deutsche Kolonialreich heraus. Besondere Bedeutung hatte er auch dadurch, daß er dem Bibliogra-

phischen Institut in Leipzig nahestand und damit diesen Verlag zu einem der ersten und besten Kolonialverlage in Deutschland ausbauen half. Ein wichtiger Förderer und Berater deutscher Kolonialpolitik ging dahin.

Am 7. Juli starb in Paris der Präsident der Jewish Colonization Association *Franz Philippson*, der diese ursprünglich von Baron Hirsch gegründete und finanzierte Kolonisationsorganisation seit etwa 20 Jahren leitete.

Kurze Chronik Auf der Internationalen Arbeitskonferenz, die im Juni in Genf tagte, wurde die Frage der *Zwangsarbeit in den Kolonien* erörtert (siehe auch die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 616). Der ehemalige Gouverneur von Deutsch Ostafrika Albrecht Rechenberg stimmte der Einrichtung einer Kontrollkommission des Internationalen Arbeitsamts zur Überwachung der Arbeitsbedingungen der Eingeborenen zu: Die Zwangsarbeit sei schlimmer als die Sklaverei, da der Unternehmer nicht, wie der Sklavenbesitzer, für seine Leute zu sorgen habe. Es müsse die allmähliche Abschaffung der Zwangsarbeit erstrebt, und für die Übergangszeit müßten Bestimmungen zu ihrer Milderung erlassen werden. Als Vertreter der Arbeitergruppe verlangte der französische Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux die Einführung des Achtsturentags und die gewerkschaftliche Freiheit für die Arbeiter in den Kolonien. ◊ Am Nordufer des Oranjeflusses im ehemaligen Deutsch Südwestafrika wurde ein neues *Diamantengebiet* aufgefunden. ◊ In Görlitz wurde der Zusammenschluß des Bundes der Kolonialfreunde und der Gesellschaft für Koloniale Erneuerung zu einem *Bund für Koloniale Erneuerung* beschlossen. An seine Spitze trat der demokratische Abgeordnete Wilhelm Külz, Stellvertretende Vorsitzende sind Max Cohen und Wilhelm Mickausch. ◊ Im neuen *englischen Kabinett* ist der große Soziologe und Sozialpolitiker Sidney Webb (nunmehr Lord Passfield of Passfield Corner) Minister für die Dominions und Kronkolonien, Wedgwood Benn Minister für Indien; Unterstaatssekretäre sind Lune für die Kolonien, Ponsonby für die Dominions, Drummond Shields für Indien. Lord Sidney Olivier, der im vorigen Kabinett MacDonald Minister für Indien war, ist nicht wieder Minister geworden, J. C. Thomas, damals Kolonialminister, ist jetzt Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Literatur Kapital und Kolonien nennt sich ein in deutscher Übersetzung veröffentlichtes Buch *Antonio Graziadeis* /Berlin, R. L. Prager/. Der Druck ist sehr liederlich; die Auseinandersetzung dreht sich, in einer Methodik von neomarxistischer Spielart, um die sogenannte Bucharinsche koloniale These; sie soll auf dem 4. Kongreß der Dritten Internationale (eine neue Olympiadenrechnung; ein Jahr wird nicht angegeben) der Welt in folgenden Sätzen Bucharins geschenkt worden sein: »Kautsky verstand unter der Arbeiterklasse ausschließlich das kontinentale Proletariat. Das Geschick dieser Kategorie des Proletariats verbesserte sich andauernd, aber der Marxismus Kautskys sah nicht, daß diese Verbesserung um den Preis der Zerstörung und Ausbeutung der Kolonialvölker vor sich ging.« Dazu meint nun Graziadei: »In der Hauptsache ist es richtig Kautsky vorzuwerfen seine Kritik nicht auf das weite Kolonialgebiet ausgedehnt zu haben... Die Art und Weise, mit welcher der europäische und nordamerikanische Kapitalismus die Kolonien und hauptsächlich das koloniale Proletariat behandelt, bietet eine Waffe mehr gegen den Kapitalismus selbst... Aber Bucharin... wollte einen tatsächlichen Zusammenhang ausschließlicher Kausalität zwischen der kolonialen Ausbeutung und der wirtschaftlichen Besserung des europäischen und nordamerikanischen Proletariats beweisen... Wenn wir leugnen, daß die Kolonien die hauptsächlichste, und erst recht, daß sie die einzige Bedingung für die Lohnerhöhung des europäischen und nordamerikanischen Proletariats sind, so beabsichtigen wir gewiß nicht die ungeheure Bedeutung abzustreiten, welche der wirtschaftlichen und politischen Ausbeutung der Kolonien durch den Kapitalismus von vielen anderen Gesichtspunkten aus zukommt... Daß in Ländern... für welche die Kolonien als solche wirtschaftlich produktiv sind, ... ein solcher Vorteil unter dem Druck der Arbeiterorganisation teilweise seine Wirkungen auch zugunsten der arbeitenden Klasse ausdehnen kann, wird niemand absolut bestreiten können... Man kann sagen, daß der einzige Teil Europas, für welchen eine Beziehung zwischen Kolonien und der Lohnhöhe deutlich wahrnehmbar erscheint, England ist.« Diese Sätze zeigen ungefähr den Standpunkt des Verfassers, soweit er für diese Rundschau zu beachten ist. Richtiges und Falsches da zu trennen; dazu wäre ein weiteres Buch nötig.



JEAN JAURÈS / GEZEICHNET VON
KÄTHE KOLLWITZ